

Westerwelle erhöht Druck auf Friedrich; In Deutschland lebende Syrer sollen Verwandte aus Krisengebiet aufnehmen dürfen. Innenminister plant bereits Ausweitung der Hilfe

Die Welt

Mittwoch 20. März 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 7; Ausg. 67

Length: 836 words

Byline: Manuel Bewarder

Thorsten Jungholt

Body

Die Bundesregierung steht vor einem Kurswechsel beim Umgang mit syrischen **Flüchtlingen**. Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) ist dazu bereit, eine größere Anzahl von **Flüchtlingen** aus dem Bürgerkriegsland aufzunehmen. Das bestätigte eine Sprecherin der „Welt“.

Im syrischen Bürgerkrieg gibt es bisher 70.000 Tote. Ein Ende der Auseinandersetzungen zwischen dem Regime von Präsident Baschar al-Assad und Aufständischen ist nicht in Sicht. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen sind bisher mehr als eine Million Syrer in Nachbarländer geflohen.

Im Januar kamen erstmals mehr als 1000 syrische **Flüchtlinge** nach Deutschland. Die Bundesrepublik und Schweden nehmen nach Angaben der Vereinten Nationen insgesamt etwa zwei Drittel der **Flüchtlinge** aus dem Bürgerkriegsland auf.

In den kommenden Tagen will sich der Innenminister bei der zuständigen EU-Kommissarin Cecilia Malmström für ein Aufnahmeprogramm einsetzen. Auch unabhängig davon möchte die Bundesrepublik schon bald Flüchtlinge aufnehmen. Dabei soll es sich um schutzbedürftige Familien mit Kindern handeln, die insbesondere christlicher Herkunft sind. Eine solche Regelung hatte der Bundesinnenminister bereits in der Vergangenheit favorisiert. Insgesamt könnten es mehrere Tausend Flüchtlinge sein, die die Bundesrepublik bereits ab Juni aufnehmen soll.

Friedrich muss sein Vorgehen noch mit den Innenministern der Länder abstimmen. Deren Signale klingen allerdings positiv. Der derzeitige Vorsitzende der Innenministerkonferenz, Niedersachsens neuer Ressortchef Boris Pistorius (SPD), hatte bereits in der vergangenen Woche gesagt, man werde „beraten, was neben den bereits

Westerwelle erhöht Druck auf Friedrich In Deutschland lebende Syrer sollen Verwandte aus Krisengebiet aufnehmen dürfen. Innenminister plant bereits Ausweitung d....

erfolgten Schritten möglich ist". Entschließe sich Europa zur Aufnahme, seien auch die Länder bereit, „ihren Beitrag zu leisten, damit Deutschland der humanitären Ausnahmesituation gerecht werden kann", sagte Pistorius.

Die Opposition sieht Friedrichs Vorstoß positiv. „Die Bundesregierung muss dafür sorgen, dass syrische Flüchtlinge bei uns Schutz finden", sagte die Integrationsbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion, Aydan Özoguz. „Dabei müssen wir den Flüchtlingen aus Syrien unabhängig von ihrem religiösen Hintergrund Schutz gewähren", unterstrich sie. Auch die Grünen hatten die Bundesregierung aufgefordert, mehr Flüchtlinge aus Syrien aufzunehmen. Ein entsprechender Antrag soll am heutigen Mittwoch im Innenausschuss des Bundestages verhandelt werden.

Außenminister Guido Westerwelle (FDP) genügt der Vorstoß des Bundesinnenministeriums jedoch nicht. Er erhöhte den Druck auf seinen Kabinettskollegen in der umstrittenen Frage, ob in Deutschland lebende Syrer Familienangehörige aufnehmen dürfen, und forderte Friedrich zum schnellen Handeln auf.

Westerwelle schreibt in einem Brief an Friedrich: „Nach meiner festen Überzeugung ist jetzt der Moment gekommen, ein Signal der Solidarität auszusenden", heißt es in dem Schreiben, das der „Welt" vorliegt. „Deshalb möchte ich Sie bitten, einer temporären Aufnahme syrischer Flüchtlinge mit Verwandten in Deutschland zuzustimmen." Der Außenminister geht davon aus, dass sich der Aufwand für Länder und Kommunen in Fällen mit familiären Beziehungen „in vertretbaren Grenzen" halten würde. Gleichzeitig fordert Westerwelle ein Werben auf europäischer Ebene für eine gemeinsame Aufnahmeaktion der Europäischen Union. Den Außenminister erreichten täglich „verzweifelte Briefe hier lebender Syrer, die ihren Verwandten Schutz und Unterkunft gewähren wollen, aber an den Hürden des Visumsrecht scheitern".

Westerwelle lobt in dem Schreiben aber auch verschiedene Maßnahmen des Innenministeriums. Gemeinsam mit Friedrichs Haus habe man „in besonders herausgehobenen politischen und humanitären Einzelfällen eine Aufnahme in Deutschland ermöglicht", schreibt der Außenminister.

Angesichts der Katastrophe in Syrien hatten zuletzt Unionspolitiker, Vertreter der Opposition und der Kirche in der „Welt" kritisiert, dass die Bundesregierung die Regeln für den Familiennachzug bei Syrern, die Angehörige in Deutschland haben, nicht lockern wollte. Die Linie der Regierung ist bisher folgende: Visa für Angehörige, die nicht zur „Kernfamilie" gehören, können nur „zur Vermeidung einer außergewöhnlichen Härte gewährt werden". Der Bürgerkrieg in Syrien gilt jedoch nicht als eine solche Härte. Die Bundesregierung setzt bisher vor allem auf Unterstützung für die Flüchtlingslager vor Ort. Projekte von Hilfsorganisationen wurden mit 125 Millionen Euro unterstützt.

Bis mindestens Ende September sollen Flüchtlinge aus Syrien zudem nicht in ihr Heimatland abgeschoben werden. Anlass für die Verlängerung des zunächst bis Ende März befristeten Abschiebestopps für Syrer ist nach Angaben der Innenministerkonferenz und des Bundesinnenministeriums die weiterhin dramatische Lage und die unerträgliche humanitäre Situation für die Bevölkerung. Für eine Verlängerung des Abschiebestopps haben sich alle Innenminister der Länder sowie Friedrich ausgesprochen.

„Jetzt ist der Moment, ein Signal der Solidarität auszusenden" Guido Westerwelle, Außenminister

Load-Date: March 20, 2013

**Wissen Kompakt; Gesundheit: Rezeptfreie Medikamente ändern
Fahrtüchtigkeit ++ Astronomie: Forscher entdecken neue Klasse
veränderlicher Sterne ++ Tiere: Schildkröten suchen schon im Ei optimale
Temperatur ++ Medizin: Technik zur früheren Diagnose bei grünem Star ++
Psychologie: Schon Babys fühlen mit Opfern von Angriffen mit**

Die Welt

Donnerstag 13. Juni 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: WISSENSCHAFT; Kompakt; S. 22; Ausg. 135

Length: 779 words

Byline: Jiménez

Dr. Fanny

Body

Gesundheit

Rezeptfreie Medikamente ändern Fahrtüchtigkeit

Zwei Drittel der Bundesbürger sind schon Auto oder Motorrad gefahren, obwohl sie Medikamente genommen hatten. Das geht aus einer repräsentativen forsa-Umfrage im Auftrag der Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände (ABDA) hervor. Mehr Männer (55 Prozent) als Frauen (44 Prozent) haben dies schon einmal getan. Das Risiko von Schlaf- und Beruhigungsmitteln kannten 96 Prozent der Befragten, das von Migräne- und Augenmedikamenten rund 80 Prozent. Nur der Hälfte der Befragten war aber bekannt, dass Medikamente gegen Allergien die Fahrtüchtigkeit beeinträchtigen, und Husten- und Erkältungsmittel schätzen nur zwei Drittel der Befragten als riskant ein. Ein Drittel hat sich noch nie über die Risiken von Medikamenten informiert. Die ABDA will nun gemeinsam mit dem Allgemeinen Deutschen Automobil-Club (ADAC) zum „Tag der Apotheke“ am 13. Juni 2013 über Medikamente und Fahrsicherheit informieren.

Astronomie

Forscher entdecken neue Klasse veränderlicher Sterne

Schweizer Astronomen haben eine neue Klasse veränderlicher Sterne entdeckt. Die Helligkeit dieser jungen Sonnen schwankt nur leicht und lässt sich nicht mit den bekannten Sternmodellen erklären, wie die Forscher um

Wissen Kompakt Gesundheit: Rezeptfreie Medikamente ändern Fahrtüchtigkeit ++ Astronomie: Forscher entdecken neue Klasse veränderlicher Sterne ++ Tiere: Schildkr....

Nami Mowlavi vom Observatorium Genf im Fachblatt „Astronomy & Astrophysics“ berichten. Die Wissenschaftler hatten mit dem Schweizer Leonhard-Euler-Teleskop an der Europäischen Südsternwarte (ESO) in Chile den rund 7000 Lichtjahre entfernten und erst 20 Millionen Jahre alten Sternhaufen im südlichen Sternbild Zentaur sieben Jahre lang beobachtet. Bei 36 Sonnen stießen sie auf unerwartete regelmäßige Helligkeitsschwankungen. Theoretischen Modellen zufolge dürften sie ihre Helligkeit nicht periodisch ändern.

Tiere

Schildkröten suchen schon im Ei optimale Temperatur

Embryonen von Schildkröten suchen im Ei die optimale Temperaturzone, wie Forscher aus China im Fachjournal „Biology Letters“ berichten. Die Wissenschaftler um den Zoologen Wei-Guo Du von der Chinesischen Akademie der Wissenschaften in Peking konnten zeigen, dass der Nachwuchs aktiv in jene Areale des Eis wandert, die die eigene Entwicklung fördern. Die Forscher erwärmten Eier der Chinesischen Dreikielschildkröte an den Seiten auf Temperaturen zwischen 26 und 33 Grad Celsius, wobei die Wärmeunterschiede im Ei maximal 1,6 Grad betrugen. Später durchleuchteten sie die Eier, um den Mittelpunkt der Embryonen zu lokalisieren. Bei konstanter Temperatur von 26 Grad blieben die Embryonen nahe der Eimitte. Wurden die Eier stärker erwärmt, bewegten sich die Embryonen zur Wärme hin - solange diese bei etwa 30 Grad lag. Bei einer Hitze von 33 Grad Celsius, die das Überleben gefährdet, orientierten sie sich dagegen in die kühlere Zone.

Medizin

Technik zur früheren Diagnose bei grünem Star

Mit einer neuen Diagnosetechnik sollen Augenärzte den grünen Star künftig früher erkennen können, bei dem der Sehnerv wegen zu hohen Augeninnendrucks geschädigt wird. Die Beeinträchtigung kann durchaus gestoppt werden, sobald sie erkannt wurde - mit Augentropfen, einer Laserbehandlung oder einer Operation. Bisherige Untersuchungsmethoden erkennen den grünen Star in der Anfangsphase aber nur schwer. Das neue Papillen-OCT-Gerät ermöglicht mit einem Infrarotlaser berührungslos horizontale, vertikale und schräge Schnitte durch die Netzhaut und den Sehnervkopf, sodass der Augenarzt nun dreidimensionale Bilder vom lebenden Gewebe erhält - und damit Einblicke in sonst nicht erkennbare tiefere Schichten des Auges. Um den grünen Star möglichst früh zu erkennen, raten Experten Männern wie Frauen vom 40. Lebensjahr an jährlich zu einer gründlichen Vorsorgeuntersuchung.

Psychologie

Schon Babys fühlen mit Opfern von Angriffen mit

Schon Babys können Mitgefühl für Notleidende ausdrücken. Zehn Monate alte Kinder zeigten bereits ihre Sympathie für jemanden, der sich in Gefahr befindet, ohne Worte, schreiben der japanische Psychologe Yasuhiro Kanakogi und seine Kollegen von der Universität von Kyoto und der Hochschule für Technologie in Toyohashi in der Fachzeitschrift „Plos One“. Kinder in diesem Alter können geometrischen Figuren Ziele und Absichten zuschreiben. Deshalb nutzten die Wissenschaftler Trickfilme, um die Reaktion der Babys auf Aggression zu testen. Sie zeigten ihnen eine aggressive Situation zwischen einem blauen Ball und einem gelben Würfel: Der Ball griff den Würfel an und rammte ihn. Zeigte man den Babys dann die Figuren als echte Gegenstände, streckten sie ihre Hand nach dem Opfer aus und nicht nach dem Angreifer. Auch bei anderen Primaten laute eine einfache Verhaltensregel: „Wenn du den Schmerz eines anderen fühlen kannst, geh zu ihm und nimm Kontakt auf.“

Load-Date: June 13, 2013

Pekings Mitschuld am Leid Nordkoreas; Der Menschenrechtler Aaron Rhodes traf Flüchtlinge, die China folterte und rauswarf

Die Welt

Freitag 22. März 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; S. 8; Ausg. 69

Length: 1291 words

Byline: Henriette Schroeder

Body

Ich habe im Laufe meiner Menschenrechtsarbeit bereits viele Opfer von Folter und Misshandlungen getroffen. Ich habe einen inneren Panzer entwickelt, um meine Seele zu schützen,, sagt Aaron Rhodes. "Aber bei den Geschichten, die ich von den nordkoreanischen Überläufern hörte, war ich mehr als einmal den Tränen nahe. Sie gehören zu den psychisch stärksten Menschen, die ich je getroffen habe., Rhodes hat durchaus Vergleichsmöglichkeiten. Er gründete die International Campaign for Human Rights in Iran und kennt die Foltermethoden des Mullah-Regimes sehr gut. Jetzt reiste er nach Südkorea, um dort im Auftrag der Brüsseler Organisation Human Rights Without Frontiers **Flüchtlinge** aus Nordkorea zu befragen. Die Namen der Frauen müssen geheim bleiben, auch Fotos sind verboten. Sie haben Angst, dass ihre Verwandten in Nordkorea leiden müssen, wenn ihre Geschichten publik werden. Manche von ihnen kontaktieren noch heimlich Verwandte und Freunde in Nordkorea. Von dort hören sie, dass sich unter Kim Jong-un nichts verändert habe, die Umstände hätten sich höchstens verschlechtert. Berichte wie die von Rhodes sind eine der wenigen Möglichkeiten, etwas über die Situation der Bevölkerung im Norden zu erfahren. Denn auch unter dem neuen, jungen Diktator ist das Land isoliert. Aber in den Interviews wird auch deutlich: Nordkoreas Nachbar und Beschützer China hilft bei der Abschottung.

"Sie waren alle sehr freundlich, aber oft sehr apathisch. Das gehört zu den Folgen ihrer Leiden in nordkoreanischen Gefängnissen, Lagern, dem Leben in einem totalitären System. Und sie sind verbittert über ihre Behandlung nach der Flucht, in China., Etwa 24.000 nordkoreanische Flüchtlinge leben derzeit in Südkorea, 80 Prozent davon sind Frauen. Die meisten überqueren den Tumen-Fluss, der die Grenze zwischen Nordkorea und China markiert, und schlagen sich von dort nach Südkorea durch. Oft zahlten sie für die letzte Etappe hohe Summen an Schlepper. "Für Frauen ist das Leben in Nordkorea noch härter, sie sind unterprivilegiert, verwundbarer, schutzlos und werden sexuell missbraucht, wenn sie zurückgeschickt werden. Menschenhändler in China verkaufen sie als Haussklaven oder zwingen sie in die Prostitution,, sagt Rhodes. Die chinesische Ein-Kind-Politik und die Präferenz für männliche Nachkommen heizten den Markt für Frauen aus Nordkorea noch an.

Pekings Mitschuld am Leid Nordkoreas Der Menschenrechtler Aaron Rhodes traf Flüchtlinge, die China folterte und rauswarf

"Eine ehemalige Hausfrau, die bereits viermal von den chinesischen Behörden zwangsrepatriiert wurde, ließ mich ihre Narben auf dem Kopf und im Gesicht fühlen, die Schläge in nordkoreanischen Gefängnissen hinterlassen haben. Sie erzählte mir, dass die Verhältnisse in dem chinesischen Gefängnis, wo sie inhaftiert war, genauso grauenhaft waren wie die in Nordkorea. Die Häftlinge wurden mit elektrisch geladenen Knüppeln geschlagen; die Frauen in Anwesenheit von Männern demütigenden Leibesvisitationen ausgesetzt. Vor ihren Augen wurden Menschen zu Tode geprügelt., In Nordkorea sei die Frau dem Hungertod nahe gewesen, deshalb sei sie ein viertes Mal geflohen - wieder über China. Sobald sie den chinesischen Behörden erklärte, sie wolle nur ein Leben ohne Unterdrückung und Verfolgung, markierten diese ihre Papiere mit einem roten Stempel, als Kennzeichen für politische Flüchtlinge. So wurde sie in Nordkorea besonders grausam bestraft.

In den vergangenen 15 Jahren hat China etwa 100.000 Flüchtlinge nach Nordkorea zwangsrepatriiert. Die Behörden erklärten, es handele sich lediglich um "Wirtschaftsflüchtlinge,, die darum keinen vollen Schutz verdienten. Nachdem man sie in ihre Heimat zurückgeschickt hat, werden sie in Arbeits- und Umerziehungslager gesteckt. Dort werden sie gefoltert, viele sterben an Hunger oder werden exekutiert. Und das, obwohl China 1951 die Flüchtlingskonvention unterzeichnete, die es untersagt, Flüchtlinge in Länder zurückzuschicken, in denen ihnen Verfolgung droht.

Eine ehemalige Militärangestellte und Händlerin berichtet Rhodes von ihrem Martyrium: "Als ich 2005 zwangsrepatriiert wurde, hatte ich von einem Chinesen ein Baby. Die nordkoreanischen Gefängniswächter erstickten es vor meinen Augen. Schwangere Frauen werden in nordkoreanischen Gefängnissen und Lagern gezwungen abzutreiben. Ich weiß auch, dass nordkoreanische Frauen im chinesischen Gefängnis an der Grenze in der Provinz Jilin sexuell missbraucht werden. Viele werden vor die Wahl gestellt: Entweder, du wirst zurückgeschickt oder von Menschenhändlern an chinesische Männer verkauft. Doch Frauen wie wir ertragen jeden Missbrauch, nur um nicht zurückgeschickt zu werden.,,

Die internationale Gemeinschaft müsse endlich mehr Druck auf China ausüben, damit die Supermacht sich an internationales Recht halte, fordert Rhodes. Die chinesischen Behörden erlaubten nicht einmal dem UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR, Gefängnisse an der Grenze zu besuchen oder auch nur in die Grenzregionen zu reisen. Falls sich das UNHCR über diese Regeln hinwegsetzt, drohen die chinesischen Behörden, aus dem Flüchtlingsabkommen auszutreten. "Alle wissen über Folter, Vergewaltigung und Mord in chinesischen Haftanstalten an der Grenze Bescheid, doch Chinas wirtschaftlicher Einfluss macht kritische Stimmen mundtot,, empört sich Rhodes.

Die Situation der nordkoreanischen Flüchtlingsfrauen wird von Menschenhändlern, die mit der "Ware Frau,, viel Geld verdienen, ausgenutzt. Oft versprechen sie ihnen einen Job. Manche arbeiten auch mit den chinesischen Polizei- und Grenzbehörden zusammen. "Eine sehr schöne, starke Frau, eine ehemalige Krankenschwester, wurde das Opfer einer Gruppenvergewaltigung durch Menschenhändler,, erzählt Rhodes. "Sie verheirateten sie mit einem Chinesen. Sie floh aus der Ehe, wurde zurückgeschickt und landete in Nordkorea in einem Arbeitserziehungslager. Dort musste sie von fünf Uhr morgens bis zehn Uhr nachts Zwangsarbeit leisten. Die Vergehen ihrer Mitgefangenen: Sie hatten mit Verwandten im Ausland telefoniert. Doch die Frau hat es noch einmal geschafft, heute will sie in Seoul ein Café eröffnen. Für den Neuanfang zahlte sie jedoch einen hohen Preis: Ihre beiden Kinder musste sie in Nordkorea zurücklassen.,,

In China leben zwischen 20.000 und 100.000 Kinder illegal, die einen chinesischen und einen nordkoreanischen Elternteil haben. "Oft sind ihre Mütter zwangsrepatriiert worden, ihre Söhne und Töchter haben sie zurückgelassen, damit sie nicht auch in Nordkorea inhaftiert werden. In manchen Fällen weigern sich die chinesischen Väter, die Kinder anzuerkennen. Außerdem sind etliche Waisen aus Nordkorea darunter, die alleine geflüchtet sind. Alle diese Kinder werden von den chinesischen Behörden nicht anerkannt, nicht registriert und sind daher auch nicht berechtigt, staatliche Hilfe zu bekommen. Und auch in diesem Fall wird das UNHCR daran gehindert, Hilfe zu leisten., Immerhin gebe es neuerdings eine Organisation, die versuche, auf der chinesischen Seite der Grenze zu helfen, die Organisation Helping Hands Korea des amerikanischen Missionars Tim Peters.

Pekings Mitschuld am Leid Nordkoreas Der Menschenrechtler Aaron Rhodes traf Flüchtlinge, die China folterte und rauswarf

Über das totalitäre Regime in Nordkorea, das Lageruniversum, aus dem es für viele kein Entrinnen gibt, die Hungersnöte und das Leid der Flüchtlinge gibt es im Westen nur wenige Informationen. Pjöngjang kommt nur in die internationalen Schlagzeilen, wenn das Regime mit Nuklearwaffen droht. "Erst vor Kurzem erschienen Bücher, die von Flüchtlingen geschrieben wurden, die in den Lagern inhaftiert waren. Vorher gab es für das westliche Publikum kaum konkrete Beweise - keine Fotos, keine Videos, die international Gefühle und Reaktionen hätten auslösen können. Außerdem mag es sein, dass die Leiden von Menschen in einem abgeschotteten asiatischen Land Europäer und Amerikaner nur selten tief berühren.,,

"China müsste die Flüchtlinge schützen. Aber es tut sie als Armutsflüchtlinge ab" Aaron Rhodes, Menschenrechtsaktivist

Load-Date: March 22, 2013

End of Document

Deutschland Kompakt I; Asylanträge: Visumfreiheit soll auf den Prüfstand
++ Euro-Krise: Schäuble widerspricht IWF-Chefin Lagarde ++ Missbrauch: 17
++ Opfer: Berlin setzt eigenen Beauftragten ein

Die Welt

Samstag 13. Oktober 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Kompakt; S. 4; Ausg. 240

Length: 612 words

Body

Asylanträge

Visumfreiheit soll auf den Prüfstand

Die Bundesregierung dringt auf eine Aufweichung der Visumfreiheit für Bürger aus Serbien und Mazedonien, um den Zustrom nach Deutschland zu stoppen. Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) sprach von **Asylmissbrauch** und appellierte an das EU-Parlament, die Visumfreiheit zu überprüfen. Nach Angaben des Innenministeriums haben im September 1395 Serben (Vormonat 496) und 1040 Mazedonier (Vormonat 620) um Aufnahme in Deutschland gebeten.

Wie die „Bild“-Zeitung berichtet, hätten in den ersten Oktobertagen bereits 1841 Serben sowie 591 Mazedonier Asyl beantragt. Die Einwanderung hat offenkundig weitestgehend wirtschaftliche Motive: Die Mehrzahl der Anträge wurde in der Vergangenheit von deutschen Behörden abgelehnt. Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) pocht auf eine noch raschere Bearbeitung der Verfahren. Über die Anträge müsse innerhalb weniger Tage, noch während des Aufenthalts der Antragsteller in den Aufnahmeeinrichtungen, entschieden werden, wiederholte Herrmann seine Forderung aus einem „Welt“-Gespräch. CDU-Innenexperte Wolfgang Bosbach unterstützt den Vorschlag von Herrmann. „Je länger ein Verfahren dauert, desto größer ist auch der Anreiz, unter Berufung auf das Asylrecht in unser Sozialsystem einzuwandern“, sagte er der „Welt“. Bei Mazedoniern und Serben müsste der Sachverhalt in der Regel nicht umfangreich geprüft werden, „weil uns die Erfahrung lehrt, dass deren Anträge zu 99Prozent offensichtlich unbegründet sind“. Das Thema Visumfreiheit steht auf der Tagesordnung des Rats der EU-Innen- und -Justizminister am 25.Oktober. Auch Belgien, Frankreich und Schweden verzeichnen höhere Asylbewerberzahlen aus den beiden Balkanstaaten. MLU

Euro-Krise

Schäuble widerspricht IWF-Chefin Lagarde

Deutschland Kompakt I Asylanträge: Visumfreiheit soll auf den Prüfstand ++ Euro-Krise: Schäuble widerspricht IWF-Chefin Lagarde ++ Missbrauch: 17 ++ Opfer: Berl....

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) hat auf einen konsequenten weiteren Schuldenabbau gedrängt. Es gebe „keine Alternative“ zur Reduzierung der Staatsschulden in der Eurozone, sagte der Minister in einer Diskussion mit der Chefin des Internationalen Währungsfonds (IWF), Christine Lagarde, in Tokio. Mit einer gemeinsamen Währung sei der Druck auf die Wettbewerbsfähigkeit für alle Länder sehr hoch. Dies sei aber kein Grund, den Schuldenabbau zu stoppen - im Gegenteil: Arbeitslosigkeit sei „eine Folge unsolider Haushaltspolitik“, sagte Schäuble. Lagarde hatte sich am Donnerstag dafür ausgesprochen, Griechenland bei seinen Sparprogrammen zwei Jahre mehr einzuräumen, um seine Krise zu überwinden. Die Ansicht der IWF-Chefin: „Es ist manchmal besser, etwas mehr Zeit zu haben.“

Missbrauch

17

katholische Priester müssen sich im Bistum Trier wegen sexuellen Missbrauchs von Kindern und Jugendlichen verantworten. Elf kirchenrechtliche Voruntersuchungen seien abgeschlossen, wie das Bistum mitteilte. Nach Angaben eines Sprechers hat die Mehrheit der 17 Geistlichen die Vorwürfe eingeräumt. Bis auf einen Fall sind die mutmaßlichen Taten aus den 60er- bis 80er-Jahren strafrechtlich bereits verjährt. Eine kircheninterne Bestrafung ist bislang in einem Fall erfolgt: Ein Priester wurde aus dem Klerikerstand entlassen, weil er fünf minderjährige Jungen missbraucht haben soll.

Opfer

Berlin setzt eigenen Beauftragten ein

Als bundesweit erstes Land hat Berlin einen Opferbeauftragten eingesetzt. Der 45-jährige Rechtsanwalt Roland Weber soll künftig die Hilfe für Opfer koordinieren. Deren Rolle im Justiz- und Polizeiapparat sei bisher zu schwach, sagte Justizsenator Thomas Heilmann (CDU) bei der Vorstellung. So sei es schwierig, richtige Hilfsangebote zu finden. Laut Weber registrierte die Polizei in Berlin im vergangenen Jahr über 77.000 Opfer von Straftaten „gegen die körperliche Integrität“.

Load-Date: January 26, 2013

„Und wir Bürger sind mittendrin“; Der Konflikt um ein Haus mit Roma-Flüchtlingen in Duisburg verschärft sich. Rechte und Linke suchen die Konfrontation. Erste Anwohner ziehen weg

Die Welt

Dienstag 27. August 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 5; Ausg. 199

Length: 2199 words

Byline: Kristian Frigelj

Body

Duisburg

Es ist die erste Nacht seit langer Zeit ruhig geblieben an dem großen Haus In den Peschen 3 - 5 in Duisburg-Bergheim. Doch die geplagten Nachbarn sind nicht wirklich erleichtert, denn sie sehen ihre Angst vor einer Eskalation bestätigt. Das mehrstöckige Gebäude in der nordrhein-westfälischen Stadt ist seit mehr als einem Jahr mit Armutsflüchtlingen aus Rumänien und Bulgarien überbelegt. Ankömmlinge, Nachbarn und Stadt sind überfordert.

Am vergangenen Freitagabend sprachen Anwohner in einer Versammlung zweieinhalb Stunden lang über die Situation. Einige redeten sich den Frust von der Seele, beschwerten sich über den ständigen Müll vor dem Haus, über den nächtlichen Lärm und fragten wenig hoffnungsvoll, ob sich die Bewohner integrieren wollen. Auf dem Weg nach Hause wurden Anwesende dann offenbar von Linksextremen mit Stangen und Reizgas angegriffen und verletzt. Die Polizei stürmte daraufhin das Roma-Haus und verhaftete einige mutmaßliche Täter, die sich dort hingeflüchtet hatten. Dabei kam es auch zu Auseinandersetzungen mit Hausbewohnern.

Duisburgs Oberbürgermeister Sören Link (SPD) spricht von „Krawalltouristen“. Die linke Antifa beklagt über ihre Kanäle, Anwesende in der Versammlung hätten sich „rassistisch“ und „antiromaistisch“ geäußert, zudem seien draußen einige Rechtsradikale aufgetaucht. „Und wir Bürger sind mittendrin“, sagt Hans-Wilhelm Halle, der mit seiner Frau Helga in der Beguinenstraße wohnt, direkt gegenüber dem Roma-Haus. Das Ehepaar war ebenfalls bei der Versammlung, erlebte aber die späteren Angriffe nicht mit. „Hier ist richtig Zündstoff“, sagt Nachbar Dieter Hünten.

Die Lage in Duisburg ist vergleichbar mit der Auseinandersetzung über ein geplantes Heim für Asylbewerber in Berlin-Hellersdorf, wo Rechtsextreme ausländerfeindliche Stimmung machen. In Duisburg-Bergheim geht es zwar um EU-Bürger, aber die Reflexe sind ähnlich. Die Duisburger Polizei hat die Lage neu bewertet und schickt noch

„Und wir Bürger sind mittendrin" Der Konflikt um ein Haus mit Roma-Flüchtlings in Duisburg verschärft sich. Rechte und Linke suchen die Konfrontation. Erste An....

häufiger Streifen. Die Forderungen nach einer mobilen Wache mehren sich, auch die örtlichen Sozialdemokraten plädieren für eine ständige Präsenz der Ordnungshüter.

Am Donnerstag kann die Lage erneut eskalieren. Rechtspopulisten der Partei Pro Deutschland wollen in der Nähe des Roma-Hauses demonstrieren. Dann droht möglicherweise eine neue Zuspitzung, weil es eine Gegendemonstration geben wird und die Polizei Linksextreme erwartet. Nordrhein-Westfalens Innenminister Ralf Jäger (SPD) hat zu friedlichen Protesten aufgerufen.

Welcher Hass so manchen umtreibt, offenbart eine öffentliche Facebook-Seite mit einem Foto des Roma-Hauses. Provokateure und Hetzer schimpfen über die Armutsflüchtlings. Mehrere Kommentare wurden gelöscht, weil zur Brandstiftung aufgerufen wurde. Wenig später schreibt ein Hassprediger „Sieg Heil"; ein anderer verbrüdet sich mit den Rechtsextremen der NPD. Es brodelt auf dieser Seite, die Unbekannte im Februar online gestellt haben. In diesem Forum schaukeln sich Rechte und Linke gegenseitig immer wieder hoch, aber das war wohl die Absicht. Mehr als 2000 Facebook-Nutzer haben auf der Seite „gefällt mir" angeklickt.

Die Situation im Roma-Haus übersteigt die Toleranzgrenzen der zumeist gutmütigen Nachbarn und mobilisiert auswärtige Fremdenfeinde. So sprühte vor einigen Tagen jemand meterlange rassistische Sprüche auf die Lärmschutzmauer in der Nähe. „Zigeunner raus" stand da, mit zwei „n". Es haben nicht viele gesehen; die alarmierte Polizei kontaktierte sofort die Stadtbetriebe, und die Wand wurde gereinigt. Dann tauchten zwei angebliche „Journalisten" auf, die den Nachbarn Fragen stellten und verdächtig oft sagten: „Wir Deutschen müssen doch zusammenhalten." Sie beschimpften auch anwesende Roma. „Das waren eindeutig Rechte, die uns beeinflussen wollten", erzählt ein Nachbar. An einem anderen Tag fuhr ein Auto am Roma-Haus vorbei, der Beifahrer schrie und streckte den rechten Arm zum Hitlergruß. Eine Polizeistreife stellte die Übeltäter und leitete ein Verfahren wegen Volksverhetzung ein.

Seit mehr als einem Jahr wohnen in dem Haus einige Hundert Roma aus Rumänien und Bulgarien, niemand kann es genau beziffern. Bis zu tausend Personen werden vermutet, manche meinen, es seien mehr. Freunde, Verwandte kommen und gehen. Autos mit Kennzeichen aus Spanien, Großbritannien, Bulgarien tauchen auf, verschwinden. Es sind EU-Bürger, sie kommen aus den Elendsvierteln ihrer Heimatländer, die Not treibt sie hierher, einige auch die Aussicht auf dunkle Geschäfte. Es befinden sich nach Erkenntnissen der Polizei auch Kriminelle unter ihnen, die bisweilen strafunmündige Kinder zu Diebstählen und Einbrüchen ins Stadtgebiet schicken. In dem Roma-Haus gebe es eine „hohe Fluktuation", hört man in der Stadtverwaltung.

Die deutschen Nachbarn, die teilweise seit Jahrzehnten in der Nachbarschaft leben und zumeist einen ruhigen Lebensabend verbringen wollen, werden mit den sozialen Versäumnissen anderer Länder und Fehlern der Europäischen Union konfrontiert. Zwischen Elend und bescheidenem Wohlstand liegt die Beguinenstraße.

Die Nachbarn sind überfordert. Das Haus In den Peschen ist laut bis tief in die Nacht. Abfall liegt herum, obwohl die Müllabfuhr fast täglich kommt. Bewohner stehen abends in Gruppen auf der Straße, sitzen auf Motorhauben, reden, lachen, streiten. Man kann sie durch die geschlossenen Fenster hören. Sobald die Dunkelheit kommt, flitzen Ratten durch Büsche und Gehwege. Es kommt auch zu verbalen Ausfällen, das erlebte Duisburgs Stadtdirektor Reinhold Spaniel bei einem Termin. Einige Jugendliche beschimpften ihn und seine Begleiter wüst. Es gibt ein Gefühl der Bedrohung, auf allen Seiten.

Vor einigen Tagen haben Bürger eine Nachtwache eingerichtet. „Wir wollen ein Gefühl der Sicherheit vermitteln. Es geht darum, dass die Leute beruhigter schlafen können. Es ist auch schon viel entspannter geworden", erzählt die 26-jährige Erzieherin Jennifer Sch. in der vergangenen Woche. Auch Pfarrer Heiner Augustin von der evangelischen Friedenskirchengemeinde Rheinhausen ist mit seinen Kindern gekommen. Die Hetze auf Facebook und die Vorfälle am Haus haben sie alarmiert. „Es zeigt sich wieder einmal, dass rechtsradikales Potenzial in der Bevölkerung vorhanden ist. Deshalb haben wir eine Nachtwache eingerichtet. Eigentlich brauchen wir hier eine mobile Polizeiwache", sagt der Geistliche.

Zur provisorischen Nachtwache sind auch junge Leute gekommen. Sie kontrollieren dunkle Ecken am Haus, damit sich keiner anschleichen kann. Ansonsten stehen sie in der Einfahrt, die zu den Hauseingängen führt. Männer und

„Und wir Bürger sind mittendrin" Der Konflikt um ein Haus mit Roma-Flüchtlings in Duisburg verschärft sich.
Rechte und Linke suchen die Konfrontation. Erste An....

Kinder sitzen auf einem Mauervorsprung. Darunter ist auch ein Junge, der zuvor noch aggressiv einen fremden Passanten angestarrt hat, aber nun freundlich ist zu jenen Deutschen, die er kennt. Eine Gesamtschullehrerin wird freudig begrüßt. Sie macht mit den Kindern und Jugendlichen des Roma-Hauses einen Musik-, Tanz- und Theater-Workshop. Sie schwärmt davon, wie freudig die Kinder mitmachen. Bald wird es eine Aufführung geben.

Es bleibt ruhig an jenem Mittwoch. Das Ausmaß der oft beklagten Probleme ist weniger sichtbar. Einige Männer bemühen sich um eine gewisse Ordnung. Als irgendjemand etwas Hölzernes aus einem oberen Fenster wirft, das laut krachend unten aufschlägt, rufen die Männer streng hinauf; tobende Kinder werden ins Haus geschickt. Ein bulliger Mann ist hier neuerdings als „Hausmeister" aktiv, er kann etwas Französisch und Englisch. „Keiner ist gekommen, um Probleme zu machen", sagt er energisch. Der Mann ist der Ansprechpartner für die genervten Nachbarn. Sie haben seine Handynummer und melden sich, wenn es auf der Straße zu laut ist. Eine örtliche Beratungsstelle für Kinder- und Familienhilfe hat den Kontakt vermittelt.

Am Abend kommen zwei Frauen vorbei. „Wer ist hier zuständig?", fragt die ältere forsch. Sie sitzt auf einem BMX-Rad. Die beiden wollen eine Patenschaft für eine Familie übernehmen, es gebe nebenan bei ihnen sogar eine freie Wohnung. Heike A. und ihre 25-jährige Tochter Aylin kennen viele Roma aus dem Haus. Ein 13-jähriger Junge begrüßt sie überschwänglich. „Seine Familie ist super. Die würde ich sofort nehmen", sagte Heike. „Die Kinder kommen jeden Tag zu uns zum Spielen. Da passiert nichts", erzählt Tochter Aylin. Sie helfen einigen Familien aus dem Haus bei behördlichen Schreiben. „Das sind doch auch Menschen wie wir. Die wollen doch auch nicht so leben", sagt Heike A. und zeigt auf das überfüllte Haus. Es gebe in anderen Duisburger Stadtteilen ja auch Deutsche, die sich genauso benähmen. Seit dem Polizeieinsatz am Freitag hat freilich auch der Ruf der an sich gut gemeinten Nachtwache gelitten, denn einige der gesuchten Schläger sollen sich in ihren Reihen aufgehalten haben.

Die Duisburger Stadtverwaltung befindet sich in der Bredouille. Gegen die Überbelegung des Gebäudes kann sie rechtlich nicht vorgehen. „Leider stehen der Stadt bei der Wohnungsaufsicht bisher nur stumpfe Instrumente zur Verfügung, um eine Überbelegung zu verhindern. Nach gegenwärtigem Rechtsstand kann eine Stadt erst einschreiten, wenn sich ein Mieter beschwert", sagt Stadtdirektor Reinhold Spaniel im Gespräch mit der „Welt". Er hofft deshalb, dass das geplante Wohnungsaufsichtsgesetz der nordrhein-westfälischen Landesregierung noch in diesem Jahr verabschiedet wird, „damit die Städte mehr Befugnisse bekommen".

Spaniel weist auch darauf hin, dass es EU-Bürger sind, die sich in Europa ungehindert überall niederlassen können, wo sie wollen. Ab dem 1. Januar 2014 öffnet sich der EU-Arbeitsmarkt vollständig, auch für abhängige Beschäftigungen. Die Stadt rechnet dann mit dem Zuzug weiterer Rumänen und Bulgaren. Bisher sollen sich 8000 von ihnen in der Ruhrgebietsstadt aufhalten, überwiegend wohnen sie im Stadtteil Hochfeld.

Ihre Zahl könnte in Duisburg vom nächsten Jahr an auf rund 10.000 anwachsen, dann erwartet die Verwaltung zusätzliche Sozialkosten in Höhe von jährlich 15 Millionen Euro. Wenn ein EU-Bürger keine Arbeit in dem Land findet, in dem er sich niederlässt, kann er soziale Hilfen beantragen. Nach einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) ist bundesweit mit einem Anstieg der Zuwanderer aus Rumänien und Bulgarien von rund 71.000 auf 100.000 bis 180.000 zu rechnen. Die meisten ließen sich gemäß dieser Studie aber ohne Probleme im deutschen Arbeitsmarkt integrieren. Die Arbeitslosenquoten und die Anteile der Bezieher von Transferleistungen seien unter den hier lebenden Bulgaren und Rumänen „deutlich geringer als bei anderen Migrantengruppen", heißt es dort.

Doch gerade für strukturschwache Kommunen könnte es noch große Probleme geben. „Die Stadt Duisburg fühlt sich bei diesem Thema vom Bund komplett im Stich gelassen. Wir haben das Bundessozial- und das Bundesinnenministerium mehrfach vergeblich um Hilfe gebeten", beklagt Stadtdirektor Spaniel. Die Städte Duisburg und Dortmund im Ruhrgebiet sind besonders betroffen, weil es dort zahlreiche leere Häuser gibt; diese gelten als sogenannte Schrottimmobilien, in die sonst niemand mehr einziehen will.

Nun will die Duisburger Stadtverwaltung erreichen, dass Familien aus dem überfüllten Haus in andere Wohnungen ziehen. Man verhandelt mit dem Vermieter, der im Rotlichtmilieu berüchtigt ist. „Es gibt Pläne, mietfähige Familien

„Und wir Bürger sind mittendrin" Der Konflikt um ein Haus mit Roma-Flüchtlingen in Duisburg verschärft sich. Rechte und Linke suchen die Konfrontation. Erste An....

sukzessive in anderen Wohnungen unterzubringen. Wichtig ist, dass diese Familien problemlos in einer neuen Nachbarschaft zurechtkommen", sagt Stadtdirektor Spaniel.

Aber wie geht es weiter, selbst wenn die Aktion erfolgreich sein sollte? Nachbarn fragen sich, was mit den leeren Wohnungen geschieht. „Die werden doch sofort wieder belegt", meint Hans-Wilhelm Halle, der mit seiner Frau Helga gegenüber in der Beguinenstraße wohnt. Angeblich sollen die Wohnungseingänge zugemauert werden. Der Vermieter hat noch weitere Räume in der Straße für Armutsflüchtlinge bereitgestellt. Er verdient offenbar gut daran. Die Nachbarn sind mittlerweile mit ihm in Kontakt getreten. Sie helfen sogar bei den Mietverträgen und haben ein Infoblatt mit Verhaltensregeln erarbeitet, das übersetzt wurde: Nachtruhe gilt ab 22 Uhr, der Müll gehört in Container, die Notdurft darf nicht auf Straßen oder Grünflächen verrichtet werden.

„Sie sollen sich einfach an unsere Regeln halten", sagt Hans-Wilhelm Halle. Noch immer schläft er schlecht; seine Frau Helga geht nachts regelmäßig ans Fenster und ruft die Leute unten zur Ordnung. Oft verständigen sie die Polizei. „Die kommt auch. Aber sobald sie weg ist, fängt alles wieder von vorn an. Es hat sich nicht wirklich was verbessert", sagt Nachbar Dieter Hüntten. Der 66-Jährige wohnt seit einem halben Jahrhundert hier in der Straße. „Bestimmt gibt es dort vernünftige Familien. Aber man kann die Guten von den Kriminellen nicht unterscheiden", meint er. Ein Jahr will der Senior noch warten. Wenn sich nichts ändert, zieht er mit seiner Frau weg.

Hüntten zählt zehn Nachbarn auf, die die Gegend verlassen haben. Das Ehepaar Halle hat sich auch dazu entschlossen und zieht bald einige Kilometer weiter. Ihr Haus hier werden Halles erst einmal behalten, weil sie es seit der Ankunft der Armutsflüchtlinge nur noch deutlich unter Wert verkaufen können. Aber sie wollen jeden Tag vorbeischauen, denn sie haben die nächste Sorge: Unbefugte könnten in ihr Haus eindringen.

Graphic

pa/Oliver Berg

Überfüllt, laut, heruntergekommen: Das Roma-Haus in Duisburg-Bergheim überfordert Bewohner, Nachbarn und Stadtverwaltung

WAZ FotoPoolGerd Wallhorn

Alltag vor dem Duisburger Problemhaus. Seitdem Rechte Bewohner vor und in ihrem Block bedrohen, halten Bürger und Sozialarbeiter nachts sogar Wache

Oliver Berg

WAZ FotoPool / Gerd Wallhorn

Load-Date: August 27, 2013

Bushido und die Familie; Wer ist der Clan, mit dem der Rapper so eng verbandelt ist, und was wirft man ihm vor?

Die Welt

Freitag 19. April 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: PANORAMA; S. 28; Ausg. 91

Length: 918 words

Byline: Jens Anker

Michael Behrendt

Body

Die Verstrickung Bushidos mit Teilen einer arabischen Großfamilie schlägt auch einen Tag nach der Veröffentlichung durch den „Stern“ große Wellen. Die Generalvollmacht für ein Mitglied der Abou-Chaker-Familie gilt als äußerster Vertrauensbeweis zwischen den beiden Männern, die sich schon jahrelang kennen. Bushido erwähnt in seiner Autobiografie, dass die Familie ihm half, aus einem Knebelvertrag mit seiner ersten Plattenfirma - Aggro Berlin - herauszukommen. Einige Familienmitglieder sind den Ermittlern seit Jahren bekannt.

Der palästinensische Vater von insgesamt neun Kindern kam Anfang der 70er-Jahre nach Berlin und holte die Familie später nach. Die fünf jüngeren Brüder kamen in Berlin auf die Welt. Die Familie stammt aus einem Flüchtlingslager in Libanon, das Land war damals durch den Bürgerkrieg verwüstet. Die staatenlosen Palästinenser aus den Flüchtlingsdörfern erhielten in ganz Europa politisches Asyl.

Die Familie Abou Chaker, deren Nähe Bushido so intensiv sucht, gilt als eine der bekanntesten 20 bis 30 Großfamilien, die in Berlin berüchtigt sind. Die allermeisten davon leben friedlich in der Stadt. Sechs libanesisch-kurdische Familien gelten als besonders „polizeilich relevant“, wie es in der Amtssprache heißt, da besonders viele bekannte Straftäter zu ihren Mitgliedern zählen. Die regionalen Schwerpunkte der Großfamilien liegen vor allem im Westteil der Stadt: Neukölln-Nord, Kreuzberg Süd-Ost, Schöneberg-Nord, Wedding und Moabit. Es sind jene Stadtteile von Berlin, die als sozial schwach gelten.

Die Berliner Kriminalpolizei hat bereits wegen des Verdachts auf zahlreiche Delikte gegen Mitglieder der Familie ermittelt, unter anderem wegen Drogen- und Menschenhandels, Erpressung und Zuhälterei. Das Magazin „Stern“ zitiert einen Berliner Oberstaatsanwalt mit den Worten, die Männer agierten „im Milieu der Organisierten Kriminalität“. Angehörige der Familie kontrollierten bereits große Teile der Prostitutionsszene der Kurfürstenstraße.

Bushido und die Familie Wer ist der Clan, mit dem der Rapper so eng verbandelt ist, und was wirft man ihm vor?

Zudem drängten sie in das Rotlicht-Milieu an der Oranienburger Straße. Zudem sollen die führenden Mitglieder eine Diskothek in Friedrichshain betreiben.

Ermittler des Landeskriminalamtes hatten seit vielen Jahren Hinweise auf die Verstrickung des Sängers in die Geschäfte der berüchtigten arabischen Familie. „Es gab Berichte aus der Szene, wonach Bushido sich schon zu Beginn seiner Karriere verpflichtet haben soll, einen nicht unerheblichen Teil seiner Einkünfte an den Clan abzugeben - gewissermaßen als Schutzgeld“, berichtet ein Beamter des Landeskriminalamtes.

Teilen der Familie Abou Chaker wird nachgesagt, in allen Bereichen der Organisierten Kriminalität aktiv zu sein - Ermittler sprechen von Drogen- und Waffenhandel. Schutzgelderpressung, Prostitution. Die Berliner Polizei hat sich in der Vergangenheit gegen die zum Teil „nicht zu ertragende Arroganz“ der Clan-Mitglieder zur Wehr gesetzt. So war einer von ihnen immer wieder ohne Führerschein mit seinem Auto unterwegs gewesen. Daraus entstand ein Haftbefehl, der wegen der „zu erwartenden Gefährlichkeit“ nachts in Berlin-Wilmersdorf von schwerbewaffneten und verummten Beamten des Mobilen Einsatzkommandos (MEK) vollstreckt wurde.

Angehörige der Familie gehören zahlreichen szenekundigen Polizeiführern nach zu den Machthabern der Organisierten Kriminalität in Berlin. „Sie stehen für Verbrechen, Gewalt und Angst“, so ein frustrierter Beamter, der laut eigenen Angaben nur den „Kopf schütteln kann über das Versagen der Gesellschaft“, nicht gegen die Verfilmung des Lebens Bushidos Amok zu laufen. „Schlimm genug, dass es in seinen Texten um Gewalt geht. Dass eine Sprache verwendet und gesellschaftlich geduldet wird, die man den eigenen Kindern verbietet. Nun hat sich gezeigt, was der Mann wirklich ist - nichts weiter als ein Mafiamitglied.“ Mitglieder der Familie waren unter anderem auch Drahtzieher und Täter des Casino-Poker-Raubes vor einigen Jahren in Berlin. Sie träten bei Straftaten immer gemeinsam auf, heißt es vom LKA.

Der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Michael Hartmann, kritisierte im Nachhinein das Verhalten von Unionspolitikern im vergangenen Jahr. Damals hatte der Unions-Abgeordnete Christian von Stetten Bushido als „Praktikanten“ in seinem Büro geholt. „Mich hat das damals schon entsetzt“, sagte Hartmann der „Welt“. Ich wusste, dass sich Bushido in widerlicher Weise über Minderheiten geäußert hatte. Das Praktikum war ein schlechter PR-Gag von Unions-Politikern.,,

Die notariell beglaubigte und beurkundete Vollmacht an ein Familienmitglied liegt dem Magazin "Stern,, nach eigenen Angaben vor. In einem abgedruckten Faksimile der mutmaßlichen Vollmacht heißt es, der Bevollmächtigte werde ermächtigt, "jede Rechtshandlung,, die Bushido selbst vornehmen könnte, an seiner Stelle "mit rechtsverbindlicher Kraft,, vorzunehmen. Damit hätte der Bevollmächtigte umfassende Gewalt über den gesamten Besitz und alle Belange des Rappers.

Der integrationspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Serkan Tören, hat laut "Bild,, -Zeitung bereits an Verleger Herbert Burda geschrieben, damit dieser Bushido den Integrations-Bambi, den er 2011 verliehen bekam, wieder entzieht. "Ich bitte Sie eindringlich, ihm den Integrationspreis abzuerkennen,,", schrieb Tören. Wer "engen Kontakt,, zu den "Größen der Berliner Unterwelt pflegt,, sei kein Beispiel für Integration, sondern "das genaue Gegenteil davon,,.

Eine Sprecherin des Burda-Verlags bestätigte den Erhalt des Briefes und teilte mit: "Derzeit planen wir nicht, Bushido den Preis abzuerkennen."

Graphic

pA/ dpa/ Fredrik von Erichsen

Bushido soll einem Familienmitglied eine Generalvollmacht erteilt haben

Bushido und die Familie Wer ist der Clan, mit dem der Rapper so eng verbandelt ist, und was wirft man ihm vor?

dpa Picture-Alliance / Fredrik v

Load-Date: April 19, 2013

End of Document

Deutschland Kompakt; Überhangmandate: Fraktionen einigen sich auf neues Wahlrecht ++ Serben und Mazedonier: Innenminister Friedrich für schärfere Asylregeln ++ Wahlumfrage: 3% ++ CSU: Sprecher soll versucht haben, ZDF-Bericht zu verhindern ++ Bundestag: SPD dringt auf Wahl am 22. September 2013

Die Welt

Donnerstag 25. Oktober 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Kompakt; S. 5; Ausg. 250

Length: 611 words

Body

Überhangmandate

Fraktionen einigen sich auf neues Wahlrecht

Die Spitzen der Bundestagsfraktionen haben sich auf die Eckpunkte für ein neues Wahlrecht verständigt. Die Einigung sieht einen vollen Ausgleich von Überhangmandaten vor. Der Gesetzentwurf soll vom Innenministerium vorbereitet und im Dezember erstmals im Parlament beraten werden. Die Verabschiedung ist für Anfang 2013 geplant. Die Neufassung war nötig geworden, weil das Verfassungsgericht zentrale Teile des von Union und FDP durchgesetzten Wahlrechts für verfassungswidrig erklärt hatte. Die Richter hatten die Praxis bei den Überhangmandaten verworfen. Die jetzt vereinbarten Ausgleichsmandate werden dazu führen, dass der Bundestag um mindestens 50 Abgeordnete größer wird. Derzeit sitzen 620 Abgeordnete im Bundestag.

Serben und Mazedonier

Innenminister Friedrich für schärfere Asylregeln

Vor dem Treffen der EU-Innen- und Justizminister an diesem Donnerstag hat sich Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) für schärfere Regeln für Asylbewerber aus Serbien und Mazedonien ausgesprochen. Friedrich plädierte für eine Gesetzesänderung. „Wer aus einem sicheren Herkunftsstaat kommt, soll künftig eine abgesenkte Barleistung erhalten“, sagte Friedrich der „Welt“. Zudem verlangt er eine schnellere Entscheidung über die Asylanträge: Ein Schnellverfahren binnen 48 Stunden wie in der Schweiz sei zwar aufgrund der Rechtsmittelfristen „wohl nicht möglich. Aber Abwicklung innerhalb kürzest möglicher Zeit bleibt das Ziel.“ Hintergrund der Diskussion ist ein Anstieg von Asylanträgen aus Serbien und Mazedonien. Allein im Oktober könnten so viele Anträge gestellt werden wie in einem gesamten Vierteljahr 2011. mbd/MLU

Deutschland Kompakt Überhangmandate: Fraktionen einigen sich auf neues Wahlrecht ++ Serben und Mazedonier: Innenminister Friedrich für schärfere Asylregeln ++ W....

Wahlumfrage

3%

holt die FDP im „Wahlrend" von RTL und „Stern", ihr niedrigster Wert seit vier Monaten (minus eins). Die SPD fällt auf 27 Prozent (minus zwei). Union, Grüne und Linke gewinnen je einen Punkt, auf 38, zwölf und neun Prozent. Die Piraten bleiben bei fünf Prozent.

CSU

Sprecher soll versucht haben, ZDF-Bericht zu verhindern

CSU-Chef Horst Seehofer ist wegen einer angeblich versuchten Einflussnahme seines Parteisprechers auf das ZDF unter Druck geraten. Laut „Süddeutscher Zeitung" soll CSU-Sprecher Hans Michael Strepp am Sonntag in der Redaktion der Nachrichtensendung „heute" angerufen und gesagt haben, das ZDF möge in den 19-Uhr-Nachrichten nicht über den SPD-Landesparteitag berichten. Bei dem Parteitag war Münchens Oberbürgermeister Christian Ude zum Seehofer-Herausforderer für die Landtagswahl 2013 gewählt worden. Der „Welt" bestätigte Strepp den Anruf, dementierte aber, dass er Einfluss habe ausüben wollen. Seehofer forderte von Strepp eine Klärung. Am Abend sagte er die Teilnahme an der Ministerpräsidentenkonferenz ab. Er wolle stattdessen an der Landtagsdebatte teilnehmen, bei der es sowohl um Studiengebühren als auch um das Verhalten Strepps geht.

Bundestag

SPD dringt auf Wahl am 22. September 2013

Die SPD hat Schwarz-Gelb aufgefordert, ihren Vorschlag für den Termin der Bundestagswahl 2013 offenzulegen. „Nur die Kanzlerin und der Innenminister wissen, wann genau im September 2013 gewählt wird", sagte SPD-Fraktionsgeschäftsführer Thomas Oppermann. „Sie behalten dieses Wissen für sich. Das ist nicht fair." Die Regierung müsse den Termin bekannt machen, damit sich alle Parteien darauf einstellen können. Oppermann sprach sich für den 22. September 2013 als Termin für die Bundestagswahl und Bayerns Landtagswahl aus. Eine Wahl am 29. September sei „untragbar". Am folgenden Tag beginnen die Herbstferien in Berlin, Brandenburg und Hamburg. Bayern will seinen Landtag am 15. September wählen, die CSU setzt auf eine Entkoppelung von der Bundestagswahl. dfs

Load-Date: January 26, 2013

Prominenter Botschaftsflüchtling; Um seine Auslieferung zu verhindern, beantragt Julian Assange in der Vertretung von Ecuador politisches Asyl

Die Welt

Donnerstag 21. Juni 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; S. 7; Ausg. 143

Length: 918 words

Byline: Thomas Kielinger

Highlight: Weil der Wikileaks-Gründer damit seine Auflagen bricht, wartet Scotland Yard vor der Tür

Body

London

Der Fall des australischen Wikileaks-Gründers Julian Assange, der in London seiner Auslieferung nach Schweden entgegensieht, nimmt immer bizarrere Formen an. Am späten Dienstagabend verließ er das Haus in Norfolk, das ein Freund ihm zur Verfügung gestellt hat, und begab sich nach London, wo er in der ecuadorianischen Botschaft um politisches **Asyl** nachsuchte. Mit diesem Schritt hat Assange eine entscheidende Bedingung seiner Kautions gebrochen, wonach er zwischen 22 Uhr und 8 Uhr morgens sein Haus nicht verlassen darf. Scotland Yard sprach daher gestern von einem strafwürdigen Akt, der zur Verhaftung von Assange führen müsste, sobald er die Botschaft Ecuadors verlassen würde.

Die hat derweil das Ersuchen an das entsprechende Referat der Regierung in Quito, der Hauptstadt des Landes, weitergereicht, das den Antrag jetzt überprüft. Die Botschaft in London beeilte sich zu erklären, der Vorgang dürfe auf keinen Fall interpretiert werden als „Einmischung Ecuadors in den Gang des Rechts im Vereinigten Königreich oder Schweden“. Vielmehr werde Quito „die Sicht der Regierungen Großbritanniens, Schwedens und der USA einholen“.

Assange, der politische Verfolgung geltend macht, stürzt mit seinem Schritt die internationale Diplomatie in ein hoch komplexes Dilemma. In Schweden wird er wegen Vorwürfen, die zwei Wikileaks-Assistentinnen gegen ihn erhoben haben, gesucht: Angeblich soll er auf einer Vortragsreise in Stockholm im September 2010 eine der beiden vergewaltigt und die andere sexuell belästigt haben - was er und seine Anwälte bestreiten. Gegen die Auslieferung an Schweden hat er Rechtsmittel eingelegt, die vor einer Woche erschöpft waren, als das oberste britische Gericht seine letzte Berufung ablehnte. Das Gericht setzte ihm eine Frist bis zum 28. Juni, falls er den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg anrufen wolle. Das hat Assange zwar erwogen, aber bisher nicht getan. Stattdessen bat er in London, zur allseitigen Überraschung, in der ecuadorianischen Botschaft um Asyl.

Prominenter Botschaftsflüchtling Um seine Auslieferung zu verhindern, beantragt Julian Assange in der Vertretung von Ecuador politisches Asyl

Seine Behauptung, er werde „politisch verfolgt“, stützt der Australier auf die Vermutung, die schwedischen Behörden könnten ihn womöglich an die USA ausliefern, wo er wegen Spionage und Verletzung des amerikanischen nationalen Interesses gesucht wird - Vergehen, die schlimmstenfalls mit der Todesstrafe geahndet werden können. Der Vorwurf gegen ihn besteht seit 2010, als die Wikileaks-Website an die 250.000 vertrauliche Depeschen der weltweiten US-Diplomatie veröffentlicht hatte, zum beträchtlichen Schaden der amerikanischen Sicherheitspolitik und unter Gefährdung des Lebens von US-Truppen in Afghanistan und deren Informationszuträgern dort.

Die australische Premierministerin Julia Gillard bot am Rande des G-20-Gipfeltreffens in Mexiko Assange konsularische Hilfe an und hielt fest, ihr Land werde gegen eine Auslieferung Assanges an die USA eintreten, falls ihm dort die Todesstrafe drohe. Ähnliche Zusagen hatten bisher auch schwedische Behörden bereits gegeben. Gillard fügte freilich hinzu, die schwedischen Anklagen bezögen sich auf sexuelle Vergehen, nicht auf Fälle von Kapitalverbrechen.

Da liegt auch die Schwäche von Assanges Asylantrag wegen angeblicher politischer Verfolgung. Artikel 14 der Menschenrechtscharta der Vereinten Nationen hält fest: „Jeder hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen. Dieses Recht kann nicht in Anspruch genommen werden im Falle einer Strafverfolgung, die tatsächlich aufgrund von Verbrechen nicht-politischer Art oder aufgrund von Handlungen erfolgt, die gegen die Ziele und Grundsätze der Vereinten Nationen verstoßen.“ Genau das aber liegt im Fall von Julian Assange und seiner möglichen Ahndung in Schweden vor: die Anklage wegen „nicht-politischer“ Vergehen, der er sich zu stellen hat. Diese rechtfertigt nicht den Rekurs auf politische Verfolgung.

Warum aber Ecuador, lautete gestern die alles überragende Frage? Sie ist nur zu beantworten mit einem Blick auf den Präsidenten Ecuadors, Rafael Correa. Dieser hatte nach Korruptionsvorwürfen seitens der amerikanischen Botschaft gegen seine Regierung, von Wikileaks auf den Markt gebracht, im April 2011 die amerikanische Vertreterin Heather Hodges des Landes verwiesen, was Washington mit einem gleichen Schritt gegen den ecuadorianischen Botschafter in den USA beantwortete.

Die gespannten Beziehungen zwischen beiden Ländern hatten schon im November 2010 den damaligen stellvertretenden Außenminister Ecuadors, Kintto Lucas, konstatieren lassen, sein Land würde möglicherweise Julian Assange Asyl gewähren, „damit er frei seine Informationen präsentieren kann“. Das widersprach zunächst der offiziellen Linie Correas, der damals noch meinte, Wikileaks habe „einen Fehler begangen und die Gesetze der Vereinigten Staaten gebrochen“.

Der komplette Kehrtwende des Präsidenten in der Causa Assange trat dann im April dieses Jahres ein, als Assange Rafael Correa in einer australischen Chat-Show interviewen konnte, die ausgerechnet von dem englischsprachigen TV-Kanal Russia Today, den Moskau finanziert, ausgestrahlt wurde.

Im Laufe des Gesprächs kamen sich Assange und Correa sichtlich näher, als auch der Präsident sich als durch die Privatmedien seines Landes Verfolgter darstellte, gegen die er laufend prozessiert. „Kopf hoch! Kopf hoch!“, ermunterte Correa den Australier. Und: „Willkommen im Klub der Verfolgten.“ Ob ihm das Asylgesuch seines „Mitverfolgten“ jetzt aber so willkommen ist, darauf muss der Präsident schon bald eine Antwort finden.

Graphic

dapd/Tim Hales

Vor der ecuadorianischen Botschaft: Assange ist drin, die Polizei draußen

Prominenter Botschaftsflüchtling Um seine Auslieferung zu verhindern, beantragt Julian Assange in der Vertretung von Ecuador politisches Asyl

Load-Date: September 12, 2012

End of Document

Welches Angebot nimmt Snowden an?; Drei lateinamerikanische sozialistische Präsidenten bieten dem ehemaligen US-Geheimdienstmitarbeiter Asyl

Die Welt

Montag 8. Juli 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 6; Ausg. 156

Length: 1080 words

Byline: Ansgar Graw

Body

Washington

Die Europäer feiern Edward Snowden als einen mutigen Informanten, der die Spionage der USA gegen ihre Länder enthüllte. Für Lateinamerikaner ist der 30-Jährige der David, der zusammen mit den Präsidenten von Venezuela, Bolivien und Nicaragua dem als Goliath empfundenen mächtigen Nachbarn die Stirn bietet. Doch in den USA selbst sinkt die Zustimmung zu den Aktionen Snowdens, der sich mit einer unbekannten Menge an Top-Secret-Dokumenten über die Aktivitäten der National Security Agency (NSA) abgesetzt hat und aus Moskau nach einem Weg in ein **Asylland** sucht.

In ersten Umfragen gab es jeweils etwa gleich große Lager: Das eine lobte Snowden als wichtigen „Whistleblower“, der fragwürdige Regierungspraktiken enthüllte. Das andere verdammt ihn als Verräter wichtiger Staatsgeheimnisse. Vor allem unter jungen Amerikanern überwog die Zustimmung für den ehemaligen NSA-Mitarbeiter, der zuletzt für die Beratungsfirma Booz Allen Hamilton tätig war. Doch eine neue Umfrage der „Huffington Post“ zusammen mit der Internetplattform YouGov zeigt ein verändertes öffentliches Bild. Danach sagen nun 38 Prozent, Snowden „hat das Falsche getan“, und nur noch 33 Prozent, er habe „das Richtige getan“. 29 Prozent sind unentschieden.

Snowden wird weiterhin im Transitbereich des internationalen Flughafens Scheremetjewo in Moskau vermutet. Der Amerikaner hatte sich mit den geheimen Unterlagen vom NSA-Posten auf Hawaii, wo er tätig war, zunächst nach Hongkong abgesetzt, um nach der Veröffentlichung verschiedener Materialien im britischen „Guardian“ und in der „Washington Post“ einer Verhaftung zu entgehen. Von dort war er weitergereist nach Moskau. Dies gelang nur durch ein vorläufiges Reisedokument, das ihm der bolivianische Konsul in London ausgestellt hatte; Snowdens amerikanischen Pass hatten die US-Behörden annulliert.

Welches Angebot nimmt Snowden an? Drei lateinamerikanische sozialistische Präsidenten bieten dem ehemaligen US -Geheimdienstmitarbeiter Asyl

Aus Moskau hatte Snowden zunächst 20 Asylanträge gestellt, darunter an Russland, China, Deutschland und mehrere lateinamerikanische Länder. Während Deutschland und viele andere Länder argumentierten, die formalen Kriterien für einen Asylanspruch seien nicht erfüllt, weil sich der Asylsuchende nicht auf ihrem Territorium aufhalte, hatte der russische Präsident Wladimir Putin einen Aufenthaltsstatus unter einer wichtigen Kondition angeboten: Snowden müsse aufhören, „unseren Partner“ USA durch weitere Veröffentlichungen zu attackieren. Das hatte Snowden abgelehnt, der zuletzt noch weitere sechs Asylanträge an bislang nicht bekannte Regierungen nachreichte.

Am Freitag boten die Präsidenten von Venezuela und Nicaragua, Nicolas Maduro und Daniel Ortega, Snowden Asyl an. Am Samstag schloss sich Evo Morales aus Bolivien dieser Initiative an. Am Dienstag hatten offenkundig auf Wink der USA Frankreich, Spanien, Italien und Portugal einen Flug der Regierungsmaschine von Morales von Moskau nach La Paz massiv behindert, weil Snowden an Bord vermutet wurde. Morales war - nach bolivianischen Angaben - wegen verweigerter Überflugrechte und vorenthaltener Genehmigungen zum Nachtanken zur Zwischenlandung in Wien gezwungen worden. Das hatte in Lateinamerika zu wütenden Protesten und letztlich wohl zu den Asylangeboten geführt. Man habe sich entschlossen, „dem jungen Amerikaner Edward Snowden Asyl aus humanitären Gründen anzubieten, damit er leben kann ohne Verfolgung durch das Empire“, sagte Venezuelas Präsident Maduro. Er solle „in das Vaterland von Bolívar und Chávez kommen und frei von der imperialistischen Verfolgung Nordamerikas leben können.“ In Nicaragua sagte Präsident Ortega eine Spur zurückhaltender, er sei ebenfalls bereit zu einem Asylangebot, „falls die Umstände dies erlauben“. Und Morales konstatierte: „Wir haben keine Angst davor, diesem Nordamerikaner Asyl zu gewähren, der von seinen eigenen Landsleuten verfolgt wird.“

Inzwischen wurde bekannt, dass es offenbar auch in Lateinamerika massive Spionageangriffe der USA gegeben hat. In Brasilien seien Millionen von E-Mails und Telefonaten angezapft worden, berichtete die Zeitung „O Globo“. Den Artikel in dem brasilianischen Blatt hatte „Guardian“-Enthüller Glenn Greenwald gemeinsam mit „O Globo“-Kollegen verfasst. Die Eingriffe seien „über Jahre und systematisch“ erfolgt.

„Asyl für Snowden in Venezuela wäre die beste Lösung“, schrieb der einflussreiche russische Außenpolitiker Alexej Puschkow bei Twitter. „Das Land befindet sich bereits in einem heftigen Konflikt mit den USA. Schlechter kann es nicht werden“, meinte der Chef des Auswärtigen Ausschusses der Staatsduma. Venezuela sei vielleicht Snowdens „letzte Chance“. „Ansonsten bleibt ihm nur, Anna Chapman zu heiraten“, fügte er hinzu. Die Ex-Spionin hatte kürzlich Snowden via Twitter einen Hochzeitsantrag gemacht - wobei Kommentatoren in Moskau eher an einen PR-Coup der als „Argentin 90-60-90“ bekannt gewordenen Chapman glaubten.

Österreich versucht derweil, den Schaden der Behinderung des Fluges von Präsident Morales zu begrenzen. Die Regierungsmaschine sei beim Zwischenstopp in Wien nicht förmlich inspiziert worden. „Es gab keine Durchsuchung im kriminalistischen Sinne. Dafür war völkerrechtlich auch kein Anlass gegeben“, sagte Präsident Heinz Fischer der Zeitung „Kurier“. Es sei lediglich ein Beamter an Bord gegangen, um sich nach der Art eines nicht näher erläuterten „technischen Problems“ zu erkundigen, das den Jet zur Landung gezwungen habe. Dabei habe er gesehen, dass das Flugzeug leer gewesen sei. Er habe aber „nicht unter die Sitze geschaut“.

Der international bekannte NSA-Experte James Bamford bewertet das Vorgehen der USA als problematisch. Der Bestseller-Autor („Shadow Factory“) sagte der „Welt“, es sei ein „schwerer Fehler der Regierung Obama“ gewesen. Durch ihr „plumpes Vorgehen“ hätten die USA „einen ganzen Kontinent verprellt“. Es gehe nicht an, „einen amtierenden Präsidenten zu zwingen, in einem anderen Land zu landen und dort die Nacht zu verbringen, nur weil man die Macht hat, dies zu tun. Bolivien könnte die Air Force One nicht umlenken, nur weil sie jemanden nicht mögen, der an Bord sein könnte.“ Die USA hätten es geschafft, „viele Länder in der Welt zu verprellen: die Europäer wegen ihrer Lauschaktionen und die Lateinamerikaner wegen ihrer Behandlung des Präsidenten von Bolivien“. Bamford wies darauf hin, dass das Asylangebot noch umgesetzt werden müsse, indem einer der Staaten oder ein Privatmann ein Flugzeug zur Verfügung stelle. Die Frage aber sei, ob „dieses Flugzeug in der Lage ist, zum Auftanken Länder zu erreichen, die nicht mit den USA kooperieren“.

Welches Angebot nimmt Snowden an? Drei lateinamerikanische sozialistische Präsidenten bieten dem ehemaligen US -Geheimdienstmitarbeiter Asyl

Graphic

Getty Images

Bei Boliviens Evo Morales ist das Asylangebot vielleicht auch eine Trotzreaktion auf die von den USA erzwungene Landung seines Jets in Wien

picture alliance / Stefano Spazi

Venezuelas Präsidenten sind für alles zu haben, was Amerika schadet. So war es bei Hugo Chávez, und so ist es bei Nicolas Maduro

Getty Images

dpa Picture-Alliance / Stefano Spaziani

Load-Date: July 8, 2013

End of Document

Politik Kompakt II; Wahlausschuss: Bei Bundestagswahl warten 38 Parteien auf ein Kreuz ++ Bayern: Haderthauer kommt Asylbewerbern entgegen ++ Wechselspiele: Ex-Industriechef Henkel wird den Freien Wählern untreu ++ Europäische Union: Kommission erwartet Aufklärung von Frankreich ++ Syrien: Zwei verschleppte Deutsche sind wieder frei

Die Welt

Samstag 6. Juli 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Kompakt; S. 5; Ausg. 155

Length: 654 words

Body

Wahlausschuss

Bei Bundestagswahl warten 38 Parteien auf ein Kreuz

Bei der Bundestagswahl am 22. September konkurrieren voraussichtlich 38 Parteien um die Gunst der Wähler. Das ergab die zweitägige Sitzung des Bundeswahlausschusses. Zum Abschluss gab das elfköpfige Gremium unter anderem noch grünes Licht für Die Partei des Satirikers Martin Sonneborn, die vor vier Jahren noch gescheitert war. Eine Zulassung gab es für so unterschiedliche Gruppierungen wie die Marxistisch-Leninistische Partei sowie für die Rechte, die Partei des bekannten Neonazis Christian Worch. Die bereits im Bundestag vertretenen Parteien waren ebenso automatisch zugelassen wie die Piratenpartei, die Freien Wähler und die rechtsextreme NPD, die dank ihrer Landtagsmandate an der Bundestagswahl teilnehmen dürfen. Abgewiesene Parteien können aber innerhalb von vier Tagen Einspruch beim Bundesverfassungsgericht einlegen. welt.de/wahlausschuss

Bayern

Haderthauer kommt Asylbewerbern entgegen

Knapp eine Woche nach dem von den Behörden erzwungenen Ende des Hungerstreiks von Asylsuchenden in München will Bayerns Sozialministerin Christine Haderthauer (CSU) aus dem bayerischen Asylrecht den umstrittenen Satz streichen, dass die Unterbringung von Bewerbern „die Bereitschaft zur Rückkehr in das Heimatland fördern“ solle, sagte Haderthauer im Bayerischen Rundfunk. Mittlerweile sei aber die Überzeugung gewachsen, dass „ein falsches Bild entsteht durch einen solchen Satz“. Es gehe nicht um Abschreckung. Auch bei der strittigen Frage, ob Asylbewerber statt Essenpaketen künftig Geld für den täglichen Bedarf bekommen sollen,

Politik Kompakt II Wahlausschuss: Bei Bundestagswahl warten 38 Parteien auf ein Kreuz ++ Bayern :
Haderthauer kommt Asylbewerbern entgegen ++ Wechselspiele: Ex-....

deutete Haderthauer Entgegenkommen an. Es habe keinen Sinn, dass Bayern das „gallische Dorf“ spiele, während die anderen 15 Bundesländer zur Bargeldauszahlung übergegangen seien.

Wechselspiele

Ex-Industriechef Henkel wird den Freien Wählern untreu

Nach dem abtrünnig gewordenen Adenauer-Enkel Stephan Werhahn verlieren die Freien Wähler im Bundestagswahlkampf eine weitere Galionsfigur. Der frühere Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Hans-Olaf Henkel, tritt nun bei der europakritischen Alternative für Deutschland (AfD) auf. Am 10. Juli wird Henkel Hauptredner bei einer AfD-Veranstaltung in München sein, wie die Partei ankündigte. Dagegen wird es weitere Auftritte Henkels für die Freien Wähler offenbar nicht geben. Henkel war einst FDP-nah, wollte dann selbst eine Anti-Euro-Partei gründen, bevor er sich 2011 den Freien Wählern zuwandte.

Europäische Union

Kommission erwartet Aufklärung von Frankreich

Brüssel fordert Aufklärung von Paris zu den in einem Pressebericht erhobenen Vorwürfen, auch der französische Geheimdienst sammle und speichere private Daten in großem Ausmaß ohne rechtliche Grundlage. „Die EU-Kommission wird sich mit der französischen Regierung in Verbindung setzen, um mehr Informationen zu verlangen“, sagte eine Sprecherin der Justizkommissarin Viviane Reding der „Welt“. Nach der Enthüllung umfangreicher Spähprogramme der Amerikaner und Briten gelte auch für die Franzosen, dass die Verhältnismäßigkeit gewahrt werden müsse. Der Verweis auf nationale Sicherheit rechtfertige nicht jeden Eingriff, der möglich sei, so die Kommissarin. Frankreichs Präsident François Hollande hatte empört auf die US-Spionageaktivitäten reagiert. Die französische Tageszeitung „Le Monde“ berichtete hingegen, auch Paris schöpfe systematisch Daten aus SMS, E-Mails, Telefonaten und sozialen Netzwerken ab.

Syrien

Zwei verschleppte Deutsche sind wieder frei

Nach wochenlanger Geiselhaft sind einem Medienbericht zufolge zwei von drei in Syrien verschleppte deutsche Mitarbeiter der Hilfsorganisation „Grünhelme“ wieder frei. Das teilte der stellvertretende Vorsitzende der Organisation, Aiman Mazyek, der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ mit. Das Schicksal des dritten Entführten sei weiter ungewiss. Zwei der Mitte Mai Entführten seien auf dem Weg nach Deutschland, sagte ein Sprecher des Auswärtigen Amtes.

Load-Date: July 6, 2013

Wenig Hoffnung für Snowden; Bundestag will nur Chancen einer Befragung in Moskau ausloten

Die Welt

Donnerstag 7. November 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 5; Ausg. 260

Length: 774 words

Byline: Günther Lachmann

Martin Lutz

Body

Nach drei Stunden vertraulicher Debatte schien das Tor nach Deutschland für Edward Snowden so gut wie zu. Auf Initiative des Grünen-Politikers Hans-Christian Ströbele war das Parlamentarische Gremium zur Kontrolle der Geheimdienste zu einer Sondersitzung zusammengekommen. Auf dem Programm standen Ströbeles Besuch beim NSA-Whistleblower Edward Snowden in Moskau sowie die Reise der Chefs von Bundesnachrichtendienst und Verfassungsschutz, Gerhard Schindler und Hans-Georg Maaßen, in die USA. Am Ende der Veranstaltung war klar, dass Snowden vorerst kein Asyl in der Bundesrepublik erhalten wird. Damit ist die Diskussion inzwischen so etwas wie eine Phantomdebatte.

Die Abgeordneten einigten sich auf den kleinsten gemeinsamen Nenner. Sie beschlossen einvernehmlich, dass die Bundesregierung in den kommenden Tagen und Wochen zunächst Möglichkeiten für eine Befragung in Moskau ausloten soll. Allerdings halten Sicherheitsexperten selbst das für außerordentlich problematisch. „Eine Befragung in Deutschland steht im Augenblick nicht zur Debatte, sondern wir wollen zunächst sehen, ob eine Befragung in Moskau möglich ist“, sagte der Ausschussvorsitzende Thomas Oppermann (SPD). Die Abgeordneten hätten ohne Geheimdienstvertreter im Raum „sehr nachdenklich“ über den Umgang mit Snowden beraten. Man dürfe Snowden nicht nach Deutschland einladen, wenn man nicht definitiv ausschließen könne, dass er später an die USA ausgeliefert werden müsse.

Erst vor wenigen Tagen hatte Oppermann eine Asyllösung für Snowden nicht ausgeschlossen. In der ARD drang er darauf, den Informanten so bald als möglich zu vernehmen, und forderte eine humanitäre Lösung für Snowden. Nach der Sitzung des Kontrollgremiums klang er deutlich defensiver.

Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) indes blieb bei seiner Linie. Er sehe bei Snowden keinen Anspruch auf Asyl, weil er nicht politisch verfolgt sei. Daher müsse nun rechtlich geklärt werden, wie Snowden „von wem auch

Wenig Hoffnung für Snowden Bundestag will nur Chancen einer Befragung in Moskau ausloten

immer" in Moskau angehört werden könne. Kanzleramtsminister Ronald Pofalla war um eine positive Darstellung bemüht. „Das No-Spy-Abkommen mit den USA ist auf einem guten Weg“, sagte der CDU-Politiker. Pofalla rechnet mit einer vertraglichen Vereinbarung bis Mitte Dezember. „Damit wird die Zusammenarbeit auf eine neue Basis gestellt“, meinte Pofalla. Das sei eine Chance, Vertrauen zurückzugewinnen.

Ganz ähnlich klang die Botschaft der Geheimdienstchefs Schindler und Maaßen. Sie berichteten von „guten Gesprächen“ in den Vereinigten Staaten. Die Amerikaner wollten das Snowden-Material rekonstruieren und in Kopie an die Deutschen weitergeben. Nach Informationen der „Welt“ war das Treffen in den USA jedoch nicht ganz so erfolgreich wie von Schindler und Maaßen dargestellt. Auf die Frage, welche deutschen Regierungsmitglieder neben Angela Merkel noch abgehört worden seien, sollen sie keine Antwort erhalten haben.

Nach Ansicht Ströbeles, der die Sondersitzung beantragt hatte, macht es sich die Regierung in ihrer Beurteilung Snowdens zu leicht. „Innenminister Friedrich argumentiert rechtlich. Es muss aber politisch entschieden werden, ob Edward Snowden ein politisch Verfolgter ist oder nicht“, sagte der Grüne. Eine Ermessensentscheidung der Bundesregierung sei möglich. Diese müsse aber eng mit den USA abgestimmt werden. Gegenüber Vertrauten äußerte sich Ströbele besorgt über die Lage des NSA-Whistleblowers in Russland. Snowden sei kein freier Mann, sondern könne im Grunde keinen Schritt ohne Genehmigung der dortigen Behörden tun.

Auch der CSU-Innenexperte Hans-Peter Uhl sieht den Amerikaner in einer heiklen Lage: „Es ist schwer vorstellbar, wie man Snowden überhaupt noch helfen kann.“ In Sicherheitskreisen hieß es dazu, der frühere NSA-Mitarbeiter sei längst nicht mehr in der Lage, die Verwendung seiner Daten selbst zu steuern. Zudem könne er nicht in der deutschen Botschaft in Moskau vernommen werden, weil die Gefahr einfach zu groß sei, dass Snowden die Vertretung nicht mehr verlassen würde. In diesem Fall seien enorme Konflikte sowohl mit Russland als auch mit den USA zu befürchten.

In den vergangenen Tagen hatten vor allem Grünen-Politiker Asyl für Edward Snowden gefordert. Ihren Erklärungen fehlte es dabei nicht an moralischem Pathos. Snowdens Vater riet seinem Sohn vor dem Hintergrund der Ereignisse davon ab, in Deutschland Zuflucht zu suchen. Er habe wenig Zutrauen zur Politik der Bundesregierung, sagte Lon Snowden dem „Stern“. Seinem Sohn drohen in den USA mindestens 40 Jahre Haft. Die US-Behörden suchen Snowden mit einem internationalen Haftbefehl. Bei einer Einreise nach Deutschland müsste ihn die Bundespolizei den Regeln entsprechend sofort festnehmen.

Graphic

dpa/Rainer Jensen

Sorgt sich um die Sicherheit von Edward Snowden: Hans-Christian Ströbele

Rainer Jensen

Load-Date: November 8, 2013

Ausland Kompakt; Europa: Berichte über Schüsse Libyens auf Flüchtlingsboot ++ Iran: Rote Linie vor neuen Atomgesprächen

Die Welt

Montag 14. Oktober 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Kompakt; S. 7; Ausg. 239

Length: 282 words

Body

Europa

Berichte über Schüsse Libyens auf **Flüchtlingsboot**

Italien will die Überwachung im Mittelmeer verstärken, vor allem den Teil des Mittelmeeres, „der in den letzten Tagen (für viele **Flüchtlinge**) zum Grab geworden ist“, wie Ministerpräsident Enrico Letta in Rom sagte. Die Kräfte von Marine und Luftwaffe dort wolle er verdreifachen. Nur wenige Tage nach der **Flüchtlingskatastrophe** von Lampedusa am 3. Oktober mit rund 350 Toten war am Freitag unweit der italienischen Insel erneut ein Boot gekentert. Beim jüngsten Vorfall kamen 34 Menschen ums Leben. Vor Malta gerettete **Flüchtlinge** berichteten der Zeitung „Malta Today“, zwei Insassen seien getötet worden, als ein libysches Militärschiff das Feuer auf das Boot eröffnet habe. Es sei ihnen zuvor stundenlang gefolgt, habe den Kapitän zur Rückkehr aufgefordert und schließlich auf den Maschinenraum gefeuert. Italien und Malta fordern beim **Flüchtlingsproblem** mehr Unterstützung vonseiten der EU.

Iran

Rote Linie vor neuen Atomgesprächen

Der Iran hat vor Beginn neuer Atomgespräche mit dem Westen eine weitere rote Linie gezogen. Demnach lehnt die Führung in Teheran Forderungen ab, bereits angereichertes Uran ins Ausland zu bringen. „Wir werden in den Verhandlungen über Form und Menge der Urananreicherung diskutieren, aber das angereicherte Uran ins Ausland zu bringen ist unsere rote Linie“, sagte der stellvertretende Außenminister Abbas Araghchi im staatlichen Fernsehen. Zuvor hatte der Iran es bereits abgelehnt, generell auf eine Anreicherung von Uran zu verzichten. Erstmals seit April wollen Vertreter der fünf UN-Vetomächte und Deutschlands an diesem Dienstag und Mittwoch in Genf wieder mit iranischen Atomunterhändlern verhandeln.

Load-Date: October 14, 2013

Ausland Kompakt Europa: Berichte über Schüsse Libyens auf Flüchtlingsboot ++ Iran : Rote Linie vor neuen Atomgesprächen

End of Document

Deutschland Kompakt I; Türkei-Krise: Zehntausende demonstrieren in Köln gegen Erdogan ++ Studie: Forscher widersprechen Familienministerin Schröder ++ Bildungsministerin: Wanka plädiert für Noten, Leistung und Sitzenbleiben ++ Flugverkehr: Polizei warnt vor Anschlägen mit Waffen aus 3-D-Druckern

Die Welt

Montag 24. Juni 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Kompakt; S. 4; Ausg. 144

Length: 806 words

Body

Türkei-Krise

Zehntausende demonstrieren in Köln gegen Erdogan

Mindestens 30.000 Menschen haben am Samstag in Köln gegen den türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan protestiert. „Das war die größte Demonstration von Menschen mit **Migrationshintergrund** in der Geschichte der Bundesrepublik“, sagte ein Sprecher der Alevitischen Gemeinde Deutschland, die die Kundgebung organisiert hatte. Der Sprecher schätzte die Zahl der Teilnehmer auf rund 60.000, andere Quellen sprachen von 30.000 bis 40.000 Demonstranten. Sie trugen Transparente mit Aufschriften wie „Erdogan, der Wolf im Schafspelz“ oder „Europa weiß, was Sache ist - in Ankara regiert ein Faschist“. Die Kundgebung stand unter dem Motto „Überall ist Taksim“. An der geplanten Bebauung des Gezi-Parks am Taksim-Platz in Istanbul hatten sich die Proteste in der Türkei vor rund drei Wochen entzündet.

Die Aleviten hatten mehrfach das harte Vorgehen der türkischen Polizei gegen Demonstranten angeprangert. Die Demonstranten, die aus ganz Deutschland angereist waren, hielten unter anderem eine Schweigeminute ab „für alle, die ihr Leben für Freiheit und Demokratie geopfert haben“. Das harte Vorgehen der türkischen Regierung ging am Samstagabend weiter: Die Polizei setzte am Taksim-Platz erneut Wasserwerfer und Tränengas gegen Demonstranten ein. Zehntausende Menschen hatten sich zuvor versammelt, der Verkehr kam zum Erliegen. Vor der Räumung hatte die Polizei die Demonstranten vergeblich dazu aufgerufen, die durch die Menschenmassen blockierten Straßen an dem Platz zu räumen. Bis zum Wasserwerfereinsatz verlief die Demonstration friedlich, wie Augenzeugen berichteten. Als die Polizei den Platz räumte, flogen vereinzelt Flaschen. Viele Demonstranten bewarfen Polizisten und Wasserwerfer mit Blumen. Über den Online-Kurznachrichtendienst Twitter war dazu aufgerufen worden, rote Nelken mitzubringen - das Symbol der Arbeiterbewegung.

Deutschland Kompakt | Türkei-Krise: Zehntausende demonstrieren in Köln gegen Erdogan ++ Studie: Forscher widersprechen Familienministerin Schröder ++ Bildungsmini....

Studie

Forscher widersprechen Familienministerin Schröder

Autoren einer Großstudie zur staatlichen Familienpolitik haben der Einschätzung von Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) widersprochen, zentrale Ergebnisse der Untersuchung seien eine Bestätigung der schwarz-gelben Familienpolitik. „Es gibt offensichtlich Schlussfolgerungen, die die Politik nicht sehen will“, sagt der Volkswirt Reinhold Schnabel von der Universität Duisburg-Essen dem „Spiegel“. So habe die Untersuchung ergeben, dass einige Leistungen abgeschafft werden könnten. Schröder hatte die Resultate der von ihrem Ministerium in Auftrag gegebenen „Gesamtevaluation der ehe- und familienpolitischen Leistungen“ vorgestellt und die 156 untersuchten Instrumente als Erfolge gewertet. Dagegen sagte Katharina Spieß vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, die Untersuchung habe ergeben, dass die Maßnahmen für die verschiedenen Familientypen unterschiedlich wirksam seien - es könne nicht pauschal vom Erfolg der Familienpolitik gesprochen werden. Zugleich zeigte sich Spieß verwundert, dass keiner der beteiligten Wissenschaftler zur Vorstellung der Studie eingeladen war.

Bildungsministerin

Wanka plädiert für Noten, Leistung und Sitzenbleiben

Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) hat zum Schuljahresende die Bedeutung von Noten, Leistung und Sitzenbleiben hervorgehoben. „Noten sind und bleiben ungemein wichtig, denn sie geben den Schülern eine Rückmeldung über ihre Leistungsfähigkeit und ihre Defizite“, sagte Wanka der „Bild am Sonntag“. Und da sei „eine Note präziser und eindeutiger als ein Text“. Noten seien auch sozial gerecht, denn „sie bewerten die Leistung, nicht die Herkunft eines Schülers“. Die Ministerin kritisierte die Leistungsfeindlichkeit bisheriger Schulreformen: „So wurde zum Beispiel auf Noten verzichtet, weil durch sie die Schüler unter Druck gesetzt würden. Das ist so schädlich wie lebensfremd.“ Wanka sprach sich zudem klar gegen eine Abschaffung des Sitzenbleibens aus und appellierte an Eltern, ihre Kinder zu mehr Respekt gegenüber Lehrern anzuhalten.

Flugverkehr

Polizei warnt vor Anschlägen mit Waffen aus 3-D-Druckern

Die Bundespolizei warnt laut „Focus“ vor Terroranschlägen auf Flugzeuge mit Kunststoffwaffen aus 3-D-Druckern. In einem vertraulichen Schreiben der Behörde vom 17. Juni 2013 heißt es, die Waffen seien „geeignet, Angriffe auf die Sicherheit des Luftverkehrs durchzuführen“. In dem Papier werden die Flughafenverantwortlichen aufgefordert, die Sicherheitsvorkehrungen zu erhöhen. Das Kontrollpersonal sei „schnellstmöglich“ über die Gefahr zu informieren. Derzeit liefen Tests „zur Erkennbarkeit derartiger Waffen“. Hintergrund sind im Internet veröffentlichte Baupläne für die Pistole Liberator, die aus 15 Plastikteilen sowie einem Metallstift besteht, der als Schlagbolzen dient. Laut Polizei wäre es kein Problem, die Waffe ohne montierten Schlagbolzen durch einen Detektor zu schmuggeln.

Load-Date: June 24, 2013

Die Suche nach einem sicheren Ort zum Reden; Die deutsche Politik streitet über das Wie und Wo einer Vernehmung von Ex-Geheimdienstler Edward Snowden

Die Welt

Samstag 2. November 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 5; Ausg. 256

Length: 685 words

Byline: Karsten Kammholz

Body

Das beiderseitige Interesse an einem Termin ist vorhanden - allein: Auf welchen Wegen wollen der frühere Geheimdienstmitarbeiter Edward Snowden und die deutsche Regierung miteinander ins Gespräch kommen? Die Frage nach einem möglichen Asyl für den US-Bürger stellte sich am Freitag auch innerhalb der Bundesregierung erneut. Im Sommer, als erstmals Vorwürfe gegen den US-Geheimdienst NSA laut geworden waren, hatten Auswärtiges Amt und Bundesinnenministerium Snowdens Begehren nach Asyl in Deutschland abgelehnt. Die Voraussetzungen lägen nicht vor, hieß es damals. Dies gelte auch heute, sagte Regierungssprecher Steffen Seibert nun.

Zu einer möglichen Befragung Snowdens als Zeuge sagte Seibert, dies sei Sache der Justiz oder parlamentarischer Gremien. Doch an welchem Ort könnte die Befragung stattfinden? Aus humanitären und staatspolitischen Gründen könnte Snowden in Deutschland einen „Aufenthaltstitel“ erhalten, der ihn vor einer Auslieferung schützt. Damit würde Deutschland allerdings das Auslieferungsabkommen mit den USA brechen. Zugleich trat ein Sprecher von Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) der Befürchtung entgegen, Snowden würde sofort festgenommen, wenn er deutschen Boden betrete. Grundsätzlich könnte Snowden aber in Deutschland die Festnahme drohen, da die USA nach Angaben des Justizministeriums bereits im Juli ein entsprechendes Gesuch gestellt haben.

Der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Markus Löning (FDP), forderte daher freies Geleit für den ehemaligen US-Geheimdienstmitarbeiter bei einer Aussage in Deutschland. „Deutschland sollte Snowden freies Geleit geben, wenn ihn der Bundestag oder andere Institutionen anhören wollen“, sagte Löning dem Berliner „Tagesspiegel“. Selbstverständlich müsse er dann vor einer Auslieferung an die USA geschützt werden. Löning kritisierte auch das Verhalten der deutschen Sicherheitsbehörden in dem Fall. „Die Bundesanwaltschaft und deutsche Sicherheitsbehörden hätten von sich aus den Kontakt mit Snowden aufnehmen und nicht warten sollen, bis ihnen das ein Bundestagsabgeordneter abnimmt“, sagte er. Damit spielte er auf das Treffen des Grünen-

Die Suche nach einem sicheren Ort zum Reden Die deutsche Politik streitet über das Wie und Wo einer Vernehmung von Ex-Geheimdienstler Edward Snowden

Abgeordneten Hans-Christian Ströbele mit Snowden am Donnerstag an, um das sich Ströbele über Monate hinweg bemüht hatte.

Auch der Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar forderte die deutschen Behörden auf, Snowden zu schützen. „Er hat Gutes geleistet“, sagte Schaar dem Radiosender MDR Info. „Wir haben auch einen moralischen Anspruch, ihn zu schützen.“ Der CSU-Bundestagsabgeordnete Stephan Mayer riet Snowden von einer Reise nach Deutschland ab. „Ich kann es mir ehrlich gesagt nicht vorstellen, und ich glaube, es ist ihm auch nicht zu empfehlen“, sagte Mayer am Freitag im Fernsehsender n-tv. „Wenn er ausreist, egal in welches Land, dann hat er keine Gewähr dafür, dass er wieder zurückkehren kann nach Russland und ihm dann dort weiterhin politisches Asyl gewährt wird.“ Zudem sei Snowden auch nicht mit Sicherheit zu gewährleisten, dass die Amerikaner ihn in Deutschland nicht zu fassen bekämen.

Geladen werden könnte Snowden durch den geplanten parlamentarischen Untersuchungsausschuss ebenso wie vom geheim tagenden Gremium zur Kontrolle der Geheimdienste. Nach dem Europäischen Rechtshilfeübereinkommen von 1959 muss dazu eine Anfrage an Russland gerichtet werden. Fraglich ist aber, ob die Moskauer Regierung zustimmen würde und einen Ausschuss wie eine Strafbehörde ansieht. Zudem muss eine „ladungsfähige Anschrift“ Snowdens vorliegen. Da sein Aufenthaltsort geheim ist, könnte dies unter Umständen auch die Adresse eines Anwalts sein.

Einfacher erscheint eine Befragung Snowdens im russischen Asyl. Dem steht nach Ansicht der Bundesregierung nichts entgegen. Natürlich muss auch hier die russische Seite zustimmen. Es wäre nicht das erste Mal, dass sich die Bundestagsaufklärer auf eine lange Reise begeben: Im Jahr 2002 reiste der Parteispendenuntersuchungsausschuss nach Kanada, um den ehemaligen Rüstungslobbyisten Karlheinz Schreiber im Asyl zu befragen. Und sogar eine Befragung Snowdens per Videoübertrag ist laut Innenministerium möglich.

Load-Date: November 2, 2013

Ausland Kompakt II; Atomstreit: Iran unterbricht Verhandlungen in Wien ++ Syrien: Amnesty: EU versagt bei Flüchtlingspolitik

Die Welt

Samstag 14. Dezember 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Kompakt; S. 7; Ausg. 292

Length: 284 words

Body

Atomstreit

Iran unterbricht Verhandlungen in Wien

Nach der Verhängung neuer US-Sanktionen gegen sein Nuklearprogramm hat der Iran die Atomgespräche in Wien unterbrochen. US-Außenminister John Kerry beteuerte dennoch, die Verhandlungen über einen Kompromiss im Atomstreit seien nicht in Gefahr und würden in den kommenden Tagen fortgesetzt. Die Iraner hatten nach Angaben von Diplomaten möglicherweise aus Verärgerung über die Ausweitung der Sanktionen die Beratungen auf Expertenebene in Wien ausgesetzt. Die US-Regierung hatte zuvor am Donnerstag weitere Unternehmen und Personen aus dem Iran auf ihre schwarze Liste gesetzt. Trotz der jüngsten Vereinbarung würden all jene in die Sanktionen einbezogen, die das iranische Atomprogramm unterstützten, hieß es in Washington. Bei den Betroffenen soll es sich um Firmen und Personen handeln, die Geschäfte für andere vornehmen, die bereits auf der Liste stehen.

Syrien

Amnesty: EU versagt bei Flüchtlingspolitik

Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International hat der EU völliges Versagen ihrer Flüchtlingspolitik im Syrien-Konflikt vorgeworfen. „Die EU hat furchtbar versagt, ihren Teil dazu beizutragen, einen sicheren Hafen für die Flüchtlinge bereitzustellen, die nichts als ihr nacktes Leben behalten haben“, heißt es in einer Mitteilung von Amnesty, die in London verbreitet wurde. Deutschland wurde ausdrücklich von der Kritik ausgenommen. 18 EU-Länder, darunter Großbritannien und Italien, würden überhaupt keine Flüchtlinge aus Syrien aufnehmen. Deutschland stehe mit dem Angebot von 10.000 Flüchtlingsbetten allein für 80 Prozent des EU-Kontingents. Die Gesamtzahl der syrischen Bürgerkriegsflüchtlinge wird inzwischen auf 2,2 Millionen geschätzt.

Load-Date: December 16, 2013

Ausland Kompakt II Atomstreit: Iran unterbricht Verhandlungen in Wien ++ Syrien: Amnesty: EU versagt bei Flüchtlingspolitik

End of Document

Ein Mann zwischen den Blöcken; Enthüller Edward Snowden ist für Moskau wie für Washington ein Problem

Die Welt

Mittwoch 3. Juli 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 5; Ausg. 152

Length: 1321 words

Byline: Ansgar Graw

Julia Smirnova

Body

Washington und Moskau

Edward Snowden, vermutet, aber nicht gesichtet im Transitbereich des Moskauer Flughafens Scheremetjewo, sucht weiter nach einem **Asylland**. Eine Rückführung in die USA muss der 30-Jährige, der durch seine Enthüllungen über die flächendeckenden Datenüberwachung amerikanischer und britischer Geheimdienste seit Wochen die Schlagzeilen bestimmt, offenkundig nicht befürchten. „Die Auslieferung von Snowden in ein Land wie die USA, in dem es die Todesstrafe gibt, erscheint uns unmöglich“, sagte am Dienstag Kreml-Pressesprecher Dmitri Peskow.

Am Montag hatte es für einen Moment so ausgesehen, als werde Snowden gar ganz in Russland bleiben. Zu einem **Asylantrag**, den Sarah Harrison, Juristin der Enthüllungsplattform Wikileaks, am Vorabend den Behörden übergeben hatte, sagte Präsident Wladimir Putin persönlich, der einstige CIA- und NSA-Mitarbeiter könne bleiben. Aber Putin hatte hinzugefügt: „Wenn er hier bleiben möchte, gibt es eine Bedingung: Er muss seine Aktivitäten einstellen, die darauf abzielen, unseren amerikanischen Partnern Schaden zuzufügen - egal, wie seltsam das aus meinem Mund klingen mag.“ Snowden, gegen den amerikanische Staatsanwälte drei Anklagen eingereicht haben, darunter Diebstahl von Regierungseigentum und Verstöße gegen das Spionagegesetz, zog daraufhin seinen **Asylantrag** an Russland zurück. In mindestens 19 Ländern hatte er laut Wikileaks einen Aufenthaltstitel als politisch Verfolgter beantragt, darunter Deutschland, Frankreich, China, Kuba und Venezuela.

Nach einer Woche in Moskau sind die Aussichten auf ein zunächst erwartetes schnelles Asyl in Ecuador geschwunden. Die Londoner Botschaft des südamerikanischen Landes beherbergt seit einem Jahr den ebenfalls von den USA belangten Wikileaks-Gründer Julian Assange. Snowden flog von Hongkong, der ersten Station nach der Flucht aus seinem Wohnort Hawaii, offenkundig mit einem provisorischen Reisedokument Ecuadors nach

Ein Mann zwischen den Blöcken Enthüller Edward Snowden ist für Moskau wie für Washington ein Problem

Moskau. Doch Präsident Raffael Correa hat inzwischen erklärt, dieses Papier sei „irrtümlich“ von seinem Konsul in London ausgestellt worden. Snowden könne nur von Ecuador aus einen Asylantrag stellen, aber da er in Russland sei, betreffe die Angelegenheit sein Land nicht. Am Samstag hatte Correa wissen lassen, dass ihn US-Vizepräsident Joe Biden persönlich angerufen und gebeten habe, Snowden kein Asyl zu gewähren.

In einem von Wikileaks veröffentlichten und Snowden zugeschriebenen Brief beklagt sich der Computerexperte, der zuletzt als Mitarbeiter des Unternehmens Booz Allen Hamilton für die National Security Agency (NSA) tätig war, die US-Regierung verweigere ihm das Recht, um Asyl nachzusuchen, das ihm nach den internationalen Menschenrechten zustehe. Sie habe seinen Pass (der wie in anderen Ländern formal Eigentum des Staates, nicht des Inhabers ist) für ungültig erklärt und dränge Regierungen, ihm Asyl zu verweigern.

Der Brief enthält mehrere englische Worte, die anders als in Amerika üblich geschrieben sind, darunter „programme“ (statt „program“) und „analysing“ sowie „realising“ (im Amerikanischen werden diese Wörter mit „z“ statt „s“ geschrieben). Das hat die Frage aufgeworfen, ob das Schreiben von Snowden selbst formuliert wurde.

In einem weiteren, vom britischen „Guardian“ veröffentlichten Brief an Ecuadors Präsidenten, den Snowden in Spanisch verfasst haben soll, dankt der Amerikaner für die Verteidigung des Rechts auf Asyl. Der Brief wurde offenkundig geschrieben, bevor Correa Snowden die kalte Schulter zu zeigen begann. „Unabhängig davon, wie viele Tage mein Leben noch zählen mag, bleibe ich dem Kampf für Gerechtigkeit in dieser ungleichen Welt verpflichtet“, heißt es da.

Vor dem Hintergrund dieser Selbsteinschätzung konnte Snowden gar nicht jene Bedingung akzeptieren, die Putin ihm für einen Aufenthalt in Russland abverlangt hatte. Der „Whistleblower“ wollte kein Überläufer werden. Das dürfte Putin klar gewesen sein, als er die Forderung formulierte. „Aber da er sich wie ein Menschenrechtler fühlt, hat er vermutlich nicht vor, solche Aktivitäten einzustellen. Also muss er sich ein Aufenthaltsland aussuchen und dorthin reisen. Wann es passiert, weiß ich nicht“, sagte der Präsident.

Putin dürfte sich wünschen, dass der unbequeme Snowden Moskau bald verlässt. Das passt auf den ersten Blick nicht zum Bild von Spannungen, die das Verhältnis zwischen Russland und den USA weiterhin prägen. Doch für den Herrn des Kreml sind Snowdens Motive noch fremder als die Position der USA. Etwas spöttisch nannte der ehemalige KGB-Agent Putin Snowden einen „neuen Dissidenten“ und verglich ihn mit dem sowjetischen Menschenrechtler Andrej Sacharow.

Russische Geheimdienste bespitzeln auch eigene Bürger; vor allem politische Opponenten werden zum Ziel. Putin hat nie die Idee vertreten, der Staat solle transparent sein und Menschenrechten gebühre Vorrang vor Sicherheit. Er hat auch kaum Verständnis für das Interesse der Öffentlichkeit, über die Spitzelaktivitäten eines Staates informiert zu werden. Wäre der Skandal in Russland passiert, wäre Snowden längst zum Verräter erklärt. Dazu kommt, dass die USA ihr Abhörprogramm mit der Terrorabwehr rechtfertigen. Auf diesem Gebiet zeigt sich Moskau gerne einig mit Washington. Der „Dissident“ Snowden und der Ex-Geheimdienstler Putin passen prinzipiell nicht zusammen.

Allerdings hat Russland den Fall bereits im eigenen Interesse genutzt. Die antiamerikanischen Stimmen im Land waren in der vergangenen Woche lauter geworden. Die Snowden-Affäre wurde zum Anlass, die amerikanische Demokratie infrage zu stellen. Der Vorsitzende des Außenausschusses des russischen Parlaments, Alexej Puschkow, sprach von einer „Vertrauenskrise“, in die Amerika geraten sei. „Die USA haben immer Dissidenten unterstützt - überall auf der Welt. Das nützte ihrem Image. Aber im Fall von Snowden sind die USA auf der anderen Seite der Geschichte“, schrieb Puschkow bei Twitter.

Es bleibt das Wesen von Geheimdiensten, im Geheimen zu operieren - auch in den USA. Und selbst wenn sie sich der Kontrolle durch die Politik stellen wollen, haben sie es nicht immer leicht. Als CIA-Direktor James Schlesinger 1973 Senator John Stennis über eine „bevorstehende große Operation“ unterrichten wollte, wehrte der Vorsitzende des Ausschusses für die Streitkräfte ab. „Nein, nein, mein Junge“, sagte Stennis dem späteren Verteidigungsminister. „Erzählen Sie's mir nicht. Gehen Sie einfach los und machen Sie es, aber ich will nichts wissen.“

Ein Mann zwischen den Blöcken Enthüller Edward Snowden ist für Moskau wie für Washington ein Problem

In einem solchen Klima verweigerter Aufsicht gewinnen Geheimdienste einen Freiraum, der missbraucht werden kann. Die NSA etwa überschritt ihre Kompetenzen bereits vor 40 Jahren. 1975 wurde das Programm Shamrock aufgedeckt, mittels dessen die NSA pro Monat rund 150.000 Telegramme unbescholtener US-Bürger ins Ausland kopierte und las. Das verstieß gegen den vierten Verfassungszusatz, der die ungerechtfertigte Überwachung von Amerikanern verbietet. Als sich ein Untersuchungsausschuss dahinterklemmte, wurde das Programm abgeblasen.

Dass die NSA gleichwohl aktiv blieb, mussten nicht nur aktuell die Europäische Union und Verbündete wie Deutschland feststellen. UN-Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali etwa, bis 1997 im Amt, sagte 2004 über seinen Arbeitsplatz in New York: „Vom ersten Tag, als ich mein Büro betrat, sagte man mir: 'Achtung, der Raum ist verwandt, deine Residenz ist verwandt, und es ist Tradition, dass die Mitgliedsstaaten, die die technische Möglichkeit zum Verwanzen haben, das ohne zu zögern tun.'"

Seinem Nachfolger Kofi Annan ging es nicht besser - und auch die Briten horchten ihn ab. Clare Short, Entwicklungshilfeministerin im Labour-Kabinett von Tony Blair, enthüllte ebenfalls 2004, dass sie intern mehrfach „Wortprotokolle von Kofi Annans Unterhaltungen" zu lesen bekam. Das betraf die Zeit vor dem Irakkrieg. „Ich hatte selbst Unterhaltungen mit Kofi im Vorfeld des Krieges und dachte: 'Meine Güte, es wird eine Abschrift davon geben und Leute werden sehen, was er und ich sagten.'"

Graphic

AFP/JACQUELYN MARTIN

Beide fürchten Terror, beide haben etwas gegen Geheimnisverrat: die Außenminister Russlands und der USA, Sergej Lawrow und John Kerry (v. l.)

JACQUELYN MARTIN

Load-Date: July 3, 2013

**Feuilleton Kompakt; Kino: Hollywood verfilmt das Attentat von Boston ++
Literatur: „Schimmelreiter“-Original wurde restauriert ++ Hochhuth fordert
von Merkel Asyl für Snowden ++ Mobile Medien: ZKM Karlsruhe verleiht den
AppArtAward für 2013 ++ Korrektur**

Die Welt

Donnerstag 11. Juli 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: KULTUR; Kompakt; S. 21; Ausg. 159

Length: 436 words

Body

Kino

Hollywood verfilmt das Attentat von Boston

Hollywood will das tödliche Drama von dem Terroranschlag beim Marathon in Boston auf die Leinwand bringen. Wie das Kinoportal „Deadline.com“ berichtet, haben sich die Drehbuchautoren Eric Johnson und Paul Tamasy („The Fighter“) die Filmrechte an dem geplanten Buch „Boston Song“ gesichert. Das Buch aus der Feder des „Boston Herald“-Reporters Dave Wedge und der Autorin Casey Sherman soll 2014 erscheinen. Es schildert die tragischen Ereignisse nach dem Attentat am 15. April dieses Jahres mit drei Toten und vielen Schwerverletzten.

Literatur

„Schimmelreiter“-Original wurde restauriert

Das handschriftliche Original der Novelle „Der Schimmelreiter“ von Theodor Storm (1817 bis 1888) ist restauriert worden. In dem Manuskript hatten sich Stockflecken, Tintenfraß und Papierbrüche gebildet. Auch angesichts knapper Kassen habe Schleswig-Holstein die Pflicht, sein schriftliches kulturelles Erbe zu pflegen, sagte Kulturministerin Anke Spoorendonk (SSW) bei der Präsentation in Kiel. Das Manuskript liegt in der dortigen Landesbibliothek und kann auf Antrag besichtigt werden. Die Restaurierung kostete 2. 500 Euro, der Wert des Manuskripts wird auf 250.000 Euro geschätzt.

Hochhuth fordert von Merkel Asyl für Snowden

Der Dramatiker Rolf Hochhuth hat Bundeskanzlerin Angela Merkel in einem Brief aufgefordert, dem von den USA gejagten Ex-Geheimdienstmitarbeiter Edward Snowden Asyl zu gewähren. Das deutsche Volk sei wegen seiner „schimpflichen Vergangenheit“ mehr als jedes andere verpflichtet, das Asylrecht zu heiligen, gab der 82-Jährige zu

Feuilleton Kompakt Kino: Hollywood verfilmt das Attentat von Boston ++ Literatur: „Schimmelreiter“-Original wurde restauriert ++ Hochhuth fordert von Merkel Asy....

bedenken. „Vor genau 80 Jahren hat auch jeder deutsche Intellektuelle vom Range Edward Snowdens allein deshalb überlebt, weil fremde Länder ihm Schutz gewährt haben.“ Der Brief wurde am Mittwoch vom Wochenblatt „Der Freitag“ auf seiner Internetseite veröffentlicht.

Mobile Medien

ZKM Karlsruhe verleiht den AppArtAward für 2013

Zum dritten Mal vergibt das Zentrum für Kunst und Medientechnologie (ZKM) in Karlsruhe mit dem Partner CyberForum e.V. den AppArtAward für die besten kreativen Entwicklungen im Bereich der mobilen Applikationen. Über 1000 Anwendungen aus 23 Ländern wie Australien, Japan, Brasilien, China, Südafrika, USA und Europa wurden eingereicht. Damit beteiligen sich zehn Länder mehr an der Ausschreibung als im Vorjahr. Entsprechen den Kategorien „Künstlerischer Innovationspreis“, „Crowd Art Award“ und „Augmented Reality Art Award“ werden drei Gewinner bestimmt, die jeweils 10.000 Euro erhalten sollen.

Korrektur

Autor der Rezension von Peter Konwitschnys „Attila“-Inszenierung, erschienen am 9. 7., ist Stefan Musil.

Load-Date: July 11, 2013

Snowden liebäugelt mit Asyl in Brasilien; In einer TV-Sendung erklärt der Whistleblower, warum er sich einen Aufenthalt im Land gut vorstellen kann. Für die USA wäre das ein Affront

Die Welt

Dienstag 24. Dezember 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 7; Ausg. 300

Length: 877 words

Byline: Tobias Käufer

Body

Allein die Vorstellung elektrisiert: Whistleblower Edward Snowden mischt sich bei der Fußball-Weltmeisterschaft 2014 in Brasilien unter die Demonstranten. Dem ehemaligen US-Geheimdienstmitarbeiter scheint die junge Protestbewegung, die sich schon beim Confed Cup zeigte, zu gefallen. Vielleicht nennt er das südamerikanische Land auch deshalb „eine der interessantesten und dynamischsten Demokratien der Welt“.

Vor allem aber ist Brasilien in den nächsten zweieinhalb Jahren als Gastgeber der Fußball-WM und der Olympischen Sommerspielen 2016 eine ideale Bühne für Globalisierungsgegner - und für Snowden das perfekte Sprungbrett in ein neues Leben als global anerkannter Bürgerrechtler. Snowden als importierte Speerspitze der neuen brasilianischen Bürgerrechtsbewegung, die sich gegen den Gigantismus von WM und Olympia engagiert, das verspricht mediale Aufmerksamkeit und Stoff für gesellschaftsverändernde Debatten.

Tatsächlich zieht es Edward Snowden an den Zuckerhut. „Wenn die brasilianische Regierung die Menschenrechte verteidigen will, wäre es eine Ehre für mich, daran mitzuwirken“, erklärte der US-Amerikaner am Sonntag in einer Sendung des brasilianischen TV-Senders Globo. In Brasilien findet Snowden so etwas wie eine familiäre Anbindung: Der US-Journalist Glenn Greenwald, mit dem Snowden seit vielen Monaten die Veröffentlichungen zur weltweiten Überwachung der Telefon- und Internetkommunikation durch US-Geheimdienste und deren Verbündete koordiniert, lebt mit seinem Partner in Brasilien.

Snowdens wichtigster Vertrauter wäre dann nicht nur digital, sondern auch physisch in der Nähe. Für geplante Buch- und Filmprojekte wäre das sicher hilfreich. Offenbar geht es zwischen der brasilianischen Regierung und Snowden nur noch darum, den Preis festzulegen: „Ich werde niemals Informationen gegen Asyl tauschen“, stellt Snowden klar. Er will Aufklärer, aber kein Verräter sein.

Brasiliens Präsidentin Dilma Rousseff wird abwägen, ob ihr politisches Asyl für Snowden mehr nutzt als schadet. Das größte südamerikanische Land sieht sich nach eigenem Verständnis als Supermacht Lateinamerikas. Rousseff

Snowden liebäugelt mit Asyl in Brasilien In einer TV-Sendung erklärt der Whistleblower, warum er sich einen Aufenthalt im Land gut vorstellen kann. Für die USA

hatte zuletzt eindeutig und klar die US-amerikanische Spionagepraxis in Brasilien kritisiert und die US-Regierung ungewöhnlich deutlich kritisiert.

Sogar eine Reise nach Washington hatte sie abgesagt, nachdem herauskam, dass auch sie selbst Opfer der Spähattacken geworden war. Politisches Asyl für Snowden in Brasilien würde den Nord-Süd-Konflikt, die tiefe Spaltung zwischen Nord- und Lateinamerika, dokumentieren und den Bedeutungsverlust der USA als ehemals führende moralische Kraft des Westens zementieren. Brasilien als politischer Gegenspieler der USA, das passt zum brasilianischen Selbstbewusstsein und zum lateinamerikanischen Zeitgeist. Andere linksregierte südamerikanische Länder, die zeitweise um die „Gunst“ Snowdens buhlten, erfüllen nicht die Kriterien, die Snowden für vertretbar hält: Ecuadors Präsident Rafael Correa, in dessen Londoner Botschaft Wikileaks-Gründer Julian Assange seit Juni 2012 Zuflucht gefunden hat, führt gegen die regierungskritische Presse in seinem Land gefürchtete juristische Feldzüge.

Wer in Quito Correa kritisiert, steht immer mit einem Bein im Gefängnis. Auch die Tatsache, dass es im Fall Assange keinerlei Bewegung gibt und Assange trotz gewährten Asyls in der Botschaft praktisch gefangen ist, dürfte ihn skeptisch stimmen. Ähnliches gilt für Venezuela: Caracas tritt die politischen Rechte der Opposition mit Füßen, nähert sich Schritt für Schritt kubanischen Verhältnissen und dessen diktatorischen Machtstrukturen an. Würde sich Snowden für diese Länder entscheiden, wäre er politisch angreifbar und unglaubwürdig. Brasilien aber bietet für alle Beteiligten eine interessante Mischung. Einen Vorgeschmack lieferte im Juni dieses Jahres der Confed-Cup der Fifa. Nicht nur der Weltverband, auch die brasilianischen Medien und die Politik waren von der Kreativität und der Stärke der Proteste überrascht. Die gut vernetzte Protestbewegung bereitet sich längst auf die WM 2014 vor.

Wer kurz vor Weihnachten am Luxushotel „Copacabana Palace“ in Rio de Janeiro vorbeispazierte, sah dort ein Lager von jungen Studenten: „Fifa go Home“, „Yankees go Home“ - „Ein Brasilien von Brasilianern“ malten die Campbewohner auf ihre Plakate, ehe die brasilianische Militärpolizei eines frühen Morgens das Lager räumte.

Es waren netzaffine Künstler, Fotografen und Programmierer, die sich dort versammelten. Snowden passt als Ikone zu dieser linksgerichteten, antiamerikanischen Protestkultur. Rousseff könnte sich damit geschickt eines Problems entledigen. Bislang richteten sich die Proteste in Brasilien auch gegen sie und die korrupte Politik. Doch je näher die WM rückt, desto mehr verschiebt sich das Feindbild: Nun ist es der Weltverband Fifa als Symbol der Globalisierung, der immer mehr zur Zielscheibe wird.

Auch in der brasilianischen Regierung distanzieren sich immer mehr Mitglieder sechs Monate vor der WM von der Fifa, aus Angst selbst wieder ins Zentrum der Proteste zu geraten. Innenpolitisch wäre es deshalb ein interessanter Schachzug: Die ehemalige Guerilla-Kämpferin Rousseff verbindet sich mit dem Internet-Rebellen Snowden.

„Eine der dynamischsten Demokratien weltweit“ Edward Snowden über Brasilien

Load-Date: December 24, 2013

„Eine ungeheuerliche Tragödie“; Vor der italienischen Insel Lampedusa sinkt erneut ein Flüchtlingsboot - mehr als 130 Tote

Die Welt

Freitag 4. Oktober 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: PANORAMA; S. 24; Ausg. 231

Length: 808 words

Byline: Constanze Reuscher

Body

Sie wollten ein Leuchtfeuer anzünden, in der Hoffnung, dass vorbeifahrende Fischerboote ihr Schiff im Dunkeln orten und in den rettenden Hafen lotsen würden. Jemand tränkte eine Wolldecke mit Benzin, das sollte eine Fackel werden, erzählen Zeugen später. Die Insassen des völlig überfüllten Flüchtlingskahns hätten das Ufer schon gesehen, hier, nur wenige hundert Meter von der sogenannten „Kanincheninsel“ entfernt - einem Naturparadies vor Lampedusa, wo die letzten Wasserschildkröten des Mittelmeeres ihre Brut züchten. Aber sie wollten sicher landen, denn obwohl das Meer in dieser Okotbernacht ruhig und warm war, kann die Landung an der schroffen Küste kompliziert sein.

Wenige Stunden später bietet sich am Hafen ein Bild des Grauens: Dutzende Tote liegen in grünen und schwarzen Säcken auf der Kaimauer, es sind die Leichen der Schiffsinsassen. Kurz vor dem Ziel wurde den Flüchtlingen ihr verzweifelter Versuch, von irgendjemandem gesichtet zu werden, zum Verhängnis. Ausgelaufenes Benzin fing wohl Feuer, das Schiff geriet in Brand, kenterte, die 500 Menschen fielen ins Wasser. Viele ertranken, darunter eine schwangere Frau, ein Neugeborenes und zwei Kleinkinder. „Sie sind so klein, zu klein“, stammelt die Bürgermeisterin von Lampedusa, Giusi Nicolini, mit gebrochener Stimme in Fernsehkameras. „Es ist ein Horror, eine ungeheuerliche Tragödie. Es muss endlich Schluss damit sein!“ Ununterbrochen hieven Helfer die Leichensäcke von den Booten der Küstenwache, „und es kommen immer mehr!“

Nicolini hat angeordnet, die Toten im Hangar des Inselflughafens aufzubahren, weil es keinen anderen Raum gibt, der groß genug wäre. Bis zum Nachmittag zählen die Helfer 94 Tote. Gegen Abend wird schließlich das Schiffswrack mit weiteren 40 Toten geborgen. Die Zahl dürfte noch steigen, weil nur 151 der rund 500 Bootsinsassen gerettet werden konnten. Giusi Nicolini hat schon viele Flüchtlings-Tragödien auf Lampedusa miterlebt, „aber so grausam war es noch nie“. Die Bürgermeisterin ist wütend auf die Gesetzgeber, die „sogar verhindern, dass Menschen gerettet werden können“. Es gebe Fälle von Fischerbooten, die in Not geratene Schiffbrüchige gerettet hätten, und gegen die später ein Verfahren eröffnet worden sei.

„Eine ungeheuerliche Tragödie" Vor der italienischen Insel Lampedusa sinkt erneut ein Flüchtlingsboot - mehr als 130 Tote

Regierungschef Enrico Letta spricht von einer „ungeheuren Katastrophe" und sagt, man müsse endlich Italiens restriktive Einwanderungsgesetzgebung überdenken. Humaner und ehrlicher klingen da die wenigen Worte von Papst Franziskus. „Es ist eine Scham! Lasst uns für die toten Männer, Frauen und Kinder, für ihre Angehörigen und alle Flüchtlinge beten", sagt er nach Bekanntwerden des Unglücks. Der Pontifex hatte Lampedusa und die dortigen Auffanglager für Immigranten im Juli besucht und die Gleichgültigkeit der Welt angesichts der vielen Toten beklagt. Bürgermeisterin Nicolini weiß diese Gesten zu schätzen „Seit der Papst hier gewesen ist, ist die Öffentlichkeit endlich aufmerksamer geworden", sagt sie. „Seine Worte haben viel geändert."

Der Reporter des staatlichen TV-Senders RAI, Rino Cascio, ist aus der sizilianischen Hauptstadt Palermo im Morgengrauen angereist, seit Stunden interviewt er Helfer und spricht mit Flüchtlingen. „Soweit ich die Leute verstehe, kommen sie aus Somalia", erzählt er der „Welt". „Ihre Reise war ruhig, und alle waren in gutem gesundheitlichem Zustand." Das bestätigt der Funktionär der Gesundheitsbehörde, Antonio Candela. „Wir haben heute die Nacht durchgearbeitet und über 400 Flüchtlinge von einem anderen Kahn geholt. Sie kamen aus Syrien", berichtet er.

Syrer waren es auch, die am Montag im Örtchen Scicli an der Südostküste Siziliens - nordeuropäischen Fernsehzuschauern als Heimat des Kommissars Montalbano bekannt - gestrandet waren. 13 von ihnen konnten nur tot geborgen werden. Auch im Juli und August hatte es zahlreiche Tote bei Landungen von Flüchtlingsbooten gegeben. Aufsehen erregte die Tragödie von Catania am 11. August, als mitten in der Hochsaison sechs tote junge Männer im Morgengrauen an den Hausstrand der Großstadt geschwemmt wurden. Seit Anfang 2013 waren den Unglücken der Flüchtlingsboote bereits 200 Menschen zum Opfer gefallen. Während bis vor wenigen Monaten vor allem Schwarzafrikaner über Libyen in Lampedusa landeten, kommen jetzt häufiger auch Boote aus dem östlichen Mittelmeer, auf denen Menschen aus Syrien nach Europa fliehen.

Erst am Donnerstag war eine Studie erschienen, wonach diese Route bei den Schlepperbanden - mitverantwortlich für viele Tragödien - besonders hoch im Kurs steht. Bei den Bürgerkriegsflüchtlingen aus Syrien schaffen sie es, bis zu 12.000 Dollar pro Person und Überfahrt zu kassieren. Trotzdem bieten sie nur morsche alte Kähne, die bei leichtem Seegang zerbersten. Ein Schlepper des Unglücksbootes von Lampedusa konnte bereits verhaftet werden. Die Staatsanwaltschaft Agrigent eröffnete sofort ein Ermittlungsverfahren wegen Mordes.

Graphic

dpa/Ciro Fusco

Gerettet: Flüchtlinge an Bord der Küstenwache vor Lampedusa

Ciro Fusco

Load-Date: October 4, 2013

Frieden im Lager Friedland; Der Bundespräsident besucht syrische Flüchtlinge

Die Welt

Freitag 22. November 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; S. 8; Ausg. 273

Length: 570 words

Byline: Claus Christian Malzahn

Body

In Friedland ist das Wetter heute besonders garstig. Schneeregen peitscht übers Land, eiskalter Wind fegt über Plätze und Dächer. Eben so, wie man sich das Wetter in Deutschland vorstellt, wenn man wie Mariam Kheldo in wärmeren Gefilden groß geworden ist. In Damaskus, wo die etwa 40-jährige Frau geboren wurde, scheint am 21. November 2013 die Sonne bei 21 Grad. In Friedland ist Bodenfrost vorhergesagt. Aber das kümmert Kheldo heute nicht. Sie steht lächelnd und vor Kälte zitternd neben diesem älteren Herrn im Anzug, der mit fester Stimme in ein Heer von Mikrofonen redet. Kheldo versteht kein Wort. Sie kann ja noch kein Deutsch. Aber sie weiß: Der Herr meint es gut mit ihrer Familie. Der Mann im Anzug ist der deutsche Bundespräsident.

Mit Gefolge und Lebensgefährtin Daniela Schadt hat sich Joachim Gauck in diesen südlichsten Zipfel Niedersachsens kutschieren lassen. Denn obwohl im Grenzdurchgangslager vor allem afrikanische und syrische Flüchtlinge untergebracht sind, ist Friedland ein sehr deutscher Ort. Für mehr als vier Millionen Flüchtlinge war die kleine Gemeinde das Erste, was sie von der Bundesrepublik gesehen haben. Ob Vertriebene aus den einstigen Ostgebieten, Russlanddeutsche, Ungarn, Chilenen oder Vietnamesen - der Weg ins neue Leben führte meist über Friedland. Für Kheldo und 4999 weitere syrische Flüchtlinge, die nun nach und nach aus dem Libanon eingeflogen werden, ist das nicht anders. Der Bundespräsident möchte diese Menschen kennenlernen. 5000 Flüchtlinge aus Syrien, das sei nur eine Zahl, sagt Gauck. Er will diesen Syrern, die alles stehen und liegen ließen, um ihr nacktes Leben zu retten, in die Augen sehen. Er will wissen, was sie nun fühlen.

Natürlich ist es ein gutes Gefühl, endlich in Sicherheit zu sein. Die meisten Syrer hier haben vor wenigen Tagen noch im Libanon ihr Leben gefristet und kaum gewusst, was sie ihren Kindern zum Essen geben sollen. Jetzt sitzen sie in einem deutschen Mehrzweckzimmer mit Zentralheizung und sollen dem deutschen Staatsoberhaupt von sich erzählen. In der Mitte eines aus Stapelstühlen gebildeten Kreises hockt nun Gauck und hört sich ihre Geschichten an. Zehn Flüchtlinge hat der Chef des Lagers ausgewählt. Keiner ist darunter, der nicht Freunde oder Verwandte im Bürgerkrieg verloren hätte. „Seit Montag können meine Kinder wieder ruhig schlafen, seit heute Morgen gehen sie zum ersten Mal seit zwei Jahren wieder zur Schule“, berichtet Mariam Kheldo. Auf die Schule und den Kindergarten

Frieden im Lager Friedland Der Bundespräsident besucht syrische Flüchtlinge

hätten sich die Kinder besonders gefreut. Endlich wieder eine Schulmappe, Stifte, Schreibhefte. Frau Kheldo strahlt. Joachim Gauck und Daniela Schadt schlucken.

Eine Frau wundert sich, dass sie überhaupt mit dem deutschen Präsidenten sprechen darf. In Syrien hätte sie nicht mal beim Schuldirektor ihrer Kinder einen Termin bekommen, für so wichtig hätte der sich gehalten. Gauck lächelt. Er ist gerne hier in Friedland. Und natürlich will er nicht nur Geschichten aus dem Bürgerkrieg hören, sondern auch eine Botschaft loswerden. Sie lautet: Liebe Deutsche, 5000 Flüchtlinge aus Syrien? Das kann ja wohl nicht alles gewesen sein. Sicher könne man nicht alle syrischen Flüchtlinge aufnehmen, „aber wir können mehr tun“, sagt der Bundespräsident. Darüber wolle er mit der künftigen Bundesregierung reden. Und er verspricht seinen syrischen Gesprächspartnern: „Sie brauchen jetzt keinen Beamten mehr zu bestechen, man wird Ihnen mit Respekt begegnen!“

Graphic

Getty Images/Jens Schlueter

Joachim Gauck mit syrischen Flüchtlingen im Durchgangslager

Jens Schlueter

Load-Date: November 22, 2013

End of Document

Keine Zukunft ohne den Westen; Aus Angst vor dem Truppenabzug verlassen viele Afghanen ihre Heimat

Die Welt

Freitag 18. Mai 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 8; Ausg. 115

Length: 1352 words

Byline: Agnes Tandler

Zubair Babakarkhail

Highlight: Die Menschen glauben nicht, dass sie sich aus eigener Kraft gegen die Taliban stellen können

Body

Kabul

Delawar Ghafuri wartet auf Kunden. Sein Friseursalon auf der Kala-i-Fatullah-Straße in Kabul ist leer. Die beiden kleinsten seiner sieben Kinder sitzen auf dem abgewetzten roten Samtsofa und schauen Zeichentrickfilme. Poster indischer Filmstars schmücken die Wände. „Wir überlegen, das Land zu verlassen“, erklärt der Friseur. „Wenn die Ausländer Afghanistan verlassen, werden viele Menschen ihrer Heimat den Rücken kehren.“ Handel und Geschäft seien schlechter geworden, seit die Nato erklärt habe, sie werde bis 2014 ihre Kampftruppen abziehen, klagt er. Delawar ist 40, doch er sieht weit jünger aus. „Weil ich glücklich bin“, gibt er zur Antwort. Während des Bürgerkrieges und der Taliban-Zeit lebte er in einem **Flüchtlingslager** in Pakistan. „Das war kein gutes Leben“, sagt er. „Wir haben damals von unserer Heimat und vom Frieden geträumt.“

Trotzdem denkt Delawar daran, Afghanistan wieder zu verlassen. Die weltweite Zahl der **Asylanträge** von Afghanen ist so hoch wie seit einem Jahrzehnt nicht mehr. Schätzungen der Vereinten Nationen zufolge sind seit 2002 um die 5,7 Millionen afghanische **Flüchtlinge** in ihre Heimat zurückgekehrt. Etwa weitere fünf Millionen Afghanen leben noch immer legal oder illegal in den Nachbarländern Iran und Pakistan. Beide Staaten wollen bis Ende 2012 diese Zahl deutlich reduzieren und die Afghanen notfalls ausweisen. Doch zahlreiche Rückkehrer sind inzwischen wieder in den Iran oder nach Pakistan zurückgekehrt, nachdem sie in Afghanistan keine Arbeit finden konnten.

Schon jetzt sind etwa eine halbe Million Afghanen innerhalb des Landes vor den Kämpfen zwischen den aufständischen Taliban und der Nato geflohen. Viele der Vertriebenen suchen in Kabul Zuflucht, wo es mindestens zwei Dutzend Flüchtlingslager gibt. Täglich kommen neue Familien hinzu. Sorgen bereitet auch die sich

Keine Zukunft ohne den Westen Aus Angst vor dem Truppenabzug verlassen viele Afghanen ihre Heimat

verschlechternde Wirtschaftslage. Ein Drittel der afghanischen Bevölkerung lebt laut Angaben der Weltbank unterhalb der Armutsgrenze.

Zehntausende könnten ihren Job verlieren, wenn die internationale Gemeinschaft die Hilfsleistungen für das Land kürzt. Afghanistans Staatshaushalt hängt zu über 90 Prozent am Tropf der internationalen Gemeinschaft. „Wir selbst haben nicht einmal genug Geld für einen Tag“, sagt Delawar. „Wir hoffen, dass wir überleben können, wenn die Ausländer das Land verlassen, wenn sie weiterhin Hilfgelder geben und unser Militär und unsere Polizei unterstützen.“

Afghanistan baut fest darauf, auf dem Nato-Gipfel in Chicago am 20. und 21. Mai finanzielle Zusagen in Milliardenhöhe für die Zeit nach 2014 zu bekommen, wenn die ausländischen Truppen vom Hindukusch abgezogen sind. Die Aussichten sind gering, dass das bettelarme Land es vermag, aus eigener Kraft den hartnäckigen Taliban-Aufstand in Schach zu halten. Pro Jahr soll Afghanistan rund 4 Milliarden Dollar vom Westen erhalten - allein für den Unterhalt der afghanische Armee und Polizei. „Wir sind ziemlich sicher, dass wir den Betrag bekommen“, erklärte Afghanistans stellvertretender Außenminister Dschawed Ludin.

Doch die Versicherung, der Westen werde Afghanistan auch nach 2014 nicht im Stich lassen, überzeugt nicht jeden im Land. Nach dem Rückzug der sowjetischen Truppen 1989 gab Moskau Milliardensummen aus, um die prokommunistische Regierung unter Mohammed Nadschibullah in Kabul an der Macht zu halten. Nadschibullah stürzte zwei Jahre später, als die Sowjetunion zusammenbrach und die finanzielle Hilfe abrupt endete - und der Bürgerkrieg begann.

„Alle in Afghanistan sind besorgt“, sagt Delawar. Nach dem Abzug der Ausländer werde es große Probleme geben. Der Friseur glaubt, dass Afghanistans Nachbarn kein Interesse an einem dauerhaften Frieden und Wohlstand haben und das Land in Chaos und Bürgerkrieg stürzen wollen.

„Gerade wurde einer unserer Friedensvermittler umgebracht. Das bedeutet, dass einige keinen Frieden wollen“, meint Delawar. Vergangenen Sonntagmorgen erschoss ein Unbekannter den Politiker Arsala Rahmani, einen früheren Taliban-Minister, auf einer belebten Straßenkreuzung in Kabul. Rahmani saß auch im obersten Friedensrat des Landes, der die politischen Verhandlungen zwischen Regierung und den Taliban leiten sollte. Es ist bereits der zweite Friedensvermittler, der bei einem Anschlag ums Leben kam.

„Rahmani war einer der besten Vermittler“, sagt der politische Analyst Mohammed Hassan Hakjar in Kabul. „Er hat beide Seiten sehr gut verstanden.“ Hakjar, früher Beamter im Bergbauministerium unter den Taliban, kannte den inneren Zirkel des Taliban-Regimes aus eigener Anschauung. Der Mord an Rahmani werde den Friedensprozess für lange Zeit behindern, meint er. Ohne eine politische Lösung werde nach dem Abzug der Nato der Kampf zwischen den verschiedenen Fraktionen in Afghanistan wieder beginnen, prophezeit Hakjar. Die Kriegsfürsten, die Nordallianz, alle Gruppen würden dann versuchen, in ihrem Gebiet den Ton anzugeben, wie es im Bürgerkrieg in den 90er-Jahren der Fall war, nachdem die Sowjetunion das Land verlassen hatte. Hakjar ist wenig optimistisch, wenn er an die Zukunft des Landes denkt: „Im letzten Bürgerkrieg hatten die Warlords nur Männer und Waffen. Jetzt haben sie sehr viel Geld und sehr viel Eigentum, weil sie in den letzten zehn Jahren die internationalen Hilfgelder gestohlen haben.“

„Wenn die Ausländer abziehen, wird die Sicherheitslage sich weiter deutlich verschlechtern“, sagt auch Lailuma Wali Hakami, Parlamentarierin aus der Provinz Nangahar. Die Gegend im Osten Afghanistans nahe der pakistanischen Grenze ist bereits jetzt alles andere als ruhig. Die Politikerin hofft, dass die Ausländer sich schrittweise aus Afghanistan zurückziehen und sich darauf konzentrieren, das Land zu stabilisieren. „Sonst wird der Druck vonseiten der Taliban nur noch stärker werden“, sagt sie. Doch manche wie etwa US-Verteidigungsminister Leon Panetta sprechen bereits davon, dass ab Mitte 2013 die Nato-Soldaten nur noch eine unterstützende Funktion haben werden - das hieße, dass die ausländischen Truppen etwa 18 Monate vor Ende der Mission das Kämpfen einstellen. Viele Afghanen glauben, dass die Konflikte in Afghanistan dann noch härter und erbitterter ausgetragen werden.

Nach UN-Angaben war 2011 das Jahr mit den meisten Sicherheitsvorfällen seit Beginn des Krieges. Die Internationale Schutztruppe (Isaf), die ihre eigene Statistik führt, registrierte zwar eine Abnahme der Anschläge im

Keine Zukunft ohne den Westen Aus Angst vor dem Truppenabzug verlassen viele Afghanen ihre Heimat

Land, doch im Süden und Osten Afghanistans, wo die Kämpfe zwischen Taliban und Nato am intensivsten sind, erreichte die Gewalt einen neuen Höchststand. Es ist unklar, wie die Entwicklung in diesem Jahr sein wird. Nach dem langen Winter hat die Kampfsaison wieder begonnen. Im Moment ist nicht absehbar, ob die Taliban ihren Kampf gegen die ausländischen Truppen intensivieren oder ob sie sich auf Anschläge durch Bodenminen, die gezielte Ermordung hochrangiger Politiker und spektakuläre Angriffe auf Nato-Einrichtungen konzentrieren.

Manche Analysten in Kabul glauben, dass die Aufständischen nur noch diejenigen Kräfte ins Visier nehmen, die ihnen nach 2014 gefährlich werden können, wenn die Nato abgezogen ist. Dazu gehört auch die Schwächung der afghanischen Armee - die Zahl der Vorfälle, bei denen afghanische Soldaten ihre ausländischen Militärtrainer töten, hat in diesem Jahr stark zugenommen. In diesem Jahr starben bereits mehr Nato-Angehörige durch die Kugeln afghanischer Soldaten als im direkten Kampf gegen die radikal-islamischen Aufständischen.

Mohammed Rustam, der in seiner winzigen Werkstatt im Kala-Musa-Viertel in Kabul Motorräder repariert, glaubt, dass der Kampf in Afghanistan nach 2014 von vorn beginnt. „Alle Gruppen werden wieder gegeneinander kämpfen, wie im Bürgerkrieg in den 90er-Jahren“, erklärt der 37-jährige Mechaniker. „Die Reichen gehen jetzt ins Ausland, die Armen können nirgendwohin“, sagt er resigniert. „Immer wenn Afghanistan alleingelassen wurde, begann hier ein Bürgerkrieg“, erklärt auch Delawar, der Friseur, und blickt in seinen leeren Laden. „Das ist die Erfahrung, die wir in der Vergangenheit gemacht haben.“

Auf dem Nato-Gipfel wird dieses Wochenende über finanzielle Zusagen für Afghanistan entschieden

Graphic

Reuters/Danish Siddiqui

Markttag in Kabul. Ein Drittel der Afghanen lebt in Armut, eine halbe Million sind vor der Gewalt auf der Flucht

Load-Date: September 12, 2012

Leute Kompakt; Deutschland: Helmut Berger will im Dschungelcamp abnehmen ++ Spanien: José Carreras: Der Krebs hat mich erwachsener gemacht ++ Guatemala: Computerviren-Guru John McAfee will Asyl

Die Welt

Donnerstag 6. Dezember 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: PANORAMA; Kompakt; S. 28; Ausg. 286

Length: 378 words

Body

Deutschland

Helmut Berger will im Dschungelcamp abnehmen

Schauspieler Helmut Berger will ins Dschungelcamp von RTL einziehen und dabei seinem Körper etwas Gutes tun. Während der Dreharbeiten für „Ich bin ein Star - Holt mich hier raus!“ wolle er mindestens zehn Kilo abspecken, sagte der 68 Jahre alte Österreicher der „Bunten“. Nach Angaben der Illustrierten stand Berger kurz vor der Unterzeichnung seines Vertrages mit RTL. Die Gage soll Berger gut gebrauchen können. Derzeit lebe er von 450 Euro Rente im Monat. Der exzentrische Schauspieler galt einst als „schönster Mann der Welt“. Nach dem Dschungelcamp werde er mit dem Geld seine Salzburger Wohnung renovieren, die er von seiner Mutter geerbt habe. Vor ekelhaften Dschungelprüfungen hat Berger keine Bange: „Das ist wie eine Bühne. Ich werde sowieso nur Italienisch und Französisch sprechen. Und wenn ich Straußeneier essen muss, denke ich an etwas sehr Schönes.“ Wie „Bild“ berichtet, soll außerdem Sänger Patrick Nuo ins Dschungelcamp einziehen.

Spanien

José Carreras: Der Krebs hat mich erwachsener gemacht

Statenor José Carreras (66) ist durch seine frühere Krebserkrankung erwachsener geworden. „Wenn man so eine harte und schwierige Zeit durchsteht, wird man erwachsener und reifer“, sagte der Sänger, der vor 25 Jahren an Leukämie erkrankte, der „Superillu“. Wenn das eigene Ende bevorstehe, müsse man die Krankheit bekämpfen. An Ruhestand denkt der Sänger deswegen aber nicht. „Natürlich liebe ich es, auch mal zu entspannen, mit Freunden das Leben zu genießen, aber das füllt mich nicht aus.“

Guatemala

Computerviren-Guru John McAfee will Asyl

Leute Kompakt Deutschland: Helmut Berger will im Dschungelcamp abnehmen ++ Spanien: José Carreras:
Der Krebs hat mich erwachsener gemacht ++ Guatemala : Compute....

Nach seiner Flucht aus Belize will der amerikanische Anti-Viren-Softwarepionier John McAfee im benachbarten Guatemala politisches Asyl beantragen. Er suche Schutz vor den Behörden in Belize, von denen er sich bedroht fühle, sagte McAfee zu CNN. Er fürchte, man wolle ihn töten, weil er sich angeblich weigere, einem Politiker des mittelamerikanischen Landes Schmiergeld zu zahlen. Die Polizei von Belize sucht den Software-Millionär für eine Befragung in einem Mordfall. McAfees Nachbar, der US-Bürger Gregory Foull, war Anfang November erschossen auf seinem Grundstück auf der Insel Ambergris Caye gefunden worden. Kurz zuvor hatte er sich über McAfee beschwert.

Graphic

dpa/Jörg Carstensen

Load-Date: January 26, 2013

End of Document

**Feuilleton Kompakt; Literatur: Plagiatsvorwürfe gegen Christian Kracht ++
Ungarischer Autor bittet Kanada um Asyl ++ Klassik: Thielemann übernimmt
Bayreuths „Tannhäuser“ ++ Kunst: Wolfgang Beltracchi gibt weitere
Fälschungen zu**

Die Welt

Montag 5. März 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: KULTUR; Kompakt; S. 25; Ausg. 55

Length: 441 words

Body

Literatur

Plagiatsvorwürfe gegen Christian Kracht

Gegen Christian Kracht, dem „Der Spiegel“ wegen seines Romans „Imperium“ Rechtslastigkeit unterstellt hat, sind neue Vorwürfe erhoben worden: Der Schriftsteller Marc Buhl sagte dem Magazin „Focus“ zufolge, Kracht habe Teile aus seinem Buch „Das Paradies des August Engelhardt“ übernommen. So sei die Handlungsführung ähnlich. Zudem glichen sich Details: „Der erste Gast, der zu Engelhardt auf die Insel kommt, wird von einer Kokosnuss erschlagen. Bei mir, aber auch bei Kracht bleibt offen, ob Engelhardt dabei nachgeholfen hat. Mein Held ist entsetzt, wie die Einheimischen ein Ferkel behandeln. Bei Kracht genauso. Bei mir hat der Gouverneur in seinem Büro eine Kopie von Böcklins 'Toteninsel' hängen. Bei Kracht auch.“ Juristische Schritte will Buhl dennoch nicht einleiten.

Ungarischer Autor bittet Kanada um Asyl

Der ungarische Schriftsteller Akos Kertesz hat um Asyl in Kanada gebeten. Der 79-jährige jüdische Roman- und Drehbuchautor sei am 29. Februar mit seiner Ehefrau in Montreal eingetroffen, berichteten ungarische Medien. Er sei in seiner Heimat „physischen Belästigungen und Drohungen ausgesetzt“ gewesen, hieß es in einer Mitteilung Kertesz'. Der Autor hatte seinen Landsleuten im August vorgeworfen, die Verantwortung für den Holocaust an den ungarischen Juden zu verdrängen. Dabei schrieb er: „Der Ungar ist genetisch ein Untertan.“ Das zog eine Hetzkampagne regierungsnaher und rechtsextremer Medien nach sich.

Klassik

Thielemann übernimmt Bayreuths „Tannhäuser“

Feuilleton Kompakt Literatur: Plagiatsvorwürfe gegen Christian Kracht ++ Ungarischer Autor bittet Kanada um Asyl ++ Klassik: Thielemann übernimmt Bayreuths „Tan....

Der Dirigent und Wagner-Spezialist Christian Thielemann muss bei den kommenden Bayreuther Festspielen im aktuellen „Tannhäuser“ einspringen. Er ersetzt den bisherigen „Tannhäuser“-Dirigenten Thomas Hengelbrock. Wie vorgesehen bleibt Thielemann ebenfalls Dirigent der Neuinszenierung von Richard Wagners „Der fliegende Holländer“, teilen die Festspiele mit. Warum Hengelbrock die bei Publikum und Presse gleichermaßen durchgefallene Inszenierung des „Tannhäuser“ von Sebastian Baumgarten nicht wieder dirigieren wird, ist unklar.

Kunst

Wolfgang Beltracchi gibt weitere Fälschungen zu

Der Kunstfälscher Wolfgang Beltracchi hat in einem Interview mehr Fälschungen eingeräumt als bislang bekannt. In seinem Leben, so der 61-Jährige, habe er Werke von „ungefähr 50“ verschiedenen Künstlern gefälscht, sagte Beltracchi dem „Spiegel“. Die genaue Zahl und wo sich die Bilder befänden, wolle er aber nicht bekannt geben. Beltracchi hatte einen der größten Skandale auf dem deutschen Kunstmarkt ausgelöst und war im Herbst wegen 14 gefälschter Gemälde von Künstlern wie Campendonk, Léger und Ernst zu sechs Jahren Haft verurteilt worden.

Load-Date: March 5, 2012

End of Document

Studenten, die studieren lernen; Damit der Uni-Einstieg keine Bauchlandung wird, bieten viele Institute spezielle Kurse

Die Welt

Samstag 7. September 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: FINANZEN; S. 21; Ausg. 209

Length: 969 words

Byline: Mareike Knoke

Body

In diesem Jahr werden schätzungsweise eine knappe Million junge Menschen ein Studium beginnen. Die meisten der Erstsemester sind knapp volljährig, G-8-Abiturienten mit unterschiedlichsten Bildungshintergründen, rund ein Viertel von ihnen hat einen **Migrationshintergrund**. Diese heterogene Schar erfolgreich durch die ersten Studiensemester der arbeitsintensiven Bachelorstudiengänge zu lotsen, ist eine echte Herausforderung für die Hochschulen. Denn vielfach fehlt es am grundlegenden Rüstzeug für ein Studium.

„In der Schule haben sie gelernt, auf alles eine Antwort zu finden. Hier bei uns lernen sie das Fragen“, sagt Andreas Jürgens, Wissenschaftler und Philosophie-Dozent an der Leuphana-Universität Lüneburg. Gerade an der Fähigkeit zum kritischen Reflektieren und Hinterfragen mangle es vielen Absolventen des G-8-Abiturs, kritisieren deutschlandweit Hochschulprofessoren und Bildungswissenschaftler. Lehrer wie Schüler bestätigen, dass in der Schule heute wegen der verkürzten Schulzeit vieles aufs Auswendiglernen angelegt sei. Ebenso fehle die Zeit, sich gründlich Gedanken über Berufsziele und geeignete Studienfächer zu machen.

Die 2004 mit der Fachhochschule Nordostniedersachsen zur Leuphana Universität fusionierte kleine Uni Lüneburg hat nach Meinung von Hochschulexperten vieles richtig gemacht, als sie mit ihrer Neu-Gründung einen Bachelor etablierte, der die Brücke zwischen Klassenzimmer und Hörsaal schlagen will: mit einem für alle Fachrichtungen verbindlichen interdisziplinären ersten „Leuphana-Semester“ als Studium Generale. Neben ersten Fachveranstaltungen ihres Studiengangs beschäftigen sich die Studienanfänger in diesem Semester hauptsächlich mit wissenschaftlichen Methoden, mit Wissenschaftsgeschichte und mit der Verantwortung von Wissenschaft. Sie bearbeiten in interdisziplinären Projektgruppen aus Geistes-, Sozial- und Naturwissenschaftlern gemeinsam gesellschaftliche Fragestellungen vom Klimawandel bis zur Terrorismusbekämpfung und lernen so nicht nur, welchen Beitrag ihr Fach zur Lösung leisten kann, sondern knüpfen auch erste Kontakte untereinander.

Andreas Jürgens sagt, es sei ein positiver Effekt der viel geschmähten Bologna-Reform, „dass gerade durch ihre starke Strukturierung die Notwendigkeit deutlich geworden ist, sich effektive Konzepte für den Übergang zwischen Schule und Hochschule zu überlegen“. Im alten Studiensystem dagegen seien viele Studierende unbemerkt auf der

Studenten, die studieren lernen Damit der Uni-Einstieg keine Bauchlandung wird, bieten viele Institute spezielle Kurse

Strecke geblieben. Deshalb wird in Lüneburg jeder Studierende einem Mentor zugeteilt, der bis zum Studienende Ansprechpartner bleibt.

Auch viele andere Hochschulen haben mittlerweile Konzepte für die Studieneingangsphase entwickelt: So haben etwa etliche Technische Universitäten zusätzliche Mathematik- und Physikbrückenkurse für unterschiedliche Leistungsniveaus eingerichtet oder bieten Propädeutika - eine Art Studium auf Probe - für Studienanfänger ohne Abitur an, die nicht auf die Regelstudienzeit angerechnet werden.

Die Universität Greifswald bietet mit Interstudies einen kompletten Maßnahmenkatalog, der auf den drei Säulen Studienanfängerbetreuung, Tutorenweiterbildung und Prüfungsvorbereitung fußt und alle Bachelorstudierenden durch das gesamte Studium begleitet: angefangen bei Seminaren zur Stärkung der Schreib-Lese - Kompetenz, zum Zeitmanagement und zur Selbstfindung für die ganz Ratlosen („Entdecke dich selbst und deine Möglichkeiten“), über Kurse für studentische Tutoren bis hin zu Fortbildungen für Dozenten und Professoren und speziellen Prüfungs-Coachings. „Schüler lernen in der Schule nicht, wie man richtig, also nachhaltig lernt“, sagt Birke Sander, die Interstudies gemeinsam mit einem Kollegen koordiniert. Schon bei Studienanfängern machten sich deshalb Symptome des berüchtigten „Bulimie-Lernens“ bemerkbar - ein Lernen allein auf die nächste Prüfung hin, bei dem schnell alles Wissen in den Kopf gestopft und nach dem Test vergessen wird. Ein weiteres Problem sei die fehlende Lernmotivation - die weit verbreitete Aufschieberitis. Auch die Schreib-Lese-Kompetenz sei vielfach katastrophal. Sander sagt: „Deshalb bieten wir für Studienanfänger speziell auch Coachings zu diesen Themen an.“

Auch die Universität Hamburg will versuchen, die Studienabbrecherquote zu senken. Die Juristische Fakultät hat deshalb ein zweitägiges Schnupperstudium für Oberstufenschüler eingerichtet. „Die Ernüchterung vieler Erstsemester ist groß, wenn sie realisieren, dass ein Jura-Studium nichts mit dem Inhalt von TV-Serien wie 'Richterin Barbara Salesch' zu tun hat“, sagt Judith Brockmann, Juniorprofessorin an der Fakultät. Wie Birke Sander von der Uni Greifswald attestiert auch Brockmann vielen Erstsemestern mangelnde Fähigkeiten, konzentriert längere anspruchsvolle Texte zu lesen oder zu schreiben. „Man muss auf dem Weg zum Staatsexamen nicht nur eine Menge Lernstoff bewältigen, sondern sich auch wissenschaftlich und kritisch-reflektierend mit Rechtsfragen auseinander setzen. Dabei spielt der präzise Umgang mit Sprache eine wichtige Rolle“, erläutert Brockmann. „Ich sehe oft erschrockene Gesichter, wenn den Erstsemestern dies klar wird.“

Im Schnupperstudium nehmen die Schüler an Vorlesungen teil und werden, wie im richtigen Studium, Arbeitsgruppen und Diskussionsrunden zugeordnet. „Etliche fühlten sich in ihrem Studienwunsch bestärkt, andere haben wieder Abstand vom Jurastudium genommen“, sagt Brockmann, die das Schnupperstudium als Erfolg wertet. Es ist ein kleiner Baustein des Universitätskollegs Hamburg (UHH), das sich, wie Interstudies in Greifswald, fächerübergreifend eine Verbesserung der Studieneingangsphase vorgenommen hat. Arndt Schmehl, ebenfalls Rechtswissenschaftler und Leiter des UHH, sagt: „Die um ein Jahr längere gymnasiale Oberstufe alten Zuschnitts hatte im Idealfall die Funktion eines Propädeutikums. Das fällt nun leider weg.“

Graphic

Universität Hamburg/

Ganz entspannt - so kann für Erstsemester der Start ins Uni-Leben sein, wenn die Vorbereitung stimmt

Universität Hamburg

Load-Date: September 7, 2013

Studenten, die studieren lernen Damit der Uni-Einstieg keine Bauchlandung wird, bieten viele Institute spezielle Kurse

End of Document

Deutschland Kompakt; Syrien-Hilfe: Friedrich: Deutschland nimmt 5000 Flüchtlinge auf ++ Kundus-Affäre: Schadenersatzprozess wegen Luftangriffs hat begonnen ++ Prävention: 180 ++ Diäten: Kritik an neuen Plänen für Abgeordneten-Versorgung

Die Welt

Donnerstag 21. März 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Kompakt; S. 4; Ausg. 68

Length: 629 words

Body

Syrien-Hilfe

Friedrich: Deutschland nimmt 5000 **Flüchtlinge** auf

Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) hat angekündigt, dass 5000 hilfsbedürftige syrische **Flüchtlinge** zusätzlich in Deutschland aufgenommen werden sollen. „Ich glaube, dass wir nicht länger warten können, weil der Druck in den **Flüchtlingslagern** sehr hoch wird“, sagte Friedrich in Berlin. Er habe sich deshalb mit den Innenministern der Länder darauf geeinigt, ab Juni 3000 und im Herbst noch einmal 2000 **Flüchtlinge** aufzunehmen. In Kürze soll eine Delegation in Lagern der syrischen Nachbarländer die **Flüchtlinge** auswählen. Er gehe davon aus, dass darunter viele Christen sein werden, da auf ihnen in Syrien „ein besonderer Verfolgungsdruck lastet“, so Friedrich. Eine Rolle spielen werde auch, ob **Flüchtlinge** in Deutschland schon Verwandte hätten. Er folgt damit der Aufforderung von Außenminister Guido Westerwelle (FDP), über die die „Welt“ am Mittwoch berichtet hatte. Bis jetzt hatte der Innenminister auf Bitten von Exil-Syern in Deutschland, sie würden gern ihre Verwandten aufnehmen, nicht reagiert.

Kundus-Affäre

Schadenersatzprozess wegen Luftangriffs hat begonnen

Dreieinhalb Jahre nach dem tödlichen Nato-Luftangriff im afghanischen Kundus hat vor dem Landgericht Bonn ein Schadenersatzprozess gegen die Bundesrepublik begonnen. Der Vater von zwei mutmaßlich bei der Bombardierung getöteten Kindern sowie eine Witwe und Mutter von sechs Kindern verlangen Schmerzensgeld beziehungsweise Entschädigung in Höhe von 40.000 sowie 50.000 Euro. Es handelt sich um die erste von mehreren Klagen. 2009 waren Tankfahrzeuge nahe dem deutschen Feldlager von Taliban entführt und dann auf Anforderung der Bundeswehr von US-Kampfflugzeugen angegriffen worden. Unter den mehr als 100 Todesopfern

Deutschland Kompakt Syrien-Hilfe: Friedrich: Deutschland nimmt 5000 Flüchtlinge auf ++ Kundus-Affäre: Schadenersatzprozess wegen Luftangriffs hat begonnen ++ Pr....

waren zahlreiche Zivilisten. Deutschland zahlte bislang ohne Anerkennung einer Rechtspflicht an betroffene Familien jeweils 5000 Dollar. Die nun geltend gemachten Ansprüche lehnt die Bundesregierung ab.

Prävention

180

Millionen Euro Mehrkosten kommen auf die Krankenkassen zu. Die Bundesregierung will die Kassen verpflichten, mehr Geld in die Vorbeugung gegen Volkskrankheiten zu investieren. Das Bundeskabinett beschloss ein Gesetz, das noch vor der Bundestagswahl im September verabschiedet werden soll. Danach sollen die Kassen von 2014 an ihre jährlichen Ausgaben für Vorbeugeprogramme gegen Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Ernährungsfehler, Diabetes und die Vorsorgeuntersuchungen für Kinder und Erwachsene auf sechs Euro pro Versicherten verdoppeln. Außerdem sollen sie verpflichtet werden, künftig zwei Euro pro Kopf in die Gesundheitsförderung in Betrieben zu stecken.

Diäten

Kritik an neuen Plänen für Abgeordneten-Versorgung

Der Bund der Steuerzahler kritisiert die neuen Altersversorgungspläne für Bundestagsabgeordnete. Die vom Ältestenrat des Parlaments eingesetzte Kommission hatte am Montag Bundestagspräsident Norbert Lammert ihre Empfehlungen übergeben. „Es ist ein großer Fehler, dass die Kommission im Grundsatz alles so belassen will, wie es ist“, sagte Reiner Holznagel, Präsident des Bundes der Steuerzahler, der „Welt“. „Privilegien müssen abgebaut werden.“ Die Kommission hält eine Altersversorgung für Bundestagsabgeordnete für geboten und schlug verschiedene Modelle vor. So sollen etwa Renten nicht mehr so stark auf Diäten und Abgeordnetenpensionen angerechnet, also weniger gekürzt werden. Das ruft beim Bund der Steuerzahler Kritik hervor. Die Kommission habe den Trend zu einer privat finanzierten Altersvorsorge, wie sie bereits in einigen Länderparlamenten praktiziert wird, verpasst. Holznagel fordert, laufende Entschädigungen für Abgeordnete zu erhöhen, und dafür den steuerfinanzierten Anspruch auf Altersentschädigung zu streichen. „Dadurch wird der Steuerzahler definitiv weniger belastet.“

Load-Date: March 21, 2013

Willkommene Untermieter; Wer sich im Libanon bereit erklärt, syrische Familien aufzunehmen, erhält sein Haus renoviert. So sollen Spannungen abgebaut werden

Die Welt

Samstag 28. Dezember 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; S. 8; Ausg. 302

Length: 1176 words

Byline: Fabian Spengler

Nancy El Hachem

Christian Gerl

Daoud Salem Bouledroua

Body

Hakoum nimmt die geblühte Espresso-Tasse in ihre rechte Hand. Ihr Lächeln strahlt auf das ganze Gesicht aus, nur noch das azurblaue Kopftuch rahmt ihr schneeweißes Lächeln ein. Die 31-Jährige liest ihrer Gastgeberin Mounira den Kaffeesatz: „Dein Weg ist offen, und du willst immer das Gute für die Menschen. Du hast ein weises Herz, es werden gute Tage kommen.“ Die Falten in Mouniras Gesicht verschwinden, als sie ebenfalls zu lächeln beginnt. „Es fühlt sich an, als wären wir eine Familie“, sagt Hakoum. Die Kinder der beiden Frauen sitzen um sie herum auf dem Teppichboden. Drei Holzessel mit roten Polstern sind die einzigen Möbel im Raum.

Viel mehr passt nicht auf die etwa 35 Quadratmeter, denn jeden Abend muss Hakoum hier im kleinen Zimmer neun Matratzen ausbreiten - für sich, ihren Ehemann und ihre sieben Kinder. Schon seit einem Jahr wohnen sie im Haus von Mounira. Hakoum zahlt keine Miete - nicht einmal die Nebenkosten. Doch auch Mounira profitiert von ihrer Gastfreundlichkeit: Weil sie sich bereit erklärt hat, syrische **Flüchtlinge** aufzunehmen, hat das **Flüchtlingshilfswerk** der Vereinten Nationen (UNHCR) ihr unfertiges Haus vollendet.

Exakt 4150 syrische Flüchtlinge sind 2013 auf diese Weise bei libanesischen Familien untergekommen. Das UNHCR wolle mit dem Projekt den Austausch zwischen Libanesen und Syrern fördern, sagt Lisa Abou Khaled, Pressesprecherin in Zahlé im Bekaa-Tal: „Indem wir die Familien in die libanesischen Gesellschaft einbinden,

Willkommene Untermieter Wer sich im Libanon bereit erklärt, syrische Familien aufzunehmen, erhält sein Haus renoviert. So sollen Spannungen abgebaut werden

können wir Konflikte vermeiden." Bisher gelinge das. Weder in Mouniras Haus noch in einer anderen Familie habe es bisher Probleme gegeben, sagt Abou Khaled. Mounira und Hakoum beteuern dies ebenso.

„Wir haben uns sofort in Hakoums Familie verliebt“, sagt Mounira. Die 48-Jährige kniet vor einem langen Tisch in ihrem Wohnzimmer. Auf dem Tisch stehen vier goldfarbene, verzierte Kaffeekannen. Mounira nimmt eine von ihnen, wischt sie ab und stellt sie auf den Gaskocher. Ihre wachen grünen Augen leuchten. „Wir essen zusammen, wir trinken Kaffee zusammen, wir haben zusammen Spaß. Wir wollen, dass sie vergessen, in welcher Situation sie stecken.“

Hakoums Familie kommt aus der syrischen Stadt Homs, keine 150 Kilometer von Zahlé entfernt. Als sie die Strecke vor etwas über einem Jahr gefahren sind, haben sie für den Weg 13 Stunden gebraucht. Immer wieder wurden sie aufgehalten. Hakoum war hochschwanger. Sie hatte Angst um das Leben ihrer Familie im Bürgerkrieg - deshalb sind sie geflohen. Nach ihrer Ankunft in Zahlé haben sie zunächst in einer Garage geschlafen, dann hat sich Hakoum als Flüchtling beim UNHCR gemeldet.

Das Flüchtlingshilfswerk erfuhr von der Gemeindeverwaltung in Zahlé, dass Mounira ihr Haus nicht fertig bauen konnte. Ihrer Familie fehlte das Geld für den Ausbau der zweiten Etage. Genau solche Fälle sucht das UNHCR: Familien, die ungenutzten, aber für Flüchtlinge dringend benötigten Platz haben. Meist wohnen die Syrer im Haus der Libanesen. Manchmal besitzen diese noch ein unfertiges Haus in der Nähe und lassen Flüchtlinge dort einziehen.

„Die Familien, die wir so unterbringen, können keine Miete bezahlen. Es sind immer die am meisten von Armut gefährdeten“, sagt Lisa Abou Khaled. Immerhin: Über 80 Prozent aller syrischen Flüchtlinge im Libanon können Miete bezahlen. Größtenteils beziehen sie für das Geld eine Wohnung, in einigen Fällen aber nur eine Garage oder einen Schuppen.

Vor Hakoums Balkon schwanken Linden im Wind. In der Nachmittagssonne spenden sie dem Balkon Schatten. Hinter den Bäumen steigt Rauch auf - aus Dutzenden weißen Zelten, die sich hier an einem Feldweg aufreihen. Dort wohnen Flüchtlinge, die nicht so viel Glück hatten wie Hakoum. 14 Prozent von ihnen leben in solchen Zelten in der Landschaft verteilt. Auf 4,3 Millionen libanesische Bürger kommen 768.857 registrierte Flüchtlinge, die libanesische Regierung geht sogar von einer Million aus. Das Problem: Die Regierung gestattet keine permanenten Flüchtlingslager für Syrer. Bis ins Jahr 2005 haben syrische Truppen den Libanon besetzt. Sie waren während des Bürgerkrieges (1975 bis 1990) ins Land gekommen. Nun hat die libanesische Regierung Angst, die Syrer könnten wieder einen zu großen Einfluss auf das Leben im Land erlangen.

Im Bekaa-Tal sind die Libanesen bereits an das alltägliche Zusammenleben mit Syrern gewöhnt. Vor dem Bürgerkrieg haben Tausende Syrer auf den Feldern des Bekaa-Tals als Saisonarbeiter ausgeholfen. Aus diesem Grund bleibt es in der Region ruhig, obwohl hier verschiedene Konfessionen sowie Anhänger und Gegner Assads aufeinandertreffen.

Auch die Zelte der Saisonarbeiter haben den Feldweg vor Hakoums Balkon gesäumt. Damals aber waren es provisorische. Heute ist noch nicht abzusehen, wann sie wieder verschwinden werden. Mittlerweile ist das Bekaa-Tal die größte Flüchtlingsregion im Libanon. 263.708 Flüchtlinge sind hier registriert, 37.431 weitere haben sich telefonisch in Lisa Abou Khaleds Büro angekündigt und warten auf die Registrierung. Inzwischen werden die Zelte von stabilen Holzgerüsten getragen. Die Materialien kommen vom Hilfswerk. Doch für ihre Zelte auf dem Feldweg müssen die Flüchtlinge den Landbesitzern Miete bezahlen - bis zu 200 Euro im Jahr.

In ihrer Wohnung kauert Hakoum vor dem Gaskocher in ihrer Küche. In der Pfanne brutzeln Zwiebeln und Okra in Tomatensud. Der süße Geruch zieht langsam durch den Raum. Als Hakoum in ihren Ledersandalen zum metallenen Spülbecken läuft, knirscht der Boden unter ihren Füßen: Kieselsteine. Die gesamte Küche wurde vom UNHCR renoviert. Daneben garantiert das Hilfswerk jeder Familie ein Bad und mindestens ein Zimmer. Außerdem baut es neue Fenster - made in Germany - und Heizöfen in die Wohnungen.

Willkommene Untermieter Wer sich im Libanon bereit erklärt, syrische Familien aufzunehmen, erhält sein Haus renoviert. So sollen Spannungen abgebaut werden

Die Idee für das Projekt kam nicht vom UNHCR selbst, sagt Abou Khaled: „Einige libanesische Familien haben schon Flüchtlinge bei sich aufgenommen, bevor wir unsere Hilfe angeboten haben. Es war also eine soziale Initiative der libanesischen Bevölkerung.“ Das norwegische und das dänische Flüchtlingshilfswerk - Partnerorganisationen des UNHCR - griffen diese Initiative auf. Über die Kosten macht das UNHCR keine Angaben. Man würde sie nicht einzeln erfassen, sagt Abou Khaled. Ohnehin würden Einzelfälle stark variieren.

Nach etwas mehr als einem Jahr im Haus von Mounira fühlt sich Hakoum gut in die libanesische Gesellschaft integriert. Ihr Mann arbeitet bei einer Tankstelle, ihre Kinder erhalten Schulunterricht vom UNHCR in einem Durchgangslager, von dem aus andere Flüchtlinge in Unterkünfte vermittelt werden.

Die Gastfamilien sind nur ein Jahr lang verpflichtet, Flüchtlinge bei sich wohnen zu lassen. In vielen Fällen bleiben die Gäste jedoch länger. Mounira würde Hakoums Familie ebenfalls weiter bei sich wohnen lassen. Weil aber einer ihrer Söhne bald heiratet, braucht sie den Platz im Haus. Hakoums Familie muss sich daher eine neue Bleibe suchen - zunächst wohl wieder in einer Garage.

Hakoum sitzt nach dem Kaffee im roten Sessel. Sie schaut selbstbewusst. Eine Sache habe ihr selbst bei Mounira gefehlt, sagt sie: „Auch, wenn sie uns hier alles geben: Es ist nicht unser Land.“

Graphic

Daoud Salem Bouledroua

Die Syrerin Hakoum (l.) in der Küche ihrer Gastgeberin Mounira. Dorthin ist sie mit ihrer Familie vor dem Bürgerkrieg geflohen

Fabian Spengler

Load-Date: December 28, 2013

Hilferuf aus Container City; Bislang hat die Türkei den Strom der Flüchtlinge aus Syrien gut bewältigt. Doch die Lage droht außer Kontrolle zu geraten - ein Besuch im Grenzgebiet

Die Welt

Samstag 3. November 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 6; Ausg. 258

Length: 1262 words

Byline: Thorsten Jungholt

Highlight: Ein EU-Notfallplan beschäftigt sich mit der Frage, wie 500.000 syrische **Flüchtlinge** in Europa verteilt werden können?

Body

Tilis

Angelina Jolie, John McCain und Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, sie alle waren schon hier in Öncüpinar. Egal, ob Hollywood-Actrice mit Nebenjob als Sondergesandte der Vereinten Nationen, ehemaliger US-Präsidentenskandidat oder deutsche Justizministerin: Wenn ein Prominenter sich ein Bild von der Lage der syrischen Bürgerkriegsflüchtlinge in der Türkei machen will, dann wird er von der Regierung in Ankara in das Camp in Südostanatolien geschickt. Sogar einen international geländegängigen Namen hat man für diesen Zufluchtsort gefunden: Container City.

Nur ein paar Kilometer von der Grenze zu Syrien entfernt ist nahe Kilis ein **Flüchtlingslager** vom Reißbrett entstanden. Auf 360.000 Quadratmetern stehen in Öncüpinar 2100 Container in Reih und Glied, jeder mit zwei Zimmern und Bad ausgebaut, die meisten mit Satellitenschüssel auf dem Dach, die Wege dazwischen akkurat gepflastert. Es gibt Schulen, Supermärkte, Moscheen, ein kleines Feldhospital, Bank und Post. Container City ist tatsächlich eine kleine Stadt - mit der Besonderheit, dass ihre 12.000 Einwohner vor dem Krieg geflohen sind, vor dem Schlachten des syrischen Diktators Baschar al-Assad.

Die Türkei bietet den Flüchtlingen eine offene Grenze, humanitäre Hilfe und vorübergehenden, aber nicht befristeten Schutz im Camp. In Öncüpinar präsentiert die Regierung in Ankara ihr Land so, wie sie es am liebsten sieht: modern, selbstbewusst, eine prosperierende Vorzeigenation, kraftvoll genug, um auch die Auswirkungen des Kriegsdramas in Syrien in den Griff zu bekommen. Und zwar nicht irgendwie, sondern mustergültig. Eine erfahrene Mitarbeiterin des Deutschen Roten Kreuzes sagt, ein so perfektes Camp wie Container City habe sie noch nie zu Gesicht bekommen.

Hilferuf aus Container City Bislang hat die Türkei den Strom der Flüchtlinge aus Syrien gut bewältigt. Doch die Lage droht außer Kontrolle zu geraten - ein Besu....

Die Hilfesuchenden aus dem Nachbarland sind der Türkei dankbar dafür. „Wir bekommen hier alles, was wir brauchen“, sagt Marei Yonso. Essen, ein Dach über dem Kopf - und vor allem Schlaf ohne Angst vor tödlichen Angriffen. Seit Monaten lebt der 41-jährige Syrer mit Eltern, Kindern und dem geretteten Hab und Gut auf 21 Quadratmetern mit festen Wänden. Damit hat er es gut getroffen, in den anderen 13 Flüchtlingslagern auf türkischem Boden gibt es keine Container, sondern Zelte. Aber auch diese Camps sind um einiges komfortabler als jene in Jordanien, im Libanon und Irak, den anderen Anrainerstaaten Syriens, auf die sich die inzwischen rund 350.000 Bürgerkriegsflüchtlinge verteilen.

Yonso hat in der westsyrischen Provinz Idlib als Schuldirektor gearbeitet, schloss sich bei Ausbruch der Proteste gegen Assad den friedlichen Demonstrationen an - bis sein Dorf ins Visier der Regierungstruppen geriet und die Kämpfe losbrachen. Vor 18 Monaten floh er mit seiner Familie in die Türkei und landete schließlich in Kilis. Im Camp hilft er als einer von 140 Lehrern, die 4200 Kinder und Jugendliche zwischen vier und 18 Jahren zu unterrichten. Es gibt einen Kindergarten, eine Grund- und eine weiterführende Schule.

Aus einem der Klassenräume ist ein Chor zu hören: „Free, free, freedom, we want freedom, oh Bashar by force, we'll get freedom.“ 26 syrische Jungs haben Englischunterricht, und der Ruf nach Freiheit gehört hier zum Curriculum. Auch im Kindergarten wird gesungen. Ein Dutzend Mädchen lernt musikalisch, auf Türkisch bis zehn zu zählen. Und ein kleines Mädchen trägt ein Gedicht vor. Ihre Lehrerin, heißt es darin, sei für sie wie eine Mutter und ein Vater. Es gibt viele Kinder in Container City, die ihre Väter seit Langem nicht mehr gesehen haben, weil sie gegen Assad kämpfen.

Der Krieg ist allgegenwärtig in Container City, trotz all der Spielplätze, Computer für die Jugendlichen, Handarbeitskurse für die Frauen. Er wird nur außen vor gehalten, auch durch die Befestigung des Camps: 3,50 Meter hoch ist der Zaun um das Lager, die Zugänge werden mit biometrischer Fingerabdruckkontrolle überwacht, es gibt 96 Videokameras, 15 Wachtürme, und Sicherheitskräfte sind omnipräsent. Nach offizieller Lesart sollen die Flüchtlinge so vor Assad und eingeschmuggelten Attentätern geschützt werden. Aber das ist nicht die ganze Wahrheit: Auch die Türkei schützt sich mit diesem Wall vor den Flüchtlingen.

Denn noch mag die Regierung in Ankara die Lage tatsächlich im Griff haben. Aber das Land ächzt mittlerweile unter dem immer weiter anschwellenden Zustrom der Hilfesuchenden. Beherbergte die Türkei im April noch 18.000 Flüchtlinge aus Syrien, waren es im August schon 70.000. Aktuell sind es 110.000 - und das sind nur die in den 14 Camps registrierten Personen. An der Grenze warten schon weitere 12.000. Und von diesen Statistiken nicht erfasst sind die auf anderen Wegen in die Türkei gelangten Syrer, die vor allem in den grenznahen Städten nicht zu übersehen sind.

In den Lagern bekommen die Flüchtlinge Lebensmittel, Kleidung und Medizin. Außerhalb ist das mitgebrachte Geld meist schnell aufgebraucht, es gibt keine Arbeitserlaubnis, angemietete Wohnungen müssen aufgegeben werden, die Flüchtlinge schlagen sich auf der Straße durch, leben in Provisorien, ohne Einkommen, Essen und warme Kleidung für den nahenden Winter. Ihre Zahl wird auf 60.000 bis 70.000 Menschen geschätzt.

Vor allem an ihnen liegt es, dass in manchen Gegenden der Grenzregion aus den mit gutem Willen aufgenommenen Flüchtlingen teilweise ungebetene Gäste geworden sind. „Die Leute haben etwas dagegen, dass es so viele Ausländer auf der Straße und außerhalb der Camps gibt“, sagte der Parlamentsabgeordnete Mehmet Ali Ediboglu jüngst in einem Zeitungsinterview. Der Regierung ist das nicht entgangen, sie verlangt deshalb von allen Syrern, nur in den Lagern zu leben. Und angesichts von Prognosen der Vereinten Nationen, die bis zu 280.000 Flüchtlinge für die Türkei vorhersagen, werden nun - Selbstbewusstsein hin, Außendarstellung her - auch die bislang zurückhaltend geäußerten Rufe nach internationaler Hilfe lauter. Am lautesten sind sie in Container City. „Die Zustände sind ein Drama“, sagt Süleyman Tapsiz, als Gouverneur von Kilis für das Camp Öncüpinar zuständig. „Wir bauen zwar ständig neue Lager und erweitern die vorhandenen. Aber wenn der Zustrom anhält, stoßen wir an die Grenzen unserer Möglichkeiten. Deshalb erwarten wir stärkere Unterstützung der internationalen Gemeinschaft.“ Die Bundesregierung ist bereit dazu. Deutschland hat schon 92 Millionen Euro für die Flüchtlingshilfe ausgegeben, 55 Millionen für Humanitäres, 37 Millionen in Form von Entwicklungshilfe, und ist damit nach den USA zweitgrößter Geldgeber weltweit. Bislang allerdings konzentrierte sich Berlin auf Jordanien

Hilferuf aus Container City Bislang hat die Türkei den Strom der Flüchtlinge aus Syrien gut bewältigt. Doch die Lage droht außer Kontrolle zu geraten - ein Besu....

und den Libanon, nun rückt die Türkei in den Blickpunkt. Die Leitlinie dabei lautet: Den Flüchtlingen soll möglichst vor Ort geholfen, eine Aufnahme in Deutschland vermieden werden.

Die Frage ist nur, wie lange das noch gelingen kann. Das Konsulat in Istanbul vermeldet eine wachsende Zahl von Anfragen nach Ausreise. In der EU wird deshalb längst an einem Notfallplan gearbeitet. Sobald der UN-Flüchtlingskommissar einen Hilfsappell an die Welt richtet, müssen die Europäer die Frage beantworten: Wie wollen wir die Flüchtlinge auf unsere Länder verteilen? Von bis zu 500.000 Hilfesuchenden gehen die zuständigen Innenminister aus.

Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger sagte bei ihrem Besuch in Tilis, Deutschland schließe eine Aufnahme von Syrern nicht aus. Ein solcher Schritt müsse aber in der EU abgestimmt werden. „Auf Dauer wird es nicht ohne internationale Unterstützung gehen“, sagte die Ministerin. Bei 1000 neuen Flüchtlingen pro Tag könnte der Zeitpunkt, dieses Versprechen nicht nur mit Geld einzulösen, schnell näher rücken.

Graphic

dpa/Maurizio Gambarini (3)

Leben im Flüchtlingscamp: ein syrischer Junge mit Spielzeugwaffe vor türkischen Polizisten, ein improvisierter Spielplatz und ein Klassenraum

Load-Date: January 26, 2013

End of Document

Hardliner wittern Morgenluft; Snowdens Asyl in Moskau belastet das Verhältnis zwischen den USA und Russland. Zerrüttet ist es längst

Die Welt

Samstag 3. August 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; S. 5; Ausg. 179

Length: 800 words

Byline: Uwe Schmitt

Julia Smirnova

Body

Washington/Moskau

Zwölf Jahre und eine politische Ewigkeit liegt das Bekenntnis von George W. Bush zurück, er habe Wladimir Putin in die Augen geschaut, und er habe sich „einen Eindruck von seiner Seele“ verschaffen können. Im Juni 2001, drei Monate vor der Zeitenwende von „9/11“, wollte der damalige US-Präsident dem durchaus als Autokraten verdächtigen Ex-KGB-Mann Putin vor ihrem Gipfel etwas schmeicheln.

Am Donnerstag dieser Woche bekannte das Weiße Haus in offenem Zorn „extreme Enttäuschung“ über Präsident Putins Russland und zweifelte an „der Nützlichkeit eines Gipfels“ zwischen US-Präsident Barack Obama und Putin nach dem G-20-Meeting in St. Petersburg im September. Niemand in Washington glaubt für eine Minute, dass Russlands Gewährung von Asyl für Edward Snowden ohne Zustimmung Putins zustande kommen konnte.

Noch beleidigter über den Affront als das US-Präsidialamt geben sich Senatoren beider Parteien. Charles Schumer, Demokrat aus New York, nannte die Entscheidung Moskaus „einen Dolchstoß in den Rücken: Jeder Tag, den Mister Snowden in Freiheit verbringen kann, bedeutet eine weitere Drehung des Dolches.“ Weniger blutig, aber nicht weniger wütend fiel John McCains Klage über Russlands „Schlag ins Gesicht aller Amerikaner“ aus. Der Republikaner aus Arizona verlangte von der Regierung Obamas Vergeltungsmaßnahmen. Man müsse über die Instrumente der Nato-Erweiterung und des neuen Raketenabwehrsystems in Europa Druck ausüben: „Jetzt ist die Zeit, unsere Beziehungen zu Putins Russland fundamental zu überdenken“, erklärte McCain, „wir müssen uns mit dem Russland auseinandersetzen, das ist, nicht mit dem, das wir uns wünschen.“

In Wahrheit war das amerikanisch-russische Verhältnis lange vor dem Auftauchen Edward Snowdens auf dem Moskauer Flughafen zerrüttet. Laut der „New York Times“ bietet der Fall nur einen von „einer Unzahl von Gründen (für Obama), auf den anberaumten Gipfel mit Wladimir Putin zu verzichten“. Der Streit über Snowden ist Symptom,

Hardliner wittern Morgenluft Snowdens Asyl in Moskau belastet das Verhältnis zwischen den USA und Russland. Zerrüttet ist es längst

nicht Grund für das gespannte Verhältnis. Weder im syrischen Bürgerkrieg noch gegenüber der neuen Regierung im Iran ist es zu einer Annäherung der Standpunkte gekommen. In der Abrüstung von Interkontinentalraketen, die Obama in Berlin als wichtiges Ziel nannte, gibt es keine Fortschritte. Stattdessen wurden Amerikaner von der Adoption russischer Kinder ausgenommen; und die USA setzten 18 Russen, denen Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen wurden, auf eine schwarze Liste unerwünschter Ausländer. Es ist die Frage, worüber Obama und Putin sich hätten verständigen können, selbst wenn Snowden noch brav in Hawaii seinen gut bezahlten Job ausübte.

US-Senatoren von Rang haben das Recht, ohne spürbare Konsequenzen für ihre Glaubwürdigkeit scharfe Sanktionen gegen Moskau zu verlangen. Und John McCain lässt sich nicht übertreffen in der Klarheit, mit der er - je nach Anlass - eine Bombardierung Teherans nahelegt, ein Eingreifen der USA in Syrien oder nun einen neuen Kalten Krieg mit Russland. Durch die Mühen der täglichen Arbeit mit Moskau müssen andere gehen. Und diese Arbeit wird weitergehen. Noch ist unklar, ob Putin seinem „ungebetenen Weihnachtsgeschenk“ tatsächlich einen Maulkorb verpassen will. US-Experten sind sicher, dass Edward Snowden in Russland auf das Peinlichste überwacht werden wird.

Der Kreml schweigt bis jetzt zu Snowdens Asyl und versucht, die Situation herunterzuspielen. Der außenpolitische Berater von Präsident Putin, Juri Uschakow, traf sich mit dem US-Botschafter Michael McFaul und sprach mit ihm über den neuen Status von Snowden. Über die Ergebnisse des Treffens teilte er allerdings nichts mit. Härtere Rhetorik kam vom Vorsitzenden des Außenausschusses des russischen Parlaments, Aleksej Puschkow. Puschkow ist kein Diplomat und ist für seine harschen antiwestlichen Aussagen bekannt. Er kommentiert Ereignisse gern bei Twitter, und auch zu Snowden hat er mehrere Tweets verfasst. „Senator McCain behauptet, dass Russland die USA 'erniedrigen' wollte, indem es Snowden Asyl gewährte. Das stimmt nicht. Die USA haben Moskau keine andere Wahl gelassen, als sie den Weiterflug verhinderten.“ Zur russischen Außenpolitik sagte Puschkow: Sich zu unterwerfen widerspricht dem nationalen Psychotyp..

Der Zorn in Washington über die Demütigung durch Russland ist nicht gespielt. Nicht nur wegen der Schadenfreude in Teilen der russischen politischen Klasse. Gegen allen Pragmatismus, einschließlich Barack Obamas "Reset", der bilateralen Beziehungen mit Präsident Dmitri Medwedjew 2011, steht altes und neues Misstrauen. Snowden hat seine Russlanderfahrung noch vor sich. Andrew Kuchins, Direktor der Abteilung für Russland und Eurasien am Center for Strategic and International Studies in Washington, wünscht alles Gute: "Wenn Snowden es übertreibt, wird ihn Putin wie einen Käfer zerquetschen."

Load-Date: August 3, 2013

Berlin als Gesamtkunstwerk; Wahnsinnig, schrecklich, wunderbar: Warum es der Hauptstadt so schwerfällt, erwachsen zu werden, erklärt Reinhard Mohr

Die Welt

Donnerstag 16. August 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; S. 8; Ausg. 191

Length: 1854 words

Byline: Reinhard Mohr

Body

Es ist die reine Idylle. Zwischen Birken, Brombeerbüschchen und hohen Gräsern liegt man im märkischen Sand und liest Adalbert Stifters Erzählung „Bergkristall“. Der Wind rauscht durch die Birkenblätter, und die weißen Wolken ziehen vorüber, sehr weiß und sehr weit oben. Die Zeit scheint stillzustehen. Die kleine Heidelandschaft zwischen Hüttenweg und Onkel-Tom-Straße in Berlin-Zehlendorf, einem ehemaligen Munitionsdepot, ist eine innerstädtische Naturbrache, wie es sie in Millionenstädten sonst kaum geben dürfte. Plötzlich lautes Gebell. Drei Hunde rasen heran. Sekunden später kommt die unmissverständliche Ansage: „Hier liejen Se falsch. Dit is een Hundausrufgebiet!“

Auf die Retourkutsche „Ganz Berlin ist doch ein einziges Hundausrufgebiet!“ kommt man leider nicht. Aber eins ist klar: Hier spricht Berlin. Brutal direkt. Gnadenlos ehrlich. Freundlichkeit ist was für Feiglinge. Berliner aber sind mutig und kampferprobt. Gleich neben dem Idyll liegt der preußische Kasernenhof; direkt neben dem Paradies lauert die unbarmherzige Konfrontation mit der Realität. Schon Kurt Tucholsky und Alfred Polgar waren Zeugen dieser Eigentümlichkeit, die sich durch alle Migrationsphasen der vergangenen 200 Jahre erhalten hat. Eine neuere Errungenschaft ist das sogenannte Kiezdeutsch, bei dem die deutsche Grammatik gleich mit erledigt wird: „Ich mach disch Krankenhaus!“ etwa gehört zu diesen prägnanten Kurzmitteilungen im zwischenmenschlichen Bereich.

Apropos Migration: Für alle Probleme rund um die sogenannte Integration in der Multikulti-Metropole ist Neuköllns sozialdemokratischer Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky zuständig. Der Rest ignoriert das Thema, so gut es geht, und freut sich auf den alljährlichen „Karneval der Kulturen“, wenn Hektoliter von Caipirinhas über den Kreuzberger Mehringdamm schwappen.

Luzide Rücksichtslosigkeit und eine als Toleranz missverstandene Gleichgültigkeit waren immer schon die Leitwährung im Berliner Alltagsdschungel, der zugleich seine ganz eigene liebevolle Poesie hervorbringt - etwa in den hymnischen Liedzeilen von Christiane Rösinger: „Wenn die Sonne fehlt, wenn der Regen läuft, wenn die

Berlin als Gesamtkunstwerk Wahnsinnig, schrecklich, wunderbar: Warum es der Hauptstadt so schwerfällt, erwachsen zu werden, erklärt Reinhard Mohr

Unterschicht das Kindergeld versäuft, wenn die Hunde wachen, ihre Haufen machen, wenn die Fahrradfahrer uns vom Bordstein fegen und die Verrückten in der U-Bahn laut mit sich selber reden, wenn die Öko-Eltern sich zum Brunchen treffen und die Arschlochkinder durch das Café kläffen, ja, dann sind wir wieder in Berlin."

Poesie und Schrecken gehören zur deutschen Hauptstadt wie Kurfürstendamm und Currywurst, Kiezkultur und Straßenkrieg, Caffè Latte und „Fuck-Parade“. Es sind nicht nur all die Extreme dieser Stadt zwischen Hellersdorf und Grunewald, die die alte Preußenmetropole so disparat erscheinen lassen - es ist die Gleichzeitigkeit der Gegensätze, die eine Identifikation mit ihr so schwer machen. So ist es kein Wunder, dass Berlin von seinen 3,5 Millionen Einwohnern gleichermaßen geliebt und gehasst wird. Doch halt! „Berlin aber will Liebe auch gar nicht von seinen Bewohnern“, wusste der Kunstkritiker Karl Scheffler schon 1910. „Wie mit einem Witzwort der Selbstironie hilft sich dieses hart determinierte Stadtindividuum über die verborgene Tragik seines Daseins hinweg, über die Tragik eines Schicksals, das Berlin dazu verdammt: Immerfort zu werden und niemals zu sein.“

Auch dieses berühmte Zitat freilich ist so ambivalent wie Berlin selbst: Es klingt kritisch, aber unter der Hand verwandelt es sich in ein raues Lob, genauer: in ein fettes Selbstlob. „Be Berlin!“, heißt die offizielle Marketing-Parole, sei immer in Bewegung, sei cool, groovy, sexy. Aufregend und abenteuerlich, voller Überraschungen. Eine tägliche Schlacht um die Existenz, wüst und nervig, aber niemals langweilig. Berlin, immer noch die Symphonie einer Großstadt, die Moloch und Musik zugleich ist, abgeranzt und glamourös. Wer es hier aushält, dem graut vor nichts mehr auf der Welt.

Der spezifische Berliner Größenwahn, der noch aus leidvollsten Erfahrungen und verdrießlichsten Erlebnissen einen geschichtsmächtigen Standortvorteil zimmert, drückt sich auch im legendären Gleichmut aus, mit dem die unterschiedlichsten Widrigkeiten hingenommen werden. Zwar wird unentwegt geschimpft und gemeckert, aber zum echten Volksaufstand reicht es nie. Selbst die militanten Aktionen von Autonomen und Antifas, die im Kampf gegen „Gentrifizierung“ immer neue Gründe für ihren linksradikalen Heimatschutz finden, sind letztlich nur Teil der heimischen Folklore. Ein Sinnbild für dieses pseudorevolutionäre Spießertum ist ein verfallenes Haus in Mitte, an dem seit Jahren in großen Lettern „Soldaten sind Mörder!“ prangt. Während rundherum gebaut und saniert wird, haben sich die einstigen Besetzer in der Ruine ihrer Gewissheiten verschanzt wie Provinzler hinterm Jägerzaun.

Der klassische Wutbürger aber, wie er in Stuttgart auffällig wurde, existiert hier kaum. Zum einen, weil es ein klassisches Bürgertum kaum noch gibt und Arnulf Baring auch nicht immer alleine auf die Barrikaden gehen kann; zum anderen, weil bei größeren Protesten umgehend der rasende rbb-„Abendschau“-Reporter Ulli Zelle zur Stelle ist, um eine Ad-hoc-Mediation vor Ort vorzunehmen. Der aktuelle Protest gegen die von der Stiftung Preußischer Kulturbesitz geplante Zerschlagung der weltberühmten Gemäldegalerie am Kulturforum, die Kunstkenner eine „teure Schnapsidee“ nennen, bleibt im Kreise der Interessierten, und selbst der massive Widerstand gegen die Flugrouten des neuen Flughafens BER, der allerdings nur von den unmittelbar Betroffenen ausging, ist inzwischen abgeflaut. Eine schöne Ironie der Geschichte ist es, dass ihnen durch das groteske Planungsdesaster ein ruhiger Sommer beschert wird. Mindestens.

Doch sogar die schier unglaublichen Versäumnisse beim Bau des Airports, dessen Eröffnung schon wieder und immer noch in den Sternen steht - ein politischer Skandal ersten Ranges -, führen bislang nicht zu größeren Verwerfungen. Nicht nur Höflichkeit und Rücksichtnahme, auch Verantwortung, die mehr ist als nur ein Wort, gilt in Berlin als Zeichen der Schwäche. Dass ein Radikal-Islamist als Wachmann auf der Flughafenbaustelle tätig war, hätten nicht einmal die größten Berlin-Zyniker geglaubt.

Insgesamt scheint es so, als existiere ausgerechnet in der Hauptstadt, die von Journalisten und Medien nur so wimmelt, keine angemessene Öffentlichkeit, die in der Lage wäre, den Regierenden Bürgermeister, Aufsichtsratsvorsitzender der verantwortlichen Flughafengesellschaft, wirklich unter Druck zu setzen. Dass Klaus Wowereit in seiner berufsmäßigen Lebensfreude gleich zehn Termine auf der jüngsten Fashion Week wahrnahm, ist Teil der Berliner Lebensphilosophie, in der modischer Mitte-Hedonismus und Alt-Wilmersdorfer Wurschtigkeit eine unverbrüchliche Alliance eingehen.

Berlin als Gesamtkunstwerk Wahnsinnig, schrecklich, wunderbar: Warum es der Hauptstadt so schwerfällt, erwachsen zu werden, erklärt Reinhard Mohr

Trotz moderner Fortschritts- und Mitmach-Rhetorik bleibt der Bürger ein Objekt der Planung, der er sich nolens volens unterwerfen muss. Das gilt nicht zuletzt für die unnachahmliche Berliner Baustellenkultur, die zielsicher dafür sorgt, dass Anwohner, Geschäfte und Restaurants jahrelang unter chaotischer Bau-Koordination im Tempo einer Lichtenrader Nacktschnecke leiden müssen.

„Der Insulaner verliert die Ruhe nicht“ - Günter Neumanns Hymne zu Zeiten der Blockade 1948 gilt immer noch. Eine Milliarde mehr oder weniger - was macht das schon bei 65 Milliarden Euro Schulden insgesamt. Es gibt ja noch den Länderfinanzausgleich. Dass sich auch der Umbau der Staatsoper und der Neubau des Hohenzollernschlosses um Jahre verzögern und verteuern, ruft da nur noch ein Achselzucken hervor.

Doch auch die allseits gefeierte „Eventkultur“ gehorcht dem Imperativ des „Je länger, desto schöner ...“ Ob Magermodellauf oder Marathonlauf: Vor allem die Straße des 17. Juni samt Brandenburger Tor, dauerumlagertes Mega-Maskottchen der Stadt, wird wochenlang komplett gesperrt, während die geplagten Autofahrer sich ihren Umweg mühsam bahnen müssen. Aber Berlin wäre nicht Berlin, wenn nicht immer wieder pfiffige Überlebensstipps gefunden würden. Im Winter etwa, wenn aus den nicht weggeräumten Schneemassen wieder einmal gemeingefährliche Eisflächen geworden sind, fällt dem Regierenden Gutelaunebär gleich ein glamouröses Bonmot ein: Das sei eben „Holiday on Ice“. Man könne sich notfalls „ja Spikes unter die Schuhe“ klemmen. Knorke. Eine echt Berliner Idee.

Und klar, seit die Kreuzung Friedrichstraße / Unter den Linden wegen des Baus der völlig überflüssigen „Kanzler-U-Bahn“ weiträumig gesperrt ist, wird der weltberühmte Boulevard auf Jahre hin ein einziger Baustellenparcours sein. Den betroffenen Fahrgästen rät die famose, 1928 gegründete Berliner Verkehrsgesellschaft BVG, die 500 Meter lange Strecke zwischen den Stationen Friedrichstraße und Französische Straße doch zu Fuß zu gehen. Originalton BVG: „Die meisten Menschen können diese Distanz in weniger als zehn Minuten zurücklegen.“ Das ist praktisch gedacht, stärkt die Volksgesundheit und erspart das Warten auf den legendären „Schienenersatzverkehr“, vulgo Bus, der sich ja ebenfalls durch den Superstau quälen muss. Außerdem können auf dem Fußmarsch die technisch anspruchsvollen Bautätigkeiten besichtigt werden. Die „Schaustelle“ Berlin, ein Gewinn für die ganze Familie.

Zudem wird es nicht an jenen emsig das Terrain durchstreifenden Trompetenensembles und Sopran-Saxofonisten aus aller Welt fehlen, die den Fußweg unterhaltsam verkürzen werden. Das urbane Gesamtkunstwerk komplettieren radelnde Touristenkolonnen, mörderische Kampffradler, herumirrende „Segway“-Aliens, Bierbikes und andere Protagonisten der Ballermannisierung städtischer Räume, die den Trend zum befahrbaren Freilichtmuseum Berlin zielstrebig vorantreiben. Der Publizist Magnus Klaue bezeichnet diesen an vielen Ecken wahrnehmbaren Prozess humorlos als „den Verfall urbaner Öffentlichkeit, die im hippen Berliner Kiezleben endgültig zur clanförmig organisierten Rücksichtslosigkeit heruntergekommen ist“.

Dies ist die andere Seite des glänzenden Touristenbooms, der Berlin zur Nummer drei Europas macht, nach London und Paris. Rund zehn Millionen Menschen aus aller Welt kommen jährlich in die Stadt an der Spree, was sich statistisch zu 23 Millionen Übernachtungen summiert. 30 Millionen sollen es bald werden. Derweil ist in Mitte, Kreuzberg, Friedrichshain und Prenzlauer Berg bereits zu spüren, dass der Massentourismus genau jene romantischen Pfade durchs Dickicht der Großstadt in asphaltierte Rennbahnen verwandelt, die ihn erst angelockt haben. Das hier und da noch immer wahrnehmbare historische Flair der einstigen Mauerstadt, Regierungssitz von Preußen, wilhelminischem Kaiserreich, der Weimarer Republik, des Naziregimes und der DDR, beginnt sich bereits abzunutzen.

Doch immer noch reicht eine kurze Radfahrt, um in die grünen Idyllen in und um Berlin zu flüchten, urbane Oasen, in denen die Zeit stillzustehen scheint, das nächste S-Bahn-Chaos weit weg, Karl Kraus' Wahrheit von 1909 dafür ganz nah: „Ich verlange von einer Stadt, in der ich leben soll, Asphalt, Straßenspülung, Haustorschlüssel, Luftheizung, Warmwasserleitung. Gemütlich bin ich selber.“

Wer braucht da noch einen neuen Flughafen?

Berlin als Gesamtkunstwerk Wahnsinnig, schrecklich, wunderbar: Warum es der Hauptstadt so schwerfällt, erwachsen zu werden, erklärt Reinhard Mohr

Graphic

dpa Picture-Alliance, dpa, dapd, Massimo Rodari

Mega-Maskottchen: Brandenburger Tor

Hektoliter Caipirinhas: Kreuzberger Nachtleben

Dauer-Chaos: überall Baustellen

Ballermannisierung: „Segway“-Tourist

Planungsdesaster: Wann kommt der neue Flughafen?

Load-Date: December 14, 2012

End of Document

Der Pfarrer der Roma; Stanislaw Opocki verteidigt die meistgehasste Minderheit in Polen. Seine Feinde beschimpfen den Seelsorger als „Zigeuner-Beschützer“

Die Welt

Samstag 24. November 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: PANORAMA; S. 32; Ausg. 276

Length: 1061 words

Byline: Gerhard Gnauck

Highlight: Als sich Stanislaw Opocki für ein Roma-Kulturhaus einsetzte, vertrieben wütende Einwohner den Pfarrer aus seiner Gemeinde

Body

Erwünscht sind sie nicht: Von allen **Flüchtlingsgruppen**, die in Deutschland **Asyl** suchen, zählen die Roma zu den unbeliebtesten. In einer aktuellen Studie antworteten 58 Prozent der Teilnehmer auf die Frage, ob sie Sinti und Roma als Nachbarn haben möchten, mit einem deutlichen Nein. Über die Minderheit wird derzeit wieder viel gestritten: In Talkshows heizt die Frage an, warum die Roma so unbeliebt sind, in der Politik, wie mit steigenden **Asylanträgen** umgegangen werden soll. Doch nicht nur in Deutschland sind die Roma wenig willkommen. In den meisten östlichen Nachbarländern sind sie regelmäßig offenen Anfeindungen ausgesetzt.

So auch in Polen - aber dort haben die Roma einen Verteidiger gefunden: Pfarrer Stanislaw Opocki. Einen besseren Fürsprecher könnten sie sich kaum wünschen. „Herr Pfarrer, haben die Zigeuner nicht ein Problem mit der Kriminalität?“ Auf Fragen wie diese antwortet Opocki mit Engelsgeduld: „Eine neue Untersuchung zeigt, dass die Roma im Durchschnitt nicht häufiger straffällig werden als die übrige Bevölkerung. Das Problem ist nur eine ganz kleine Gruppe.“

Stanislaw Opocki ist einer von 28.000 katholischen Geistlichen in Polen. Aber auf der Visitenkarte des 59-Jährigen steht noch ein Zusatz: „Landesseelsorger der Roma“. Daneben ein Zigeunerwagen mit Pferd. Als er die Priesterlaufbahn einschlug, wollte Opocki, wie so mancher seiner Amtsbrüder, zur Mission in die Dritte Welt gehen. Es kam etwas dazwischen. „Da habe ich zu Gott gebetet: Gib mir eine andere, eine ähnliche Aufgabe.“ Und Gott schenkte ihm diese: Er schickte ihn zu den Roma.

1983 kam er als Vikar in einen Ort im Karpatenvorland im Süden Polens. Er stieß auf eine Roma-Siedlung, auf heruntergekommene Häuser ohne fließend Wasser. „Ich hätte nie gedacht, dass man in Polen, im Herzen Europas, heute noch so leben kann. Niemand hat sich um die Roma gekümmert. Sie waren völlig isoliert, ausgegrenzt, wie

Der Pfarrer der Roma Stanislaw Opocki verteidigt die meistgehasste Minderheit in Polen. Seine Feinde beschimpfen den Seelsorger als „Zigeuner-Beschützer“

im Reservat. Am Anfang hatte ich Angst vor denen, die nicht lesen und schreiben konnten und auch nie in die Kirche gingen. Da sagte ich mir: Hier musst du was ändern."

Damals waren noch einige wenige Roma-Gruppen in Polen mit ihren Pferdewagen unterwegs. Der Dichter Jerzy Ficowski zog mit ihnen, schrieb Bücher über sie und machte die Minderheit für die Intellektuellen im Land interessant. Die Behörden hatten seit den 50er-Jahren immer wieder versucht, die Roma zur Sesshaftigkeit zu zwingen, ihnen Ausweispapiere zu geben und sie zu überwachen. Die meisten hörten irgendwann auf zu wandern. Nachdem etwa die Hälfte der Roma der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik zum Opfer gefallen war, hatten sich viele in den früheren deutschen Ostgebieten niedergelassen, wo alle Menschen Zuwanderer waren. Aber Ausbildung und Arbeit blieben ein wunder Punkt.

Als die Wende kam, eröffneten sich für Opocki neue Möglichkeiten. „Ich bin mit meinem Trabi durchs Land gefahren“, erzählt er stolz, „um die Gründung von Roma-Schulklassen in die Wege zu leiten. Mein Plan war: Besser, die Zigeuner verschiedenen Alters bekommen eine gemeinsame Klasse, als dass sie gar nicht in die Schule gehen.“ So gelang es Opocki, im südlichen Polen, wo die meisten Roma leben, an mehr als 30 Schulen Sonderklassen einzurichten. Aber es gab auch solche, die das missverstehen wollten: Roman Kwiatkowski, der Vorsitzende eines Roma-Verbands, kritisierte die Idee als „Getto-Bildung“. Inzwischen ist man von den Sonderklassen wieder abgekommen. Dafür geht etwa ein Fünftel der Roma auf Sonderschulen für lernbehinderte Kinder. Opocki hat das Vertrauen der sonst so misstrauischen Roma erworben. Er kann sich mit ihnen auf Romani, ihrer Sprache aus der indoarischen Sprachfamilie, verständigen. Er wurde erst in seiner Diözese, 1996 schließlich für ganz Polen der Roma-Seelsorger. Als vor zwei Jahren in dem Ort, wo er zugleich Gemeindepfarrer war, ein kleines Roma-Kulturhaus gebaut werden sollte, stellten sich die Kommunalpolitiker gegen das Projekt. Der Pfarrer war dafür. Der Konflikt spitzte sich zu, Opocki bekam Drohanrufe. Zuvor hatte es beinahe eine Straßenschlacht gegeben, weil eine Roma-Frau angeblich ihren Hund auf einen Polen gehetzt hatte. Die Polizei musste ihr Haus vor einer aggressiven Menschenmenge schützen.

„Das Modell des Pfarrdienstes von Pfarrer Opocki ist zu Ende“, ließ der Bischof daraufhin mitteilen. Der „Zigeuner-Beschützer“, wie ihn manche gehässig nannten, wurde Ende 2011 als Gemeindepfarrer abgesetzt und verließ den Ort. „Das Kulturhaus ist trotzdem entstanden.“ Opocki sagt das mehr mit Genugtuung als mit Bitterkeit. „Aber schreiben Sie bitte nicht den Ortsnamen, sonst kriege ich wieder Probleme.“

Dennoch sind, auch dank Pfarrer Opocki, die Roma in Polen besser integriert als etwa in Tschechien und der Slowakei. Auch sind sie in Polen nicht so zahlreich: Bei der letzten Volkszählung gaben 16.000 polnische Bürger an, zu den Roma zu gehören. Opocki vermutet, dass etwa 8000 weitere inzwischen im Ausland leben, in Großbritannien und in Deutschland. Es gibt reiche Familien unter den Roma, traditionell auch einen „Zigeunerkönig“, ihr Oberhaupt, das bei Warschau lebt und als Streitschlichter auftritt. Doch sieht man in manchen Städten auch Problemquartiere mit vielen Roma-Großfamilien.

Immer noch sind offiziell 90 Prozent der Roma arbeitslos. „Das liegt an den herrschenden Klischees in unseren Köpfen. Die Roma wollen arbeiten! Aber ob sich die Lage ändert, liegt auch an den Arbeitgebern, ihrem Mut und ihrer Offenheit“, sagt Opocki. Der Pfarrer sieht Hoffnungszeichen: Etwa 70 Roma studieren inzwischen.

Landesseelsorger der Roma durfte Opocki bleiben, weiterhin ist er besorgt um das leibliche und um das geistliche Wohl seiner Schützlinge. Wenn er mit ihnen spricht, zieht er früher oder später ein buntes Bildchen aus der Tasche und fragt: „Wussten Sie von dem ersten seligen Rom?“ Das Bild zeigt Ceferino Giménez Malla, der während des Spanischen Bürgerkriegs 1936 von republikanischen Soldaten festgenommen und erschossen wurde. Papst Johannes Paul II. hat ihn seliggesprochen. „Aber man darf die Roma nicht in das übliche kirchliche Schema pressen“, sagt der Pfarrer. „Sie glauben auf eigene Art, und man muss sie sich entwickeln lassen. Manche glauben zum Beispiel, sie müssten nicht in die Kirche - Gott sei schließlich überall.“

„Ich hätte nie gedacht, dass man im Herzen Europas noch so leben kann.“ Landesseelsorger der Roma in Polen

Der Pfarrer der Roma Stanislaw Opocki verteidigt die meistgehasste Minderheit in Polen. Seine Feinde beschimpfen den Seelsorger als „Zigeuner-Beschützer“

Graphic

Adam Kozak

Er ist der Landesseelsorger der Roma in Polen: Stanislaw Opocki unterhält sich mit einem seiner Schützlinge

Load-Date: January 26, 2013

End of Document

Zuwanderung allein aus Europa reicht nicht; Experten fordern offensives Werben um Talente in Nicht-EU-Staaten

Die Welt

Montag 19. August 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: WIRTSCHAFT; S. 9; Ausg. 192

Length: 882 words

Byline: Dorothea Siems

Body

Für CSU-Chef Horst Seehofer sind die personalbedingten Betriebsstörungen bei der Deutschen Bahn in Mainz nur die Vorstufe für ein grundlegendes Problem, das auf Deutschland zurollt. „Ob bei der Polizei, bei Pflegeberufen, der Bundeswehr oder der Berufsfeuerwehr: Es wird wegen des Geburtenrückgangs einen härteren Wettbewerb um qualifizierte junge Leute geben“, sagte Bayerns Ministerpräsident der „Welt am Sonntag“. Weil in Deutschland zu wenige junge Menschen lebten, müsse man verstärkt Zuwanderer aus anderen europäischen Ländern anwerben.

Auch die Koalitionspartner CDU und FDP setzen angesichts des demografischen Wandels auf ausländische Fachkräfte. Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer (CDU), hält es allerdings für nötig, stärker als bisher auch außerhalb Europas um Zuwanderer zu werben. „Wir müssen hier noch offensiver werden“, sagte die Staatsministerin im Kanzleramt der „Welt“. Zwar habe Deutschland in den vergangenen Jahren die Hürden für qualifizierte Migranten deutlich abgesenkt. Doch in Asien und anderen Regionen der Welt sei das Bild von Deutschland noch immer von der früheren restriktiven Haltung geprägt. Deshalb müssten Außenhandelskammern, Konsulate, die Goethe-Institute und die Bundesagentur für Arbeit in Nicht-EU-Ländern ihre Anwerbebemühungen noch verstärken.

Die FDP warnte ebenfalls davor, den Blick nur auf die innereuropäische Zuwanderung zu verengen. Zwar profitiere Deutschland derzeit stark von dem Zustrom an Fachkräften aus Krisenländern wie Spanien oder Italien, sagte der Arbeitsmarktexperte der Liberalen, Johannes Vogel. Doch fast alle EU-Staaten hätten ähnliche demografische Probleme wie Deutschland. „Die europäische Wanderung wird deshalb nicht ausreichen, um den drohenden Fachkräftemangel zu lindern.“ Um im internationalen Wettkampf um die klügsten Köpfe besser abzuschneiden, sollte sich Deutschland ein Beispiel an Ländern wie Kanada oder Australien nehmen und ein Punkte-System in Zuwanderung einführen. In Deutschland benötigen die Bewerber aus Drittstaaten in der Regel ein konkretes Arbeitsangebot. Die klassischen Einwanderungsländer lassen dagegen alle Personen einwandern, die in den entscheidenden Kriterien Qualifikation, Sprachfähigkeiten und Alter genügend Punkte erreichen. Die vor einem Jahr eingeführte Blue Card ist nach Ansicht Vogels „ein Schritt in die richtige Richtung, dem in den nächsten Jahren noch weitere folgen müssen“.

Zuwanderung allein aus Europa reicht nicht Experten fordern offensives Werben um Talente in Nicht-EU-Staaten

Vor einem Jahr hat die Bundesregierung die Blue Card eingeführt, mit der Akademiker aus Nicht-EU-Bürger nach Deutschland einwandern können. Bis Ende Juni wurden knapp 9000 Blue Cards ausgegeben. In 70 Prozent dieser Fälle waren die Personen allerdings bereits in Deutschland - oft als Studenten - und haben somit lediglich ihren Aufenthaltsstatus geändert. Lediglich jeder Dritte kam über die neue Regelung ins Land. Kritiker mahnen, dass das vorgeschriebene Mindestgehalt, das ein Einwanderer in Deutschland verdienen muss, mit 46.600 Euro brutto im Jahr zu hoch ist. Schließlich liegt das durchschnittliche Einstiegsgehalt eines Hochschulabsolventen hierzulande mit rund 35.000 Euro brutto deutlich niedriger. FDP-Politiker Vogel fordert denn auch eine flexiblere Regelung. Bislang sei die Blue Card zu sehr an Akademiker ausgerichtet. Es müsse aber möglich sein, flexibel auf den steigenden Fachkräftebedarf in verschiedenen Berufen zu reagieren, sagte Vogel.

Staatsministerin Böhmer warnte davor, für Studenten aus Drittländern Studiengebühren einzuführen, wie dies von den Grünen in Baden-Württemberg erwogen wird. „Dieser Vorstoß ist absolut kontraproduktiv“, sagte die CDU-Politikerin. „Nötig sei eine Willkommenskultur, um das Land attraktiver für Zuwanderer zu machen und keineswegs neue Hürden.“ Die Bundesregierung habe deshalb gerade erst die Bleibemöglichkeiten für ausländische Studenten erweitert. Nach dem Abschluss hätten sie jetzt 18 Monate lang Zeit zur Jobsuche und könnten während dieser Zeit uneingeschränkt erwerbstätig sein. Gerade diese Gruppe sei für die hiesige Wirtschaft hochinteressant.

Der Direktor des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung, Reiner Klingholz, sagte: „Das Studium ist ein extrem wichtiger Kanal für Drittstaatler, der nicht gefährdet werden sollte.“ Dass Hochschulen hierzulande keine Gebühren verlangten, mache sie für Zuwanderer interessant. Diesen Wettbewerbsvorteil dürfe man nicht aufs Spiel setzen, so Klingholz. „Wer hier studiert hat, ist bestens integriert und ausgebildet und wir sollten deshalb alles daran setzen, diese Menschen hier zu halten“, mahnte der Wissenschaftler. Ausländische Studenten seien ein wichtiger Bestandteil einer langfristig angelegten Zuwanderungsstrategie.

Der Demografieexperte sieht die derzeit starke Wanderung aus den EU-Krisenländern nach Deutschland als sinnvolle Notlösung an, die helfe, die Arbeitslosigkeit in Südeuropa zu senken und Personalengpässe zu lindern. Doch viele der Europäer, die jetzt einwanderten, kehrten zurück, wenn sich die wirtschaftliche Lage in ihren Heimatländern wieder bessert, sagte Klingholz. „Deutschland braucht deshalb eine langfristige Strategie, die neben der Hin-und-Herwanderung innerhalb Europas auch verstärkt Zuwanderung aus Drittländern vorsieht.“ Denn auf längere Sicht gebe es nur dort ein ausreichend Potenzial an jungen Menschen.

Graphic

Heike Stephanie Aßmann

Load-Date: August 19, 2013

Ausland Kompakt; UNO: Jolie wird Sondergesandte für Flüchtlinge ++
Afghanistan: Karsai bezeichnet Taliban nach Angriffen als „Brüder“ ++
Pakistan: Islamabad weist Osama bin Ladens Familie aus

Die Welt

Mittwoch 18. April 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Kompakt; S. 6; Ausg. 91

Length: 308 words

Body

UNO

Jolie wird Sondergesandte für **Flüchtlinge**

Angelina Jolie weitet ihr Engagement für die Vereinten Nationen aus. Das UN-**Flüchtlingshilfswerk** ernannte die US-Schauspielerin in Genf zur Sondergesandten. Bislang war die 36-Jährige Goodwill-Botschafterin für **Flüchtlinge**. Künftig werde sich Jolie vor allem für humanitäre Hilfe in Krisengebieten wie Afghanistan und Somalia einsetzen, teilte das UNHCR mit. Als Goodwill-Botschafterin besuchte die Schauspielerin nach UNHCR-Angaben mehr als 40 Krisengebiete. Sie sei eine Expertin für **Flüchtlingsfragen** geworden, hieß es. Die Millionärin werde weiterhin ehrenamtlich für die Organisation arbeiten. Ein Vollzeit-Mitarbeiter soll in der UNHCR-Zentrale in Genf ihre Reisen und Aktivitäten betreuen.

Afghanistan

Karsai bezeichnet Taliban nach Angriffen als „Brüder“

Trotz der Angriffserie in Afghanistan hält der afghanische Präsident Hamid Karsai an seinen Aussöhnungsversuchen mit den Taliban fest. „Manche in der Regierung und in den Medien kritisieren mich dafür, dass ich Taliban Brüder nenne, aber ich werde nicht aufgeben“, sagte Karsai. Außerdem forderte der afghanische Präsident feste Hilfszusagen von den USA für die Zeit nach dem Truppenabzug.

Pakistan

Islamabad weist Osama bin Ladens Familie aus

Knapp ein Jahr nach der Tötung von Osama bin Laden will Pakistan die Familienangehörigen des Al-Qaida-Chefs am Dienstagabend abschieben. „Ihre Haftstrafen werden heute Nacht verbüßt sein, dann werden sie wie vom

Ausland Kompakt UNO: Jolie wird Sondergesandte für Flüchtlinge ++ Afghanistan : Karsai bezeichnet Taliban nach Angriffen als „Brüder“ ++ Pakistan : Islamabad we....

Gericht angeordnet in ihre Heimatländer deportiert", sagte der Anwalt der Familie, Muhammad Amir Khalil. Ein Gericht hatte die drei Ehefrauen und die beiden volljährigen Töchter bin Ladens wegen illegaler Einreise verurteilt. Zwei der Ehefrauen bin Ladens stammen aus Saudi-Arabien, die dritte aus dem Jemen. Außerdem sollen auch sieben minderjährige Kinder und zwei Enkel abgeschoben werden.

Load-Date: April 18, 2012

End of Document

Merkel lobt den Fußball, und Hoeneß lächelt; Die Bundesligaklubs werben am Wochenende für Integration. Dabei werden sie selbst von Problemen geplagt

Die Welt

Freitag 14. September 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: SPORT; S. 20; Ausg. 216

Length: 831 words

Byline: Lars Wallrodt

Highlight: Bundeskanzlerin rät schwulen Fußballern zum Outing: „Sie brauchen keine Angst haben“

Body

Uli Hoeneß musste über die Bundeskanzlerin schmunzeln. Ganz versteckt tat er es natürlich, nur die Mundwinkel zuckten ein wenig, als Angela Merkel eine Anekdote erzählte. Sie habe einmal bei einer Veranstaltung zu jungen **Migranten** gesagt: „Ich bin eure Bundeskanzlerin. Egal, ob ihr gerade erst hier lebt oder schon seit 300 Jahren.“ So lange lebt der Präsident des FC Bayern München zwar noch nicht in diesem Land, aber immerhin schon 60 Jahre, und das hat gelangt, um eine Menge mitzuerleben - im Fußball und in der Gesellschaft.

Er hat gesehen, wie sein Sport groß und größer wurde, wie er die Massen anlockte und seine eigenen Grenzen sprengte. Nur ein Spiel ist er jedenfalls schon lange nicht mehr. Fußball ist längst eine gesellschaftliche Größe geworden, das weiß Uli Hoeneß, und darum saß er am Donnerstagmittag neben Angela Merkel im Bundeskanzleramt.

„Geh Deinen Weg“, heißt die Aktion, die sie bewarben. Am Wochenende werden alle 18 Bundesligavereine mit dem Slogan auf der Brust auflaufen. Die Deutschland-Stiftung Integration und die Deutsche Fußball Liga haben das mit den Sponsoren der Klubs ausgehandelt. Der Fußball soll werben für Integration und ein friedliches Miteinander. „Ich kann mir keinen stärkeren Partner dafür vorstellen“, sagte die Bundeskanzlerin, und Hoeneß lächelte stolz.

Es ist in der Tat ein starkes Zeichen, das die Bundesliga da setzt. „Es wird uns helfen, eine wichtige Botschaft zu verbreiten“, sagte Merkel. Nämlich die Botschaft, dass Ausländer in Deutschland willkommen seien und die Chance hätten, in diesem Land aufzusteigen. Neben der gemeinsamen Brustwerbung wird das „Geh Deinen Weg“-Logo auch auf den Bällen wiederfinden. Zudem werden die Mannschaftskapitäne eine Botschaft verlesen. Der Kernsatz: „Vielfalt, respektvolles Miteinander und gelungene Integration sind nicht nur beim Fußball, sondern auch in der Gesellschaft Voraussetzungen für den Erfolg.“

Merkel lobt den Fußball, und Hoeneß lächelt Die Bundesligaklubs werben am Wochenende für Integration.
Dabei werden sie selbst von Problemen geplagt

Für die Bundesliga schließt sich mit „Geh Deinen Weg“ ein Kreis. Vor 20 Jahren trugen die Vereine „Mein Freund ist Ausländer“ auf den Trikots, es war ein Signal gegen die fremdenfeindlichen Anschläge von Solingen und Rostock.

Nun also Integration. „Die Liebe zum Sport verbindet die Menschen. Im Fußball geschieht Integration automatisch, sie muss nicht verordnet werden“, sagte Ligapäsident Reinhard Rauball.

Es ist ein interessanter Zeitpunkt für die Aktion. Ein Zeitpunkt, an dem der professionelle Fußball viel mit sich selbst zu tun hat, viel mehr als in den Jahren zuvor. Stets wurde er als Allheilmittel gepriesen, als gesellschaftliche Allroundwaffe. Nun mobben Hooligans Spieler aus dem Verein, prügeln, stürmen Plätze, fackeln bengalische Feuer ab und zünden Rauchbomben. Das Gewaltproblem der 80er-Jahre erhebt sein hässliches Haupt wieder, und die Vereine sind erstarrt.

Hilflos beschimpfte Hannover-Präsident Martin Kind jüngst einige Fans seiner Mannschaft als „Arschlöcher“, weil sie einen zum VfL Wolfsburg gewechselten Spieler beleidigt hatten. In Dortmund wurde ohnmächtig registriert, dass auf der Tribüne ein rechtsradikales Plakat entrollt wurde, und beim 1. FC Köln reichten sie Abwehrspieler Kevin Pezzoni lieber die Papiere, statt ihn vor den Chaoten zu schützen, die vor seiner Haustür gewütet hatten. Zudem meldete sich ein schwuler Bundesligaprofi im Magazin der Bundeszentrale für politische Bildung zu Wort und stellte dem angeblich so toleranten Fußball ein schlechtes Zeugnis aus: „Ich wäre nicht mehr sicher, wenn meine Sexualität an die Öffentlichkeit käme.“

Uli Hoeneß weiß um die brisante Situation. „Themen wie Gewalt oder Homophobie sind keine Probleme des Fußballs, sondern gesellschaftliche Themen“, sagte der Bayern-Präsident, „wichtig ist, dass wir uns dieser Themen annehmen.“ Er sei beispielsweise überzeugt, dass sich in den kommenden Jahren die ersten schwulen Fußballspieler outen werden, „und dann kommt es darauf an, wie die Vereine darauf vorbereitet sind“. DFB-Präsident Wolfgang Niersbach bot homosexuellen Profis „jegliche Hilfe“ des Deutschen Fußball-Bundes an. Und auch die Bundeskanzlerin macht jenen Mut, die jetzt noch die Öffentlichkeit fürchten: „Sie leben in einem Land, in denen sie sich vor einem Outing nicht fürchten müssen. Wir können nur das Signal geben, dass sie keine Angst haben müssen.“

In der brisanten Gemengelage ist „Geh Deinen Weg“ also auch ein wichtiges Signal für den deutschen Fußball. Ein Versuch, wieder als die gesellschaftliche Kraft wahrgenommen zu werden, die er ja tatsächlich ist. Und eine Chance, wieder selbst Zeichen zu setzen als getrieben zu werden. Angela Merkel wird der Bundesliga dabei helfen. Am Samstag wird sie sich das Spiel zwischen Borussia Dortmund und Bayer Leverkusen im Stadion anschauen. Jürgen Klopp, Dortmunds Meistertrainer, hat sich übrigens auch zur neuen Initiative geäußert: „Ich finde 'Geh Deinen Weg' gut. Aber ich würde noch hinzufügen: Am besten den richtigen.“

"In den kommenden Jahren wird sich der erste schwule Fußballspieler outen" Uli Hoeneß, Präsident des FC Bayern

Graphic

Dapd/Steffi Loos

Bayern-Präsident Hoeneß, Bundeskanzlerin Merkel und Ligaboss Rauball (v.l.)

Load-Date: January 12, 2013

Merkel lobt den Fußball, und Hoeneß lächelt Die Bundesligaklubs werben am Wochenende für Integration.
Dabei werden sie selbst von Problemen geplagt

End of Document

Wozu braucht der Papst den Laubbläser?; Angewandte Komik: Eine Ausstellung im Münchner Literaturhaus über Gerhard Polt

Die Welt

Samstag 31. März 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: KULTUR; S. 27; Ausg. 78

Length: 837 words

Byline: Paul Jandl

Highlight: Über sein eigenes Leben schweigt sich der Rollenvirtuose gern aus, die kabarettistische Vita muss uns genügen

Body

Das Leben ist ein ruhiger, tiefer See. An seinem Ufer als Bootsverleiher mit krisensicherem Selbstbewusstsein draufloszureden, das ist eine Rolle für Gerhard Polt. In einem kurzen Film sitzt der Kabarettist, der im Mai 70 wird, auf einem Steg und sagt: „Wurscht, wie sich Europa entwickelt, der Bootsverleih wird sich gleich bleiben.“ Abseits aller europäischen Entwicklungen ist sich auch Gerhard Polt so dankenswert gleich geblieben, dass ihm das Münchner Literaturhaus jetzt eine Geburtstagsausstellung widmet. „Braucht's des?!“, fragt die Schau in ihrem Titel sehr suggestiv. Natürlich, ja! Keiner hat die real existierende Gemütlichkeit so gründlich entzaubert wie Gerhard Polt. Ihr fadenscheiniges Kostüm, die Strickweste, hängt im Literaturhaus über einem Stuhl. Der Rest der Exponate ist auf einem viele Meter langen Bootssteg drapiert.

Vorzugsweise aus dem bayerischen Aberwitz hat Gerhard Polt seinen Witz destilliert, und das hat ihm die Heimat nicht gerade schwermgemacht. In Altötting, dem in pittoresk-kitschigen Ansichtskarten dokumentierten Wallfahrtsort, verbringt Polt seine Kinderjahre, in einem Haus mit Metzgerei und „Auskochgeschäft“. Es sind die Zeiten, als in Bayern „Bekenntnisschulen“ geführt werden, Zeiten, in denen ein kultureller Migrationshintergrund schon dann als gegeben betrachtet wird, wenn man nicht katholisch ist. Und Polt ist lutheranisch getauft.

In der Schule wird getrennt geturnt: auf katholische und auf protestantische Art. In Altötting durchläuft der Kabarettist eine Lehre des Zweifelns. Das Wunderwerk des Glaubens steht ihm dort als multimediales „Entertainment-Erlebnis“ vor Augen, besonders aber in Form eines sogenannten Kripperls, bei dem auf Knopfdruck die Glocken läuten und unter Weihrauchdampf das Christkind bei der Tür herauschaut. Mit irritierter Faszination hat der Knabe auf den Zauber reagiert, und dieser Haltung ist er auch als Kabarettist treu geblieben. Den quasireligiösen Status bayerischer CSU-Politik nimmt Polt ebenso aufs Korn wie Papst Benedikt. Der hat sich, wie im Bühnenprogramm „Offener Vollzug“ zu sehen ist, mit Vatikanrabatt im Baumarkt einen Laubbläser gekauft.

Wozu braucht der Papst den Laubbläser? Angewandte Komik: Eine Ausstellung im Münchner Literaturhaus über Gerhard Polt

Viele Stunden Bild- und Tonmaterial werden in der Ausstellung vorgeführt, sie zeigen den „angewandten Komiker“ in vielen Rollen und das Kleinbürgertum in seinen erschreckendsten Formen. Durch den Türspion sieht ein Maklerpaar einen dunkelhäutigen Wohnungsinteressenten. „Bleib ganz ruhig!“, sagt Gisela Schneeberger zu Gerhard Polt. „Wohnen in München“ heißt der Zyklus, und er ist auch eine autobiografische Antwort auf die Gentrifizierung von Polts altem Schwabing. Die Geschäftemacher und die Fremdenfeinde hat der bayerische Moralist porträtiert.

Für die Ausstellung liefert er kurze Selbstauskünfte zu den Stationen seines Berufslebens, und es waren deren einige. München, Altötting, Studentenjahre in Schweden, die Fernsehserie „Fast wie im richtigen Leben“, Auftritte in der DDR, die Biermösl Blosn und das zehnminütige Schweigen Polts bei der Fernseh-Liveübertragung vom Deutschen Kleinkunstpreis 1980. Das ZDF war sich nicht zu gut gewesen, ein Manuskript Polts zu zensurieren, weil der den des Meineids überführten Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann „Old Schwurhand“ genannt hatte. „Ich sag nichts“, sagte Polt bei der Preisverleihung, um dann quälende Minuten lang zu schweigen.

Über sein eigenes Leben schweigt sich der Rollenvirtuose ebenfalls gerne aus, was es der Ausstellung nicht ganz leicht macht, und so ist das Gezeigte und zu Hörende oft nur eine symbolische Überhöhung von Polts kabarettistischer Vita. Da ist ein Schulaufsatz des Knaben Polt, der davon handelt, wie ein strafender Kochlöffel an seinem Leib zerbricht. Es gibt eine Fotoserie mit trübsinnigen Wirtshäusern, den „Gemütlichkeitsvollzugsanstalten“, in denen der Kabarettist das richtige Leben erlauscht hat, und man hat Leserbriefe und Seherbriefe an und von Gerhard Polt vor sich.

Die kleine italienische Ortschaft Terracina protestiert gegen die tourismuswirtschaftlichen Folgen des Films „Man spricht deutsch“, und Polt spricht die mitfühlende Hoffnung aus, dass nicht auch noch Goethe dem Land das Bruttosozialprodukt verhageln möge. Die Karriere des Kabarettisten hat 1976 mit einem Hörstück begonnen. „Als wenn man ein Dachs wär' in seinem Bau“ heißt das Werk, in dem Polt mehr als 30 Rollen selbst spricht.

Da sind die Figuren schon da, die mit ihm während der kommenden Jahrzehnte die Bühnen und Filme bevölkern werden. Es sind Typen, die nicht nur typisch sind, sondern zart voneinander unterschiedene Individuationen der Grämlichkeit, der Gemeinheit, aber auch der Einsamkeit.

Fast 40 Jahre Kabarett führen auch zu Verschleißerscheinungen. Das will die subtile Ausstellung auch nicht verschweigen. Wie eine Reliquie liegt das Stück eines „leichten Sommerstoibers“ in einer Glasvitrine. Das Leinensakko, das Polt über viele Jahre bei Auftritten mit der Biermösl Blosn getragen hat, ist bis tief in seine Seele zerschissen. „Joppenschwund“ nennt Polt das.

Literaturhaus München, bis 10. Juni

Load-Date: March 31, 2012

Deutschland Kompakt; NPD-Verbot: Länder feiern Antrag als Erfolg der Demokratie ++ Hessen: Schwarz-Grün stellt schwierige Themen zurück ++ Asyl: 250 ++ Urteil: Ex-CDU-Landeschef erhält 22 Monate auf Bewährung ++ Prostitution: Union strebt kein generelles Verbot an

Die Welt

Mittwoch 4. Dezember 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Kompakt; S. 5; Ausg. 283

Length: 614 words

Body

NPD-Verbot

Länder feiern Antrag als Erfolg der Demokratie

Sachsen-Anhalts Innenminister Holger Stahlknecht (CDU) hat den NPD-Verbotsantrag des Bundesrats als Erfolg gewertet. „Diese Antragsschrift hat der Partei praktisch den Schleier der angeblichen Rechtsstaatlichkeit und Demokratie vom Gesicht gerissen“, sagte er. „Ich halte das für einen guten Erfolg einer wehrhaften Demokratie.“ Der Antrag habe eindeutig gezeigt, dass die NPD wesensverwandte Elemente mit der NSDAP habe. Stahlknecht hatte das neue Vorgehen gegen die NPD im April 2011 kurz nach seinem Amtsantritt initiiert. Inzwischen haben sich die anderen Bundesländer angeschlossen, nicht aber Bundesregierung und Bundestag. Stahlknecht betonte, das nun zusammengestellte Material über die NPD sei frei von Informationen von V-Leuten. Das Gericht werde sich deshalb erstmals auch inhaltlich damit beschäftigen.

Hessen

Schwarz-Grün stellt schwierige Themen zurück

CDU und Grüne haben bei ihren Koalitionsverhandlungen in Hessen erste Vereinbarungen getroffen. Unter anderem wollen die Parteien eine Reform der Landesverfassung anstoßen, wie sie am Dienstag in Wiesbaden mitteilten. Die großen Streitpunkte stehen beiden Seiten noch bevor. Als großer Knackpunkt gilt die Forderung der Grünen nach weniger Fluglärm in der Rhein-Main-Region. Das Thema werde erst gegen Ende der Verhandlungen aufgerufen, sagte Grünen-Koordinator Kai Klose. Ein möglicher Stellenabbau beim Landespersonal war den Angaben zufolge ebenfalls kein Thema. Auch über die Verteilung der Ministerposten wollen die Parteien erst am Ende entscheiden, also voraussichtlich kommende Woche. Grünen-Chef Tarek Al-Wazir hatte bereits vor der Wahl das Wirtschafts- und Verkehrsministerium für sich gefordert.

Deutschland Kompakt NPD-Verbot: Länder feiern Antrag als Erfolg der Demokratie ++ Hessen : Schwarz-Grün stellt schwierige Themen zurück ++ Asyl: 250 ++ Urteil:

Asyl

250

Euro Strafe muss ein Asylbewerber wegen Verstoßes gegen die Residenzpflicht zahlen. Das Landgericht Regensburg habe die Berufung des 35-Jährigen verworfen, sagte ein Gerichtssprecher. Die Residenzpflicht schreibt vor, dass Asylbewerber den Regierungsbezirk nicht verlassen dürfen, in dem sie untergebracht sind. Der Mann aus dem Iran, der in einer Unterkunft im Landkreis Cham (Oberpfalz) lebt, war im vergangenen Jahr mehrfach ohne Erlaubnis zu Demonstrationen gegen die Regelung nach Würzburg und Nürnberg gefahren.

Urteil

Ex-CDU-Landeschef erhält 22 Monate auf Bewährung

Das Landgericht Mainz hat den früheren rheinland-pfälzischen CDU-Chef Christoph Böhr wegen Untreue zu 22 Monaten Haft auf Bewährung verurteilt. In dem Prozess ging es um illegale Parteienfinanzierung im Landtagswahlkampf 2005/2006. Für die Beratung der CDU war Geld aus der Kasse der Landtagsfraktion geflossen. Die Partei zahlte 2011 deshalb fast 1,2 Millionen Euro Strafe an den Bundestag. Die Affäre stürzte den Landesverband in eine tiefe Krise. Der Hamburger Ex-Finanzsenator Carsten Frigge (CDU) bekam wegen Beihilfe zur Untreue eine Geldstrafe von 30.000 Euro. Böhr hatte ihn als damaligen Chef der Düsseldorfer Agentur C4 beauftragt, ihn zu beraten. Außerdem verurteilte das Gericht den ehemaligen Mainzer CDU-Generalsekretär Claudius Schlumberger wegen Untreue zu einer achtmonatigen Bewährungsstrafe.

Prostitution

Union strebt kein generelles Verbot an

Die Union will in der Koalition mit der SPD zwar härter gegen Zwangsprostitution vorgehen, strebt aber kein generelles Verbot von käuflichem Sex an. Durch eine strafrechtliche Verfolgung, wie sie etwa in Frankreich geplant ist, würde die Prostitution lediglich in die Illegalität abgedrängt, sagte Fraktionsvize Günter Krings (CDU). Stattdessen wolle man strengere Kontrollen von Bordellbetrieben und verpflichtende Gesundheitskontrollen einführen, sowie Freier bestrafen, die die Lage von Zwangsprostituierten ausnutzen.

Load-Date: December 4, 2013

Feuilleton Kompakt; Literatur: Ungarischer Autor erhält politisches Asyl in Kanada ++ Gemäldefund: Behörden wollen Einigung mit Gurlitt ++ Medien: Vatikan nimmt Interview mit Papst von Homepage ++ Literatur: Eva Menasse bekommt Heinrich-Böll-Preis

Die Welt

Samstag 16. November 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: KULTUR; Kompakt; S. 27; Ausg. 268

Length: 448 words

Body

Literatur

Ungarischer Autor erhält politisches **Asyl** in Kanada

Der ungarische Schriftsteller Akos Kertesz hat wegen politischer Verfolgung in seiner Heimat in Kanada **Asyl** erhalten. Kertesz - nicht mit dem in Berlin lebenden Literatur-Nobelpreisträger Imre Kertesz verwandt - hatte im Sommer 2011 die in Ungarn regierende Rechte gegen sich aufgebracht. In einem Offenen Brief hatte Kertesz seinen Landsleuten vorgeworfen, die Verantwortung für den Holocaust an den ungarischen Juden zu verdrängen. Dabei schrieb er unter anderem: „Der Ungar ist genetisch ein Untertan.“ Die Behauptung zog eine massive Hetzkampagne regierungsnaher und rechtsextremer Medien nach sich. Die von der Regierungspartei geführte Stadt Budapest entzog Kertesz die Ehrenbürgerschaft. Der Autor, von dem auf Deutsch die Romane „Das versenkte Leben des Ferenc Makra“ (1975) und „Haus mit Mansarde“ (1984) erschienen sind, erhielt Morddrohungen. Daraufhin begab er sich mit seiner Frau nach Kanada.

Gemäldefund

Behörden wollen Einigung mit Gurlitt

Bayerns Behörden dringen auf eine Verständigung mit dem Kunsthändlersohn Cornelius Gurlitt über die bei ihm beschlagnahmten 1400 Bilder. Es gehe „um die Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland für die Aufarbeitung der Verbrechen des Nationalsozialismus“, sagte der bayerische Justizminister Winfried Bausback. Die federführende Staatsanwaltschaft Augsburg will kommende Woche alle rund 590 Werke, die als mögliches NS-Raubgut gelten, in die Lost-Art-Datenbank stellen. Das kündigte die Leiterin der im Auftrag beteiligter Ministerien neu gebildeten Gurlitt-Arbeitsgruppe an; Ingeborg Berggreen-Merkel war zuletzt Stellvertreterin von Kulturminister Neumann. Offenbar war auch die frühere bayerische Justizministerin Beate Merk über die Entdeckung des

Feuilleton Kompakt Literatur: Ungarischer Autor erhält politisches Asyl in Kanada ++ Gemäldefund: Behörden wollen Einigung mit Gurlitt ++ Medien: Vatikan nimmt

Münchner Kunstschatzes im Unklaren gelassen worden. Einer ihrer Referenten habe die Berichte abgezeichnet, ohne sie zu informieren.

Medien

Vatikan nimmt Interview mit Papst von Homepage

Der Vatikan hat ein Interview mit dem Papst von seiner Homepage genommen. Das Gespräch mit der römischen Tageszeitung „La Repubblica“ hatte in der Kirche für Unruhe gesorgt. Er wurde u. a. mit der Aussage zitiert, die Höflinge in der Kurie seien die „Lepra des Papsttums“. Der Journalist, mit ihm sprach, hatte die Aussagen allerdings weder aufgenommen noch mitgeschrieben.

Literatur

Eva Menasse bekommt Heinrich-Böll-Preis

Eva Menasse erhält den mit 20.000 Euro dotierten Heinrich-Böll-Preis der Stadt Köln. Menasse scheue vor Tabuthemen so wenig zurück wie vor Überspitzung. Es gelinge ihr, „sowohl aktuelle Themen auszuleuchten als auch die Verletzlichkeit und Zartheit der so schnell verstreichenden Lebenszeit ins Bewusstsein zu rufen“.

Load-Date: November 16, 2013

Millionen syrischer Kinder auf der Flucht; Unicef: Minderjährige werden zu den Hauptleidtragenden des Krieges. UN-Flüchtlingskommissar: „Eine Jugend verliert ihre Heimat“

Die Welt

Samstag 24. August 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: TITEL; S. 1; Ausg. 197

Length: 461 words

Body

Eine Million Kinder sind bereits vor dem syrischen Bürgerkrieg ins Ausland **geflüchtet**, mindestens zwei Millionen irren teils mit den Eltern, teils allein durch das Land. Das teilten das Kinderhilfswerk Unicef und das **Flüchtlingskommissariat** UNHCR mit. Minderjährige würden immer mehr zu den Hauptleidtragenden.

Die Kinder machten die Hälfte aller syrischen Flüchtlinge aus, rund eine Viertelmillion sei unter elf Jahren. „Wir müssen uns alle schämen“, sagte Unicef-Direktor Anthony Lake. Rund 7000 Kinder seien seit Ausbruch des Aufstands gegen die Herrschaft von Präsident Baschar al-Assad getötet worden. Insgesamt kamen bislang mehr als 100.000 Menschen in dem Konflikt ums Leben.

UN-Flüchtlingskommissar António Guterres sagte: „Wir sollten innehalten und uns fragen, ob wir weiterhin die Kinder Syriens ihrem Schicksal überlassen können.“ Flüchtlingskinder seien körperlichen Strapazen, Angst, Stress und Traumata ausgeliefert, ihnen drohten Kinderarbeit, Zwangsheirat, sexuelle Ausbeutung und Menschenhandel. „Die Jugend Syriens verliert ihre Heimat, ihre Familien, ihre Zukunft.“ Die meisten Kinder sind in den Libanon geflohen, nach Jordanien, in die Türkei, in den Irak und nach Ägypten. Immer mehr kämen aber auch nach Nordafrika und Europa.

Für die Umsetzung eines regionalen Hilfsplans für syrische Flüchtlinge werden laut UN allein bis Ende des Jahres drei Milliarden Dollar benötigt, um zumindest den akuten Versorgungsbedarf zu decken. Derzeit stünden jedoch von dieser Summe lediglich 38 Prozent bereit.

Auch unter den Opfern des angeblichen Giftgasangriffs, den die syrische Armee nach Oppositionsangaben am Mittwoch in Wohnvierteln östlich von Damaskus verübt haben soll, werden viele Kinder vermutet. Die Opferzahlen gehen weit auseinander, sie schwanken zwischen 500 und 1300.

Mittlerweile schloss sich auch die russische Regierung, die Assad mehrfach den Rücken gestärkt hatte, den Forderungen westlicher Staaten nach einer umgehenden Überprüfung der Vorwürfe an. Das Außenministerium in Moskau erklärte, es habe die syrische Regierung zur Zusammenarbeit mit den UN-Inspektoren aufgerufen.

Millionen syrischer Kinder auf der Flucht Unicef : Minderjährige werden zu den Hauptleidtragenden des Krieges. UN -Flüchtlingskommissar: „Eine Jugend verliert i....

Ressortchef Sergej Lawrow und sein amerikanischer Kollege John Kerry seien sich in einem Telefonat einig gewesen, dass eine objektive Untersuchung notwendig sei. Zugleich warf das Ministerium der Opposition allerdings vor, eine Prüfung durch die UN-Inspektoren zu verhindern. Derzeit befinden sich UN-Inspektoren in Damaskus, die einen älteren Vorfall mit Chemiewaffen untersuchen sollten.

US-Präsident Barack Obama forderte die Assad-Regierung auf, eine vollständige Untersuchung zu erlauben. Die internationale Gemeinschaft müsse mehr darüber herausfinden, ob Chemiewaffen eingesetzt worden seien. Obama sagte: „Das berührt langsam Kerninteressen der USA.“

Seite 6

Load-Date: August 24, 2013

End of Document

Europas Arbeitsmarkt bremst sich selbst aus; EU-Kommissar will Zugang zu Jobs in EU-Ländern erleichtern

Die Welt

Samstag 27. April 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: WIRTSCHAFT; S. 9; Ausg. 98

Length: 901 words

Byline: Florian Eder

Body

Brüssel

Die EU-Kommission will die Mitgliedsstaaten zwingen, EU-Bürgern das Arbeiten fern ihrer Heimat zu erleichtern. Sozialkommissar László Andor hat dazu einen Richtlinienentwurf vorgelegt, der mit den Missständen aufräumen will, die er ausmacht. „Immer noch treffen EU-Bürger auf Hindernisse in der Ausübung ihrer Rechte, wenn sie von einem Mitgliedsstaat in einen anderen ziehen, um dort zu arbeiten“, heißt es im Gesetzesvorschlag. Eines seiner Ziele ist, „die Lücke zu schließen zwischen den Rechten, die EU-Arbeitsmigranten auf dem Papier haben und denen, die sie ausüben dürfen“.

Sie dürfen tatsächlich längst, aber nur wenige tun es. Die Freizügigkeit ist eines der fundamentalen Rechte von EU-Bürgern, die letzten Übergangsfristen und damit Beschränkungen für Rumänen und Bulgaren laufen Ende 2013 aus. Und dennoch sieht sich die Kommission genötigt, dem - direkt überall anwendbaren - Artikel 45 des EU-Vertrags eine weitere Auslegung zur Seite zu stellen. Denn, und das liege auch an den Hindernissen für **Migrationswillige**: „Die geografische Mobilität in der EU verharrt auf niedrigem Niveau“, schreibt Andor. Nur gut drei Prozent der EU-Bürger arbeiten in einem EU-Land, dessen Pass sie nicht tragen. 1,6 Millionen nicht-deutsche EU-Bürger leben bereits in Deutschland.

Andors Vorschlag kommt nach Tagen schlechter Nachrichten auf Europas Arbeitsmärkten. Deutschland ist von den großen Mitgliedsstaaten der einzige, in dem die Arbeitslosigkeit zuletzt nicht sprunghaft angestiegen ist: In Spanien, Italien und in Frankreich sieht das ganz anders aus. 3,2 Millionen Franzosen waren zuletzt ohne Arbeit, wie die Regierung mitteilte, der 23. monatliche Anstieg in Folge. Angesichts der erheblichen Unterschiede bei der Beschäftigung in Europa sei es „umso wichtiger, es denen leichter zu machen, die in anderen Mitgliedsstaaten arbeiten wollen“, sagte Andor. „Arbeitsmobilität hilft den Volkswirtschaften und dem einzelnen betroffenen Arbeiter.“

Es gibt persönliche Hürden, die einen Umzug ins EU-Ausland unattraktiv erscheinen lassen. Mangelnde Sprachkenntnisse, soziale Verwurzelung, familiäre Verpflichtungen oder auch die bei Doppelverdienern

Europas Arbeitsmarkt bremst sich selbst aus EU-Kommissar will Zugang zu Jobs in EU-Ländern erleichtern

angebrachte Sorge, dass nur einer von beiden einen angemessenen Arbeitsplatz finden könne. Wenn jemand diese Hindernisse überwindet, dann soll er nicht auf weitere stoßen, schon gar nicht auf diskriminatorische, das will der Kommissar durchsetzen. Eine ganze Reihe anonymisierter und veränderter, aber echter Beispiele für Ungleichbehandlung liefert seine Mannschaft mit dem Gesetzesvorschlag.

Ein österreichischer Lehrer also bekommt beim Wechsel nach Italien seine langjährige Berufserfahrung nicht anerkannt, was auch deutschen Lehrern beim Wechsel in ein anderes Bundesland im Übrigen nicht unbekannt ist, und wird in die niedrigste Tarifstufe eingruppiert. Ein Spanier will in Irland arbeiten, die Firma aber will für manche Jobs nur Iren einstellen. Und ein bulgarischer Bauarbeiter sitzt einem deutschen Arbeitgeber auf, der ihn nicht unfallversichert hat. Das alles sind Beispiele für Vorkommnisse, die der Geist des EU-Vertrags und - wie, versteht sich, im letzten Fall - oft auch nationales Recht verbieten. Reicht das nicht?

Nein, sagt Andor. Sein Vorschlag sieht im Kern zweierlei vor: Die Mitgliedsstaaten sollen sicherstellen, dass Vereinigungen und Verbände, „die ein legitimes Interesse daran haben, dass diese Richtlinie eingehalten wird“, stellvertretend oder unterstützend für die Betroffenen Klage oder Beschwerde führen dürfen. Zweitens müssten die EU-Staaten Strukturen, Ämter oder Behörden schaffen, die Gleichbehandlung von EU-Ausländern auf dem Arbeitsmarkt „bewerben, analysieren, überwachen und unterstützen“. Der betrogene Bauarbeiter soll also künftig eine Gleichbehandlungsstelle anrufen können, die ihm die Tücken des deutschen Sozialversicherungsrechts erklärt. Der Gesetzesvorschlag umfasst nur zwölf Artikel, abzüglich der Formalitäten sind es noch fünf konkrete. Dafür sind die Erläuterungen und sogenannten Erwägungsgründe umso länger - ein Zeichen dafür, dass die Angelegenheit recht sensibel ist. Das ist fast alles, was Andor anfasst, weil Sozialpolitik vorrangig Sache der EU-Staaten ist, die sich Einmischung meist verbitten. In diesem Fall aber sticht der Ungar Andor in eine ohnehin zuletzt arg anschwellende Debatte über die Grenzen des Freiheitsversprechens der EU.

Gerade erst forderten die Innenminister Deutschlands, der Niederlande, Österreichs und Großbritanniens Maßnahmen gegen allzu viel Freizügigkeit, ein Vorgehen namentlich gegen „den Missbrauch des Rechts, sich in der EU frei zu bewegen“. Hintergrund sind die Klagen von auch deutschen Städten über sogenannte Armutsflüchtlinge, die Sozialleistungen beanspruchten, aber nicht arbeiten wollten. Andor antwortet scharf: „Kein Mitgliedsstaat hat der Kommission irgendeinen statistischen Beleg geliefert, dass "Sozialtourismus„ in erkennbarem Maße existiert.“

Stattdessen seien fast 70 Prozent der EU-Ausländer in den Staaten in Lohn und Brot, neun Prozent suchten Arbeit. Das könnten ruhig mehr werden, sagt der Kommissar - und trifft damit zum einen die Forderungen deutscher Unternehmen, die das heimische Fachkräftereservoir bald ausgereizt sehen. Zum anderen: In Spanien, in Italien, in Frankreich steigt die Arbeitslosigkeit, drei große Länder, deren Firmen vielfach nicht genügend Luft haben, um Arbeitsplätze zu halten, geschweige denn zu schaffen.

Graphic

AFP/GEORGES GOBET

Neue Rekorde bei der Arbeitslosigkeit in Frankreich und Spanien: Sozialkommissar László Andor präsentierte seinen Richtlinienentwurf zu einem passenden Zeitpunkt

GEORGES GOBET

Load-Date: April 27, 2013

Ausland Kompakt; Syrien: Rebellenarmee will Feuerpause in Homs ++
Großbritannien: London plant Verbot von Islamisten-Gruppen ++
Griechenland: Proteste gegen Stellenabbau im öffentlichen Dienst ++
Frankreich: Ukrainische Femen-Aktivistin erhält Asyl

Die Welt

Dienstag 9. Juli 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Kompakt; S. 7; Ausg. 157

Length: 561 words

Body

Syrien

Rebellenarmee will Feuerpause in Homs

Die syrische Armee hat ihre schon seit zehn Tagen anhaltende Offensive zur Vertreibung der Rebellen aus Homs fortgesetzt. Die Soldaten beschossen die rund 140 Kilometer nördlich von Damaskus liegende Stadt mit Kampfflugzeugen, Panzern und Geschützen. Die Rebellen kontrollieren einen großen Teil des Nordens Syriens. Die Armee ist seit der Rückeroberung von Kussair an der Grenze zum Libanon aber auf dem Vormarsch und hat mithilfe des Iran und der libanesischen Hisbollah die Aufständischen schon aus mehreren Orten vertrieben. Der neue Präsident der Exil-Opposition Nationale Koalition, Ahmad Dscharba, gab zu, dass die Position der Rebellen in Homs schwach sei, und sprach sich für eine Feuerpause in dem am Dienstag beginnenden Fastenmonat Ramadan aus. Dscharba warnte vor einer Tragödie für die Menschen in Homs. Es gibt allerdings keine Anzeichen, dass das Assad-Regime an einer Feuerpause interessiert ist. Die syrische Opposition hofft, dass ihre Kämpfer bald mit modernsten Waffen aus Saudi-Arabien ausgerüstet werden.

Großbritannien

London plant Verbot von Islamisten-Gruppen

Die Regierung Großbritanniens will die islamischen Extremistengruppen Boko Haram und Minbar Ansar Deen verbieten. Innenministerin Theresa May reichte einen entsprechenden Antrag im Parlament ein, wie die BBC berichtete. Er untersage beiden Gruppen alle Aktivitäten in Großbritannien. Unterstützer und Sympathisanten müssen mit bis zu zehn Jahren Haft rechnen. Sollten die Abgeordneten dem Gesetzentwurf zustimmen, könnte das Verbot bereits an diesem Freitag in Kraft treten. Beide Gruppen sorgten immer wieder mit brutalen Anschlägen auf

Ausland Kompakt Syrien: Rebellenarmee will Feuerpause in Homs ++ Großbritannien: London plant Verbot von Islamisten-Gruppen ++ Griechenland: Proteste gegen Stel...

Andersgläubige für Aufsehen. Im Internet rufen sie offen zu Gewalt gegen Christen, Juden und Homosexuelle auf. Minbar Ansar Deen operiert von Großbritannien aus. Boko Haram hat ihren Sitz in Nigeria.

Griechenland

Proteste gegen Stellenabbau im öffentlichen Dienst

Wegen der geplanten Massenentlassungen haben in Griechenland Zehntausende Beschäftigte des öffentlichen Dienstes gestreikt. In Athen versammelten sich etwa 4000 Demonstranten mit Trillerpfeifen vor dem Ministerium für die Verwaltungsreform, unter ihnen zahlreiche Polizisten, die ebenfalls von den Reformmaßnahmen betroffen sein könnten, wie aus Polizeikreisen verlautete. „In einem Land, in dem die Arbeitslosenquote bei 30 Prozent liegt und die Jugendarbeitslosigkeit bei 60Prozent, werden neue Maßnahmen vorangetrieben, die sogar noch mehr Armut erzeugen werden“, erklärte die Gewerkschaft für den öffentlichen Dienst. Die Reformen sehen den Abbau von 4000 Stellen im öffentlichen Dienst bis zum Jahresende sowie einen Verwaltungsumbau vor, der insgesamt 25.000Angestellte zu einem Stellenwechsel zwingt.

Frankreich

Ukrainische Femen-Aktivistin erhält Asyl

Die ukrainische Femen-Aktivistin Inna Schewtschenko hat Asyl in Frankreich erhalten. Die Behörden hätten den Antrag der 23-Jährigen angenommen, der in der Ex-Sowjetrepublik politische Verfolgung drohe, teilte die für ihren Oben-ohne-Protest bekannte Gruppe mit. Schewtschenko hatte 2012 in Kiew mit einer Motorsäge ein Holzkreuz zum Gedenken an die Opfer des Stalinismus gefällt. Damit wollte sie gegen die russisch-orthodoxe Kirche sowie die Verurteilung von zwei Mitgliedern der russischen Frauenband Pussy Riot protestieren. Sie war mit einem Touristenvisum nach Frankreich eingereist.

Load-Date: July 9, 2013

Politik Kompakt; Syrien-Flüchtlinge: Kirchen rufen deutsche Bevölkerung zur Hilfe auf ++ Hessen: Rot-Rot-Grün-Sondierer vertagen sich erneut ++ Iran: Außenminister fordert neuen Ansatz im Atomstreit ++ Abhör-Affäre: Guttenberg kritisiert Obama in russischer Zeitung ++ Thailand: Parlament verabschiedet umstrittenes Amnestiegesetz

Die Welt

Samstag 2. November 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Kompakt; S. 6; Ausg. 256

Length: 755 words

Body

Syrien-Flüchtlinge

Kirchen rufen deutsche Bevölkerung zur Hilfe auf

Die beiden großen Kirchen haben an die Bundesbürger appelliert, syrischen Flüchtlingen zu helfen. Gerade angesichts des kommenden Winters müsse eine humanitäre Katastrophe verhindert werden, erklärten der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Nikolaus Schneider, und der stellvertretende Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz (DBK), Bischof Norbert Trelle, am Freitag zum Auftakt einer gemeinsamen Reise zu syrischen Flüchtlingen in Jordanien. Die ökumenische Delegation wird unter anderem Flüchtlingslager besuchen und mit Flüchtlingen sprechen, die außerhalb der Camps untergekommen sind. „Über sechs Millionen Menschen sind in Syrien und in der Region auf der Flucht“, sagte Schneider vor Reiseantritt. „Wir dürfen diese Menschen nicht vergessen.“ Trelle bescheinigte Jordanien einen „gewaltigen Kraftakt“ bei der Aufnahme von Flüchtlingen.

Hessen

Rot-Rot-Grün-Sondierer vertagen sich erneut

Bei der schwierigen Regierungsbildung in Hessen zeichnet sich weiterhin keine rasche Entscheidung ab. SPD, Grüne und Linke beschlossen am Freitag nach einem dritten Sondierungsgespräch in Wiesbaden, in der kommenden Woche erneut zusammenzukommen. „Es gibt an einigen Stellen Konsens, an einigen Stellen müssen wir aber auch Dissens festhalten“, sagte SPD-Chef Thorsten Schäfer-Gümbel. Umstritten ist zwischen den drei Parteien vor allem, wie das Defizit des Landes abgebaut werden können. Auch beim Umgang mit dem Fluglärm am Frankfurter Flughafen wurde keine Einigung erzielt. Das geplante Treffen am kommenden Donnerstag zwischen

Politik Kompakt
Syrien-Flüchtlinge: Kirchen rufen deutsche Bevölkerung zur Hilfe auf ++
Hessen : Rot-Rot-Grün-Sondierer vertagen sich erneut ++
Iran : Außenmini....

SPD, Grünen und Linken soll das letzte Sondierungsgespräch zwischen den drei Parteien sein. Neben den Gesprächen über ein rot-grün-rotes Bündnis laufen in Hessen auch noch Beratungen über eine Koalition aus CDU und SPD sowie ein schwarz-grünes Bündnis. Schäfer-Gümbel und Al-Wazir kündigten an, danach möglichst bis Ende November Entscheidungen über die Aufnahme von konkreten Koalitionsverhandlungen treffen zu wollen.

Iran

Außenminister fordert neuen Ansatz im Atomstreit

Der iranische Außenminister Mohammed Dschawad Sarif hat einen neuen Ansatz in den Atomverhandlungen zwischen dem Westen und dem Iran gefordert. „Wir haben den Atomstreit beide als ein Nullsummenspiel betrachtet“, sagte Sarif am Freitag bei der UN-Konferenz für Abrüstung in Istanbul. Er hoffe, dass man sich darauf verständigt habe, „dass dieser Ansatz falsch war“. Jahrelange gescheiterte Verhandlungen hätten zu Konsequenzen geführt, die keine Seite wollte, erklärte er. Der Iran hat seine Möglichkeiten zur Urananreicherung drastisch erhöht - zum Entsetzen des Westens. Die wegen des iranischen Atomprogramms verhängten internationalen Sanktionen haben der Wirtschaft des Landes geschadet. Der iranische Unterhändler Abbas Araghchi äußerte sich zuversichtlich über die weiteren Atomverhandlungen.

Abhör-Affäre

Guttenberg kritisiert Obama in russischer Zeitung

Mit einer herben Rüge an Barack Obama für „totales Fehlverhalten“ und der Warnung vor einer „ernsten Spaltung“ zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten hat sich Karl-Theodor zu Guttenberg in der NSA-Abhöraffaire zu Wort gemeldet. Der frühere Bundesverteidigungsminister fordert in in einem Meinungsbeitrag für die englischsprachige russische Zeitung „Moscow Times“ den US-Präsidenten zu einer „glaubhaften Entschuldigung“ bei Angela Merkel und anderen westlichen Alliierten auf. Zu Guttenberg wirft den Amerikanern vor, das Ausmaß der Ausspähung weit über die ungeschriebenen Vereinbarungen von alliierten Staaten getrieben zu haben. Zumal Merkel eine der loyalsten Verteidiger der US-Regierung in Europa sei, die als einzige ein gewisses Vertrauensverhältnis mit Obama entwickelt hat. Der Kanzlerin einen solchen Gesichtsverlust zuzumuten, sei unverzeihlich. Zu Guttenberg geht noch weiter. Er wirft der US-Regierung Schlamperei vor und beklagt das persönliche Versagen des Präsidenten.

Thailand

Parlament verabschiedet umstrittenes Amnestiegesetz

Thailands Regierung hat in der Nacht zu Freitag überraschend ein umstrittenes Amnestiegesetz durch die erste Parlamentskammer gepeitscht. Es soll für alle Personen gelten, die in die teils gewalttätigen politischen Protesten der vergangenen Jahre verwickelt waren. Dazu gehört der flüchtige Ex-Regierungschef Thaksin Shinawatra, Bruder von Ministerpräsidentin Yingluck Shinawatra. Die Opposition kündigte Massenproteste an. Im Samsen-Bahnhof in der Hauptstadt Bangkok versammelten sich am Freitag mehrere tausend Menschen.

Load-Date: November 2, 2013

Deutschland Kompakt; Anschlag: Ägyptischer Islamist greift deutsche Botschaft an ++ Grüne: Vorstand will Urwahl der Spitzenkandidaten ++ Nothilfe: „Keine syrischen Flüchtlinge nach Deutschland“ ++ Hauptstadtflughafen: Unklarheit über Abgang des BER-Chefs ++ Ku-Klux-Klan: Polizei will bei Einstellung jetzt gründlicher fragen

Die Welt

Donnerstag 23. August 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Kompakt; S. 5; Ausg. 197

Length: 708 words

Byline: Dia

Body

Anschlag

Ägyptischer Islamist greift deutsche Botschaft an

Ein islamischer Extremist hat in der ägyptischen Hauptstadt Kairo vier selbst gebaute Sprengsätze auf das Gelände der deutschen Botschaft geworfen. Bei dem Angriff sei niemand verletzt worden, sagte eine Sprecherin der Botschaft. Die primitiven Sprengkörper hätten Schrauben und Nägel enthalten. Der Ägypter habe zudem versucht, mit einem Hammer das Sicherheitsglas an der Pforte der Botschaft zu zerstören. Der Mann, der Schüsse aus einer Spielzeugpistole abgegeben hatte, wurde von deutschen Wachleuten und ägyptischen Polizisten überwältigt. Nach seiner Festnahme erklärte der 58-Jährige, er habe die Botschaft angegriffen, weil die deutsche Regierung Gruppierungen unterstütze, die den Islam beleidigten. Er trug einen Ausschnitt aus einer Kairoer Tageszeitung bei sich, die von Demonstrationen der rechtspopulistischen Partei Pro Deutschland berichtet hatte. Der Mann gehört laut Polizei keiner islamistischen Bewegung an.

Grüne

Vorstand will Urwahl der Spitzenkandidaten

Der Grünen-Vorstand will die rund 60.000 Parteimitglieder über die beiden Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl entscheiden lassen. Das werde die Parteiführung dem kleinen Parteitag am 2. September vorschlagen, kündigte der Grünen-Vorsitzende Cem Özdemir bei einem Besuch in Großbritannien an. Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt sagte, sie scheue eine KampfAbstimmung nicht. Neben Göring-

Deutschland Kompakt Anschlag: Ägyptischer Islamist greift deutsche Botschaft an ++ Grüne: Vorstand will
Urwahl der Spitzenkandidaten ++ Nothilfe: „Keine syrisch....

Eckardt haben auch Parteichefin Claudia Roth sowie die Vorsitzenden der Bundestagsfraktion, Renate Künast und Jürgen Trittin, Interesse an einem der beiden Kandidatenposten angemeldet. Wenn Bundesvorstand und Länderrat der Grünen zustimmen, könnte die Urwahl Anfang September beginnen.

Nothilfe

„Keine syrischen Flüchtlinge nach Deutschland“

Angesichts bereits 150.000 syrischer Flüchtlinge lehnt der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Bundesstag, Ruprecht Polenz (CDU), die Aufnahme von syrischen Flüchtlingen in Deutschland ab. Die Hilfe aus Deutschland erreiche eine viel größere Zahl von Flüchtlingen, „wenn wir mithelfen, die Menschen vor Ort in den Lagern in der Türkei, in Jordanien und im Libanon möglichst gut zu versorgen“, sagte Polenz der „Welt“. Er forderte, die bisher bereitgestellten Mittel aufzustocken. In Einzelfällen sollten Flüchtlinge zur medizinischen Behandlung nach Deutschland ausgeflogen werden. Grünen-Chefin Claudia Roth hatte zuvor gefordert, über die Aufnahme von syrischen Flüchtlingen in EU-Länder nachzudenken. dia

Hauptstadtflughafen

Unklarheit über Abgang des BER-Chefs

Die Flughafengesellschaft, der Berliner Senat und das Bundesverkehrsministerium haben eine bevorstehende Ablösung von Flughafenchef Rainer Schwarz dementiert. Wegen der geplatzten Eröffnung des künftigen Hauptstadtflughafens Berlin Brandenburg und Mehrkosten von bis zu 1,17 Milliarden Euro steht Schwarz in der Kritik. Die „Berliner Morgenpost“ hatte unter Berufung auf Gesellschafterkreise berichtet, Schwarz solle voraussichtlich auf der nächsten Aufsichtsratssitzung am 14. September abgelöst werden. Ihm werde vorgeworfen, den Überblick über Kosten- und Terminplanung verloren zu haben. Wann der Flughafen eröffnet wird, ist weiter unklar. Schwarz sagte, es gebe „klare Aufgabenverantwortungen“ bei der Flughafengesellschaft. Nach der Verschiebung des Eröffnungstermins habe sich das Unternehmen neu aufgestellt. Der neue Technikgeschäftsführer Horst Amann brauche noch etwas Zeit, um den Terminplan zur Fertigstellung zu überprüfen.

Ku-Klux-Klan

Polizei will bei Einstellung jetzt gründlicher fragen

Baden-Württembergs Polizei will organisatorische Konsequenzen aus der Mitgliedschaft von zwei Beamten bei einem deutschen Ableger des rassistischen Geheimbundes Ku-Klux-Klan ziehen. Innenminister Reinhold Gall (SPD) kündigte eine weitere Verschärfung des Einstellungsverfahrens an. Bewerber sollen künftig explizit zur Mitgliedschaft in Organisationen mit verfassungsfeindlichen Zielen gefragt werden. Gall kritisierte die lange Dauer des Disziplinarverfahrens gegen die beiden als inakzeptabel. Die Beamten hätten bis September 2002 in engem Kontakt mit den European White Knights of the Ku Klux Klan in Verbindung gestanden, seien aber erst 2005 beamtenrechtlich gerügt worden. Sie sind weiter im Dienst.

Load-Date: December 19, 2012

Politik Kompakt II; Syrien-Hilfe: Bundesregierung gibt weitere fünf Millionen Euro ++ Auszeichnung: Lammert erhält Eugen-Bider-Preis

Die Welt

Freitag 19. Oktober 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Kompakt; S. 6; Ausg. 245

Length: 282 words

Body

Syrien-Hilfe

Bundesregierung gibt weitere fünf Millionen Euro

Deutschland hat die Mittel für die Unterstützung syrischer Flüchtlinge um weitere fünf Millionen Euro aufgestockt. Das Geld soll vor allem für die medizinische Versorgung und zur Vorbereitung auf den bevorstehenden Winter verwendet werden, teilte das Auswärtige Amt mit. Deutsche Hilfsorganisationen und auch das Technische Hilfswerk arbeiteten gemeinsam mit dem UNHCR daran, die Flüchtlinge mit warmer Kleidung, Decken und Öfen zu versorgen. Rund 350.000 Syrer sind laut UN in die Nachbarstaaten Türkei, Jordanien, Libanon und Irak geflüchtet. „Die dramatisch steigende Zahl von Flüchtlingen in und um Syrien bereitet uns allergrößte Sorge“, erklärte Außenminister Guido Westerwelle (FDP). Ihnen fehle es oft am Nötigsten. Der nahende Winter werde die Situation verschlimmern. Besorgt äußerte sich Westerwelle auch über Berichte vom Einsatz von Streubomben in Syrien.

Auszeichnung

Lammert erhält Eugen-Bider-Preis

Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) wird mit dem Eugen-Biser-Preis geehrt. Die Auszeichnung wird am 10. November in der Münchner Allerheiligen-Hofkirche verliehen, die Laudatio soll der ehemalige Bundesverfassungsrichter Paul Kirchhof halten, wie die Stiftung mitteilte. Der nach dem Religionsphilosophen Biser benannte Preis wird in unregelmäßigen Abständen verliehen. Lammert werde für sein öffentliches Eintreten zugunsten christlicher Werte geehrt, hieß es zur Begründung. Letztmals wurde der Preis 2008 verliehen. Damals erhielten die Auszeichnung drei muslimische Würdenträger aus Jordanien, Bosnien-Herzegowina und den Vereinigten Arabischen Emiraten für ihre Verdienste um den muslimisch-christlichen Dialog.

Load-Date: January 26, 2013

Politik Kompakt II Syrien-Hilfe: Bundesregierung gibt weitere fünf Millionen Euro ++ Auszeichnung: Lammert erhält Eugen-Bider-Preis

End of Document

Sie malen nur Panzer und Soldaten; Syrische Flüchtlingskinder in Jordanien sind traumatisiert. Deutsche und Amerikaner versuchen zu helfen

Die Welt

Donnerstag 20. Juni 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; S. 8; Ausg. 141

Length: 1353 words

Byline: Birgit Svensson

Body

Mafraq, Jordanien

Ihr Name ist Warda - die Rose - und so sieht sie auch aus, mit ihrer roten Bluse und der langen Perlenkette. Zwei schüchterne, braune Augen schauen die Besucherin aus Deutschland an. Sprechen wolle sie nicht, nur spielen, sagt die Fünfjährige leise. „Ich komme aus Darra in Syrien, und mein Vater ist tot.“ Am Anfang habe sie nur geweint, erklärt Daniel das Verhalten des Mädchens, wollte nicht allein im Kindergarten bleiben. Doch die Mutter habe intensiv mit ihr gearbeitet, fährt Kim fort. „Jetzt kommt sie auch alleine und fängt an, mit den anderen zu spielen.“ Kim und Daniel Harrison aus Chicago haben vor zwei Monaten ein bisher einzigartiges Projekt in Jordanien ins Leben gerufen. Im Auftrag der deutschen Nichtregierungsorganisation Vision Hope mit Sitz im badischen Wyhl, die bereits im Jemen und in Afghanistan tätig ist, haben die beiden einen privaten Kindergarten für traumatisierte syrische **Flüchtlingskinder** aufgebaut. Bis zu 50 Kinder zwischen vier und fünf Jahren kommen nun täglich in das kleine Haus im Dorf Manshia, unweit der Stadt Mafraq, wo 360 syrische Familien Unterschlupf gefunden haben. Und jedes der Kinder hat eine eigene, schreckliche Geschichte.

Wardas Vater war Mitglied der Freien Syrischen Armee. Eines Tages kam jemand ins Haus und berichtete erfreut, dass „ein Märtyrer“ mehrere Panzer der Regierungstruppen habe hochgehen lassen und dabei selbst ums Leben gekommen sei. Es handelte sich um Wardas Vater. „Wenn wir zu Hause sind, weinen wir“, erzählt die Mutter. Nun hofft sie, dass Warda im Kindergarten vielleicht ein bisschen vergessen kann. Doch so weit ist die Tochter noch nicht. Die kleine Rose ist noch sehr nach innen gekehrt. Auch andere Kinder sitzen stumm da und starren vor sich hin. Ausgelassenheit und Unbeschwertheit scheinen ihnen fremd. Sie habe mehr Aggression erwartet, gibt Kim zu - eine Art, ein Trauma zu verarbeiten. Stattdessen herrscht im Kindergarten eine ruhige, eher gedrückte Atmosphäre. Eine Mal-Therapeutin aus Freiburg versucht, den Kindern ein Ventil zu geben, damit sie ihre Erlebnisse artikulieren lernen. Sie malen Soldaten, Gewehre, Panzer und Flugzeuge, Menschen im Gefängnis. Laut UN-Kinderhilfswerk Unicef befinden sich derzeit mehr als 1,5 Millionen Syrer auf der Flucht in den Nachbarländern. Zwei Drittel davon sind Frauen und Kinder. Mehr als zwei Millionen Kinder seien direkt vom Krieg betroffen, und es werden täglich mehr.

Sie malen nur Panzer und Soldaten Syrische Flüchtlingskinder in Jordanien sind traumatisiert. Deutsche und Amerikaner versuchen zu helfen

Wardas Kindergartenfreundin ist schon offener. Rastam nimmt uns mit nach Hause. Die Mutter hält ein Baby im Arm und bittet in die erste Etage eines Mehrfamilienhauses. Im August vergangenen Jahres, während des Ramadan, seien sie angekommen, erzählt die Frau. Sie sei im neunten Monat schwanger gewesen. Durch die ständigen Militäroperationen in der Provinz Daraa war die medizinische Versorgung zusammengebrochen. Sie hätte das Kind dort nicht zur Welt bringen können. Während des Fastenmonats gab es jeden Tag Kämpfe. Ihr Haus sei zerbombt worden, die Felder von den Regierungstruppen in Brand gesteckt. Landwirtschaft, die ihren Lebensunterhalt sicherte, sei nicht mehr möglich gewesen. Aus Angst vor Bombenangriffen gingen sie kaum noch hinaus. So habe sich die Familie entschlossen zu fliehen. Rastam, die fünf Jahre alt ist, habe das Ganze besser verkraftet als Mohammed, ihr vierjähriger Bruder. Er wurde zum Bettnässer und verweigert jeglichen sozialen Kontakt. Während Rastam in den Kindergarten geht, sitzt Mohammed zu Hause in der Ecke. Daniel ermutigt ihn, vielleicht doch einmal vorbeizuschauen. Mohammed nickt stumm.

Mehr als 70 Prozent der syrischen Flüchtlinge in Jordanien wohnen in Dörfern und Städten, wie die Familien der Kindergartenkinder. Doch ihre Lage wird immer schwieriger. Je mehr Syrer kommen, desto stärker steigen die Preise für Lebensmittel und andere Güter, die Mieten haben sich teilweise verdoppelt. Ihr Mann habe zwar einen Tagelöhner-Job als Bauarbeiter gefunden, sagt Rastams Mutter. „Aber wer weiß, wie lange noch?“ Anfang des Jahres sei ein saudischer Scheich in Manshia aufgetaucht und habe gönnerhaft allen syrischen Familien die Miete für zwei Monate bezahlt. Doch ein zweites Mal werde er wohl nicht mehr kommen, befürchtet die Mutter. Wenn ihnen das Geld ausgehe, müssten sie zurück ins nahe gelegene Flüchtlingslager, aus dem sie erst vor wenigen Monaten herausgekommen sind.

Zelte, so weit das Auge reicht. Zwölf Quadratkilometer Wüste sind zu einer riesigen Zeltstadt geworden. Der immer währende Wind wirbelt den weißen Sandboden auf und treibt den feinen Staub in die Augen. In den Zelten sind Matratzen, Decken und ein Propangaskocher. Das ist alles. Vier Millionen Liter Frischwasser gibt es am Tag, Gesundheitsstationen und genügend Verpflegung. Vergangene Woche wurde die achte Schule eröffnet. Zaatari ist das zweitgrößte Flüchtlingslager der Welt und die fünftgrößte Stadt Jordaniens. Hier leben knapp 120.000 Syrer. Erst versuchte Jordanien, Zaatari allein zu managen. Doch dann geriet die Situation außer Kontrolle, und die Regierung rief die UN zu Hilfe. „Es ist furchtbar, im Lager zu leben“, sagt Abu Ahmed, der mit seiner Familie aus Homs über die Grenze kam.

Dort stehen Busse, die die Flüchtlinge dann nach Zaatari transportieren, zehn Kilometer von der Stadt Mafraq entfernt. Die meisten kommen aus der Provinz Daraa, die an Jordanien grenzt. Abu Ahmad hat aber auch schon Leute aus Damaskus und sogar Aleppo hier getroffen. Jordanien mit seinen gut sechs Millionen Einwohnern hat bislang die meisten syrischen Flüchtlinge aufgenommen, offiziell 560.000. Die tatsächliche Zahl dürfte aber weitaus höher liegen, denn nicht alle Flüchtlinge lassen sich registrieren aus Angst, nicht mehr zurückkehren zu können, wenn ihr Name auf den Listen steht. Bewahrheiten sich die Schätzungen der UN, werden am Jahresende doppelt so viele Syrer in Jordanien sein wie jetzt. Eine schier unlösbare Aufgabe für die Regierung in Amman.

Abu Ahmad steht mit seiner gelben Weste vor dem Familienzelt. Seit Kurzem werden den Flüchtlingen Mini-Jobs angeboten. Zehn Tage lang sauber machen, Müll aufsammeln, für Ordnung sorgen. 40 jordanische Dinar (etwa 42 Euro) gibt es dafür. „Dann kommt der Nächste dran.“ Abu Ahmad will herausfinden, wie er sein Zelt in einen Caravan umtauschen kann. Die aufziehende Sommerhitze sei in den Zelten unerträglich. Der Leiter des Lagers habe versprochen, bis Ende Juli alle Zelte durch Wohnwagen zu ersetzen. Bis jetzt sind aber nur wenige zu sehen. „Außerdem ist das Wasser stark gechlort“, beklagt sich sein Sohn und zeigt seinen Hautausschlag, für den er das behandelte Trinkwasser verantwortlich macht. Viele im Lager litten darunter. Die Männer des Technischen Hilfswerks versprechen bald Abhilfe: Man sei dabei, Brunnen zu bohren.

Die Lagerleitung liegt ebenfalls in deutscher Hand. Kilian Kleinschmidt, 50, sieht sich als eine Art „Bürgermeister von Zaatari“. Seit drei Monaten versucht der stämmige Berliner, „den Laden wieder auf die Reihe zu bringen“. Er hat bereits reichlich Erfahrung in Sachen Flüchtlingsproblematik gesammelt, im Kongo, im Sudan, in Kenia und in Sri Lanka. „Doch dieses Lager ist das schwierigste.“ Gewalt, Kriminalität, Schmuggel, Drogen- und Menschenhandel sind die Probleme, mit denen er sich täglich herumschlagen muss. Traurige Bilanz der vergangenen Monate: Zwölf Polizisten und sechs Mitarbeiter wurden verletzt, Zelte und Wohnwagen gestohlen und

Sie malen nur Panzer und Soldaten Syrische Flüchtlingskinder in Jordanien sind traumatisiert. Deutsche und Amerikaner versuchen zu helfen

weiterverkauft, minderjährige Mädchen auf dem Heiratsmarkt verkauft. Verwaltungsstrukturen wolle er schaffen, Anlaufstellen für die Flüchtlinge, ihnen eine gewisse Selbstverantwortung übertragen. Hierfür soll das Lager in zwölf Distrikte eingeteilt werden. Ein Vertrag mit der jordanischen Polizei existiere bereits, sie soll demnächst regelmäßig patrouillieren. Und trotzdem werden viele Probleme bleiben. „Die Menschen hier können keinen Abstand zu dem Konflikt gewinnen“, erklärt Kleinschmidt einige der Gründe für die Missstände im Lager. „Der Krieg ist gleich nebenan, jede Familie hat einen direkten Bezug dazu.“ Von Zaatari aus kann man die Grenze zu Syrien sehen. Kein Wunder, dass Rastam und ihre Mutter nicht hierher zurückwollen.

Graphic

Birgit Svensson

Kinder aus Syrien im Zeltlager Zaatari, das nach seiner Einwohnerzahl die fünftgrößte Stadt Jordaniens wäre

Birgit Svensson

Load-Date: June 20, 2013

Verbraucherstudie; Türken sind heiß auf Smartphones

Die Welt

Samstag 6. Juli 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: WIRTSCHAFT; Kompakt; S. 10; Ausg. 155

Length: 128 words

Byline: Phj

Body

Türkische Verbraucher sind nach Erkenntnissen von Marktforschern aufgeschlossener für neue Produkte als deutsche. Sie hätten auch mehr Spaß am Einkaufen und ein ausgeprägteres Markenbewusstsein als Konsumenten ohne Migrationshintergrund, berichtete der GfK-Verein. Der Ableger des Marktforschungsunternehmens GfK beruft sich dabei auf eine repräsentative Umfrage unter türkisch- und russischstämmigen Migranten. So ständen Smartphones quer durch alle Altersgruppen bei türkischstämmigen Migranten hoch im Kurs. 68 Prozent von ihnen surfen mobil im Internet. Bei den russischstämmigen Migranten liege der Anteil bei 36 Prozent, bei den Deutschen bei 40 Prozent, berichtete der Verein auf einer Tagung, die sich mit dem Verbraucherverhalten von Migranten auseinandersetzte.

Load-Date: July 6, 2013

Aus aller Welt Kompakt; Deutschland: Geschäftsführer der Böhm-Stiftung tritt zurück ++ Rostock: Elfjährige wird von anderen Kindern attackiert ++ Oberpfalz: Tödlicher Streit in Asylbewerber-Unterkunft ++ Sportflugzeug abgestürzt - zwei Menschen verletzt

Die Welt

Montag 4. März 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA; Kompakt; S. 27; Ausg. 53

Length: 394 words

Body

Deutschland

Geschäftsführer der Böhm-Stiftung tritt zurück

Der Streit über die Stiftung Menschen für Menschen des Schauspielers Karlheinz Böhm hat erste personelle Konsequenzen. Der Geschäftsführer Axel Haasis habe seine Zusammenarbeit mit der Stiftung von sich aus beendet, teilte eine Sprecherin mit. Seine Aufgaben würden zunächst von seinem Stellvertreter Rüdiger Hoffmann wahrgenommen. Ein ehemaliger Großspender wirft der Stiftung, die in Äthiopien Entwicklungshilfe betreibt, Verschwendung und mangelnde Transparenz vor. Die Stiftung wies die Kritik zurück und zeigte ihren früheren Förderer wegen Beleidigung, Verleumdung und falscher Verdächtigung an. Nach einem Bericht des „Focus“ ermittelt inzwischen auch die Münchner Staatsanwaltschaft.

Rostock: Elfjährige wird von anderen Kindern attackiert

Nach einer angeblichen Prügelattacke von Jugendlichen auf ein elfjähriges Mädchen am Samstagabend ermittelt nun die Rostocker Kriminalpolizei. Das schwer verletzte Kind werde im Krankenhaus behandelt und sei noch nicht vernehmbar, sagte ein Sprecher. Zwei junge Männer - angeblich zwischen 16 und 18 Jahre alt - sollen das Kind auf einem Spielplatz angesprochen haben. Dann fuhren sie mit ihm in der Straßenbahn nach Rostock-Reuthagen. In der Zeit schlugen und traten sie dem Mädchen massiv ins Gesicht. Die Großmutter des Kindes, das noch nach Hause zurückkehren konnte, rief die Polizei.

Oberpfalz: Tödlicher Streit in Asylbewerber-Unterkunft

Bei einer Auseinandersetzung in einer Unterkunft für Asylbewerber in der Oberpfalz ist ein junger Iraker getötet worden. Ein 29-jähriger Mann aus dem Iran wurde als Tatverdächtiger festgenommen. Er soll mit dem Opfer in dem

Aus aller Welt Kompakt Deutschland: Geschäftsführer der Böhm-Stiftung tritt zurück ++ Rostock: Elfjährige wird von anderen Kindern attackiert ++ Oberpfalz: Tödl....

ehemaligen Hotel in Wörth an der Donau (Landkreis Regensburg) in Streit geraten sein und mit einem Messer zugestochen haben. Der 20 Jahre alte Iraker starb später im Krankenhaus.

Sportflugzeug abgestürzt - zwei Menschen verletzt

Im Landkreis Aschaffenburg kämpfen zwei Menschen nach dem Absturz ihres Sportflugzeugs um ihr Leben. Das Unglück wurde wohl durch einen Fehler des 82 Jahre alten Piloten ausgelöst. Zusammen mit seiner 63-jährigen Lebensgefährtin war er am Samstag von einem Rundflug auf den Flugplatz Großostheim-Ringheim zurückgekehrt. Beim Landeanflug stürzte der Motorsegler ab. Die beiden Insassen wurden in der Maschine eingeklemmt und schwer verletzt von ihren Rettern geborgen.

Load-Date: March 4, 2013

End of Document

Boulevard im Staatstheater

Die Welt

Freitag 6. Januar 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: TITEL; Kommentar; S. 1; Ausg. 5

Length: 840 words

Byline: Henryk M. Broder

Body

Der Bundespräsident hat die Notbremse gezogen und ARD und ZDF ein Interview gegeben. Einige Kernsätze waren besonders ergiebig, unter anderem Wulffs Bekenntnis, er habe „nichts Unrechtes getan, aber nicht alles richtig“. Und: „Ich möchte nicht Präsident in einem Land sein, in dem man sich nicht von Freunden Geld leihen kann.“ Ganz gleich, wie die Causa Wulff ausgehen wird, eines kann man jetzt schon sagen: Auch Christian Wulff gehört zu Deutschland. Fragt sich nur, zu welchem.

Denn Deutschland ist ein tief gespaltenes Land. Nicht nur zwischen Arm und Reich, Bio-Deutschen und Deutschen mit ***Migrationshintergrund***, Ost und West, sondern vor allem zwischen jenen, die arbeiten, und denjenigen, die ihr Geld arbeiten lassen. Zwischen den Schnäppchenjägern, die Geiz geil finden, und denjenigen, die wissen, dass Geiz zu den Todsünden zählt. Dass dieses Land noch so erstaunlich gut funktioniert, hat es nicht den „Freunden“ von Christian Wulff zu verdanken, sondern den Müllmännern und den Feuerwehrleuten, den Polizisten und den Krankenschwestern, den Handwerkern und den Malochern auf dem Bau und den Kassiererinnen bei Aldi.

Also den „Menschen da draußen“, wie es die Politiker „da drinnen“ sagen, die es für ein verbrieftes Menschenrecht halten, bei ihren reichen Freunden logieren zu dürfen. Und diese „Menschen da draußen“, die niemanden haben, der ihnen schnell mal eine halbe Million leiht, müssen sich veräppelt fühlen, wenn sie Christian Wulff sagen hören, er „möchte nicht Präsident in einem Land sein, in dem man sich nicht von Freunden Geld leihen kann“. Dann soll er es sein lassen. Dann soll er entscheiden, was ihm wichtiger ist: Präsident sein oder sich Geld zu extrem günstigen Bedingungen von Freunden leihen. Niemand wird gezwungen, in die Politik zu gehen, es gibt genug anständige Berufe, in denen man keine Rechenschaft darüber geben muss, ob man im „Ritz“ oder auf dem Klappsofa von Freunden genächtigt hat.

„There ain't no such thing as a free lunch“, sagen die Amerikaner, „man bekommt nichts geschenkt“ oder „alles hat seinen Preis“. Ein Ministerpräsident mit circa 150 000 Euro Jahreseinkommen mag im Vergleich zum VW-Chef oder einem Hedgefonds-Manager unterbezahlt sein, aber er ist nicht auf Tipps und Gefälligkeiten angewiesen. Er wird auch in Naturalien entlohnt: mit Dienstauto, Dienstwohnung und der Chance, eine Person der Zeitgeschichte zu werden, über die Generationen von Abiturienten Besinnungsaufsätze schreiben werden. Das ist viel mehr als ein

Boulevard im Staatstheater

geldwerter Vorteil. Dafür muss er eben auf einiges verzichten, und wenn es nur eine Runde Tischfußball mit Carsten Maschmeyer und Veronica Ferres ist.

Die Kritik an Wulff nimmt inzwischen die Züge einer Treibjagd an. Leider. Sein Interview, das er zwei Mitarbeitern des öffentlich-rechtlichen Fernsehens wie eine Audienz „gewährte“, war nur dazu angetan, Mitleid für ihn zu erzeugen. Das soll der Bundespräsident sein? Ein Mann, der, ohne zu erröten, sagt, wenn man als Politiker nicht mehr bei Freunden übernachten dürfe, sei die politische Kultur der Republik bedroht? Der sich damit entschuldigt, er habe in seinem neuen Amt erst Erfahrungen sammeln, dazulernen müssen? Hat er einen Vertrag als Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschland AG oder als Azubi in einer VW-Werkstatt bekommen?

Was wir derzeit in der Bundesrepublik erleben, das ist Boulevard im Staatstheater. Für ein öffentliches Amt bedarf es keiner Qualifikation mehr, nur eines Netzwerks, das die Inthronisierung besorgt und angesichts eines Totalversagens dem Protagonisten „hervorragende Arbeit“ bescheinigt. Man könnte die Besetzung politischer Ämter inzwischen Dieter Bohlen und seiner „DSDS“-Crew überlassen. Auch dort melden sich zu jeder neuen Runde Tausende von jungen Menschen, die glauben, dass sie das Zeug zum Superstar haben. Selbstüberschätzung scheint derzeit die am meisten verbreitete Tugend zu sein. Wenn das ZDF Mühe hat, einen Nachfolger für Thomas Gottschalk zu finden, dann ist es kein Wunder, dass Christian Wulff die Rolle des Bundespräsidenten übernehmen konnte. Gutes Aussehen, gute Manieren und gute Freunde sind wichtig, aber eben nicht genug. Und dass einer aus kleinen Verhältnissen kommt und sich hochgearbeitet hat, macht ihn sympathisch, sagt aber noch nichts über seine Befähigung aus.

Es tut in der Tat weh zuzusehen, wie Wulff auseinandergenommen wird, nein, wie er sich selbst zerlegt. Wie jede Erklärung, die er abgibt, neue Unklarheiten offenbart. Das Beste, was man über den Bundespräsidenten derzeit sagen könnte, wäre: Ja, Christian Wulff gehört zu Deutschland, zu dem Deutschland der Partygänger und Schnäppchenjäger, dem Deutschland der Eventmanager und Spesenritter, dem Deutschland der Aufsteiger, die voller Bewunderung zu anderen Aufsteigern hinaufschauen, die es noch weiter gebracht haben. „Durch diesen Umgang mit Dingen hat man dem Amt nicht gedient“, sagte er in dem Interview mit der ARD und dem ZDF. Stimmt, hat man nicht. Dafür sollte man gehen und nicht in der dritten Person herumreden.

Ist Wulff Präsident oder ein Azubi?

forum@welt.de

Load-Date: January 6, 2012

**Ausland Kompakt; Irak: Al-Qaida bekennt sich zu Gefängnisangriffen ++
Iran: Teheran verurteilt Beschluss der EU zur Hisbollah ++ Malta: Gericht
rügt Inselstaat wegen Mängeln in Asylgefängnis ++ Frankreich: Politiker
droht wegen Hitler-Spruch Ausschluss**

Die Welt

Mittwoch 24. Juli 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Kompakt; S. 7; Ausg. 170

Length: 559 words

Body

Irak

Al-Qaida bekennt sich zu Gefängnisangriffen

Der irakische Ableger des Terrornetzes al-Qaida hat sich zur spektakulären Erstürmung zweier Gefängnisse im Irak bekannt. Bei den massiven Angriffen auf die Haftanstalten in Abu Ghraib und Tadschi bei Bagdad entkamen mehr als 500 zum Tode verurteilte Terroristen. Dutzende Wachleute wurden bei der Befreiungsaktion getötet. „Nach monatelanger Planung und Vorbereitung haben die Muhadschedin-Brigaden zwei der größten Gefängnisse des Landes angegriffen“, hieß es in einer Mitteilung der Organisation Islamischer Staat des Irak und der Levantine, die am Dienstag auf einer Dschihadisten-Webseite veröffentlicht wurde. Der irakische Al-Qaida-Ableger nutzt die sunnitischen Siedlungsgebiete im Westen und Norden des Irak als Operationsbasis.

Iran

Teheran verurteilt Beschluss der EU zur Hisbollah

Der Iran hat die Entscheidung der EU verurteilt, die Milizen der libanesischen Schiitenorganisation Hisbollah auf die Terrorliste zu setzen. „Diese Entscheidung hat keine rechtliche Basis und ist dementsprechend auch inakzeptabel“, sagte Außenminister Ali Akbar Salehi. Die Hisbollah sei eine Widerstands- und keine Terroristengruppe und habe einen legalen Status im Libanon, sagte Salehi. Die Entscheidung zeige die Doppelmoral der EU und sei „lediglich im Interesse des illegitimen zionistischen Regimes“ (Israel), erklärte der Chefdiplomat. Teheran unterstützt die Hisbollah und liefert ihrer Miliz auch Waffen zum Kampf gegen seinen Erzfeind Israel.

Malta

Gericht rügt Inselstaat wegen Mängeln in Asylgefängnis

Ausland Kompakt Irak: Al-Qaida bekennt sich zu Gefängnisangriffen ++ Iran : Teheran verurteilt Beschluss der EU zur Hisbollah ++ Malta: Gericht rügt Inselstaat

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat Malta wegen unerträglicher Bedingungen im Asylgefängnis Lyster Barracks Hal Far verurteilt. Die Straßburger Richter gaben am Dienstag einer 26-jährigen Somalierin recht, die in Malta insgesamt 18 Monate in Haft zugebracht hatte. 14 Monate befand sie sich in Lyster Barracks. Sie litt dort unter Hitze und Kälte und durfte monatelang nicht an die frische Luft. Zudem bekam sie minderwertiges Essen, obwohl ihr Gesundheitszustand nach einer Fehlgeburt und einer Infektion sehr schlecht war. Die Richter rügten Malta wegen erniedrigender Behandlung und stellten außerdem eine Verletzung des Rechts auf Freiheit fest, weil die Inhaftierung der Somalierin nicht „den legitimen Zweck einer Abschiebung“ hatte.

Frankreich

Politiker droht wegen Hitler-Spruch Ausschluss

Der französische Kommunalpolitiker Gilles Bourdouleix hat mit einem Hitler-Spruch für Empörung gesorgt. Dem Vizebürgermeister von Cholet im Westen des Landes droht nun der Ausschluss aus der konservativen Zentrumsparterie UDI. Bourdouleix hatte laut Lokalzeitung „Le Courrier de l'Ouest“ bei einer Auseinandersetzung mit in Frankreich als „Fahrende“ bezeichneten nicht sesshaften Menschen auf die entsprechende Frage eines Journalisten gemurmelt: „Hitler hat vielleicht nicht genügend von ihnen getötet.“ Später versuchte er, die dokumentierte Aussage zu relativieren, und sprach von einer „skandalösen Montage“. Die Staatsanwaltschaft soll nach dem Willen von Innenministerium und Präfektur ermitteln. Innenminister Manuel Valls nannte die Äußerung am Dienstag im Sender i-télé „inakzeptabel“ und forderte eine „deutliche Strafe“. Auch die UDI will Konsequenzen ziehen: Parteichef Jean-Louis Borloo verurteilt die Äußerung, Generalsekretär Jean-Christophe Lagarde kündigte ein Ausschlussverfahren an.

Load-Date: July 24, 2013

Führerscheinreform, Radarfallen und ein Sturm auf die Bastille; Eine Woche vor der Präsidentenwahl in Frankreich werden die Themen immer seltsamer.
Marine Le Pen liegt bei Jungwählern vorn

Die Welt

Donnerstag 12. April 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 5; Ausg. 86

Length: 938 words

Byline: Sascha Lehnartz

Highlight: Der Wahlkampf findet kein gewichtiges Thema. Davon profitiert der Front National

Body

Paris

Frankreich ist ein Land ohne ernste Probleme. Das ist der Eindruck, der sich in letzter Zeit aufdrängt. Gut eine Woche vor der ersten Runde der Präsidentenwahl am 22. April entdecken die beiden Hauptrivalen um den begehrten Arbeitsplatz im Elysée-Palast ein bislang übersehenes, dringendes Wahlkampfthema: Der Erwerb des Führerscheins müsse erleichtert werden. Da sind sich Amtsinhaber Nicolas Sarkozy und sein sozialistischer Herausforderer François Hollande ausnahmsweise einig. Er werde eine „ehrgeizige Reform“ vorschlagen, versprach Sarkozy im „Journal du Dimanche“. Der Führerschein sei „für viele Beschäftigungen unverzichtbar“, findet er und will deshalb künftig Fahrunterricht und Prüfungen in Schulen anbieten. Auch den Sozialisten Hollande treiben die Nöte junger Verkehrsteilnehmer um. Er versprach bei einem Wahlkampfauftritt in Aulnay-sous-Bois (Seine-Saint-Denis) sämtlichen freiwilligen Zivildienstleistenden eine „Pauschale“, um den Führerschein erwerben zu können.

Der seltsame Debattenschwerpunkt so kurz vor dem Wahltermin erklärt sich womöglich auch durch eine Umfrage des Meinungsinstitutes CSA. Demnach könnte Marine Le Pen bei den jungen Wählern zwischen 18 und 24 Jahren die meisten Stimmen gewinnen. Ihre Angriffe auf das „System“, die „Eliten“ und die angebliche Bevorzugung von **Migranten** komme gerade bei Erstwählern sehr gut an, so der Soziologe und Rechtsextremismusexperte Sylvain Crépon von der Universität Paris-Ouest-Nanterre. In der Wählergruppe der Jungen prognostiziert CSA 26 Prozent für die Kandidatin des Front National.

François Hollande, der vor allem zu Beginn seiner Kampagne viel davon sprach, etwas für „die Jugend“ tun zu wollen, liegt knapp dahinter mit 25 Prozent. Sarkozy kommt auf 17 Prozent und liegt damit nur einen Prozentpunkt vor dem Kandidaten der Linksfront, Jean-Luc Mélenchon. Sarkozy und Hollande haben also Grund, die Jugend zu umschmeicheln. Mélenchon hingegen, der vor drei Wochen medienwirksam die Bastille erstürmte, hat als einziger

Führerscheinreform, Radarfallen und ein Sturm auf die Bastille Eine Woche vor der Präsidentenwahl in Frankreich werden die Themen immer seltsamer. Marine Le Pen....

Bewerber eine Kampagne geboten, die bislang mehr neue Wähler anzieht als alte abstößt. Nicht zuletzt, weil er mit dem schlichten Versprechen antritt, den „Reichtum neu zu verteilen“. „Das Geld ist ja da“, so Mélenchon in seinem eher lässigen Wahlkampfspot.

Jenen Kandidaten, die sich mit ihrem Programm hingegen ansatzweise am realen Staatskassenstand orientieren, scheinen die Wähler derweil davonzulaufen. Weshalb die Kandidaten sich nun zunehmend verzweifelt um Themen bemühen, sie wieder anzulocken.

Zur Führerscheinfrage hat sich Marine Le Pen bislang nicht geäußert, sie plädiert allerdings für weitreichende verkehrspolitische Reformen wie die Abschaffung unangekündigter Radarfallen. Diese Maßnahme könnte auch einem abgewählten Präsidenten Sarkozy noch zugutekommen. Das Fahrzeug, in dem dieser sich kürzlich nach einem Wahlkampfauftritt befand, wurde nämlich mit Tempo 200 auf der Autobahn A 6 geblitzt. Ein ihn verfolgender Reporter der Zeitschrift „Auto-Plus“, die das Fahrverhalten der Kandidaten über Wochen recherchierte, staunte nicht schlecht (<http://videos.autoplus.fr/video/b3291cabe97s.html>).

Hollandes Fahrer fahren jedoch kaum defensiver. Beide Kandidaten hätten während der Kampagne mindestens elf Strafpunkte angehäuft, schätzt „Auto-Plus“. Weitaus zurückhaltender ist die Kandidatin der Grünen/Europe Ecologie, Eva Joly, unterwegs, allerdings nicht nur im Straßenverkehr. Ein Jahr nach Fukushima ist es der aus Norwegen stammenden ehemaligen Richterin mit einer anästhesierenden Kampagne gelungen, ihre Umfragewerte von rund zehn Prozent im Herbst auf annähernd zwei Prozent zu senken. Als sie vergangene Woche nach einem Kinobesuch in Paris eine Treppe hinabstürzte und wegen einer leichten Kopfverletzung zwei Tage im Krankenhaus verbrachte, wunderten sich selbst ihre verbliebenen Sympathisanten über eine Kandidatin, die mitten im Wahlkampf die Muße für Kinobesuche aufbringt. Spötter twitterten kurz darauf, wenn alle ihre Wähler Joly im Krankenhaus besuchen würden, sei der Andrang sicher trotzdem locker zu bewältigen.

Doch nicht nur die Ökologie ist ein Thema, das in diesem seltsamen Wahlkampf nicht recht verfängt. Es scheint überhaupt kein Sujet zu geben, das die Wähler dauerhaft in Bann schlägt. Ob das am Desinteresse des Publikums oder an der Flatterhaftigkeit der Kandidaten liegt, ist schwer zu ermessen. Doch selten hält sich ein Thema länger als 24 Stunden in den Medien. Vom „Modell Deutschland“ etwa, dem Sarkozy Anfang des Jahres noch nacheifern wollte, hört man nichts mehr. Die Idee, Angela Merkel zu Gastauftritten im Wahlkampf zu bitten, begrub man in Sarkozys Wahlkampfhauptquartier stillschweigend, als sich abzeichnete, dass die Franzosen der ewigen Verweise auf den eifrigen Nachbarn müde wurden. Auch die „innere Sicherheit“ wurde selbst nach den Attentaten von Montauban und Toulouse und zwei publikumswirksamen, aber wenig nachhaltigen Razzien im „islamistischen Milieu“ nicht zur entscheidenden Debatte.

Der französische Wahlkampf 2012 wirkt seltsam unernst, matt und diffus. Die Umfragen sehen Sarkozy und Hollande in der ersten Runde Kopf an Kopf. Sarkozy hat aufgeholt, nachdem er schon als abgeschlagen galt. Alle Institute prophezeien jedoch weiterhin im zweiten Durchgang am 6. Mai einen klaren Sieg des sozialistischen Herausforderers. Womöglich hat der notorisch eigensinnige französische Wähler, der gerne ernst genommen würde, am übernächsten Sonntag jedoch noch eine Überraschung parat, die bislang kein Meinungsforscher in seiner Glaskugel sieht.

„Angriffe auf die Eliten kommen bei Erstwählern sehr gut an“ Sylvain Crépon, Soziologe und Rechtsextremismusexperte

Load-Date: April 12, 2012

Russische Polizei verhaftet 1200 Migranten; Razzia soll Mob nach Krawallen besänftigen

Die Welt

Dienstag 15. Oktober 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: TITEL; S. 1; Ausg. 240

Length: 147 words

Body

Moskau - Nach ausländerfeindlichen Krawallen in Moskau hat die russische Polizei bei einer Großrazzia mindestens 1200 Gastarbeiter vorübergehend festgenommen. Auf einem von Migranten betriebenen Großmarkt seien zudem in einem Fahrzeug Waffen und eine große Menge Bargeld sichergestellt worden, teilten die Behörden am Montag mit.

Die Sicherheitskräfte waren auf der Suche nach illegalen Gastarbeitern. Die Razzia sollte nach Ansicht von Kommentatoren die Situation im Stadtteil Birjuljowo entspannen. In dem Bezirk hatten am Sonntagabend Anwohner, Rechtsradikale und Fußball-Hooligans aus Wut über den Mord an einem jungen Mann den Großmarkt gestürmt, ein Einkaufszentrum geplündert und sich Straßenschlachten mit der Polizei geliefert. Etwa 380 Angreifer wurden festgenommen und mindestens 23 Menschen verletzt. Der Mörder des Mannes soll ein Migrant aus dem Kaukasus sein.

Seite 8

Load-Date: October 15, 2013

Wahre Flüchtlinge

Die Welt

Mittwoch 11. September 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; Unterwegs; S. 3; Ausg. 212

Length: 430 words

Byline: Wolfgang Büscher

Body

Die **Flüchtlinge** kommen, es werden wieder mehr. Viele fliehen jetzt aus Syrien, und viele sind Christen. Ich war noch nie in Syrien, abgesehen von einem Zwischenstopp in Damaskus, aber der zählt nicht. Ich traue mich dennoch, etwas dazu zu sagen, ich bin ja in guter Gesellschaft. Viele von denen, die sich nun zu Syrien äußern, waren auch noch nie dort.

Vor drei Jahren fuhr ich blutüberströmt in die Notaufnahme. Eine Kopfwunde, eine fallende Baumschere, ein dummer Unfall bei der Gartenarbeit. Der Arzt, der mich nähte, war Syrer. „Ohne Betäubung, oder?“, fragte er und gab gleich die Antwort: „Sie sind doch ein Mann.“ Ich versuchte ein Grinsen und ließ ihn gewähren. Beim Nähen meines Kopfes erzählte er mir von seiner Arbeit in Flüchtlingslagern. In seiner rustikalen Art, mir medizinische Hilfe zu leisten, schwang noch etwas mit von seinen Erfahrungen dort. Ich weiß nicht, ob er Christ war, ich habe ihn nicht danach gefragt. Ich denke aber, dass er es war. Zumal sich das alles in einem katholischen Krankenhaus abspielte, demselben übrigens, in dem ich geboren wurde.

Es sind Menschen wie dieser syrische Arzt, die jetzt zu uns kommen. Keine Scheinasylanten. Es sind Flüchtlinge im schlichtesten, geradezu biblischen Sinn des Wortes. Vor Tagen eroberten islamistische Milizen einen der ältesten lebenden christlichen Orte der Welt, das Bergstädtchen Maaloula nordöstlich von Damaskus. Die Mehrheit der Bewohner dort sind Christen, sie sprechen bis heute die Sprache, in der Jesus mit seinen Jüngern sprach - Aramäisch. In diesem entlegenen Ort der Kirchen und Höhlenklöster aus dem ersten Jahrhundert wütet jetzt der Krieg. Die Islamisten, so wird berichtet, jagten MP-Garben in Kirchentüren und würfen Ikonen ins Feuer.

Was jetzt in Syrien geschieht, ist ein Drama. Die Wiege des Christentums wird umgestürzt. Die Weltgegend, aus der unsere Zivilisation ihren geistigen Impuls empfangt, wird von Christen gesäubert. Das Drama ist: Es scheint keinen Ausweg zu geben. Syriens christliche Minderheit stand unter dem Schutz der Assads. Natürlich sehnt auch sie sich nach Freiheit. Aber wie sieht die aus, was kommt nach den alten Regimen? Der Irak und Ägypten machen nicht gerade Hoffnung. Ich erinnere mich an ein Gespräch mit Foud Twal, dem Lateinischen Patriarchen von Jerusalem - ein Mann voller Energie, aber auch voller Sorgen. Es ist nicht zuletzt das intime Wissen um dieses Drama, das den Papst zu seinem leidenschaftlichen Friedensappell bewegt hat.

Wahre Flüchtlinge

Der Autor ist Reporter der „Welt“-Gruppe und hat mehrere Bestseller über seine Wanderungen durch die Welt geschrieben.

Graphic

Martin U. K. Lengemann

Load-Date: September 11, 2013

End of Document

Kreditkarten für Flüchtlinge; Neue Wege in der Krisenlogistik: Die Katastrophe in Syrien zwingt die Vereinten Nationen zum Umbau ihres Welternährungsprogramms. Ungewöhnliche Methoden sind gefragt

Die Welt

Donnerstag 17. Oktober 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: WIRTSCHAFT; S. 12; Ausg. 242

Length: 1089 words

Byline: Ernst August Ginten

Body

Wolfgang Herbinger kennt sich aus mit Hunger. Der studierte Volkswirt ist Logistikchef des Welternährungsprogramms WFP und damit eine Art Chef-Spediteur der Vereinten Nationen. Seine Aufgabe und die seiner rund 2500 Mitarbeiter ist es, nach Naturkatastrophen wie Erdbeben, Tsunamis, starken Regenfällen oder monatelanger Dürre möglichst schnell vor Ort zu sein, um die Betroffenen mit Lebensmitteln und anderen Hilfsgütern zu versorgen. Aber das bedeutet heute viel mehr, als Reissäcke von A nach B zu transportieren. „Die humanitäre Hilfe hat sich in den letzten Jahren sehr geändert“, sagt Herbinger. Es gehe darum, notleidende Menschen rechtzeitig und günstig mit den richtigen Hilfsgütern zu versorgen und dabei möglichst auch noch die lokale Wirtschaft einzubeziehen, um sie zu unterstützen.

Das sogenannte UN-Logistik-Cluster kam seit seiner Gründung vor neun Jahren bisher in über 40 globalen Notsituationen zum Einsatz. Dabei wurde Frachtgut für über 210 Organisationen transportiert, die in Ländern wie Haiti oder Somalia Nothilfe geleistet haben. Fast jeden Tag sind 5000 Lastwagen, 30 Schiffe und 50 Flugzeuge im Auftrag des UN-Food-Programms unterwegs, um sicher zu stellen, dass im Jahr rund 90 Millionen an Hunger leidende Menschen mit Grundnahrungsmitteln versorgt werden - zum Beispiel in **Flüchtlingscamps**, aber auch in Schulen. Rund 842 Millionen Menschen sind derzeit nach Schätzungen der Vereinten Nationen chronisch unterernährt. 827 Millionen von ihnen leben in Entwicklungsländern.

Große Sorgen machen sich die Welternährungsexperten derzeit um die syrischen Flüchtlinge. Noch immer kommen täglich Menschen aus dem kriegsgeplagten Land in den Nachbarstaaten an, im Libanon, Jordanien oder der Türkei. Noch steigen die Temperaturen in der Region tagsüber auf fast 30 Grad. Doch im Winter können die Temperaturen vor allem im Osten der Türkei weit unter den Gefrierpunkt fallen. „Wir denken derzeit auch darüber nach, wie wir die Menschen in den Flüchtlingscamps mit Heizöl versorgen können“, sagt Herbinger. „Winterisation nennen wir das.“

Kreditkarten für Flüchtlinge Neue Wege in der Krisenlogistik: Die Katastrophe in Syrien zwingt die Vereinten Nationen zum Umbau ihres Welternährungsprogramms. U....

Das Hilfsprogramm für syrische Flüchtlinge ist momentan der umfangreichste und komplexeste Einsatz des WFP weltweit. Die Organisation benötigt für den Einsatz pro Woche 30 Millionen US-Dollar (22 Millionen Euro) und liefert pro Monat 30.000 Tonnen Nahrungsmittel, um den Menschen zu helfen, die von dem Bürgerkrieg betroffen sind. Das sind derzeit drei Millionen im Land und rund 1,2 Millionen Menschen im angrenzenden Ausland - Tendenz steigend. Das WFP rechnet derzeit damit, dass in den nächsten Wochen die Zahl der Bedürftigen im Land auf vier Millionen Menschen steigen wird und in den angrenzenden Ländern auf bis zu 1,7 Millionen Menschen. „Wir organisieren zum Beispiel auch Konvois nach Aleppo“, berichtet Herbinger. „Das ist auch unter Sicherheitsaspekten in Syrien selbst eine ungeheure Herausforderung.“ Auf der Fahrt durch die umkämpften Regionen, mit rivalisierenden Gruppen von Aufständischen und regimetreuen Einheiten, kommt es immer wieder zu brenzligen Situationen.

Um wenigstens die Flüchtlinge außerhalb Syriens sicher und gut versorgen zu können, geht das WFP jetzt im Libanon ganz neue Wege. Die UN-Behörde kooperiert mit dem Kreditkartenunternehmen Mastercard. Bis zum Jahresende stattet der US-Konzern etwa 800.000 Flüchtlinge mit Karten aus, die als elektronische Nahrungsmittelgutscheine eingesetzt werden. Die Syrer können damit im Libanon einkaufen - und nebenbei die lokale Wirtschaft stärken. „Mit den neuen E-Cards können syrische Flüchtlinge selbst entscheiden, welche Lebensmittel sie kaufen möchten“, sagt WFP-Direktorin Elisabeth Rasmusson. Auch in anderen Krisenregionen setzt die Organisation zunehmend auf Nahrungsmittelgutscheine - weil sie als effektivere Formen der Hilfe gelten, als die direkte Verteilung von Nahrungsmitteln.

Im Libanon erhält jede Familie im Rahmen des Programms eine Karte, die monatlich mit umgerechnet 20 Euro pro Person aufgeladen wird. Für diesen Betrag können sie dann in teilnehmenden Geschäften vor Ort Nahrungsmittel selbst auswählen und einkaufen. Dazu gehören auch frische Produkte, die bisher nicht in den herkömmlichen Nahrungsmittelrationen enthalten sind. Die standardisierten Hilfspakete in Flüchtlingscamps beinhalten in der Regel Reis, Weizen, Hülsenfrüchte, Salz, Zucker und Speiseöl - rund 2100 Kalorien pro Person pro Tag.

Darüber hinaus wird WFP ein ähnliches Programm für syrische Flüchtlinge in Jordanien einführen. Bis Ende 2013 sollen zunächst 300.000 Flüchtlinge elektronische Nahrungsmittelgutscheine nutzen; und es ist geplant, das Programm auch im nächsten Jahr fortzusetzen. Im Krisenfall, also dann wenn in einem Land die Versorgung der Menschen komplett zusammengebrochen ist, versuchen die UNO-Helfer sehr schnell mit ihren WFP-Nahrungsmittelrationen vor Ort zu sein. Um auf solche Spontaneinsätze vorbereitet zu sein, beobachten sie alle Länder, in denen Nahrungsmittelkrisen drohen könnten. Und auch die logistischen Möglichkeiten loten Herbingers Experten vorher aus: „Wir schauen uns potenzielle Krisenländer präventiv an: Wie sieht es in den Häfen aus, gibt es vernünftige Lagerhäuser, welche Transportmittel sind dort vorhanden.“

Sind Straßen oder Brücken in einem schlechten Zustand, dann setzt sie das WFP in Zusammenarbeit mit den Regierungen durchaus schon mal frühzeitig instand. „Um mit Hilfsgütern zum Beispiel in den Tschad oder nach Niger zu kommen, kann es sonst schon mal vier Monate dauern.“ Dennoch bleibt die Infrastruktur ein großes Problem. So sind laut Herbinger die meisten Häfen in Westafrika derzeit immer noch nicht dafür ausgelegt, große Mengen an Hilfsgütern umzuschlagen.

Das müssen sie bei vielen Krisen allerdings auch nicht sein. Denn in Afrika und anderen Teilen der Welt betreiben private Unternehmen bereits große Depots mit allen erdenklichen Hilfsgütern, die im Krisenfall von den westlichen Hilfsorganisationen schnell abgerufen werden können. „Es ist einfach nicht überraschend, wenn Bangladesch mal wieder überflutet wird“, sagt Herbinger. Darauf könne man sich vorbereiten und die Hilfsgüter so nahe wie möglich an einem potenziellen Krisenherd deponieren. Wichtig sei auch, dass nicht jede Hilfsorganisation eigene Depots aufbaue, sondern Nothilfe mit standardisierten, austauschbaren Produkten organisiert werde. „Das ist billiger und effektiver.“ Bis zu achtzig Prozent der Kosten in der Nahrungsmittelhilfe entstehen Herbinger zufolge in der Lieferkette. „Jeder kleine Effizienzgewinn erlaubt uns deshalb letztlich, noch mehr Menschen helfen zu können.“

Graphic

Kreditkarten für Flüchtlinge Neue Wege in der Krisenlogistik: Die Katastrophe in Syrien zwingt die Vereinten Nationen zum Umbau ihres Welternährungsprogramms. U....

Anne Gathmann

Load-Date: October 17, 2013

End of Document

„Toulouse muss für uns ein Warnsignal sein“; Terrorismusexperte warnt vor Anschlägen Einzelner, die aus der Mitte der Gesellschaft kommen und von al-Qaida rekrutiert werden

Die Welt

Donnerstag 22. März 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 7; Ausg. 70

Length: 827 words

Byline: Dietrich Alexander

Body

Der mutmaßliche Attentäter von Toulouse hat jüdische Kinder und muslimische Fallschirmspringer getötet, bekennt sich zur al-Qaida, handelte aber offenbar allein. Dietrich Alexander sprach mit Guido Steinberg über terroristische Gefahren - auch in Deutschland.

Die Welt:

Der mutmaßliche Attentäter von Toulouse hat einen **Migrationshintergrund** und war in Ausbildungslagern islamistischer Extremisten. Laufen noch mehr solcher tickender Zeitbomben herum?

Guido Steinberg:

Es hat in den vergangenen Jahren verschiedene Wellen von Ausreisewilligen gegeben, die sich im Irak, in Algerien und Pakistan ausbilden ließen. Es gibt einen Trend: Die Zahl der Europäer nimmt zu. Das hat mit den Konflikten der vergangenen Jahre zu tun. Ab 2003 gingen viele Arabischstämmige aus Europa in den Irak. Ab 2006 reisten Franzosen, Briten und sehr viele Deutsche nach Pakistan. Tickende Zeitbomben, das ist wohl etwas übertrieben, wenn diese Gruppe auch wahrscheinlich nur die Spitze des Eisbergs ist. Von etwa zwei Dutzend Personen aus Deutschland wissen wir, dass sie sich derzeit in Pakistan und Afghanistan bei terroristischen Organisationen aufhalten.

Eine Studie hat gezeigt, dass al-Qaida zwischen 2004 und 2008 zwar 371 Nichtmuslime, aber zugleich auch mindestens 2639 Muslime getötet hat. Es ist Muslimen doch eigentlich untersagt, Glaubensbrüder zu töten. Dennoch hat der 24-jährige Amokläufer muslimische Elitesoldaten algerischer Herkunft getötet. Warum?

Muslime haben immer Muslime getötet und dafür religiöse Gründe geltend gemacht. Es gibt Islaminterpretationen, deren Anhänger auch das Töten von Muslimen erlauben. Al-Qaida oder Dschihadisten allgemein sind darin heute

„Toulouse muss für uns ein Warnsignal sein" Terrorismusexperte warnt vor Anschlägen Einzelner, die aus der Mitte der Gesellschaft kommen und von al-Qaida rekrut....

federführend. Wenn es sich bei dem Täter um einen Al-Qaida-Anhänger handelt, betrachtet er Muslime, die für den französischen Staat nicht nur arbeiten, sondern sogar kämpfen, als Apostaten, also Glaubensabtrünnige, die nicht nur getötet werden dürfen, sondern sogar getötet werden müssen. Das ist Al-Qaida-Ideologie, und die ist in diesem Punkt nicht so weit entfernt vom islamistischen Mainstream.

Der Mann war lange im Visier der Geheimdienste. Wie konnte er seine Taten planen und ausführen?

Eines lässt sich in Europa beobachten: Die Zahl der Ausreisen in islamistische Ausbildungslager hat enorm zugenommen. In Deutschland ist diese Szene seit 2006 sehr dynamisch. Sicherheitsbehörden besonders in Großbritannien, den Beneluxstaaten, Frankreich und Deutschland haben damit Probleme. Es wurden zu viele, und es fehlten die Mittel, sie so zu überwachen, dass Gefahren ausgeschlossen werden können.

Hatten wir in Deutschland bisher Glück, oder sind unsere Sicherheitsdienste besser aufgestellt?

Was die Aufstellung angeht, so sind die Franzosen und die Briten mit Abstand die professionellsten in Europa. In Frankreich hat das mit längerer Erfahrung zu tun: Schon Mitte der 90er-Jahre sah sich das Land einer Anschlagswelle algerischer Dschihadisten ausgesetzt. Die Franzosen haben darauf früh reagiert, hatten durch ihre koloniale Vergangenheit ohnehin mehr Erfahrung, bessere Sprachkenntnisse und gute Kontakte nach Algerien. Deren Terrorismusbekämpfer waren bisher immer sehr viel besser aufgestellt als die Deutschen. Insofern muss Toulouse für uns ein Warnsignal sein.

Muslime in Deutschland haben zumeist einen türkischen Hintergrund. Macht Deutschland diese Tatsache weniger anfällig für islamistische Terrorakte?

Nein, auf gar keinen Fall. Es gibt eine Internationalisierungstendenz in der dschihadistischen Bewegung. Das bedeutet, dass al-Qaida und ihre Verbündeten in den vergangenen sechs, sieben Jahren nicht mehr nur Araber rekrutiert haben, sondern vermehrt Türken, deutsche oder sonstige europäische Konvertiten, Kurden, Afghanen, zum Teil sogar Konvertiten vom schiitischen zum sunnitischen Islam. Dadurch ist in Deutschland die Gefahr eher gewachsen, wenn auch seit 2010 die Zahl der Ausreisen in Terrorcamps rückläufig ist. Wir haben ein ähnliches Problem mit den Pakistan-Rückkehrern wie Frankreich oder Großbritannien. Dass bisher keiner dieser Anschlagsspläne erfolgreich war, hat auf keinen Fall mit der besseren Arbeit unserer Ermittlungsbehörden, sondern ganz viel mit der Arbeit der Amerikaner zu tun.

Der Amokläufer war offenbar ein Einzeltäter, bekennt sich aber zur al-Qaida. Ist die Organisation nur noch zu Aktionen kleiner Zellen oder einzelner Terroristen fähig, weil das global operierende Netz zerschlagen ist? Kurz: Ist al-Qaida zu großen operativen Terrorschlägen wie in New York, Madrid oder London nicht mehr in der Lage?

Anschläge wie vom 11. September 2001 kann al-Qaida nicht mehr durchführen, das wird auch von der Organisation als Problem angesehen, bleibt aber ihr Ziel. Bis dahin sollen Anschläge wie der in London ausgeführt werden, der wesentlich weniger Aufwand erforderte. Der neue Trend ist, dass vor allem hier in Europa Muslime eigenverantwortlich tätig werden und dass die al-Qaida ausdrücklich zu solchen Taten auffordert. Das sehen wir gerade in Toulouse.

Load-Date: March 22, 2012

Zuflucht für Syrien-Flüchtlinge; Parteiübergreifend fordern deutsche Politiker, Menschen aus dem heimgesuchten Land aufzunehmen

Die Welt

Freitag 24. August 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; S. 5; Ausg. 198

Length: 1153 words

Byline: Thorsten Jungholt

Highlight: SPD und Grüne unterstützen den Plan militärisch gesicherter Schutzzonen an Syriens Grenzen Kritik an Westerwelles Zögerlichkeit. Rückendeckung für Nein zu Flugverbotszone

Body

Untätigkeit lässt sich der Bundesregierung in der Syrien-Krise nicht vorwerfen. Seit der gewaltsame Konflikt zwischen dem Regime Assad und den Aufständischen mit vereinzelt Protesten im März 2011 begann, bemüht sich die deutsche Außenpolitik um politische Initiativen.

Die Diplomatie von Außenminister Guido Westerwelle steht dabei unter der Prämisse, eine militärische Intervention trotz der fortschreitenden Eskalation hin zu einem Bürgerkrieg zu vermeiden. „Wir arbeiten für ein Ende der Gewalt und eine politische Lösung“, sagt der FDP-Politiker gebetsmühlenartig. Konkret heißt das: Deutschland fördert die Sanktionspolitik durch EU, UN und arabische Welt. Westerwelle unterstützt die Arbeit der Sondergesandten von UN-Generalsekretär Ban Ki-moon, engagiert sich in Gesprächsformaten wie den „Freunden Syriens“ und unternahm mehrfach den Versuch, die Blockadepolitik des Syrien-Verbündeten Russland im Weltsicherheitsrat zu durchbrechen. Schließlich leistet Deutschland humanitäre Hilfe für **Flüchtlinge**.

Festzuhalten bleibt: Die Gewalt in Syrien wurde nicht gestoppt. Im Gegenteil: Woche für Woche steigt die Zahl der Toten, Verletzten und Vertriebenen. Assad hält sich hartnäckig und zunehmend skrupellos an der Macht. Und mit jedem weiteren Tag des Bürgerkriegs wächst die Gefahr, dass sich der Konflikt auf die Nachbarstaaten der Krisenregion Nahost ausweitete und in einen unkontrollierbaren Flächenbrand mündet.

Wie also weiter in Syrien? Wenige Tage bevor Deutschland am 1. September den Vorsitz im UN-Sicherheitsrat und damit besondere Verantwortung in der Syrien-Krise übernimmt, stellte die „Welt“ diese Frage an die führenden Außenpolitiker der im Bundestag vertretenen Parteien - die Obleute im Auswärtigen Ausschuss. Erste, durchaus überraschende Erkenntnis: So wichtig die finanzielle Unterstützung der Nachbarstaaten für die Betreuung der nach Angaben des UNHCR derzeit rund 150.000 Bürgerkriegsflüchtlinge ist - sie reicht nicht aus. Über alle Parteigrenzen hinweg sind sich die fünf Politiker einig, dass Deutschland über die bislang zugesagten zwölf Millionen Euro an humanitärer Hilfe hinaus bereit sein sollte, seine Grenzen für Flüchtlinge zu öffnen.

Zuflucht für Syrien-Flüchtlinge Parteiübergreifend fordern deutsche Politiker, Menschen aus dem heimgesuchten Land aufzunehmen

„In Syrien gibt es eine humanitäre Katastrophe. Deutschland sollte Flüchtlinge aufnehmen“, sagt Rainer Stinner (FDP). „Moralisch wäre eine Aufnahme in Deutschland grundsätzlich geboten“, findet auch der Sozialdemokrat Rolf Mützenich. Er fordert außerdem einen Abschiebungsstopp und unbürokratische Unterstützung für in Not geratene Syrer in Deutschland. Wie Mützenich weist die Grüne Kerstin Müller darauf hin, dass die meisten Flüchtlinge derzeit zwar in der Nähe ihrer Heimat bleiben und schnell in ihr Land zurückkehren wollten. „Aber Deutschland sollte angesichts der dramatischen humanitären Lage auch anbieten, selbst Menschen aus Syrien aufzunehmen, um die Anrainerstaaten zu entlasten“, sagt Müller.

Wolfgang Gehrcke von der Linken plädiert ebenfalls dafür, dass Deutschland seine Grenzen öffnet. Darüber hinaus solle sich Westerwelle auch in Europa für die Aufnahme von Flüchtlingen einsetzen und die Behandlung Verwundeter in deutschen Krankenhäusern ermöglichen. Philipp Mißfelder (CDU) schließlich will ausgewählte Flüchtlinge ins Land lassen: „Große Sorgen macht mir die Lage der Christen in Syrien, da der Bürgerkrieg vor allem auch religiös motiviert ist. Deshalb sollte Deutschland an dieser Stelle eine Aufnahme von Flüchtlingen nicht ausschließen.“ Damit geht er über die Position seines Parteikollegen Ruprecht Polenz hinaus. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses möchte lediglich die Mittel für die Flüchtlingslager in Jordanien, Libanon, Irak und der Türkei weiter aufstocken.

Rückendeckung erfährt Westerwelle für seine Politik der militärischen Zurückhaltung. Zwar kann sich Mißfelder die am häufigsten diskutierte Form einer Intervention, die Einrichtung einer Flugverbotszone, grundsätzlich vorstellen - allerdings nur mit Segen des UN-Sicherheitsrates. Die aber bleibt unwahrscheinlich. Stinner und Gehrcke lehnen eine Flugverbotszone als ersten Schritt in einen Krieg strikt ab. Auch Mützenich hält den Nutzen dieser Idee für „zweifelhaft“ und sieht die Gefahr einer bis Moskau und Peking reichenden Eskalation. Müller findet die Forderung „verständlich“, sieht aber international keine Bereitschaft für einen solchen Schritt.

Im Kern gelten diese Positionen auch mit Blick auf die Drohung von US-Präsident Obama, im Fall des Einsatzes von Massenvernichtungswaffen militärisch einzugreifen. CDU, SPD, Grüne und FDP bewerten Obamas Worte in erster Linie als notwendige Warnung an die Adresse Assads. Nur Gehrcke sieht in der „Kriegsdrohung“ einen Anlass, um Obama die Rückgabe des Friedensnobelpreises nahezu legen.

Welche neuen Initiativen aber sollte die Bundesregierung entwickeln, was wünschen sich die Abgeordneten vom Außenminister? In diesem Punkt gehen die Meinungen zwischen Regierungs- und Oppositionsvertretern deutlich auseinander. Stinner und Mißfelder empfehlen Westerwelle, weiter auf Russland und China einzuwirken sowie auf ein Verfahren gegen Assad vor dem Internationalen Strafgerichtshof zu dringen. Der CDU-Politiker kann sich zudem „eine robuste Beobachtermission der Vereinten Nationen“ vorstellen. Kritik am Außenminister kommt von beiden nicht.

SPD, Grüne und Linke haben weiter gehende Forderungen. Sie halten Westerwelles Vorgehen für „zu zögerlich und zu kleinmütig“ (Müller), ohne „eigene Initiativen“ (Mützenich) sowie „kraftlos“ (Gehrcke). Mützenich plädiert für „die Vorbereitung einer möglichen, vom Sicherheitsrat mandatierten Sicherheitszone an der Grenze zur Türkei“. Das kann sich auch Müller vorstellen. „Dem syrischen Regime müsste deutlich gemacht werden, dass ein Angriff auf solche Schutzzonen nicht akzeptiert würde und dass einem solchen Angriff auf unbewaffnete Flüchtlinge auch militärisch begegnet werden würde“, sagt die frühere Staatsministerin im Auswärtigen Amt.

Weitere Vorschläge der SPD lauten: Verschärfung der EU-Wirtschaftssanktionen, Entwicklung eines „Marshallplans“ für die Nachkriegszeit, weitere Isolierung durch eine Luftverkehrssperre. Die Grünen fordern Unterstützung für den neuen UN-Sondergesandten Brahimi, die Einbeziehung des Iran in eine Syrien-Kontaktgruppe und Hilfen für gewaltfreie Oppositionsgruppen. Die Linke schließlich pocht auf „Gewaltfreiheit, keine militärische Einmischung von außen, keine ethnische oder religiöse Aufspaltung des Landes, Entmilitarisierung aller Seiten einschließlich des Rückzuges der Armee, Waffenstillstand“.

Einige dieser Ideen werden vom Auswärtigen Amt bereits verfolgt. Andere, wie die Einrichtung einer Schutzzone, könnten im September im Sicherheitsrat tatsächlich auf die Tagesordnung kommen. Noch hat sich Minister Westerwelle dazu nicht positioniert. Die Meinung der Außenpolitiker des Bundestags immerhin kennt er jetzt.

Zuflucht für Syrien-Flüchtlinge Parteiübergreifend fordern deutsche Politiker, Menschen aus dem
heimgesuchten Land aufzunehmen

„Moralisch wäre eine Aufnahme grundsätzlich geboten" Rolf Mützenich (SPD), Außenpolitiker

Graphic

dapd/Clemens Bilan

Rund 150.000 Flüchtlinge aus Syrien zählen die Vereinten Nationen. Knapp ein Drittel davon ist nach Jordanien
geflohen - zum Beispiel in das Flüchtlingslager Za'atari

dapd/Clemens Bilan

Rund 150.000 Flüchtlinge aus Syrien zählen die Vereinten Nationen. Knapp ein Drittel davon ist nach Jordanien
geflohen - zum Beispiel in das Flüchtlingslager Za'atari

Load-Date: December 23, 2012

End of Document

„Sie werden behaupten, ich hätte unseren Feinden geholfen“; US-Informant Snowden verrät Gründe für Enthüllung von Spähprogrammen. Venezuela bestätigt seinen Asylantrag offiziell

Die Welt

Mittwoch 10. Juli 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 4; Ausg. 158

Length: 889 words

Body

Ob er denn Mitleid mit dem „Dissidenten“ Edward Snowden habe, wurde Bundespräsident Joachim Gauck bei seinem Besuch in Estlands Hauptstadt Tallinn am Dienstag gefragt. Die Antwort des DDR-Bürgerrechtlers fiel vage aus: Er sei sich ja gar nicht sicher, ob man Snowden überhaupt als Dissidenten bezeichnen könne. In jedem Fall könne er zu diesem Zeitpunkt noch nicht sagen, er empfinde für Snowden Bewunderung, betonte Gauck - denn noch sei ja gar nicht klar, ob die von dem Ex-US-Geheimdienstmitarbeiter enthüllte Online-Datenüberwachung durch amerikanische und britische Geheimdienste tatsächlich rechtswidrig sei. Das Fazit des Staatsoberhauptes: „Ich brauche hier dringend weitere Informationen.“

Zumindest ein paar davon stellte die britische Zeitung „Guardian“ bereit: Sie veröffentlichte einen weiteren Teil eines Anfang Juni aufgezeichneten Video-Interviews mit dem Informanten. In dem rund sieben Minuten langen Clip schildert der 30-Jährige ausführlich, was ihn zum Geheimnisverrat getrieben habe: „Ich will nicht in einer Welt leben, in der alles, was ich sage, alles, was ich mache, der Name jedes Gesprächspartners, jeder Ausdruck von Kreativität, Liebe oder Freundschaft aufgezeichnet wird.“ Jeder, der mit einer solchen Welt nicht einverstanden sei, habe die Pflicht zu handeln. „Ich bin mit dem Gedanken aufgewachsen, dass jeder das Recht hat, nicht aufgrund seiner Spuren im Netz beurteilt oder analysiert zu werden.“ Zudem, betonte Snowden, habe jeder, der von solchen Missständen erfahre, „die Pflicht, auch darüber zu berichten“.

Snowden erzählte, zu Beginn seiner Tätigkeit für den US-Geheimdienst NSA habe er noch an „unsere noblen Absichten“ geglaubt. „Ich habe gewartet und beobachtet und versucht, meinen Job zu machen.“ Mit der Zeit sei ihm aber immer klarer geworden, dass niemand etwas unternehme, um die Auswüchse der Überwachung durch die Regierung zu stoppen. Der von den USA per Haftbefehl gesuchte Informant erwartet nicht, dass die Spähaffäre für ihn glimpflich ausgehen wird: „Sie werden mich wegen Spionage anklagen und behaupten, ich hätte schwere Verbrechen verübt, unseren Feinden geholfen.“ Aber diesen Vorwurf könne man jedem machen, der die Überwachung durch die USA enthülle oder auch nur infrage stelle.

„Sie werden behaupten, ich hätte unseren Feinden geholfen" US - Informant Snowden verrät Gründe für Enthüllung von Spähprogrammen. Venezuela bestätigt seinen As....

„Man darf nicht vergessen: Sie überwachen uns genauso, wie sie unsere Feinde überwachen", sagte Snowden mit Blick auf den Umgang der US-Regierung mit ihren eigenen Bürgern. Das Ausmaß der Überwachung sei unbegrenzt: „Die USA sammeln einfach alle Dokumente, die sie sammeln können. Es gibt keine Grenzen." Darüber hätten die Verantwortlichen auch den US-Senat belogen.

Der Amerikaner, der seit mehr als zwei Wochen auf dem Moskauer Flughafen Scheremetjewo festsetzt, hat inzwischen offiziell einen Asylantrag in Venezuela gestellt. Das gab der venezolanische Präsident Nicolás Maduro bekannt - und bekräftigte zugleich das Asylangebot seines Landes. Snowden müsse nun „entscheiden, wenn er ein Flugzeug nimmt, ob er letztendlich herkommen will". Maduro betonte, seine Regierung habe Snowden bereits vor Eingang des Antrags aus humanitären Gründen Asyl angeboten habe: „Wir haben diesem jungen Mann gesagt: Sie werden vom Imperialismus verfolgt, kommen Sie her."

Die linksgerichteten Regierungen in Bolivien und Nicaragua haben sich ebenfalls bereit erklärt, Snowden aufzunehmen. In Nicaragua stieß das Asylangebot von Staatschef Daniel Ortega allerdings auf den Widerstand der Wirtschaft. Venezuela und Bolivien könnten sich „diesen Luxus erlauben", weil ihre Wirtschaft nicht so stark von den USA abhängt, sagte der Chef des Obersten Rats der Privatunternehmen (Cosep), José Aguerri. Noch ist unklar, wie Snowden Russland überhaupt verlassen könnte: Er hat nämlich keine gültigen Ausreisepapiere; Moskau hat ihm bisher kein Visum ausgestellt, und die USA haben seinen Reisepass annulliert.

Die Amerikaner pochen indes weiter darauf, dass Russland den „Whistleblower" ausliefert. Regierungssprecher Jay Carney betonte, Washington sei mit allen Ländern in Kontakt, in die er flüchten könnte oder die er auf einer Flucht überfliegen könnte. Zudem teilte die Sprecherin des Nationalen Sicherheitsrats, Bernadette Meehan, mit, dass US-Präsident Barack Obama plane, im September nach Russland zu reisen. Moskau hat eine Ausweisung des Informanten bislang allerdings abgelehnt - auch mit Verweis auf die in den USA mögliche Todesstrafe für Snowden.

Versöhnliche Töne schlug in der Spähaffäre Spanien an: Man sei bereit, sich beim bolivianischen Staatschef Evo Morales für die erzwungene Zwischenlandung des Präsidentenflugzeugs in Wien zu entschuldigen. Das Flugzeug mit Morales musste in der vorigen Woche auf dem Rückflug aus Moskau landen, nachdem mehrere EU-Staaten die Überflugrechte verweigert hatten. Grund war die falsche Annahme, Snowden sei an Bord.

Morales hatte der Zeitung „El País" berichtet, der spanische Botschafter in Wien habe eine Durchsuchung des Flugzeugs verlangt. Der Präsident hielt dem Diplomaten nach eigenen Worten entgegen: „Wollen Sie mich wie einen Verbrecher behandeln? Nur Gesetzesbrecher werden durchsucht. Ich bin kein Verbrecher, und Sie werden das Flugzeug des Präsidenten von Bolivien nicht durchsuchen." Spaniens Außenminister José Manuel García-Margallo: „Wenn es da ein Missverständnis gab, haben wir keine Probleme damit, den Präsidenten um Entschuldigung zu bitten."

Load-Date: July 10, 2013

Ausland Kompakt; EU-Kommission: EU und Türkei einig über Visa-Erleichterung ++ Mehr Flüchtlinge sollen legal in EU-Länder reisen können ++ Thailand: Demonstranten legen Pause aus Respekt vor König ein ++ Indien: Rekordbeteiligung bei Wahl in Hauptstadt Neu-Delhi ++ Italien: Ministerin will Pass für Kinder ausländischer Eltern

Die Welt

Donnerstag 5. Dezember 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Kompakt; S. 6; Ausg. 284

Length: 635 words

Body

EU-Kommission

EU und Türkei einig über Visa-Erleichterung

Die Europäische Union und die Türkei haben sich nach jahrelangen Verhandlungen auf die Unterzeichnung eines Abkommens zur Rücknahme von **Flüchtlingen** geeinigt. Gleichzeitig verständigten sich beide Seiten darauf, Gespräche über Visa-Erleichterungen für türkische Staatsbürger bei der Einreise in die EU zu beginnen, wie EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström und der türkische Außenminister Ahmet Davutoglu am Mittwoch in Brüssel mitteilten. Der Startschuss des Dialogs soll gleichzeitig mit der Unterzeichnung des Abkommens am 16. Dezember in der türkischen Hauptstadt Ankara gegeben werden.

Mehr Flüchtlinge sollen legal in EU-Länder reisen können

Die EU-Kommission appelliert an die europäischen Länder, mehr Flüchtlingen eine sichere und legale Einreise zu ermöglichen. EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström stellte in Brüssel einen Bericht der „Arbeitsgruppe für das Mittelmeer“ aus Experten der EU-Staaten und der zuständigen EU-Behörden vor. Die Gruppe war nach den beiden Bootsunglücken eingerichtet worden, die Hunderte von Flüchtlingen aus Afrika und Nahost das Leben gekostet hatten. Die effizienteste Schnellmaßnahme wäre eine verstärkte Umsiedlung von Menschen aus Krisenregionen nach Europa, sagte Malmström. „Derzeit beteiligen sich elf EU-Länder an Resettlement-Initiativen. Das heißt, dass 17 Länder hier noch Arbeit vor sich haben“, unterstrich die Kommissarin. Sie bekräftigte, dass Brüssel jedem Land pro umgesiedeltem Flüchtling bis zu 6000 Euro zahlen wolle.

Thailand

Ausland Kompakt EU-Kommission: EU und Türkei einig über Visa-Erleichterung ++ Mehr Flüchtlinge sollen legal in EU-Länder reisen können ++ Thailand : Demonstrant....

Demonstranten legen Pause aus Respekt vor König ein

Thailands Regierungsgegner wollen zum Geburtstag des allseits verehrten Königs Bhumibol ihre Proteste unterbrechen. Am Donnerstag wird Bhumibol 86 Jahre alt - Straßenproteste sind an diesem Tag aus Respekt vor dem Monarchen undenkbar. Die Regierungsgegner starteten nach ihren tagelangen Protesten demonstrativ eine Putzaktion. Mit Besen und Schrubbern säuberten sie am Mittwoch in Vorbereitung auf den großen Feiertag in Bangkok die Straßen rund um das Demokratie-Denkmal. „Wir machen eine Pause, um uns an den Feiern des Königs zu beteiligen, aber der Kampf geht am Freitag weiter“, kündigte der Sprecher der Protestbewegung, Akkanat Phompan, an. Etwa 2000 Demonstranten zogen zu einer Polizeizentrale in der Innenstadt.

Indien

Rekordbeteiligung bei Wahl in Hauptstadt Neu-Delhi

Bei der für ganz Indien richtungsweisenden Wahl in der Hauptstadt Neu-Delhi sind so viele Menschen an die Wahlurnen geströmt wie nie zuvor. Bis zum offiziellen Ende der Wahl zum Stadtparlament gaben am Mittwoch 65 Prozent der Wähler ihre Stimme ab, wie der Nachrichtensender NDTV berichtete. Die Wahllokale blieben wegen des Ansturms länger geöffnet. Mit Spannung wird das Abschneiden der neuen Anti-Korruptions-Partei AAP erwartet, die zum ersten Mal antritt. Fährt sie ein gutes Ergebnis ein, könnte sie im Frühjahr auch bei den landesweiten Wahlen Erfolg haben. Ergebnisse werden am Sonntag erwartet.

Italien

Ministerin will Pass für Kinder ausländischer Eltern

In Italien geborene Kinder ausländischer Eltern sollen nach dem Willen der italienischen Integrationsministerin ab 2014 die Staatsbürgerschaft erhalten. Das neue Staatsbürgerschaftsgesetz solle schon in den ersten Monaten des neuen Jahres kommen, kündigte Integrationsministerin Cecile Kyenge am Mittwoch in Rom an. Sie werde sich für die in Italien umstrittene Reform starkmachen, sagte die in Kenia geborene Ministerin. „Meine Rolle ist im Moment ziemlich entscheidend - ich werde auf Zustimmung zu dieser Reform drängen.“ Derzeit erhalten nur Kinder mit mindestens einem italienischen Elternteil die Staatsbürgerschaft. Die Reform war eines der Hauptwahlversprechen der Demokratischen Partei von Premier Enrico Letta. Doch der Koalitionspartner „Neue rechte Mitte“ ist dagegen.

Load-Date: December 5, 2013

**Ausland Kompakt; Türkei: Dutzende Flüchtlinge bei Schiffsunglück
ertrunken ++ USA: CIA soll Gaddafi-Gegner gefoltert haben ++ Griechenland:
Fast jeder Vierte arbeitslos, Rechtsextreme legen zu**

Die Welt

Freitag 7. September 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Kompakt; S. 7; Ausg. 210

Length: 400 words

Body

Türkei

Dutzende **Flüchtlinge** bei Schiffsunglück ertrunken

Vor der Westküste der Türkei sind mindestens 58 **Flüchtlinge** ums Leben gekommen. Die türkische Tageszeitung „Hürriyet“ berichtete am Donnerstag unter Berufung auf Behördenkreise, das Fischerboot sei bei Izmir auf Felsen aufgelaufen und gesunken. Dutzende Überlebende, von denen die meisten aus dem Irak und Syrien stammten, konnten sich demnach aus dem Ägäischen Meer an Land retten. Insgesamt sollen auf dem Boot etwa 100 Passagiere gewesen sein. Einem Bericht des türkischen Senders TRT zufolge nahm die Polizei zwei mutmaßliche Menschenschmuggler fest. Jedes Jahr versuchen Tausende **Flüchtlinge** über die Türkei nach Griechenland und in die EU zu gelangen.

USA

CIA soll Gaddafi-Gegner gefoltert haben

Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) wirft den USA vor, sie hätten unter dem damaligen US-Präsidenten George W. Bush Gegner von Muammar al-Gaddafi gefoltert und an den libyschen Diktator ausgeliefert. Als Foltermethode sei auch das berüchtigte „Waterboarding“, ein simuliertes Ertrinken, angewendet worden. Das gehe aus der Befragung von früheren Gefangenen und Dokumenten des britischen und des amerikanischen Geheimdienstes hervor. Bush war von 2001 bis 2009 US-Präsident. Vor einem Jahr hatten die USA unter der Regierung von Bushs Nachfolger Barack Obama beim Sturz Gaddafis geholfen. Einige der Folteropfer würden heute hohe Positionen unter der neuen Regierung in Libyen bekleiden, hieß es.

Griechenland

Fast jeder Vierte arbeitslos, Rechtsextreme legen zu

Ausland Kompakt Türkei: Dutzende Flüchtlinge bei Schiffsunglück ertrunken ++ USA : CIA soll Gaddafi-Gegner gefoltert haben ++ Griechenland: Fast jeder Vierte ar....

Die Arbeitslosigkeit in Griechenland ist drastisch gestiegen. Im Juni war mit 24,4 Prozent fast jeder vierte Grieche arbeitslos gemeldet, wie das Statistikamt Elstat mitteilte. Im Vergleich zum Vorjahr ist dies ein Anstieg um 42 Prozent. Insgesamt waren im Juni 1,2 Millionen Griechen ohne Arbeit. Bei den 15 bis 24-Jährigen liegt die Quote bei 55 Prozent. Angesichts der dramatischen Wirtschaftskrise und einer steigenden Kriminalität fallen die Parolen von Rechtsextremisten offenkundig auf immer fruchtbareren Boden. Wenn jetzt Wahlen wären, würde die radikale Partei Goldene Morgenröte die einstmals mächtigen Sozialdemokraten vom dritten Platz verdrängen. Nach der Befragung des Umfrageinstituts Pulse kommt die Goldene Morgenröte auf einen Zuspruch von 10,5 Prozent. Die Partei verfolgt eine aggressiv ausländerfeindliche Politik, vor allem gegen die Emigranten.

Load-Date: January 5, 2013

End of Document

Mühsame Motivsuche bei Carsten S.; Im NSU-Prozess ist der Neonazi-Aussteiger am sechsten Verhandlungstag nur auf Drängen des Richters bereit, sein Tun zu begründen

Die Welt

Donnerstag 6. Juni 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 5; Ausg. 129

Length: 859 words

Byline: Hannelore Croll

Per Hinrichs

Body

München

Er sagt es einfach nicht. Er rückt nicht mit dem Wort heraus, das Richter Manfred Götzl aus ihm kitzeln will, bildet ganze Satz-Mauern um den Begriff. „Was war denn jetzt die Motivation für Ihr Handeln?“, bohrt Götzl. „Konkrete Erinnerungen habe ich nicht“, windet sich der Angeklagte Carsten S. Es sei wohl um eine „Mischung aus Nervenkitzel und Alkohol und Spaß“ gegangen. Schweigen. Dann: „Da war auch ein gewisses Feindbild, ja. Denen eins auswaschen.“

Wieder unterbricht sich der 33-Jährige. Weit vorgebeugt und fast reglos sitzt er auf seinem Stuhl, die Arme verschränkt in den Tisch gestemmt. „Was meinen Sie mit Feind?“, hakt der Richter nach. S. zögert besonders lange. Dann fällt endlich der Satz: „Was sich gegen Migranten richtet eben. Deuschtümelei. Darauf hat ein Feindbild gefußt.“ Den Begriff „Ausländerfeindlichkeit“ muss Richter Götzl aber dennoch selbst ins Spiel bringen.

Das soll nun also der viel gerühmte Kronzeuge sein, der vollumfänglich auspacken und erzählen will, wie es wirklich war? Carsten S. hat zwar bereits zugegeben, dem untergetauchten Trio, das sich später zur Terrorgruppe NSU formieren sollte, eine scharfe Schusswaffe übergeben zu haben, eine Waffe mit Schalldämpfer und Munition. Mit der eská 83 wurden vermutlich neun Menschen aus Hass auf Ausländer ermordet. Doch bei der Suche nach den Hintergründen kommt Götzl nicht recht voran. Aus den Aussagen von Carsten S. lässt sich an diesem Tag auch kaum Honig saugen, um seine Mitangeklagten zu belasten. Vor allem Beate Zschäpe kommt gut weg. Carsten S. will sie so gut wie nie gesehen haben, immer ab und an mal ein paar Minuten. Straftaten begangen, besprochen oder in Auftrag gegeben wurden in ihrer Gegenwart nicht, oder zumindest hat Carsten S. das dann nicht mitbekommen.

Mühsame Motivsuche bei Carsten S. Im NSU-Prozess ist der Neonazi-Aussteiger am sechsten Verhandlungstag nur auf Drängen des Richters bereit, sein Tun zu begründ....

Dabei wird er zu den wichtigsten Zeugen der Bundesanwaltschaft gezählt, die die fast 500 Seiten lange Anklageschrift gegen die fünf Beschuldigten im NSU-Prozess formuliert hat. Der Mann hat der rechten Szene im Jahr 2000 seiner Homosexualität wegen den Rücken gekehrt und als Sozialarbeiter gearbeitet. Das Bundeskriminalamt hat ihn in ein Zeugenschutzprogramm genommen, im Gegenzug will er als Kronzeuge „vollumfänglich“ reden. Mehr als 600 Zeugen stehen auf der Ladungsliste, mit Carsten S. und dem mitangeklagten Holger Gerlach an der Spitze. Auch Gerlach will Kronzeuge sein. Doch wenn es schon mit Carsten S. so zäh läuft, was soll dann bei anderen herauskommen, die womöglich noch weniger aussagewillig sind?

19 Jahre alt war Carsten S., als er zwischen dem mutmaßlichen Terrortrio und dem mitangeklagten Ex-NPD-Funktionär Ralf Wohlleben den Mittelsmann spielte. Er präsentiert sich als einer, der eben tut, was man ihm aufträgt. Richter Götzl ist das zu wenig, und irgendwann wird es ihm zu bunt: „Wo ist denn die Grenze dessen, was man von Ihnen verlangen kann?“

Erst nach Stunden hat Carsten S. schließlich einigermaßen deutlich ausgesprochen: Er war einst eben doch ein Rechtsextremist, der Einwanderer verachtet, wenn nicht gehasst haben muss, der in der NPD war und sonntags von einem Funktionär namens Christian K. „geschult“ wurde. Er habe sich damals mit der Ideologie der rechten Szene identifiziert, sagt er. Aber „nie aufgestachelt“.

Viele der Taten, die in der Zeit vor dem Abtauchen des Zwickauer Trios begangen wurden, sind längst verjährt. S. kann daher auch ohne Stocken davon erzählen, wie er mit Kumpels mal nachts ganz spontan eine Dönerbude umkippte. „Bei einer Bockwurstbude hätten wir das nicht gemacht.“ Konkreter wird er aber kaum. Von Hass und Feindseligkeit gegenüber Türken will er nicht reden. Dafür über seinen Ausstieg aus der rechten Szene, den er bis in alle Einzelheiten referieren kann. Aber wie er Ralf Wohlleben kennengelernt hat, daran kann er sich nicht erinnern. Wann er Beate Zschäpe zum ersten Mal erlebt hat, kann Carsten S., so sein Lieblingsausdruck, „nicht wieder herstellen“. Doch Episoden aus der Jugendclique kann er so farbig schildern, als seien sie gerade gestern passiert.

Damit will er den Nazi-Carsten von damals offenbar wegschließen und muss mühsam Erinnerungen an die dunkle Zeit „heraufholen“, wie er einmal sagte - jedenfalls, wenn es für ihn unangenehm wird.

So bohrt der Vorsitzende Richter Götzl, der früher auch als Staatsanwalt gearbeitet hat, nach. Muss durch die vielen Sedimentschichten an Zivilisation durcharbeiten, die sich Carsten S. zugelegt hatte - Studium, Arbeit als Sozialpädagoge, ein geregeltes bürgerliches Leben - immer auf der Suche nach der braunen Ideologie. Was war das Motiv für das Umwerfen der Dönerbude? „Es war eine lustige Aktion, wir haben uns einen gewissen Spaß draus gemacht, denen eins ausgewischt.“ Lustig? Spaß?

Kurz vor 16 Uhr, das Gericht ist gerade aus einer Pause zurückgekommen, bittet einer der Verteidiger von Carsten S. um Abbruch der Vernehmung für diesen Tag, sein Mandant sei erschöpft, die Konzentration lasse nach. Götzl, 59 Jahre alt und offenbar von unverwüstlicher Kondition, hat da noch eine ganze Liste von Themenkomplexen vor sich liegen, die er abarbeiten will. Er seufzt. „Also gut“, sagt er. Und klingt fast enttäuscht, als er den sechsten Verhandlungstag abbricht.

Load-Date: June 6, 2013

Endloses Leid in Gaza; Eskalation fordert viele zivile Opfer

Die Welt

Samstag 1. Dezember 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: SONDERTHEMEN; Ausg. 282

Length: 269 words

Byline: Jochen Clemens

Body

Er misst nur etwa 360 Quadratkilometer und ist doch seit Jahrzehnten einer der weltweit größten politischen Unruheherde: Der Gazastreifen. Die Hälfte der 1,7 Mio. Bewohner sind Kinder. Nach Angaben des UN-Hilfswerks für Palästina-Flüchtlinge (UNRWA) sind 1,2 Mio. Menschen hier Flüchtlinge, wobei die Definition mit Vorsicht zu genießen ist: Der Flüchtlingsstatus wird bei den Palästinensern aufgrund der sehr eigenen Definition der UNWRA quasi von Generation zu Generation vererbt, es handelt sich also nicht um gerade akut vertriebene Menschen. 50 Prozent der Bewohner des Gazastreifens leben unter der Armutsgrenze, 300.000 Bewohner müssen mit 1,25 Euro oder weniger am Tag auskommen, rund 80 Prozent sind laut UNRWA auf Zuwendungen internationaler Hilfsorganisationen angewiesen.

Auch die letzten bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Israel und radikalen palästinensischen Gruppierungen, die mit dem Beschuss Israels durch Hunderte von aus dem Gazastreifen abgefeuerten Raketen begannen, beeinträchtigten vor allem diejenigen, die keine politischen oder militärischen Entscheidungen treffen - Zivilisten. Die Zahl der zivilen Opfer schwankt, Israel etwa sagt, dass 120 der 177 Getöteten Militante waren. Beobachter von Hilfsorganisationen sprechen von mindestens 70 Zivilisten, darunter 23 Kinder. Erwähnt werden muss, dass viele zivile Opfer der Hamas-Taktik zuzuschreiben sind, Abschussrampen, Waffenlager und Kommandozentren in, unter und neben Wohnhäusern, Moscheen, Schulen und Kindergärten zu platzieren. Mindestens zwei palästinensische Zivilisten wurden zudem durch eigene fehlgeleitete Raketen getötet.

Load-Date: January 26, 2013

Der Anti-Europäer; Auf extremistische Parteien antwortet man am besten mit Mut, Entschlossenheit und klaren Positionen. Deutschland zeigt da mehr Widerstandskraft als Frankreich und Holland

Die Welt

Mittwoch 27. November 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: FORUM; Essay; S. 2; Ausg. 277

Length: 1034 words

Byline: Dominique Moisi

Jan Doolan

Body

Im Jahr 2005 lehnten zwei Gründungsmitglieder der Europäischen Union, Frankreich und die Niederlande, den vorgeschlagenen Verfassungsvertrag der EU durch Volksentscheid ab. Zwei rechtsextreme Parteien aus diesen beiden Ländern - die französische Nationale Front und die niederländische Freiheitspartei - haben nun im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2014 ein Bündnis geschlossen. Sie hoffen, gleichgesinnte Parteien anderer EU-Länder auf ihre Seite zu ziehen und eine gemeinsame Fraktion im EU-Parlament zu bilden, die stark ist. So stark, dass sie dem „Monster namens Europa“, wie der Vorsitzende der Freiheitspartei, Geert Wilders, die EU nennt, den Garaus machen kann.

Es ist kein Zufall, dass ausgerechnet Frankreich und die Niederlande die Führung bei diesem schmutzigen Unterfangen übernommen haben. Beide Länder stecken mitten in einer tiefen Identitätskrise, die dabei ist, in Verachtung umzuschlagen, Verachtung für Europa, Ausländer, **Migranten** und alle, die das „andere“ repräsentieren. Und in beiden Ländern wächst das öffentliche Misstrauen gegenüber den traditionellen politischen Eliten.

In diesem Umfeld erscheinen die anstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament wie maßgeschneidert für extremistische Parteien. Jüngste Meinungsumfragen legen nahe, dass die Nationale Front in Frankreich die Wahlen gewinnen wird. Den meisten Bürgern sind die Europawahlen egal, was sich in einer niedrigen Wahlbeteiligung niederschlägt - außer bei denen, die sich über das definieren, was sie ablehnen, und die ihre Wut und ihren Frust über den Status quo zum Ausdruck bringen wollen.

Marine Le Pen, die Vorsitzende der Nationalen Front, ist schlau und effizient, sie tritt mit einer unmissverständlichen Botschaft an: „Europa ist gegen die Menschen; also müssen die Menschen gegen Europa

Der Anti-Europäer Auf extremistische Parteien antwortet man am besten mit Mut, Entschlossenheit und klaren Positionen. Deutschland zeigt da mehr Widerstandskraft....

mobilmachen." Sie gibt sich den Anschein der Mäßigung und hat daher deutlich mehr Appeal als ihr Vater, der frühere Parteivorsitzende Jean-Marie Le Pen. Ihre Strategie besteht darin, in den Mainstream der französischen Politik einzudringen, indem sie alle Spuren des Antisemitismus vergangener Tage abstreift. So macht sie die Nationale Front zu einer scheinbar legitimen Alternative zur dekadenten traditionellen Rechten, die seit der Niederlage von Nicolas Sarkozy bei den Präsidentschaftswahlen 2012 unter anhaltenden Grabenkämpfen leidet. In den Niederlanden saß Geert Wilders - mehr Ein-Mann-Show denn Führer einer echten Partei - bereits in der Regierung. Schon allein dadurch, dass er ein Bündnis mit Le Pen eingeht, verleiht er ihr einen Schein von Legitimität. Interessanterweise haben sich die wichtigen dänischen und britischen anti-europäischen Parteien bisher geweigert, es Wilders gleichzutun und einen Pakt mit einer Partei zu schließen, die in ihrem Kern vermutlich auch heute noch antisemitisch ist.

Trotzdem, was Europas rechtsextreme Parteien letztlich eint, ähnelt dem, was für den Aufstieg der Tea Party innerhalb der Republikanischen Partei der USA sorgte: unterschwelliger Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Obwohl die Anhänger der Tea Party - eine Gruppe, die laut einer frühen Meinungsumfrage 89 Prozent Weiße und nur ein Prozent Schwarze umfasst - behaupten, vor allem gegen staatliche Ausgaben zu sein, akzeptieren sie staatliche Hilfgelder für sich selbst. Was sie nicht akzeptieren können, sind ein schwarzer Präsident und staatliche Ausgaben zugunsten der „anderen“.

Genauso staut sich in der Ideologie der europäischen Populisten der Atavismus, der schon ihre Vorfahren motivierte. Selbst wenn sie ihre Opposition gegenüber „Brüssel“ als gemeinsamen Ausgangspunkt nutzen und selbst wenn sie eher muslimfeindlich als antisemitisch sind - Wilders mag sogar aufrichtig pro-israelisch eingestellt sein - , so haben sie sich doch die antihumanistische, zynische und rassistische Weltsicht ihrer Vorläufer aus den 30er-Jahren bewahrt.

Natürlich wird ein Land wie Frankreich nicht zur Politik der 30er-Jahre zurückkehren, und sei es nur, weil die Erinnerungen an den militärischen und moralischen Zusammenbruch des Landes 1940 noch nicht verblichen sind. Doch die bössartigen rassistischen Angriffe gegen die schwarze Justizministerin Christiane Taubira wären noch vor ein paar Jahrzehnten undenkbar gewesen. Und der Verlust von Tabus und die Überzeugung, alles sagen - und jeden beleidigen - zu können, haben überall in Europa zu einer Zunahme rassistischer Vorfälle geführt, die nur bei oberflächlicher Betrachtung Einzelfälle darstellen.

Europa ist zwar nicht gerade im Begriff, sich dem Faschismus zuzuwenden. Doch es wäre gefährlich, zu ignorieren, dass Europa immerhin dabei ist, vom Wege abzukommen. Riskant wäre es auch, die jüngsten Entwicklungen allein den wirtschaftlich schweren Zeiten und der hohen Arbeitslosigkeit zuzuschreiben. Hier sind grundlegendere Kräfte am Werk, und ihre Ursachen sind in Politik und Ethik zu suchen.

So steht etwa Deutschland, was seine Widerstandskraft gegenüber dem Populismus angeht, nicht nur deshalb besser da als andere europäische Länder, weil seine Wirtschaft stark ist und seine Geschichte einen gewissen Impfschutz darstellt. Die Deutschen verdanken diese Widerstandskraft auch der Standhaftigkeit und der Kompetenz ihrer politischen Führer wie Angela Merkel und ihrem Vorgänger Gerhard Schröder.

Die beste Antwort auf die heutige unheilige Allianz populistisch-rassistischer Parteien sind Mut, Entschlossenheit und eine klare Positionierung. Jedes Bündnis der etablierten konservativen Parteien mit rechtsextremen Kräften trägt die Garantie einer Niederlage in sich - moralisch wie politisch. Dies war in der europäischen Vergangenheit so und gilt für die Republikaner in den USA heute genauso. Manchmal ist eben kein Löffelstiel lang genug, um mit dem Teufel Suppe zu essen.

Jedes Bündnis der etablierten konservativen Parteien mit rechtsextremen Kräften trägt die Garantie einer Niederlage in sich - moralisch wie politisch

Der Autor ist Professor am Institut d'études politiques de Paris (Sciences Po) und leitender Berater am Französischen Institut für Internationale Angelegenheiten (IFRI). Er ist gegenwärtig Gastprofessor am King's College London.

Der Anti-Europäer Auf extremistische Parteien antwortet man am besten mit Mut, Entschlossenheit und klaren Positionen. Deutschland zeigt da mehr Widerstandskraf....

Copyright: Project Syndicate, 2013. Aus dem Englischen von Jan Doolan.

Graphic

dpa/Valerie Kuypers

Fatale Verbindung: Geert Wilders und Marine Le Pen

Valerie Kuypers

Load-Date: November 27, 2013

End of Document

Kritik an Asylpolitik von Friedrich

Die Welt

Donnerstag 21. Februar 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 8; Ausg. 44

Length: 210 words

Body

Die Vorsitzende des Menschenrechtsausschusses im Europaparlament, Barbara Lochbihler (Grüne), hat Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) Stimmenfang auf Kosten von Ausländern vorgeworfen. Mit seiner Forderung, ein Einreiseverbot für „Armutsflüchtlinge“ aus Rumänien und Bulgarien zu verhängen, spiele er zudem ausländerfeindlichen Gruppierungen in die Hände, kritisierte Lochbihler in Brüssel. Nach wochenlanger Kampagne gegen Asylsuchende aus Serbien und Mazedonien seien nun mit Rumänien und Bulgarien die ersten EU-Mitgliedsstaaten an der Reihe. „Friedrich spricht von Armutsflüchtlingen und meint damit in erster Linie Roma, die aufgrund ihrer schwierigen Lage aus Bulgarien und Rumänien flüchten oder häufig unter falschen Versprechungen nach Deutschland gebracht werden“, so Lochbihler. Mit seinen Forderungen wolle der deutsche Innenminister wohl klarstellen, wie die im Schengen-Vertrag festgeschriebene Reisefreiheit zu interpretieren sei.

Friedrich hatte am Dienstagabend im ZDF-Interview für diejenigen Zuwanderer aus Rumänien und Bulgarien ein Einreiseverbot verlangt, die nur deshalb nach Deutschland kämen, um Sozialleistungen zu empfangen. Vom 1. Januar 2014 an gilt die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit für Bulgaren und Rumänen in Europa.

Load-Date: February 21, 2013

Deutschland Kompakt; Evangelische Kirche: Hessen-CDU verlangt Rücktritt von Göring-Eckardt ++ NSA-Affäre: Opposition und FDP fordern von Pofalla Aufklärung ++ Attacke auf Asylheim: Bundeswehr ermittelt gegen zwei Soldaten ++ FDP: Kubicki will ganz bescheiden in zweiter Reihe bleiben

Die Welt

Mittwoch 24. Juli 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Kompakt; S. 5; Ausg. 170

Length: 671 words

Body

Evangelische Kirche

Hessen-CDU verlangt Rücktritt von Göring-Eckardt

Der hessische CDU-Fraktionsvorsitzende Christean Wagner fordert den Rücktritt der Grünen-Spitzenkandidatin Katrin Göring-Eckardt von ihrem Amt als Synoden-Präses der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD): „Dieses Amt ist mit der Spitzenkandidatur für die Grünen nicht vereinbar“, sagte Wagner der „Welt“. Dass Göring-Eckardt derzeit im Wahlkampf „in scharfer Form zunehmend die Bundesregierung und die Bundeskanzlerin“ angreife, „verträgt sich nicht mit ihrem hohen Kirchenamt“. Seit Göring-Eckardt im November 2012 von der Grünen-Basis zur Spitzenkandidatin gewählt wurde, lässt sie ihr Präses-Amt in Absprache mit dem Synoden-Präsidium ruhen. Offen ist, ob die gegenwärtige Bundestagsvizepräsidentin es wiederaufnehmen kann, falls sie nach der Bundestagswahl eine höhere politische Aufgabe für die Grünen übernimmt. Dass somit die Kirche den Wahlausgang abwarten muss, kritisiert auch ein prominentes EKD-Synoden-Mitglied, Otto-Fricke, haushaltspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion: „Wenn man ein so hohes Amt in der Kirche hat wie Katrin Göring-Eckardt, kann man das nicht davon abhängig machen, welches politische Amt man noch bekommen könnte“, sagte Fricke der „Welt“. Das gelte „insbesondere in einer Phase, in der viele persönliche Führungsentscheidungen in der Kirche anstehen“, fügte Fricke hinzu mit Blick auf den gegenwärtigen Generationswechsel an der Spitze evangelischer Landeskirchen.

NSA-Affäre

Opposition und FDP fordern von Pofalla Aufklärung

Opposition und Koalitionspartner FDP haben Kanzleramtschef Ronald Pofalla (CDU) aufgefordert, den Bundestag am Donnerstag über die genaue Zusammenarbeit zwischen deutschen Geheimdiensten und der amerikanischen NSA zu informieren. Extra dafür wurde eine Sondersitzung des geheim tagenden Parlamentarischen

Deutschland Kompakt Evangelische Kirche: Hessen -CDU verlangt Rücktritt von Göring-Eckardt ++ NSA-Affäre: Opposition und FDP fordern von Pofalla Aufklärung ++ A....

Kontrollgremiums (PKG) angesetzt. „Herr Pofalla soll eindeutig klare Auskunft darüber geben, ob es hier eine Zusammenarbeit, auch auf technischer Ebene, gab“, forderte Hartfrid Wolff (FDP) im MDR. Laut „Spiegel“ nutzen BND und Verfassungsschutz eine Software der NSA, angeblich nur im Testbetrieb. Wie das Internetportal Netzpolitik.org berichtet, haben sich die Deutsche Telekom und ihre Tochterfirma T-Mobile USA verpflichtet, Kommunikationsdaten und Inhalte den amerikanischen Behörden wie dem FBI und dem Justizministerium zur Verfügung zu stellen. Das gehe aus einem Vertrag vom Januar 2001 hervor. Nach dem 11. September wurde dann der weitgehende Datenaustausch zwischen diesen Behörden und den US-Geheimdiensten Standard. Als Standard bezeichnet die Telekom auch ihren Vertrag. Alle ausländischen Firmen in den USA hätten diesen unterschreiben müssen.

Attacke auf Asylheim

Bundeswehr ermittelt gegen zwei Soldaten

Gegen die beiden Soldaten, die im thüringischen Arnstadt Feuerwerkskörper auf ein Asylbewerberheim geworfen, den Hitlergruß gezeigt und ausländerfeindliche Parolen gerufen haben sollen, ermittelt die Bundeswehr disziplinarrechtlich. „Wenn beide Zeitsoldaten vernommen sind und alle Untersuchungsergebnisse vorliegen, wird der Divisionskommandeur entscheiden“, sagte Pressesprecher Oberstleutnant Markus Kirchenbauer. Die Konsequenzen könnten bis zur Entlassung aus der Bundeswehr reichen. Polizei und Staatsanwaltschaft ermitteln wegen Volksverhetzung und Sachbeschädigung.

FDP

Kubicki will ganz bescheiden in zweiter Reihe bleiben

Der schleswig-holsteinische FDP-Fraktionschef Wolfgang Kubicki will bei einem Wechsel in den Bundestag in der zweiten Reihe bleiben. Bei einer Neuauflage der schwarz-gelben Koalition werde er keinen Ministerposten beanspruchen, sagte der 61-Jährige. „Deutschland geht es dankenswerterweise nicht so schlecht, dass es meiner bedarf, um im Kabinett für Ordnung zu sorgen.“ Auch auf das Amt des Fraktionsvorsitzenden habe er keine Ambitionen. Kubicki bewirbt sich bei der Wahl am 22. September nach mehr als zehn Jahren Pause wieder um ein Mandat. Bei einer Rückkehr in den Bundestag wolle er in seinem Beruf als Rechtsanwalt weiterarbeiten.

Load-Date: July 24, 2013

Ansichtskarten aus dem Elend; Die Leiden der anderen: Andreas Schäfer schwankt zwischen Flüchtlingsdrama und Paartherapie

Die Welt

Samstag 24. August 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: LITERARISCHE-WELT; S. 4; Ausg. 197

Length: 726 words

Byline: Dana Buchzik

Body

Gabor Lorenz' entspannter Sommerurlaub wird jäh unterbrochen, als er auf einer griechischen Fähre einen blinden Passagier entdeckt. Gabor ist fasziniert und abgestoßen vom stechenden Schweißgeruch des Fremden, von der kalkweißen Staubschicht auf seinen fettigen Haaren. Der Arzt beäugt den **Flüchtling** wie ein Tier im Zoo und wirft ihm schließlich eine Tasche mit eben gekauften Bananen zu. Erst später fällt ihm ein, dass sich nicht nur Früchte, sondern auch Postkarten in der Tasche befinden, Karten, die Gabor in jedem Familienurlaub an seine Frau Berit schreibt, damit sie sich zu Hause an die schönsten gemeinsamen Momente des Jahres erinnert.

Gabor bringt es nicht über sich, Berit oder gar seinen Kindern, der pubertierenden Nele und dem kleinen Malte, davon zu berichten. Er hakt das Geschehene als Lappalie ab, um sein Schweigen vor sich selbst zu rechtfertigen. Dann aber treffen die ersten Postkarten ein, abgeschickt aus Modena, aus München und schließlich aus Berlin, wo Gabor mit seiner Familie lebt. Als dann Nele verschwindet, scheint das Drama perfekt.

Dass aus Andreas Schäfers Roman „Gesichter“ trotz eines vielversprechenden Einstiegs kein spannungsreiches Buch geworden ist, liegt vor allem an seinem wenig überzeugenden Protagonisten. Gabor ist ein Babyboomer der unsympathischsten Art: einer, der es leicht hat und trotzdem (oder gerade deswegen) versucht, sich das Leben schwer zu machen. Gabors Blick auf den namenlosen Flüchtling fehlt von Anfang an jede Empathie und damit jede realistische Einschätzung; die Entwicklung vom stark riechenden Zootier zum kaltblütigen Entführer ist fast schon absurd. Dass Schäfer versucht, den politischen Aufklärer zu spielen, macht die Sache nur schlimmer: Er lässt seinen Protagonisten im Internet recherchieren und dann allen Ernstes verkünden, dass Flüchtlinge ja sehr oft schlecht behandelt werden.

Schäfers moralisierende Einschübe machen schnell klar, dass von dem namenlosen Flüchtling keinerlei reale Gefahr ausgehen kann. Dem Autor scheint dieser Effekt nicht bewusst gewesen zu sein: Beharrlich arbeitet er sich an einem Spannungsbogen ab, der längst keiner mehr ist. Gabor gibt sich paranoiden Vorstellungen hin, fühlt sich verfolgt, obwohl er nur von Stagnation und Überdruß umgeben ist. Sein Vorgesetzter im Krankenhaus wirft ihm nicht zu Unrecht mangelnden Elan vor, und bei der Bewerbung um eine neue Stelle wird der Sinn von Gabors

Ansichtskarten aus dem Elend Die Leiden der anderen: Andreas Schäfer schwankt zwischen Flüchtlingsdrama und Paartherapie

Forschungsarbeit ganz offen in Zweifel gezogen. „Sagen Sie mal: Ich habe gelesen, dass Ihre Gesichtsblindheit in vielen Ländern gar nicht anerkannt ist. Als eigenständiges Krankheitsbild. Viele Ärzte halten sie für eine Begleiterkrankung von Autismus.“

Der 44-jährige Andreas Schäfer versucht, einen Familienvater zu porträtieren, der seinen Halt verliert, präsentiert jedoch nur einen Mann, der noch reizbarer und verschlossener ist als üblich. Gabors Forschung im Bereich der Gesichtsblindheit, der Unfähigkeit, einem vertrauten Gesicht die passende Identität zuzuordnen, bekommt im Verlauf der Geschichte etwas Zynisches. Er erkennt seine Nächsten zwar, ist jedoch blind für ihre Gefühle und Bedürfnisse. Dass seine Frau beispielsweise immer wieder Kontakt zu Gabors Freund und Kollegen Yann sucht, versteht Gabor nicht als Hilferuf einer Ehefrau, die sich unverstanden und vernachlässigt fühlt, sondern als Gefahr, die sich leicht ausschalten lässt: Er löst Yanns Arbeitsvertrag auf und glaubt sich von allen Unannehmlichkeiten befreit.

Schäfers Roman liest sich streckenweise wie das Fazit einer Paartherapie. Der eheliche Zusammenhalt wird nicht durch eine externe Person - in klassischen Szenarien ein Liebhaber, in diesem Fall ein Flüchtling - , sondern von Gabor selbst torpediert: Er ist so sehr darauf erpicht, souverän zu wirken, dass er mit seiner Unnahbarkeit seine Familie aufs Spiel setzt. Die bemühten Schockeffekte des Autors aber laufen ins Leere. In diesem Roman gerät niemand wirklich in Gefahr, abgesehen vom namenlosen blinden Passagier, dessen Geschichte im Dunkeln bleibt und der trotzdem als Stellvertreter realer Flüchtlinge fungieren muss. Schäfer erzählt im Tonfall dessen, der sich vom heimischen Sessel aus ein schweres Schicksal vorzustellen versucht: „Ihr Leben hatte sich in einen Albtraum verwandelt, dessen Schrecken darin bestand, dass die Zeit nicht verging.“

Andreas Schäfer: Gesichter. Dumont, Köln. 256 S., 19,99 .

Load-Date: August 24, 2013

**Aus aller Welt; Norwegen: Vergewaltigungsoffer aus Dubai wieder zu Hause
++ Indien: Schuldirektorin nach Tod von 23 Kindern gefasst ++ Australien:
Flüchtlingsboot vor Indonesien gesunken**

Die Welt

Donnerstag 25. Juli 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA; Kompakt; S. 23; Ausg. 171

Length: 302 words

Body

Norwegen

Vergewaltigungsoffer aus Dubai wieder zu Hause

Die in den Vereinigten Arabischen Emiraten wegen Sex außerhalb der Ehe verurteilte Norwegerin ist nach ihrer Begnadigung wieder zu Hause. Marte Deborah Dalelv, 24, landete am Mittwoch in Norwegen. Dalelv war nur knapp einer Gefängnisstrafe entgangen. Nachdem sie einen Kollegen wegen Vergewaltigung angezeigt hatte, war sie in der vergangenen Woche von einem Gericht in Dubai wegen Geschlechtsverkehrs außerhalb der Ehe und Falschaussage verurteilt worden. Der Fall hatte weltweit Empörung ausgelöst. Am Montag war die Norwegerin schließlich begnadigt worden. Auch der mutmaßliche Täter kam frei.

Indien

Schuldirektorin nach Tod von 23 Kindern gefasst

Eine Woche nach dem Tod von 23 Kindern durch vergiftetes Schulessen in Indien ist die flüchtige Direktorin gefasst worden. Die Frau habe sich den Behörden gestellt und werde nun verhört, teilte die Polizei mit. Für den Tod der Kinder im Alter zwischen vier und zwölf Jahren soll bisherigen Ermittlungen zufolge ein Insektenvernichtungsmittel verantwortlich sein, das sich in dem für das kostenlos verteilte Schulessen genutzten Bratöl befand.

Australien

Flüchtlingsboot vor Indonesien gesunken

Rund 200 Flüchtlinge aus dem Nahen Osten und Südasien sind in der Hoffnung auf ein neues Leben in Australien vor Indonesien im Sturm verunglückt. Rettungskräfte fanden vier Leichen und 157 Überlebende. Die Küstenwache und Fischer suchten noch nach rund 40 Vermissten. Die Aussicht, Überlebende zu finden, war gering. „Wir wissen

Aus aller Welt Norwegen : Vergewaltigungsoffer aus Dubai wieder zu Hause ++ Indien: Schuldirektorin nach Tod von 23 Kindern gefasst ++ Australien: Flüchtlingsbo....

noch nicht mal, wo genau das Boot gesunken ist", sagte der Sprecher, Rochmali, der wie viele Indonesier nur einen Namen trägt. Die Menschen aus Bangladesch, Sri Lanka, dem Irak und dem Iran wollten sich von Schleppern illegal auf die zu Australien gehörende Weihnachtsinsel bringen lassen.

Load-Date: July 25, 2013

End of Document

Integration: Deutschland holt auf; Aber Hochqualifizierte haben es schwer

Die Welt

Dienstag 4. Dezember 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: TITEL; S. 1; Ausg. 284

Length: 163 words

Body

Berlin - Bei der Integration von Zuwanderern auf dem Arbeitsmarkt hat Deutschland in den vergangenen Jahren Erfolge erzielt. Das geht aus einem Vergleich der Industrieländer hervor, den die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) vorstellte. 2010 gingen im Schnitt der OECD-Länder 65 Prozent der Migranten einer Beschäftigung nach. In Deutschland lag die Rate bei 64 Prozent, stieg aber besonders stark von 57 Prozent im Jahr 2000. Schwer haben es aber Hochqualifizierte und Zuwanderer, die im öffentlichen Sektor arbeiten wollen.

Während der Anteil der gering qualifizierten Zuwanderer am Arbeitsmarkt höher ist als der von in Deutschland Geborenen, finden hoch qualifizierte Migranten seltener einen Job als hier geborene Menschen mit entsprechendem Abschluss. Hoch qualifizierte Migranten würden nicht als hoch qualifiziert wahrgenommen. Mit elf Millionen Migranten ist Deutschland nach den USA weltweit das zweitwichtigste Aufnahmeland.

Seite 9

Load-Date: January 26, 2013

Snowden droht die Ausweisung - Ärger um Freihandelsabkommen

Die Welt

Mittwoch 3. Juli 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; S. 4; Ausg. 152

Length: 662 words

Byline: Claudia Ehrenstein

Martin Greive

Silke Mülherr

Body

Der von der US-Justiz verfolgte Ex-Geheimdienstler Edward Snowden stößt bei seiner weltweiten Suche nach Zuflucht bisher auf Ablehnung. Deutschland und andere europäische Länder wiesen am Dienstag darauf hin, dass Snowden einen **Asylantrag** nur auf ihrem Boden stellen könne. Der 30-Jährige hält sich seit über einer Woche im Transitbereich des Moskauer Flughafens Scheremetjewo auf. Seinen **Asylantrag** in Russland zog Snowden nach Behördenangaben zurück.

In Deutschland ist indes ein Debatte darüber entbrannt, ob die Bundesregierung Snowden Zuflucht gewähren sollte. Thomas Oppermann, Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, sagte, Snowden habe Anspruch auf ein rechtsstaatliches Verfahren. Wie bei jedem anderen Asylantrag sei zu prüfen, ob er politisch verfolgt werde. Die Grünen-Spitzenkandidaten Katrin Göring-Eckardt und Jürgen Trittin appellierten in einem Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), Snowden eine Aufenthaltserlaubnis nach Paragraph 22 des Aufenthaltsgesetzes zu erteilen. Danach könne Deutschland jemandem einen Aufenthalt gewähren, wenn dieser zur Wahrung der politischen Interessen des Landes beitrage.

SPD-Innenpolitiker Dieter Wiefelspütz hält die Anwendung dieses Paragraphen jedoch für ausgeschlossen. „Wollen wir zum Ausdruck bringen, dass die USA kein Rechtsstaat sind? Das kann ich mir nicht vorstellen“, sagte Wiefelspütz der „Saarbrücker Zeitung“. Dem Antrag Snowdens gab er nicht den „Hauch einer Chance“. Es sei zwar außerordentlich sympathisch „und in gewisser Weise sogar bewundernswert“, was Snowden gemacht habe. Doch sei Geheimnisverrat auch in Deutschland strafbar. „Snowden wird sich vor einem ordentlichen Gericht in einem ordentlichen Verfahren verantworten müssen, wie jeder andere auch.“

Snowden droht die Ausweisung - Ärger um Freihandelsabkommen

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) kündigte an, am Wochenende werde eine Delegation in die USA entsandt, um die Hintergründe des mutmaßlichen Abhörskandals zu klären. Das Vertrauen zu den US-Freunden sei durch „permanente Veröffentlichungen und Verdächtigungen“ erschüttert und müsse wiederhergestellt werden.

Angela Merkel hat indirekt Datenspionage durch den US-Geheimdienst verurteilt. Für die Wirtschaft müsse es verlässliche Rahmenbedingungen geben, und dazu gehöre, „dass man nicht ausspioniert wird - egal von wem“, sagte die Regierungschefin beim Besuch des Maschinenbauers Trumpf in Ditzingen. Die Unternehmen müssten ihr Know-how und ihr geistiges Eigentum schützen können. Es waren ihre ersten öffentlichen Äußerungen seit Beginn der Affäre zu dem Thema.

Die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton, deren Behörde Ziel der US-Bespitzelung geworden sein soll, habe von den Vorwürfen gegen den US-Geheimdienst erst aus den Medien erfahren, wie ihr Sprecher der „Welt“ sagte. In einem Telefonat mit US-Sicherheitsberaterin Susan Rice habe Ashton noch einmal „in aller Deutlichkeit“ erklärt, dass Brüssel schnell Antworten auf die offenen Fragen erwarte.

Verbraucherschutzministerin Ilse Aigner (CSU) sieht durch den Abhörskandal die Verhandlungen über ein transatlantisches Freihandelsabkommen belastet. „Freihandelsabkommen schließt man mit Partnern, denen man vertrauen kann“, sagte Aigner der „Welt“. Eine Freihandelszone sei zwar im Interesse beider Seiten. „Aber wir wollen es nicht um jeden Preis. Der Schutz der persönlichen Daten ist eine hart umkämpfte Errungenschaft, die wir verteidigen werden.“ Aigner stellt Bedingungen: „Alle Dienstleistungen von in den USA ansässigen Konzernen, die sich an den europäischen Markt richten, müssen dem Datenschutzrecht der EU unterliegen.“ Der Ökonom Klaus Zimmermann warnte allerdings: „Es wäre ein schwerer Fehler, die ohnehin komplizierten Verhandlungen jetzt mit weiteren Bedingungen zu belasten. Dann sind sie womöglich bereits gescheitert, bevor sie richtig begonnen haben.“ Sei das Zeitfenster aber erst einmal wieder geschlossen, dürfte es so bald auch nicht wieder zu öffnen sein.

„Wir wollen ein Abkommen nicht um jeden Preis“ Ilse Aigner, Verbraucherschutzministerin

Graphic

Getty Images/Adam Berry

Adam Berry

Load-Date: July 3, 2013

Mysteriöser Politkrimi in Chinas Provinz; Ein hoher Sicherheitschef soll um politisches Asyl in den USA gebeten haben - und wird daraufhin verhaftet

Die Welt

Freitag 10. Februar 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; S. 6; Ausg. 35

Length: 1021 words

Byline: Johnny Erling

Highlight: Hintergrund ist vermutlich ein Machtkampf zwischen dem Polizeichef und einem politischen Hoffnungsträger

Body

Peking

Ein mysteriöser Machtkampf tief im Inneren Chinas schlägt politische Wellen bis nach Washington. Er erschüttert im Vorfeld des am 5. März beginnenden Volkskongresses und der Parteitagswahlen im Oktober die Pekingener Führung. Im chinesischen Internet läuft die Gerüchteküche heiß: Der Sicherheitschef des Stadtstaates Chongqing, Wang Liqun, soll am Dienstag im US-Konsulat von Chengdu um politisches Asyl nachgesucht haben. Mittlerweile ist er angeblich Chinas Behörden überstellt. An das Schicksal Wangs knüpft sich auch die politische Zukunft von Chongqings Parteichef Bo Xilai, der bisher immer als politisches Schwergewicht in der zukünftigen Führungsstruktur Chinas gilt.

Vor allem diese hochkarätige Personalie sorgt dafür, dass sich chinesische Mikroblogs mit Spekulationen über den Politkrimi in der Provinz überschlagen. Peking versucht bereits abzuwehren. Vizeaußenminister Cui Tiankai sagte der Nachrichtenagentur Reuter, dass die Ereignisse um Wang Liqun den am kommenden Dienstag beginnenden USA-Besuch von Chinas Vizepräsident Xi Jinping nicht beeinträchtigen würden. Offiziell sind bislang nur drei Fakten gesichert: Wang Liqun hatte am Dienstagabend das 300 Kilometer von Chongqing entfernte nächstgelegene US-Konsulat in Chengdu aufgesucht. Sprecherin Victoria Nuland vom US-Außenministerium bestätigte in Washington, dass Gespräche mit US-Beamten im Konsulat stattfanden. Wang hätte das Konsulat „später aus eigenen Stücken“ verlassen. Sie sagte nichts über ein Asylgesuch: „Wir geben zu solchen Fragen grundsätzlich keine Auskunft.“ Augenzeugen in Chengdu bestätigten gegenüber der „Welt“, dass am Dienstagabend Kolonnen von Polizeiwagen das US-Konsulat regelrecht umstellt hatten. Erst Mittwochmorgen sei der Zugang wieder frei gewesen.

Die Gerüchteküche heizten außerdem zwei innerhalb von fünf Tagen veröffentlichte Bekanntmachungen der Stadt Chongqing zu Wang Liqun an. Am 3. Februar wurde seine Absetzung als Polizeichef der Stadt und seine

Mysteriöser Politkrimi in Chinas Provinz Ein hoher Sicherheitschef soll um politisches Asyl in den USA gebeten haben - und wird daraufhin verhaftet

Neuberufung in das Amt als Vizebürgermeister für Kultur, Erziehung und Umwelt gemeldet. Nur fünf Tage später verbreitete die Stadtregierung, dass Wang aus gesundheitlichen Gründen plötzlich eine „bewilligte Auszeit“ nehmen müsse. „Wegen langzeitiger Überarbeitung, Überbelastung und psychischem Stress hat sich seine Gesundheit so verschlechtert, dass er sich einer Rehabilitationskur unterziehen muss“, hieß es in der Mitteilung.

Die Krankmeldung hoher Funktionäre hat Tradition, wenn sie in politisch gefährliches Fahrwasser geraten sind. Die Krankenwächter über die „Erholungskur“ für Wang, so höhnen Blogger im Internet, dürften aus den Reihen der Peking State Security kommen, vermutlich aber von der ZK-Disziplinungskommission. Die parteiinterne Polizei hat das Recht, innerparteiliche Festnahmen und Verhöre vorzunehmen. Im Internet wurde am Donnerstag hundertfach auf einen Mikroblog verlinkt, der unzensuriert blieb und als dessen Autor der Journalist Ge Xun zeichnet. Nach dessen Version soll Wang Liqun am 7. Februar die US-Konsulatsbeamten mit Informationen über die internen Machtkämpfe und die Rolle Bo Xilais informiert und um Asyl nachgesucht haben. Der alarmierte Parteichef Bo habe daraufhin seinen Bürgermeister Huang Qifan mit Polizeikonvois zum Konsulat geschickt. Wang habe erst nach vielen Stunden das Konsulat verlassen. Auf der Straße soll er laut geschrien haben, dass er „ein Opfer Bo Xilais“ sei, der vor „Ehrgeiz brennt“. Zwischen Chongqings regionaler Polizei unter Bürgermeister Huang Qifan und der Peking State Security sei es zu einem Gerangel gekommen, wer Wang abführen dürfe. Pekings Zentralbehörde hätte sich durchgesetzt. Am 8. Februar sei Wang früh vom Chengduer Flughafen Shuangliu nach Peking geflogen worden.

Der 52 Jahre alte Wang organisierte seit Juli 2008 als neuer Polizeichef von Chongqing den Kampf gegen Dutzende mafiaartiger Verbrechergangs, die unter dem Schutz korrupter Parteifunktionäre und Stadtbeamte viele Wirtschaftszweige beherrschten. Darunter fallen öffentliche Ausschreibungen, Baugeschäfte, organisiertes Glücksspiel bis hin zu Bordellen. Um die Jangtsestadt als Machtbasis für sich auszubauen, hatte der 2007 neu ernannte Parteichef Bo Xilai seinen einstigen Gefährten Wang nach Chongqing geholt. Wang war zuvor Bos polizeilicher Wadenbeißer und Gefolgsmann in der Provinz Liaoning gewesen. Der legendäre Kriminalitätsbekämpfer begleitete also den Aufstieg Bos, der sich Hoffnungen macht, im Oktober in Chinas innerer Führung des Politbüroausschusses aufzusteigen. Der 62 Jahre alte Bo will beim 18. Parteitag Mitglied der neunköpfigen neuen Machtelite unter dem designierten künftigen Staats- und Parteichef Xi Jinping werden.

Tatsächlich erwies sich der hochrangige Polizist Wang für Bo als genau der richtige Mann. Als Kämpfer gegen organisierte Kriminalität hatte er sich seit 1984 so hervorgetan, dass Gangster ein Kopfgeld von 600 000 Euro auf ihn ausgesetzt haben sollen. Im Juli 2008 übernahm Wang die Aufgabe, mit den kriminellen Strukturen in Chongqing aufzuräumen. Tausende Verdächtige in insgesamt 1907 Verbrechensfällen wurden verhaftet: darunter auch Millionäre, hohe Stadtbeamte, Polizeioffiziere und Parteifunktionäre, die die Banden angeblich schützten. Während der härtesten „Law and Order“-Phase zwischen Juni 2009 und Ende 2010 wurden so 231 mafiaähnliche Banden und 57 Personen zum Tode verurteilt, von denen 13 hingerichtet wurden. Wang und Bo Xilai sind inzwischen aber wegen ihrer ausufernden Antikriminalitätskampagne in die Kritik vieler Juristen geraten. Angeblich soll ein Pekingischer Untersuchungsausschuss die Vorgänge in Chongqing bereits unter seine Lupe genommen haben.

Wie man vom Verfolger zum Verfolgten werden kann, zeigt das Beispiel von Wen Qiang. Der einstige Polizei- und Justizchef von Chongqing wurde wegen schwerster Korruption am 14. Juli 2010 hingerichtet. Bevor er starb, soll er noch eine Warnung an Wang Liqun gerichtet haben, der die Ermittlungen leitete: „Was mir heute passiert, wird dir morgen passieren!“

„Wegen Überarbeitung muss er sich einer Rehabilitationskur unterziehen“ Offizielle Begründung für die Abwesenheit des Polizeichefs

Load-Date: February 10, 2012

Welches Land hat solche Helden nötig?; Die Kolumne von Fritz J. Raddatz

Die Welt

Samstag 7. September 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: LITERARISCHE-WELT; Der Nörgler; S. 4; Ausg. 209

Length: 662 words

Byline: Fritz J. Raddatz

Body

Ein Gespenst geht um in Europa „ - so begann einst im Jahre 1848 ein schmales Pamphlet, im Laufe der Zeit in Millionenaufgabe verbreitet. Das Gespenst unserer Tage hat einen anderen Namen: Held. Der Begriff wird so inflationär - abgegriffen wie die Ein-Cent-Münze, die demnächst abgeschafft wird.

In Umlauf gebracht wurde diese kleine Währung in der Debatte über die sogenannte Snowden-"Affäre,,; hin und her rollte sie, tobte der Gewitterstreit, ob der junge Amerikaner nun ein Spion sei, ein Verräter oder ein Held. Dazu ist zumindest zweierlei zu sagen. Da der im so demokratischen Russland Untergekommene nun wohl, Glückwunsch, Gérard Depardieu heiraten muss, darf man immerhin erinnern an des noblen Wutbürgers Rolf Hochhuth Appell, dem Mann doch in Deutschland Asyl zu gewähren, aus dem nach 1933 so viele fliehen mussten, die Asyl fanden in Mexiko oder Bogotà, Shanghai oder Brasilien - und, last but not least, in den USA. Ein Ruhmesblatt für diese Staaten. Der Herr Obama würde gewiss keine Stealth-Bomber gen Berlin aufsteigen lassen.

Die zweite Nachdenklichkeit gilt der deutschen Krankheit Vergesslichkeit. Zu meiner Verwunderung hat niemand in dem Streit je den Namen Klaus Fuchs genannt. Dieser Atomphysiker, Sohn des religiösen Sozialisten Emil Fuchs (der nach 1945 eine Theologie-Professur in Leipzig innehatte), antifaschistischer England-Emigrant, dann mit USA-Asyl-Aufenthalt Kopf der Atomphysiker in Los Alamos, war der Mann, der das Geheimnis der amerikanischen Atombombe, die Formeln zu ihrer Herstellung an die Sowjetunion verriet. Vielleicht war er durch diesen Akt von Spionage der Architekt des "Gleichgewichts der Kräfte,,. Da britischer Staatsbürger, wurde er von den Engländern nicht ausgeliefert, sondern in London verurteilt und inhaftiert, nach fairem Vollzug von den britischen Behörden vorzeitig freigelassen und durfte in die DDR ausreisen - wo er bis zu seinem Tod 1988 hochgeehrt lebte. Verräter? Spion? Held?

Dieses Wort schmeckt mir bitter auf der Zunge. Wenn schon, dann war nach meinem Dafürhalten Graf Stauffenberg ein Held, der - wie seine Mitverschwörer, wie die Geschwister Scholl - seine Freiheit riskierte, sein Leben drangab; der höchste Preis, den ein Mensch zahlen kann. Man nimmt solchen Menschen noch einmal die Würde, die Größe, faseln Journalisten nun allenthalben von "Helden,, - ein Papperlapapp der Gedankenlosigkeit. Da ist der sympathische Schlagersänger Reinhard Mey "Ein Held der Deutschen,,; da faselt eine Dame in der "FAZ,,

Welches Land hat solche Helden nötig? Die Kolumne von Fritz J. Raddatz

über eine Autorin, sie mache "den Leser zum Helden,,; da wird ein deutscher Söldner, der - um seine häuslichen Schulden loszuwerden - bei einem privaten Sicherheitsunternehmen in Afghanistan anheuert und von Taliban erschossen wurde, zum "tapferen Helden,,.

Gewiss, jeder Tote ist ein Toter zu viel. Dieses Wort jedoch ist hier unangebracht. Empörend gar, dass die vom Bauer-Verlag verantwortete Groschenheftreihe "Der Landser,, nicht nur die Hitler-Wehrmacht als Reservat alter Ritterlichkeit hochleben lässt, sondern allerlei Gelichter dieser barbarisch agierenden Vernichtungsarmee zu "Helden,, verklärt. Im Auftrag des Simon Wiesenthal Center New York hat der deutsche Forscher Stefan Klemp festgestellt, dass von 29 "historischen Helden,, 24 nachweislich an Kriegsverbrechen beteiligt waren. Pfui Spinne.

Eklig nun ist Mr. Snowden nicht. Etwas dubios schon. Man wüsst' doch ganz gerne, wie (mit Kreditkarte? nicht gesperrt?) und wovon er all das bezahlt: Interkontinentalflüge; wochenlangen Hotelaufenthalt; Anwälte. Ist er nun ein enorm spezialisierter Hochstapler, ein hochintelligenter Dummkopf, ein naiver Menschheitsbeglucker? Kennt er etwa des Amerika-Emigranten Brecht Stück "Leben des Galilei,,; dessen Anti-Held dem Schüler Andrea Sarti mit auf den Weg gibt, er möge die "Discorsi,, hinausschmuggeln - "die Wahrheit unter dem Rock,,? Wir jedenfalls kennen den Satz des "armen BB,,: "Unglücklich das Land, das Helden nötig hat." Held oder Verbrecher: Wie glücklich oder unglücklich ist Amerika?

Graphic

Archiv

Load-Date: September 7, 2013

End of Document

Kultur des Betrugs

Die Welt

Montag 16. Januar 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; Leserbrief; S. 2; Ausg. 13

Length: 172 words

Byline: Oliver Jeges

Body

Zu: „Kleine Erfolge bei der Integration“ vom 13.1.

Die Migrationsbeauftragte der Bundesregierung feiert sich und die Fortschritte bei der Integration. Es werden aber wichtige Fragen und Probleme von Frau Böhmer kleingeredet. Nichts erwähnt sie zum Problem der Parallelgesellschaften in vielen Stadtteilen unserer Großstädte. Wie steht die Staatsministerin zu den dort praktizierten rechtsfreien Räumen? Das Ordnungsrecht und viele deutsche Gesetze werden dort ignoriert. Warum wird das Problem der lebenslangen Alimentierungen für viele Migranten zulasten der Steuerzahler nicht offengelegt? Wie stehen Bundesregierung, aber auch die Oppositionsparteien dazu, dass deutsche Sozialgerichte Sozialhilfebetrug bei Migranten inzwischen ausdrücklich als „kulturelle Besonderheit“ akzeptieren und auf Rückzahlung verzichten? Dies schreibt ein überzeugter Demokrat und keinesfalls ein Rechtsradikaler. Es wurde ausdrücklich in der Zuwanderungsfrage nicht der Weg wie in Kanada, Australien oder Neuseeland beschritten.

Günter Steffen, Lemwerder

Load-Date: January 16, 2012

Deutschland Kompakt I; Schwerbehinderte: Sozialverband kritisiert hohe Arbeitslosigkeit ++ Asyl: Bundestag gegen Aufhebung des Leistungsgesetzes ++ FDP: Niebel stößt mit Vorschlag zu Doppelspitze auf Kritik ++ Altersarmut: Grüne stellen eigenes Konzept vor ++ Atomendlager: McAllister rückt von Gorleben ab

Die Welt

Freitag 30. November 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Kompakt; S. 4; Ausg. 281

Length: 750 words

Body

Schwerbehinderte

Sozialverband kritisiert hohe Arbeitslosigkeit

Menschen mit Behinderungen gehören nach Ansicht des Sozialverbands Deutschland (SoVD) klar zu den Verlierern am Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenquote bei Schwerbehinderten liege mit 14,8 Prozent weit über der allgemeinen Quote von 7,7 Prozent, sagte SoVD-Präsident Adolf Bauer in Berlin. Der Verband legte einen Forderungskatalog zur gezielten Unterstützung behinderter Arbeitnehmer vor. Am wichtigsten sei eine Informationskampagne. So sei wenig bekannt, dass die meisten Schwerbehinderten gut qualifiziert seien. Arbeitgeber müssten stärker in die Pflicht genommen, aber auch besser unterstützt werden, wenn sie Schwerbehinderte einstellen. Die „Welt“ hatte unter Berufung auf interne Statistiken der Bundesagentur für Arbeit berichtet: Während die Arbeitslosigkeit insgesamt seit 2008 um acht Prozent zurückgegangen sei, sei sie unter den Schwerbehinderten um acht Prozent gestiegen.

Asyl

Bundestag gegen Aufhebung des Leistungsgesetzes

Der Bundestag hat die Aufhebung des umstrittenen Asylbewerber-Leistungsgesetzes mit großer Mehrheit abgelehnt. Gegen Anträge der Grünen und Linken stimmten die schwarz-gelbe Regierungskoalition und die SPD. Die Sozialdemokraten forderten eine Reform des Gesetzes. Auch dies wurde mit der Koalitionsmehrheit abgelehnt. Vorausgegangen war ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 18. Juni. Demnach verstoßen die seit 1993 unveränderten Leistungen gegen das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum. Seitdem haben die Länder die Regelsätze erhöht, eine Neuregelung auf Bundesebene steht aber noch aus.

Deutschland Kompakt I Schwerbehinderte: Sozialverband kritisiert hohe Arbeitslosigkeit ++ Asyl: Bundestag gegen Aufhebung des Leistungsgesetzes ++ FDP: Niebel s....

FDP

Niebel stößt mit Vorschlag zu Doppelspitze auf Kritik

Entwicklungsminister Dirk Niebel ist mit seinem Vorschlag einer Wahlkampf-Doppelspitze der Liberalen intern auf Kritik gestoßen. Der schleswig-holsteinische Fraktionschef Wolfgang Kubicki sagte, der Vorstoß löse bei ihm „Erstaunen und Kopfschütteln“ aus. Der Chef der Jungen Liberalen, Lasse Becker, sagte, die Julis kommentierten nicht jeden „unsinnigen Vorstoß eines unserer Egomane aus der Partei- oder Fraktionsführung“. Auch andere führende FDP-Mitglieder sagten, sie hielten von der Idee nichts. Vermutet wurde in Parteikreisen, Niebel wolle sich möglicherweise selbst für einen Posten ins Spiel bringen. Dieser hatte in der „Rheinischen Post“ gesagt: „Sie sehen auch bei der SPD, dass ein Spitzenkandidat nicht zwingend Parteichef sein muss.“ Gewöhnlich gelte aber ein Vorsitzender als potenzieller Spitzenkandidat, „es sei denn, es gibt gute Gründe, das anders zu entscheiden“. Der FDP ist es bislang nicht gelungen, aus dem Umfragetief zu kommen. Das Schicksal von Parteichef Philipp Rösler gilt als eng verbunden mit der Landtagswahl am 20. Januar in Niedersachsen, wo es eine schwarz-gelbe Regierung zu verteidigen gilt.

Altersarmut

Grüne stellen eigenes Konzept vor

Auch die Grünen haben nun ein Konzept gegen die wachsende Altersarmut. Bundestagsfraktionschefin Renate Künast stellte in Berlin die Pläne für eine Garantierente von 850 Euro im Monat vor. Das Modell sei durchgerechnet und zielen genau auf die Gruppen, die am stärksten von Altersarmut bedroht seien, sagte Künast. Dies seien westdeutsche Frauen und Ostdeutsche, die vor der Rente lange arbeitslos waren. Die Grünen wollen Mini-Renten von Geringverdienern dann aufstocken, wenn sie mindestens 30 Jahre gesetzlich versichert waren. Im Unterschied zur „Solidarrente“ der SPD und zur „Lebensleistungsrente“ der Union sind bei den Grünen die Hürden damit niedriger. Den Vorstellungen der Grünen zufolge sollen Frauen, deren Kinder ab August 2013 geboren werden, später pro Kind drei Jahre bei der Rente angerechnet bekommen. Eine zusätzliche private Vorsorge ist nicht Bedingung für die Garantierente.

Atomendlager

McAllister rückt von Gorleben ab

Niedersachsens Ministerpräsident David McAllister (CDU) hält den Salzstock Gorleben als Endlager für ungeeignet. Das Land setze sich dafür ein, dass für die Endlagerung hochradioaktiven Mülls die Rückholbarkeit gewährleistet sei, sagte er der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Nach den Erfahrungen mit dem Endlager im Asse-Salzstock sei dies naheliegend. Wenn Rückholbarkeit jedoch ein Kriterium sei, habe sich Salz als Endlagermedium und damit Gorleben ohnehin erledigt. Gleichzeitig beharrte McAllister aber darauf, dass der Standort weiter in die Suche nach einer geeigneten Endlagerstätte einbezogen werden müsse. Er lobte die Haltung der Grünen, die Ähnliches auf ihrem jüngsten Bundesparteitag beschlossen hätten.

Load-Date: January 26, 2013

*Aus dem Shtetl nach Hollywood; Wie jüdische Migranten den
amerikanischsten aller Träume mitformten, zeigt die Wiener Ausstellung
„Bigger than Life“*

Die Welt

Montag 16. April 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: KULTUR; S. 22; Ausg. 89

Length: 966 words

Byline: Paul Jandl

Body

Das musste auch einmal gesagt werden: „1. Ja, es gibt eine Menge Juden im Filmgeschäft. 2. Nein, wir haben Jesus nicht umgebracht.“ Im Jahr 2007 hat der Filmemacher David Mamet mit seinem Essay „Jews in the Show-Business“ noch einmal den Versuch unternommen, den halsstarrigsten Verschwörungstheoretikern unter den Hollywood-Verächtern mit Ironie zu kommen. Ein Schlusstrich unter eine Debatte? Mitnichten. Aber wenigstens hatte sie damals schon einen ziemlichen Bart. Die Frage, wer in der Filmindustrie das Sagen hat, ist so alt wie das hundertjährige Hollywood. Zu mächtig ist der Einfluss des Kinos auf das Leben, als dass man sich nicht auch vor denen gefürchtet hätte, die es machen.

Wie Hollywood wurde, was es in seinen besten Jahren war, zeigt das Jüdische Museum in Wien in einer großen und großartigen Ausstellung. „Bigger than Life. 100 Jahre Hollywood. Eine jüdische Erfahrung“ heißt die Schau, in der zahllose Filmausschnitte und staunenswertes Material aus hundert Jahren Kino gezeigt werden. Eine Dose vom berühmten weißen Theatrical Face Powder des als Maximilian Faktorowicz geborenen Max Factor ist zu sehen, ein Muschel-Mutoscope der Jahrhundertwende, das als Filmbetrachter diente, und der Baseballschläger des „Bärenjuden“ aus „Inglourious Basterds“. Die falschen Zähne von Harpo Marx und seine blonde Perücke legen die Fährte zum jüdischen Humor, der auf lange Sicht jedenfalls über seine Gegner triumphierte.

Mit dem Erfolg Hollywoods begann auch die Propaganda seiner Gegner zu laufen. Und die bediente sich am liebsten antijüdischer Stereotype. Die Juden in der amerikanischen Filmindustrie wurden wahlweise als Kapitalisten oder Kommunisten beschimpft, als dahergelaufene Vaterlandsverräter oder Christenfeinde, vor allem aber als übersexualisierte Jugendverderber, die sich an der Moral der protestantischen und katholischen Bevölkerung vergreifen wollten. Nichts ist weniger richtig als dieses Vorurteil. Denn Hollywoods frühes Kino war eine tiefe Verneigung vor den amerikanischen Werten der Familie und der Freiheit. Dass MGM-Chef Louis B. Mayer seinen Geburtstag auf den Tag der Unabhängigkeitserklärung festsetzte, ist mehr als nur Privatmythologie. Es ist ein Bekenntnis.

Aus dem Shtetl nach Hollywood Wie jüdische Migranten den amerikanischsten aller Träume mitformten, zeigt die Wiener Ausstellung „Bigger than Life“

Das Kino Hollywoods war schon deshalb eine Traumfabrik, weil es auch ein Gegenentwurf zu jenen tristen Verhältnissen sein sollte, aus denen die Mitbegründer des Mythos kamen. Aus dem Shtetl, der politischen Verfolgung und der Armut Osteuropas sind viele der Pioniere nicht nur ins gelobte Amerika geflohen, sondern auch in die glamourösen und fantastisch sauberen Welten des Films. Am Stadtrand von Los Angeles lag das Eretz Israel einer revolutionären Kunstform, die bald die früheren Heimaten vergessen lassen sollte. Das württembergische Laupheim, Tulchva und Risce in Ungarn, das polnische Krasnosielc und die Städte Minsk und Warschau waren Geburtsorte der großen Studiogründer Hollywoods. Carl Laemmle (Universal), Schmuël Gelbfisz (Goldwyn), Louis B. Mayer (MGM), Adolph Zukor (Paramount), Harry Cohn (Columbia) und die Brüder Harry, Sam, Albert und Jack Warner (Warner Bros.) haben ihren Weg aus ärmlichsten Verhältnissen nach ganz oben gemacht.

Die Ausstellung dokumentiert ihre Lebensläufe, und sie zeigt, dass es gerade auch jüdische Künstler waren, die die amerikanischsten aller Mythen mitgeformt haben. Ein Foto zeigt den späteren Kinokönig Adolph Zukor noch als biederer Kürschner, er musste seine Biografie weniger verstecken als so mancher Schauspieler, dem seine jüdischen Wurzeln hätten schaden können. Für Theda Bara, Tochter eines jüdischen polnischen Schneiders und erster Vamp der Filmgeschichte, wurde eine exotische Herkunft erfunden; Max Aronson, der als Broncho Billy Anderson zum frühen Westernstar wurde, musste seine Familienbiografie ebenfalls verleugnen.

Vielleicht ist es ein ironischer Zufall, dass der Film „The Jazz Singer“ sowohl thematisch als auch technisch 1927 zum herausragenden Ereignis wurde. Es war ein All-American-Movie mit einem jüdischen Thema. Mitten im dargestellten Konflikt zwischen Vater und Sohn, zwischen orthodoxem Judentum und einer profanen Sängerkarriere beginnt der Film zu sprechen. Das leitet den Durchbruch des Tonfilms ein. Die jüdischen Themen bleiben künftig in Hollywood trotz des großen personellen Einflusses im Hintergrund. Auf subtile Weise deckt die Wiener Ausstellung Spuren auf. Mit „Casablanca“ haben Warner Brothers 1942 Dutzenden europäischen Emigranten filmisches Exil gewährt. War den Amerikanern das politische Thema fern, so war es den Schauspielern, Beleuchtern, Kostümbildnern sehr nah. Der Regisseur Michael Curtiz, geboren als Manó Kaminer Kértész in einer jüdischen Familie in Budapest, war da nur Teil eines illustren Ensembles.

Dass die Juden im Gegensatz zu den Italienern oder Iren für den Hollywood-Film als Gangster offenbar nicht taugten, zeigt die Ausstellung ebenso, wie sie die drei Marx-Brothers zur Verkörperung der freudschen Trias aus Es, Ich und Über-Ich erklärt. Seltsam, psychologisch, aber vielleicht nachvollziehbar ist die Tatsache, dass jüdische Themen lange Zeit nicht explizit aufgegriffen wurden. Erst als Woody Allen in seinen Filmen New York zum Biotop jüdischer Identität und Selbstbefragung machte, haben sich die Dinge verändert. Von den späten Siebzigerjahren an gab es eine filmische Auseinandersetzung mit der Schoah, die von „Holocaust“ (1978) bis zu „Schindlers Liste“ reicht.

Ironisch geben die Brüder Coen mittlerweile Entwarnung: „No Jews were harmed in the making of this movie“, heißt es im Abspann ihres Films „A Serious Man“ von 2009. Siebzig Jahre nach dem Holocaust sind die Juden im Film selbstironische und selbstbewusste „Basterds“. Bei den Brüdern Coen ist ihre Waffe so amerikanisch wie überhaupt nur möglich: ein Baseballschläger.

Jüdisches Museum Wien. Bis 1. Mai

Graphic

Photofest Archives

Vor dem Chinese Theatre des jüdischen Filmunternehmers Sid Grauman am Hollywood Boulevard verewigten sich auch Marilyn Monroe und Jane Russel

Aus dem Shtetl nach Hollywood Wie jüdische Migranten den amerikanischsten aller Träume mitformten, zeigt die Wiener Ausstellung „Bigger than Life“

Load-Date: April 16, 2012

End of Document

Das Ich entscheidet; Quoten und verschiedene Formen der Inklusion sollen Gleichheit für benachteiligte Gruppen herstellen. Das hat seinen Preis: Durch die Zuordnung in ein Kollektiv wird der Einzelne entindividualisiert

Die Welt

Donnerstag 18. April 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; Leitartikel; S. 3; Ausg. 90

Length: 1022 words

Byline: Richard Herzinger

Body

Die Einführung einer gesetzlichen Frauenquote bei der Besetzung von Aufsichtsräten mag seine gesellschaftliche Rationalität haben - anders scheint die Einbeziehung weiblicher Kräfte in führende Positionen der Wirtschaft, zumindest in dem von Teilen der Politik geforderten Tempo, nicht durchsetzbar. Doch steht die Einteilung des Einzelnen in Kontingente, die dann per staatlichem Zwang mit anderen entsprechend definierten Gruppen gleichgestellt werden, in auffälligem Kontrast zu einer gesellschaftlichen Entwicklung, die von der Auflösung traditioneller kollektiver Milieus und einer damit einhergehenden Individualisierung gekennzeichnet ist.

Die Quotierung nach Geschlechtern setzt eine Logik in Gang, die konsequenterweise in eine Art Durchquotierung der Gesellschaft münden müsste. Wenn es eine Frauenquote gibt, was spricht dann etwa gegen eine Behinderten- und **Migrantenquote**? Unter dem Schlagwort der „Inklusion“ sind allenthalben Bestrebungen im Gange, benachteiligten Gruppen die gleichen Lern- und Arbeitsbedingungen zukommen zu lassen wie allen anderen. Dieses Streben nach einer vollständig gleichgestellten Gesellschaft, die, wie es so schön heißt, „niemanden zurücklässt“, führt jedoch paradoxerweise zu einer Aufteilung der Gesellschaft in einen Flickenteppich von Gruppen und Kohorten, über die das Individuum dann jeweils definiert wird.

Das steht in einem eigenartigen Kontrast zu dem Selbstbild einer Gesellschaft, deren Bürger Selbstbestimmung und Eigenverantwortung als höchste Werte hochhalten. Der Werbeslogan einer Bank lautet: „Unterm Strich zähle ich“. Das könnte als Motto einer Bürgergesellschaft gelten, in der sich autonome Individuen in ihre persönliche Lebensgestaltung von möglichst niemandem mehr hineinreden lassen wollen. Dass der Einzelne seinen Lebensweg individuell ausgestaltet und die staatlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen die Räume schaffen, um diese Selbstverwirklichung zu ermöglichen, gilt dieser Bürgergesellschaft als Ideal. Von dieser modernen, offenen Gesellschaft profitieren übrigens wohl am meisten die Frauen, die auf diese Weise der Fremdbestimmung durch patriarchal beherrschte Familien- und Gesellschaftsstrukturen entkommen konnten.

Das Ich entscheidet Quoten und verschiedene Formen der Inklusion sollen Gleichheit für benachteiligte Gruppen herstellen. Das hat seinen Preis: Durch die Zuordn....

Doch parallel zu diesem fortlaufenden Prozess der Individualisierung macht sich ein wachsendes Unbehagen an ihm breit, das sich in dem immer häufiger erhobenen Vorwurf eines grassierenden Egoismus ausdrückt. Offenbar verlässt die sich im Privaten selbstbewusste Ich-Gesellschaft der Mut vor der eigenen Courage, wenn es gilt, eigene Ansprüche auf der gesellschaftlichen Ebene durchzusetzen. Dann wächst offenbar die Sehnsucht, sich wieder einem übergeordneten „Wir“ zuordnen zu können, das die Verheißung enthält, der Einzelne könne im Verbund mit der wärmenden Gemeinschaft einer Gruppe den harten Konsequenzen des Konkurrenz- und Leistungsprinzips entkommen, welches die Kehrseite des Lebens in individueller Freiheit ist.

Durch die Quote verwandelt sich das auf dem Markt der Möglichkeiten konkurrierende Individuum wieder in den Teil eines größeren Ganzen zurück. Wer mithilfe einer Quote in eine führende Position kommen kann, sieht sich durch ein großes Kollektiv, etwa der Gesamtheit aller Frauen, getragen und gestärkt. Der Preis dafür ist freilich, dass dann umgekehrt jede einzelne Frau allen anderen Frauen dieselbe Loyalität schuldig ist, die sie von diesen einfordert.

Eine Illusion ist es zudem, dass das Zurück zum Wir den Egoismus und das Konkurrenzverhalten derer, die sich unter diesem Emblem versammeln, effektiv einschränken oder sogar ausschalten kann. Unter dem heimeligen Deckmantel des Wir lassen sich egoistische Bestrebungen vielmehr hervorragend verstecken. Eine Karrierefrau etwa, die nach oben will, hat außer dem Argument ihrer Leistungskraft unter den Bedingungen der Quote immer noch das Zusatzargument, eine Frau zu sein und daher die Unterstützung von Geschlechtsgenossinnen beanspruchen zu können, selbst wenn diese ihr als Individuum herzlich abgeneigt sind.

Tatsächlich kommt es - entgegen der jüngst geäußerten Theorie, in unserer Gesellschaft herrsche nur noch die nackte Rücksichtslosigkeit des Ego - höchst selten vor, dass egoistische Interessen ganz unverblümt und ohne die Camouflage geäußert werden, das eigene Bestreben diene dem Wohl eines übergeordneten Kollektivs oder einer guten Sache. Womöglich aber wäre unsere Gesellschaft besser dran, wenn es eine solche Offenheit gäbe, mit der individuelle Ansprüche ohne süßliche moralische Verpackung artikuliert werden. Denn das würde zu mehr Klarheit in der Einschätzung der anderen und somit zu mehr Rationalität im Umgang miteinander führen.

Individualisierung und Vergemeinschaftung stehen in modernen liberalen Gesellschaften in einem eigentümlichen, nicht aufhebbar Spannungsverhältnis zueinander. Ist es doch die Intention von Quoten sowie der verschiedensten Formen von „Inklusion“, jedem einzelnen Individuum durch Beseitigung gesellschaftlich bedingter Nachteile ein Höchstmaß an Entfaltungsmöglichkeiten zu verschaffen. Doch um den Einzelnen für dieses sozialtechnische Vorhaben passgerecht zu machen, wird er zunächst einmal als anonymes Mitglied einer zu fördernden Gruppe behandelt und nicht zuvörderst als Individuum mit seinen jeweils spezifischen Fähigkeiten und Schwächen.

Gerade in Deutschland mit seiner tiefsitzenden Tradition der Skepsis gegenüber „auflösendem“ und „atomisierenden“ Individualismus und Liberalismus, die in der berühmten Parole „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ kulminierte, herrscht dabei noch immer die Vorstellung vor, der heilsbringende Weg zu einer humaneren Gesellschaft bestehe in dem vom Ich zum Wir. Tatsächlich aber hat die Gesellschaft ihre Fortschritte in Richtung eines freieren, toleranteren Umgangs untereinander dem Aufbrechen vorgefertigter kollektiver Abhängigkeiten zu verdanken.

Es ist daher durchaus Wachsamkeit geboten angesichts der Gefahr, dass im Namen unterstützungswürdiger Werte wie Gleichberechtigung und Förderung der Schwächeren alte Formen der Gemeinschaftsideologie wiederbelebt werden.

Das offene Aussprechen egoistischer Interessen könnte die Gesellschaft humaner machen

Graphic

Das Ich entscheidet Quoten und verschiedene Formen der Inklusion sollen Gleichheit für benachteiligte Gruppen herstellen. Das hat seinen Preis: Durch die Zuordn....

© JÖRG KRAUTHÖFER

Load-Date: April 18, 2013

End of Document

Assanges Auftritt in London

Die Welt

Montag 20. August 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; S. 7; Ausg. 194

Length: 378 words

Body

Wikileaks-Gründer Julian Assange hat US-Präsident Barack Obama aufgefordert, die „Hexenjagd“ auf seine Organisation zu beenden. Bei einem mit Spannung erwarteten Auftritt von einem Balkon der ecuadorianischen Botschaft in London dankte der 41-Jährige am Sonntag Ecuadors Präsident Rafael Correa für seinen „Mut“, ihm Asyl gewährt zu haben. Ein Wikileaks-Sprecher forderte von Schweden eine Garantie, Assange nicht an die USA auszuliefern.

„Ich fordere Präsident Obama auf, das Richtige zu tun: Die USA müssen ihre Hexenjagd auf Wikileaks beenden“, sagte Assange vor Journalisten und einer Handvoll von Anhängern. Der Australier äußerte sich von einem Balkon der Botschaft im schicken Londoner Stadtteil Knightsbridge, da ihm beim Verlassen des Gebäudes die Festnahme durch die britische Polizei drohte.

Der 41-Jährige war vor zwei Monaten in die ecuadorianische Botschaft in London geflüchtet, um einer Auslieferung nach Schweden zu entgehen. Assange soll dort zu Vorwürfen befragt werden, zwei Frauen vergewaltigt beziehungsweise sexuell belästigt zu haben. Gegen ihn läuft bisher aber noch kein Ermittlungsverfahren. Die schwedischen Ermittler bestehen darauf, ihn in Schweden zu vernehmen, und lehnten Angebote ab, ihn in London oder per Videoschaltung zu vernehmen.

Assange fürchtet nach eigener Aussage, von Schweden an die USA ausgeliefert und dort wegen der Veröffentlichung brisanter Dokumente durch seine Internet-Enthüllungsplattform Wikileaks juristisch verfolgt zu werden. Bisher hat Washington offenbar aber keine Schritte für eine Auslieferung unternommen. Ecuador gewährte ihm am Donnerstag diplomatisches Asyl, doch will Großbritannien ihn festnehmen, sobald er die Botschaft verlässt.

Die britische „Sunday Times“ berichtete, Assange sei bereit, nach Schweden auszureisen, wenn Stockholm garantiere, ihn nicht an die USA auszuliefern. Wikileaks-Sprecher Kristinn Hrafnsson sagte, bevor über eine Ausreise verhandelt werden könne, müsse Schweden „ohne Einschränkung“ garantieren, Assange „niemals“ an die USA auszuliefern. Eine solche Garantie wäre „eine gute Ausgangsbasis“ für eine Beilegung des Streits. Ein Sprecher des schwedischen Außenministeriums in Stockholm erwiderte jedoch: „Verdächtige haben nicht das Privileg, Bedingungen zu diktieren.“ AFP

Graphic

Dpa/Karel Prinsloo

Wikileaks-Gründer Julian Assange auf dem Balkon der ecuadorianischen Botschaft

Dpa/Karel Prinsloo

Wikileaks-Gründer Julian Assange auf dem Balkon der ecuadorianischen Botschaft

Load-Date: December 19, 2012

End of Document

Politik Kompakt; Korea: Pjöngjang und Seoul einig über neue Gesprächsrunde ++ USA: Besorgnis nach neuen NSA-Enthüllungen ++ Iran: Ruhani verspricht neue Außenpolitik ++ Syrien: UN: Flüchtlingswelle in Richtung Irak

Die Welt

Montag 19. August 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Kompakt; S. 6; Ausg. 192

Length: 582 words

Body

Korea

Pjöngjang und Seoul einig über neue Gesprächsrunde

Nord- und Südkorea wollen wieder über die Zusammenführung von Familien verhandeln. Die Führung in Pjöngjang nahm am Sonntag einen entsprechenden Vorschlag aus Seoul an. Gleichzeitig regte der Norden Gespräche über die Wiederaufnahme von geführten Reisen südkoreanischer Touristen an, die dem kommunistischen Staat früher willkommene Einnahmen brachten. Die Gesprächsangebote könnten Zeichen einer weiteren Entspannung zwischen beiden Staaten nach der schweren Krise im Frühjahr sein. Damals hatte Nordkorea dem südlichen Nachbarn und den USA mit einem Atomschlag gedroht, die Beziehungen abgebrochen und eine Schließung der gemeinsamen Wirtschaftszone Kaesong erzwungen. Vergangene Woche hatten sich beide Seiten grundsätzlich auf eine Wiedereröffnung von Kaesong verständigt.

USA

Besorgnis nach neuen NSA-Enthüllungen

Nach neuen Enthüllungen über tausendfache Datenschutzverstöße durch den US-Geheimdienst NSA sind im Kongress erneut Rufe nach besserer Aufsicht laut geworden. Die Berichte seien „extrem verstörend“, sagte die Fraktionsvorsitzende der Demokraten im US-Repräsentantenhaus, Nancy Pelosi. Der Kongress müsse dafür sorgen, dass sich solche Vorfälle nicht wiederholten. Nach einem Bericht der „Washington Post“ vom Wochenende sind mehrere Anhörungen zu den neuen Enthüllungen geplant, etwa im Justizausschuss des Senats. Das Blatt hatte unter Berufung auf eine interne NSA-Untersuchung und andere streng geheime Dokumente über eklatante juristische Verstöße des Geheimdienstes berichtet. Demnach gab es innerhalb eines Jahres 2776 Vorfälle. Das

Politik Kompakt Korea : Pjöngjang und Seoul einig über neue Gesprächsrunde ++ USA : Besorgnis nach neuen NSA-Enthüllungen ++ Iran : Ruhani verspricht neue Außen....

Weißes Haus reagierte zurückhaltend auf die Berichte: Sie „demonstrieren, dass die NSA die Regelverstöße überwacht, erkennt, bearbeitet und berichtet“, teilte es laut „Washington Post“ mit.

Iran

Ruhani verspricht neue Außenpolitik

Der neue iranische Präsident Hassan Ruhani hat eine zurückhaltendere Außenpolitik seines Landes verlangt. Alle Vertreter sollten bei außenpolitischen Bemerkungen größere Vorsicht walten lassen: „Jeder auch kleine Fehler in der Außenpolitik könnte uns teuer zu stehen kommen“, sagte Ruhani am Samstag bei der Vorstellung seines neuen Außenministers Mohammed Dschawad Sarif.

Ruhani kritisierte in der Zeremonie populistische Aussagen seines Vorgängers Mahmud Ahmadinedschad auf dem Feld der Außenpolitik. „Außenpolitik ist jedenfalls nicht das Terrain von populistischen Slogans, sondern von überdachten Äußerungen“, sagte Ruhani. Den Preis für Entgleisungen offizieller Repräsentanten des Staates zahle letztlich immer die Bevölkerung des Iran, sagte der Präsident, der als gemäßigter Vertreter des Klerus gilt.

Syrien

UN: Flüchtlingswelle in Richtung Irak

Aus Syrien fliehen nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR immer mehr Menschen in den Irak. Am Wochenende hätten 15.000 Personen die Peshkhabour-Brücke am Grenzfluss Tigris passiert, teilte die Organisation mit. Zahlreiche weitere seien aus den nördlichen Landesteilen Syriens Richtung Osten unterwegs. Das Hilfswerk beobachte einen „Exodus“ in den Irak, den es in dieser Größenordnung bisher nicht gegeben habe, erklärte Claire Bourgeois, UNHCR-Vertreterin im Irak. Bis Donnerstag hatten sich demnach rund 154.000 syrische Flüchtlinge im Irak registrieren lassen. Augenblicklich seien 7000 Syrer in einem Übergangslager auf irakischer Seite untergebracht. Die kurdische Regionalregierung habe 4000 Personen in einer Schule einquartiert; andere seien bei Verwandten oder in Moscheen untergekommen.

Load-Date: August 19, 2013

Mare Nostrum

Die Welt

Samstag 5. Oktober 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: TITEL; Kommentar; S. 1; Ausg. 232

Length: 466 words

Byline: Jacques Schuster

Body

Lampedusa - dieses Wort wird künftig nicht nur für die Pelagische Insel im Mittelmeer, nicht nur für Tomasi di Lampedusas Roman „Der Leopard“ stehen, sondern für Tod und Trauer. Hunderte von **Flüchtlingen** aus Afrika starben auf der Fahrt in das angeblich gelobte europäische Land. Ihr Ende auf See ist eine Tragödie. Deren Ausmaß ist so furchterlich, dass man darüber nicht schweigen darf und nicht sprechen kann.

Leider ist unsere Zeit nicht danach. Immer schneller dringen Politikerkommentare kurz und signalhaft wie Trompetenstöße in die Öffentlichkeit. Sie sollen eine Entschlossenheit vortäuschen, die meist in der Phrase endet. Viele nun eilig formulierte Forderungen wie der Appell, eine Wende in der Flüchtlingspolitik vorzunehmen, sind verständlich, doch wohlfeil und schal. Es wird, es kann keine umfassende Umkehr geben, die dieserart Unglück ausschließt. Sie sähe vor, die Grenzen und Küsten für all die Entrechteten und Hungernden, Verzweifelten und Vertriebenen offen zu halten, die in Europa Frieden, Freiheit, Wohlstand oder auch nur Rast und Ruhe suchen. Schön wäre es, wenn es ginge, doch es geht nicht. Genauso träumerisch ist es, die Europäer aufzufordern, die Bedingungen in all den Ländern zu verbessern, aus denen die Menschen kamen, die vor Lampedusa starben. Im Meer der Trostlosigkeit ist Europa eine Insel. Es kann keine Staaten bauen, in denen Menschen gern leben - weder ein neues Eritrea noch ein besseres Somalia, von den vielen anderen Ländern zu schweigen.

Dennoch zwingt eine Katastrophe wie diese zum Innehalten. Tut Rom genug, um die Flüchtlingsströme einzudämmen und die Hilfesuchenden, die es bis an die Küste schaffen, würdig zu versorgen? Haben es sich Berlin, Paris und Den Haag - um nur einige EU-Mitglieder zu nennen - in der Vergangenheit nicht zu leicht gemacht? Haben sie Europas Grenzländer mit ihren Sorgen alleingelassen? Bis in die frühe Neuzeit hinein war es üblich, das Mittelmeer Mare Nostrum - unser Meer - zu nennen. In der EU der Gegenwart wird es Zeit, diesen Begriff erneut mit Leben zu füllen.

Erst wenn Schweden und Finnen, Deutsche, Balten, Briten und Österreicher das Mittelmeer als eigenes Gebiet begreifen, mögen sich die Verhältnisse verbessern. Politisch gefasst, heißt das Folgendes: Flüchtlinge, die es nach Europa schaffen, sollten nach gerechten, vielleicht sogar erhöhten Quoten auf alle Länder verteilt werden. Die Küstenwache muss europäisch und erheblich aufgestockt werden. Stärker als bisher sollten die mediterranen

Mare Nostrum

Anrainer unterstützt werden. Europa muss bereits an der afrikanischen Küste alles dazu tun, dass die Menschen gar nicht erst auf Seelenverkäufer steigen, die sie Boote nennen. Das muss nicht mit rohem, kann auch mit sanftem Zwang in Form von Rückkehrhilfen geschehen. Um Druck wird man indes nicht herumkommen.

Load-Date: October 5, 2013

End of Document

Ausland Kompakt; Nordafrika: Westerwelle bereist Libyen, Tunesien und Algerien ++ Finnland: Frachtschiff mit deutschen Raketen wieder auf See ++ Nigeria: Gewaltserie gegen Christen im Norden reißt nicht ab ++ Iran: Teheran kündigt weiteres Manöver im Golf an ++ Ukraine: Ehemann von Timoschenko erhält Asyl in Tschechien ++ Russland: Putin-Vertrauter für Wiederholung der Wahlen

Die Welt

Samstag 7. Januar 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Kompakt; S. 6; Ausg. 6

Length: 661 words

Body

Nordafrika

Westerwelle bereist Libyen, Tunesien und Algerien

Ein Jahr nach Beginn der Umbrüche in Nordafrika reist Außenminister Guido Westerwelle (FDP) ab Samstag in die Region. Seine Stationen sind Algerien, Libyen und Tunesien, wie das Auswärtige Amt mitteilte. Am Sonntag will Westerwelle in der libyschen Hauptstadt Tripolis Gespräche mit der Übergangsregierung führen. Die Umbrüche in der arabischen Welt seien 2011 ein Schwerpunkt deutscher Außenpolitik gewesen, dies gelte auch für 2012, sagte ein Außenamtssprecher. Insofern habe die Tatsache, dass Westerwelles erste Reise 2012 in diese Region führe, Symbolcharakter. Die Bundesregierung werde die demokratischen Wandlungsprozesse in Nordafrika und der arabischen Welt weiter unterstützen.

Finnland

Frachtschiff mit deutschen Raketen wieder auf See

Ein mit 69 deutschen Patriot-Luftabwehrraketen und Sprengstoff in Finnland festgesetztes Frachtschiff ist wieder in See gestochen. Ein Speditionsmitarbeiter sagte, Raketen und Sprengstoff seien kurz vor Auslaufen der „Thor Liberty“ wieder verladen worden. Finnische Behörden hatten im Dezember die Raketen und 150 Tonnen Sprengstoff an Bord des Frachters gefunden und beschlagnahmt. Das deutsche Verteidigungsministerium teilte damals mit, die Raketen stammten aus Bundeswehrbeständen und seien für Südkorea bestimmt. Die finnische Staatsanwaltschaft erhob Anklage gegen den ukrainischen Kapitän und den Steuermann der „Thor Liberty“, die übrige Mannschaft durfte weiter.

Ausland Kompakt Nordafrika: Westerwelle bereist Libyen, Tunesien und Algerien ++ Finnland: Frachtschiff mit deutschen Raketen wieder auf See ++ Nigeria : Gewalt....

Nigeria

Gewaltserie gegen Christen im Norden reißt nicht ab

Islamisten haben beim Angriff auf ein Gemeindehaus im Nordosten Nigerias am Freitag mindestens 20 Menschen getötet. Weitere 15 Menschen wurden bei dem Anschlag verletzt. Die radikalislamische Sekte Boko Haram bekannte sich zu dem Angriff sowie zu einem weiteren Anschlag auf eine christliche Kirche am Tag zuvor. Am Donnerstagabend waren in der Stadt Gombe mindestens sechs Menschen bei einem Angriff auf eine Kirche ums Leben gekommen.

Iran

Teheran kündigt weiteres Manöver im Golf an

Der Iran hat ein weiteres Seemanöver in einer der wichtigsten Schifffahrtsstraßen der Welt angekündigt. Die Übungen im Februar konzentrierten sich direkt auf die Straße von Hormus, sagte der Marinekommandeur der Revolutionsgarden, Ali Fadawi. „Die Islamische Republik Iran hat heute die vollständige Herrschaft über die Region und kontrolliert alle Bewegungen.“ Hintergrund der Drohungen ist der Streit über das iranische Atomprogramm: Das Land hat gedroht, im Falle weiterer Ölsanktionen die Straße von Hormus zu blockieren. Durch die Meerenge fahren etliche Öltanker. Die Europäische Union streitet unterdessen weiter darüber, wann ein Ölembargo in Kraft treten soll.

Ukraine

Ehemann von Timoschenko erhält Asyl in Tschechien

Ein Sprecher des Innenministeriums in Prag bestätigte, dass dem Ehemann der inhaftierten ukrainischen Ex-Regierungschefin Julia Timoschenko Asyl gewährt wird. Regierungskreisen zufolge reichte Oleksander Timoschenko das Gesuch bereits Ende des vergangenen Jahres ein. Seine Frau Julia sitzt wegen Amtsmissbrauchs eine siebenjährige Haftstrafe ab und wurde vor einer Woche in eine Strafanstalt fernab der Hauptstadt Kiew verlegt. Sie soll an einer Rückenkrankheit leiden und verlangt eine medizinische Untersuchung durch ausländische Ärzte, weil sie den Gefängnisärzten nicht traue. Die Europäische Union hatte gegen die Verurteilung protestiert und das Verfahren als politisch motiviert bezeichnet.

Russland

Putin-Vertrauter für Wiederholung der Wahlen

Angesichts der Massenproteste gegen Wahlbetrug hat sich ein Vertrauter des russischen Ministerpräsidenten Wladimir Putin für eine Wiederholung der Parlamentswahl ausgesprochen. Die Behörden müssten zugeben, dass die Abstimmung am 4. Dezember fehlerhaft gewesen sei, schrieb der frühere Finanzminister Alexej Kudrin in seinem Blog. Ohne dieses Eingeständnis werde die Legitimität der Präsidentenwahl im März untergraben, bei der Putin für das höchste Staatsamt antreten wird.

Load-Date: January 7, 2012

Deutschland Kompakt; Koalitionsvertrag: CSU stimmt einstimmig für Vereinbarung ++ Piraten: Partei plant Neustart mit neuen Köpfen ++ Deutsches Rotes Kreuz: Rudolf Seiders als Präsident bestätigt ++ Syrien-Politik: Friedrich offen für Aufnahme weiterer syrischer Flüchtlinge

Die Welt

Samstag 30. November 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Kompakt; S. 5; Ausg. 280

Length: 438 words

Body

Koalitionsvertrag

CSU stimmt einstimmig für Vereinbarung

Als erste der drei Parteien der angestrebten großen Koalition hat die CSU formal dem Koalitionsvertrag zugestimmt. Parteivorstand und CSU-Landesgruppe hätten das Papier einstimmig gebilligt, sagte CSU-Chef Horst Seehofer in München. Er unterstrich erneut seine Zufriedenheit mit dem Koalitionsvertrag. Es seien die Wahlversprechen eingehalten worden. Die künftigen CSU-Minister wollte Seehofer - wie zwischen Union und SPD vereinbart - zunächst nicht nennen. Er bestätigte aber in der Sitzung nach Teilnehmerangaben erstmals, dass seine Partei wieder drei Ministerien bekommt.

Piraten

Partei plant Neustart mit neuen Köpfen

Es soll ein Neustart werden nach der verlorenen Bundestagswahl: Auf ihrem Parteitag in Bremen wollen die etwa 1000 erwarteten Piraten am heutigen Samstag einen neuen Vorstand wählen, um ihrer basisdemokratischen Bewegung neuen Schub zu geben. Die alte Piraten-Spitze tritt bis auf zwei Mitglieder nicht mehr an. Parteichef Bernd Schlömer verabschiedet sich nach anderthalb Jahren aus dem Amt. In Bremen treffe die Partei auch eine Vorentscheidung, wo sie im kommenden Jahr hinwolle, heißt es. In den Umfragen spielt sie nach den enttäuschenden 2,2 Prozent bei der Bundestagswahl nur noch eine marginale Rolle.

Deutsches Rotes Kreuz

Rudolf Seiders als Präsident bestätigt

Deutschland Kompakt Koalitionsvertrag: CSU stimmt einstimmig für Vereinbarung ++ Piraten: Partei plant Neustart mit neuen Köpfen ++ Deutsches Rotes Kreuz: Rudol....

Der ehemalige CDU-Bundesminister und Bundestagsvizepräsident Rudolf Seiters, 76, ist als Präsident des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) einstimmig für weitere vier Jahre in seinem Amt bestätigt worden. Seiters steht seit 2003 an der Spitze der humanitären Hilfsorganisation. Bei der Wahl des Präsidiums wurden auch die beiden Vizepräsidenten, Donata Freifrau Schenck zu Schweinsberg und Volkmar Schön, im Amt bestätigt. Als das „wohl dringendste gesellschaftliche Problem der Zukunft“ bezeichnete Seiters in seiner Rede die Pflege und die Personalengpässe.

Syrien-Politik

Friedrich offen für Aufnahme weiterer syrischer Flüchtlinge

Der amtierende Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) hat sich offen für die Aufnahme weiterer syrischer Flüchtlinge in Deutschland gezeigt. Sollte es dazu bei der anstehenden Innenministerkonferenz kommende Woche in Osnabrück ein einmütiges Votum geben, „wäre eine wichtige Voraussetzung für eine Erweiterung des jetzigen 5000er-Kontingents erfüllt“, sagte Friedrich der „Saarbrücker Zeitung“. Er betonte aber, dass auch die EU mehr tun müsse. Bislang sind laut Ministerium rund 1500 Syrer aus dem Kontingent eingereist. Bis zum Jahresende sollen es 2000 sein. Am Dienstag werde die nächste Maschine mit rund 160 Flüchtlingen in Deutschland erwartet.

Load-Date: November 30, 2013

Kinder von Migranten selten in Kita; Akzeptanz steigt erst mit der Bildung

Die Welt

Donnerstag 6. Juni 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: TITEL; S. 1; Ausg. 129

Length: 198 words

Body

Berlin - Nach einer Untersuchung entscheidet der Bildungsstatus von **Migranten** darüber, ob sie eine Krippenbetreuung in Anspruch nehmen. Bildungsferne **Migranten** befürchten besonders hohe Hürden bei der Anmeldung für einen Kita-Platz, heißt es in einer Studie des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen (SVR). Die Experten wünschen sich vor allem eine stärkere interkulturelle Öffnung und eine bessere Qualität der Betreuung. Ab dem 1. August haben auch Eltern von zwei- und dreijährigen Kindern einen Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz.

14 Prozent der Eltern mit Migrationshintergrund geben ihr unter dreijähriges Kind in eine Kita. Bei den deutschen Familien sind es 30 Prozent. Bei Zuwanderern erkennt die Studie große Unterschiede zwischen der ersten und zweiten Generation. Während die erste Generation ihre Kleinkinder überwiegend zu Hause betreut (86 Prozent), entscheidet sich die zweite Generation fast genauso häufig für eine Betreuung in der Krippe wie Eltern ohne Migrationshintergrund. 48 Prozent der Familien der zweiten Generation und der binationalen Familien nehmen einen Krippenplatz für ihre Kinder in Anspruch, wenn ein Elternteil Abitur hat.

Kommentar Seite 3 und Seite 4

Load-Date: June 6, 2013

Deutschland Kompakt; Bundesregierung: Euro-Rettung: Seehofer droht mit Koalitionsbruch ++ SPD: Ostdeutsche wollen Platz im Regierungsteam ++ Bundesverwaltungsgericht: Routen von Berliner Großflughafen auf Prüfstand ++ Asylbewerber: 133.300 ++ Tierzucht: Studie: Mastgeflügel ständig mit Antibiotika in Kontakt

Die Welt

Mittwoch 4. Juli 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Kompakt; S. 4; Ausg. 154

Length: 597 words

Byline: Daniel Friedrich Sturm

Body

Bundesregierung

Euro-Rettung: Seehofer droht mit Koalitionsbruch

Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) warnt vor zu hohen finanziellen Zusagen für die Euro-Rettung und droht indirekt mit einem Koalitionsbruch. „Irgendwann ist ein Punkt erreicht, wo die bayerische Staatsregierung und auch die CSU nicht mehr Ja sagen können“, sagte Seehofer dem „Stern“. Deutschland sei mit seinen Milliardenzusagen und -garantien „grenzwertig unterwegs“. Seehofer lehnte zudem die Übertragung weitreichender Kompetenzen an einen „europäischen Monsterstaat“ ab. Er werde die Wahlen 2013 in Bayern und im Bund zu einer Abstimmung über Europa machen. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) ließ hingegen beim Besuch des slowakischen Ministerpräsidenten Robert Fico in Berlin verlauten, mit Seehofer gebe es keine Differenzen in der Euro-Politik. Überraschend äußerte sich der ehemalige EU-Kommissar Günter Verheugen (SPD). Er sagte, Merkel sei beim EU-Gipfel von Italiens Regierungschef Mario Monti „betrogen worden“, als dieser den zuvor verabredeten Wachstumspakt plötzlich infrage gestellt hatte, um bei Merkel weniger Auflagen für pleitebedrohte Euro-Länder wie Italien durchzusetzen.

SPD

Ostdeutsche wollen Platz im Regierungsteam

Sozialdemokraten aus den neuen Ländern rufen nach einer Repräsentanz im Schattenkabinett der SPD. „Wir bringen eigene Biografien und Erfahrungen mit, die oft einen anderen Blick auf Politik mit sich bringen. Ohne diesen

Deutschland Kompakt Bundesregierung: Euro-Rettung: Seehofer droht mit Koalitionsbruch ++ SPD:
Ostdeutsche wollen Platz im Regierungsteam ++ Bundesverwaltungsger....

ostdeutschen Blick wäre ein Regierungsteam auf einem Auge blind", sagte der sächsische SPD-Chef Martin Dulig der „Welt". Er gehe davon aus, dass „ostdeutsches Personal einen festen Platz im SPD-Regierungsteam erhält". Iris Gleicke, Sprecherin der ostdeutschen SPD-Abgeordneten, äußerte sich ähnlich. „Im Osten gibt es hervorragende Frauen und Männer. Ich bin sicher, dass sich ostdeutsche Kompetenz im Wahlkampfteam und Kabinett wiederfindet", sagte Gleicke der „Welt". dfs

Bundesverwaltungsgericht

Routen von Berliner Großflughafen auf Prüfstand

Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat seine Prüfung der Flugrouten des noch nicht vollendeten Berliner Großflughafens BER begonnen. Bürger und die Gemeinde Kleinmachnow haben gegen Brandenburgs Infrastrukturministerium geklagt, das den Planfeststellungsbeschluss von 2004 verantwortet. Begründung: In ihm hätten die Betreiber und Behörden die Flugrouten als geradlinig und nicht abknickend dargestellt, um den Bau durchsetzen zu können. Die abknickenden Routen führten zu zusätzlichem Fluglärm, seien aber erst 2010 bekannt geworden. Die Kläger wollen mithilfe kürzlich entdeckter Gesprächsprotokolle beweisen, dass die Planer bereits 1998 von der Flugsicherung darüber informiert worden seien, dass der Betrieb der Startbahnen nur mit abknickenden Routen möglich sei.

Asylbewerber

133.300

Ausländer in Deutschland bezogen Ende 2010 Asylbewerberregelleistungen, wie das Statistische Bundesamt mitteilte. Die Ausgaben betrugen 815 Millionen Euro. Erstmals seit 1997 ist die Zahl der Empfänger damit wieder gestiegen. Die größten Empfängergruppen waren Serben (15.200 Personen), Iraker (9400) und Afghanen (8300).

Tierzucht

Studie: Mastgeflügel ständig mit Antibiotika in Kontakt

In der Geflügelmast gibt es weiter Probleme mit Antibiotika. Laut einer Studie der NRW-Landesregierung kommt Mastgeflügel auch ohne tierärztliche Verordnung mit Antibiotika in Kontakt. Landesverbraucherschutzminister Johannes Rimmel (Grüne) sagte, eine antibiotikafreie Geflügelmast sei offenbar eher die Ausnahme. Das Bundesverbraucherministerium wies die Kritik mit Verweis auf „strenge Gesetze und Vorschriften" zurück.

Load-Date: September 12, 2012

„Ich möchte eine andere Art von Tourismus“; Warum die Sammlerin Chiona Schwarz eine Kunsthalle auf der Insel Samos eröffnet hat

Die Welt

Samstag 17. August 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: KULTUR; S. 25; Ausg. 191

Length: 710 words

Byline: Gesine Borchardt

Body

Eine Kunsthalle auf einer griechischen Insel? Das klingt nach nobler Kulisse, die Yacht des Großsammlers im Vordergrund. Doch der Art Space auf Samos ist anders: ein Ort für künstlerischen und politischen Austausch, keine zwei Kilometer von der türkischen Küste entfernt, in Sichtweite fangen Militärboote **Flüchtlinge** ab. Die Schwarz Foundation brauchte im letzten Frühjahr keine drei Monate, um einen alten Hotelbau aus den Siebzigerjahren umzubauen. Initiiert von der Münchner Mäzenin Chiona Xanthopoulou-Schwarz erhebt sich Samos nun im Sommer zum Ort für Kunst und Diskussion.

Die Welt:

Frau Schwarz, weswegen muss man sich ausgerechnet auf einer fernen griechischen Insel für zeitgenössische Kunst engagieren?

Chiona Schwarz:

Die Ägäis ist die Wiege unserer europäischen Kultur, direkt vor der Haustür Asiens - ich finde es wichtig, heute den Blick an diese Schnittstelle zu lenken, und das funktioniert durch die Kunst eben sehr gut. Außerdem besitze ich als gebürtige Athenerin, die schon lange in Deutschland lebt, seit 30 Jahren ein Ferienhaus auf Samos. Ich kenne also die Geschichte der Gegend - sehe aber auch, dass heute immer mehr Flüchtlinge aus Syrien, dem Irak und Afghanistan hier landen und Europa nicht weiß, wie es damit umgehen soll.

Und nun plaudert man beim Vernissagenwein über Flüchtlingsströme?

Ich finde es einfach interessant, am hintersten Zipfel Europas, wo sich der letzte türkische und griechische Soldat in die Augen schauen, brisante künstlerische Themen anzubringen, die Besucher und Einwohner en passant auf sich wirken lassen. Die Insel bietet nicht nur Strände, sondern ist auch eine Hochburg für Segler. Deutsche, Griechen, aber auch viele Türken legen genau vor der Kunsthalle an. Ich möchte eine andere Art von Tourismus auf die Insel

„Ich möchte eine andere Art von Tourismus" Warum die Sammlerin Chiona Schwarz eine Kunsthalle auf der Insel Samos eröffnet hat

bringen: Menschen, die sich über die Kunst neue Ideen und gesellschaftliche Perspektiven holen. Sich im Urlaub nur zu bräunen, ohne sich mit der politischen Lage der Region zu beschäftigen, ist mir zu wenig.

Sie könnten sich ja auch einfach für Flüchtlingscamps einsetzen.

Also, zum einen bin ich in München Mitglied bei Human Rights Watch und engagiere mich dort aktiv für Flüchtlingsthemen. Aber die Kunst nutzt eben ihr ganz eigenes Vokabular, um auf Missstände aufmerksam zu machen. Ich finde es toll, dass Samos zur internationalen Anlaufstelle wird, wo jeden Sommer europäische, arabische und asiatische Musik und Kunst aufeinandertreffen. Es geht mir um Völkerverständigung!

Letztes Jahr zeigten Sie Harun Farocki, nun das Duo Slavs and Tartars - beides sind politisch ambitionierte, nicht leicht zugängliche Positionen.

Slavs and Tartars beziehen sich mit ihrer spielerischen Installation „Long Legged Linguistic" explizit auf die Region und fragen, wie Zusammenleben funktioniert. Viele Objekte setzen sich aus Buchstaben oder sogar Büchern zusammen. Sie stellen Fragen nach Macht und Identität, auch in Bezug auf die Glaubenssysteme Christentum, Islam und Orthodoxie. Ich denke, solche Werke können Gespräche über die Zukunft Europas und Griechenlands anstoßen.

Sie leben in München und sammeln selbst Kunst. Wieso nun dieses Projekt ohne große Eigenwerbung?

Eine Nabelschau interessiert mich nicht. Es geht hier nicht um mich und meinen Mann, mit dem ich gemeinsam die Schwarz Foundation ins Leben gerufen habe. Nein, ich bin mit Politik aufgewachsen. Meine Mutter war Archäologin und kam aus einer linksorientierten Familie: Einer meiner Onkel musste sich als Generalsekretär der kommunistischen Partei vor der Militärjunta verstecken, zwei weitere waren zum Tode verurteilt. Mein Vetter war der jüngste Verbannte Griechenlands, und meine Brüder durften das Land nicht verlassen, um wie ich im Ausland zu studieren. Dagegen war die Familie meines Vaters sehr konservativ und unterstützte den König. Mein Vater verlor in der Juntazeit sofort seinen Posten als Direktor einer Elektrizitätsgesellschaft aufgrund der Verwandtschaft meiner Mutter. Ich kam also nicht drum herum, mich mit der Politik und dem Niedergang Griechenlands zu beschäftigen! Kein Wunder, dass ich Psychoanalytikerin geworden bin.

Wie finanzieren Sie Ihre Stiftung?

Die Schwarz Foundation bezahlt alles aus eigener Tasche. Es soll so ein Exempel statuiert werden, was mit Eigeninitiative in Griechenland möglich ist.

Graphic

BrauerPhotos (c) SabineBrauer

Sie hat eine Vision: Chiona Schwarz

BrauerPhotos (c) SabineBrauer

Load-Date: August 17, 2013

**Politik Kompakt I; Hessen: Koalition für fünf Jahre Schwarz-Grün besiegelt
++ Steuern: Mehr als doppelt so viele Selbstanzeigen ++ Hamburger
Krawalle: Parlamentarische Aufarbeitung erst 2014 ++ Flüchtlinge: EKD-
Präses Schwaetzer kritisiert Regierung ++ DDR-HeimErziehung: Hilfsfonds
braucht mehr Geld ++ ++ Extremismusklausel: CDU sieht in Schwesigs
Plänen „ein falsches Signal“**

Die Welt

Dienstag 24. Dezember 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Kompakt; S. 5; Ausg. 300

Length: 610 words

Body

Hessen

Koalition für fünf Jahre Schwarz-Grün besiegelt

Drei Monate nach der Landtagswahl haben CDU und Grüne in Hessen ihr Bündnis offiziell besiegelt und den Koalitionsvertrag unterzeichnet. Unionschef Volker Bouffier und der bisherige Grünen-Chef Tarek Al-Wazir setzten im Landtag in Wiesbaden ihre Unterschrift unter die Vereinbarung. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik wird damit ein Flächenland von einer schwarz-grünen Regierung geführt. Vereidigt wird das neue Kabinett am 18. Januar, dann konstituiert sich auch der neue Landtag. Im künftigen Parlament hat Schwarz-Grün eine Mehrheit von 61 der 110 Mandate.

Steuern

Mehr als doppelt so viele Selbstanzeigen

Im Jahr 2013 haben sich beim Fiskus in Niedersachsen mehr als doppelt so viele Steuersünder selbst angezeigt als im Jahr zuvor. In den ersten elf Monaten gingen 2616 Anzeigen ein, teilte das Finanzministerium in Hannover mit. 2012 waren es 1206 Fälle. Auslöser für die Selbstanzeigen waren unter anderem Ankäufe des Landes von Schweizer Steuer-CDs mit illegal beschafften Daten deutscher Bankkunden. Auch gab es einen „Hoeneß-Effekt“ nach der Berichterstattung über die Steuersünden des Bayern-München-Managers. Aus der Auswertung der Steuer-CDs erzielte Niedersachsen bis Ende November Einnahmen in Höhe von 163 Millionen Euro.

Hamburger Krawalle

Politik Kompakt I Hessen : Koalition für fünf Jahre Schwarz-Grün besiegelt ++ Steuern: Mehr als doppelt so viele Selbstanzeigen ++ Hamburger Krawalle: Parlament....

Parlamentarische Aufarbeitung erst 2014

Die parlamentarische Aufarbeitung der Krawalle im Hamburger Schanzenviertel beginnt erst im kommenden Jahr. Ein Antrag der Grünen auf eine Sondersitzung des Innenausschusses an diesem Freitag sei aus terminlichen Gründen abgelehnt worden, sagte die Grünen-Innenexpertin Antje Möller. Stattdessen habe der Ausschussvorsitzende Ekkehard Wysocki (SPD) eine Sitzung im Januar in Aussicht gestellt.

Flüchtlinge

EKD-Präses Schwaetzer kritisiert Regierung

Die neue Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Irmgard Schwaetzer, hat die Bundesregierung zu einer aktiveren Rolle in der europäischen Flüchtlingspolitik aufgefordert. „Die Diskussion darüber, wie viele Flüchtlinge wir wohl aufnehmen können, ist für niemanden nachvollziehbar, der sich vor einem Krieg nach Europa retten will“, sagte Schwaetzer der „Rheinischen Post“. Deutschland müsse mehr Flüchtlinge aus Syrien aufnehmen und die bürokratischen und finanziellen Hürden für den Familiennachzug senken. Es sei „erschreckend“, dass die EU ständig über stärkere Abschottung debattiere: „Das läuft den Werten zuwider, auf denen Europa gebaut ist. Wir verleugnen uns da selbst.“

DDR-HeimErziehung

Hilfsfonds braucht mehr Geld

Für den Hilfsfonds für Opfer der zum Teil drakonischen DDR-Heimerziehung wird mehr Geld benötigt. Derzeit würden aus dem 40-Millionen-Euro-Fonds von Bund und Ländern nur noch Mittel ausgezahlt, wenn Betroffene bereits Zahlungszusagen bekommen oder schon eine Beratungsstelle aufgesucht hätten, sagte ein Sprecher des zuständigen Bundesfamilienministeriums. Zuvor hatte der rbb darüber berichtet. Im Frühjahr 2014 soll es neue Gespräche mit den Bundesländern geben.

Extremismusklausel

CDU sieht in Schwesigs Plänen „ein falsches Signal“

Schon wenige Tage nach ihrem Amtsantritt sorgt Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) für Unmut beim Koalitionspartner CDU. Mit ihrer Ankündigung, die Extremismusklausel wieder abschaffen zu wollen, setze sie ein „falsches Signal“, erklärte der Landesvorsitzende der CDU Mecklenburg-Vorpommerns, Lorenz Caffier. „Leider ist nicht jede Anti-Nazi-Initiative, nicht jeder Antifaschist zugleich ein Kämpfer für Freiheit und Demokratie“, sagte Caffier. Bislang müssen sich Initiativen grundsätzlich schriftlich zur Verfassung bekennen, wenn sie staatliche Förderung wollen.

Load-Date: December 24, 2013

EU plant Lockerung von Sanktionen gegen Syrien; Merkel lobt Flüchtlingshilfe des Libanon

Die Welt

Samstag 20. April 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; S. 7; Ausg. 92

Length: 461 words

Body

Die Europäische Union will ihre Sanktionen gegen Syrien lockern, um die Opposition gegen Staatspräsident Baschar al-Assad zu unterstützen. Die EU-Außenminister beschließen am Montag in Luxemburg voraussichtlich ohne weitere Diskussion, die Sanktionen zunächst im Ölsektor zu lockern. Das sagten Diplomaten am Freitag in Brüssel. Künftig soll es wieder möglich sein, syrisches Öl zu kaufen, sofern die Oppositionskoalition dem zustimmt. Ölförderanlagen könnten auch repariert werden, weil die Lieferung von entsprechender Technik in Abstimmung mit der Opposition wieder erlaubt sein soll. Außerdem sollen Investitionen in Ölanlagen sowie Kreditfinanzierungen wieder möglich sein. Diese Änderungen könnten Diplomaten zufolge nicht nur der Zivilbevölkerung nützen, sondern auch dazu führen, dass die Opposition ihre Treibstoffversorgung auch für militärische Zwecke sichern könnte.

Die Außenminister werden bei dem Treffen in Luxemburg auch über die von Frankreich und Großbritannien gewünschte Lockerung des Waffenembargos sprechen. Die anderen EU-Regierungen lehnen Waffenlieferungen an die Rebellen strikt ab. Die Lockerung der Sanktionen habe „nichts mit dem Waffenembargo zu tun“, sagte ein EU-Diplomat. Ein anderer sagte, über Waffenlieferungen werde vermutlich erst im Mai ausführlicher gesprochen werden. Das Embargo ist bis Ende Mai befristet; für die Verlängerung ist ein einstimmiger Beschluss nötig. „Es geht darum, unsere Sanktionspolitik etwas flexibler zu gestalten“, sagte ein Diplomat. „Wir möchten, dass die syrische Bevölkerung von einigen unserer Ausfuhren profitieren kann, die derzeit noch dem Embargo unterliegen.“ Die EU beginne die Lockerung der Sanktionen mit dem Ölsektor, weil dieser für die Bevölkerung besonders wichtig sei. Es gehe aber auch um einen besseren Zugang für zivile und humanitäre Hilfeleistungen.

Die EU sei unter anderem von den UN und vom Sondergesandten Lakhdar Brahimi kritisiert worden, weil ihre Sanktionen die Zivilbevölkerung trafen. Die EU prüfe daher, wie sie auch Hilfslieferungen nach Syrien bringen könne. „Die Opposition sagt uns, dass man am meisten Elektrizität, Wärme, Wasser und medizinische Güter braucht. Und das versuchen wir zu tun. Einfuhren und Ausfuhren von Öl spielen dabei eine wichtige Rolle“, sagte ein Diplomat. Das Ölembargo gegen das Regime Assads bleibe unverändert bestehen.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat unterdessen die „großzügige Aufnahme“ von mehr als 400.000 syrischen Flüchtlingen durch den Libanon gewürdigt. In einem ausführlichen Telefonat mit dem libanesischen

EU plant Lockerung von Sanktionen gegen Syrien Merkel lobt Flüchtlingshilfe des Libanon

Staatspräsidenten Michel Suleiman betonte die Kanzlerin, dass Deutschland mit den UN umfangreiche Hilfe zur Bewältigung des Flüchtlingszustroms aus Syrien leiste und das Land auch künftig nach Kräften unterstützen werde.

Load-Date: April 20, 2013

End of Document

Aus aller Welt Kompakt; USA: Passanten in New York von Polizeikugeln getroffen ++ Japan: Heftigste Wirbelstürme seit Jahren erwartet ++ Dänemark: Dänen sind die glücklichsten Europäer ++ Frankreich: Waldbrand zerstört Campingplatz bei Marseille ++ Venezuela: 39 Tote bei Explosion in Raffinerie ++ Stuttgart: Feuer in Asylbewerberheim - Ursache weiter unklar

Die Welt

Montag 27. August 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: PANORAMA; Kompakt; S. 27; Ausg. 200

Length: 600 words

Body

USA

Passanten in New York von Polizeikugeln getroffen

Alle Menschen, die am Freitag bei einer Schießerei am Empire State Building in New York verletzt wurden, sind durch Polizeikugeln getroffen worden. Die neun Verletzten seien „entweder von Splittern oder durch Kugeln getroffen worden, die von der Polizei abgefeuert wurden“, sagte Polizeichef Raymond Kelly am Samstag. Zu dem Feuergefecht war es gekommen, nachdem ein entlassener Angestellter einer in Manhattan ansässigen Firma einen Kollegen erschossen hatte. Der Mann wurde bei einer anschließenden Schießerei vor dem Gebäude von der Polizei getötet. Die zwei Polizisten, die den Täter stellten, hätten insgesamt 16 Schüsse abgegeben, hieß es.

Japan

Heftigste Wirbelstürme seit Jahren erwartet

Der Süden Japans macht sich auf einen der schwersten Wirbelstürme der vergangenen Jahre gefasst. In Naha, der Hauptstadt der südlichen Insel Okinawa, ging am Wochenende so gut wie gar nichts mehr: Wie die Nachrichtenagentur Kyodo meldete, wurden alle Flüge und Schiffsverbindungen von und nach Naha abgesagt. Auch der sonstige Verkehr lag lahm. Weil sich der Taifun „Bolaven“ immer weiter auf Okinawa zubewegte, brachten sich laut Kyodo einige Bewohner in öffentlichen Gebäuden in Sicherheit. Für Sonntag und Montag wurde demnach mit heftigem Regen, starkem Wind und riesigen Wellen gerechnet. Derweil erwartete Taiwan eine Rückkehr des Taifuns „Tembin“, der in der vergangenen Woche mit den schwersten Regenfällen seit mehr als einem Jahrhundert zahlreiche Häuser überflutet hatte. Die Wetterbehörde warnte, dass der Wirbelsturm stärker geworden sei.

Aus aller Welt Kompakt USA : Passanten in New York von Polizeikugeln getroffen ++ Japan : Heftigste Wirbelstürme seit Jahren erwartet ++ Dänemark: Dänen sind di....

Dänemark

Dänen sind die glücklichsten Europäer

Die Deutschen rangieren im „Glücksatlas 2012“ auf Platz neun, berichtet die „Wirtschaftswoche“ und beruft sich auf die noch unveröffentlichte Studie im Auftrag der Deutschen Post. Basis des Glücksatlas sind Umfragen aus dem Jahr 2011. In der Vorgängeruntersuchung im Jahr 2006 war Deutschland nur auf Platz 15 gelandet. Am zweitglücklichsten sind die Niederländer noch vor Schweden und Luxemburg.

Frankreich

Waldbrand zerstört Campingplatz bei Marseille

Bei einem schweren Waldbrand in Südfrankreich sind am Sonntag bis zu 300 Hektar Land zerstört worden. Nach Angaben der Feuerwehr brach das Feuer in der Nacht in der Gegend um Orgon aus, rund 70 Kilometer nordwestlich von Marseille. Ein Campingplatz mit etwa 70 Urlaubern musste geräumt werden. Mehrere Löschflugzeuge, Helikopter und Feuerwehrmannschaften aus der ganzen Umgebung waren stundenlang im Einsatz, um die Flammen zu löschen. Auch in Griechenland wüteten heftige Waldbrände - die Feuer sind aber inzwischen unter Kontrolle.

Venezuela

39 Tote bei Explosion in Raffinerie

Bei einer Explosion und einem Großbrand in der wichtigsten Raffinerie Venezuelas sind 39 Menschen getötet worden. Wie Vizepräsident Elías Jaua in der Nacht zum Sonntag weiter mitteilte, wurden 86 Menschen verletzt. Gewaltige Flammen schlugen in der Nacht zum Samstag aus der Anlage in die Höhe. Nach Angaben von Ölminister Ramírez wurde das Unglück durch ein Leck in einer Gasleitung verursacht. Die Explosion und der Brand hätten schwere Schäden zur Folge. Die Anlage in der Stadt Amuay im Nordwesten Venezuelas gehört zu den größten Raffinerien weltweit.

Stuttgart

Feuer in Asylbewerberheim - Ursache weiter unklar

Mindestens zehn Menschen sind am Samstag bei einem Feuer in einem Stuttgarter Asylbewerberheim verletzt worden. „Wir haben aber keine Hinweise auf einen Anschlag von außen“, sagte ein Polizeisprecher. Die Brandursache war auch am Sonntag noch unklar und wird wohl erst Anfang der Woche geklärt werden können, hieß es.

Load-Date: December 23, 2012

Politik Kompakt; Palästinenser: Expertise: Jassir Arafat wurde nicht mit Polonium vergiftet ++ Geheimdienste: NSA sammelt Millionen von Kontaktlisten im Internet ++ Italien: Fast 400 Flüchtlinge im Mittelmeer gerettet ++ USA: Libyscher Terrorverdächtiger al-Libi in New York

Die Welt

Mittwoch 16. Oktober 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Kompakt; S. 6; Ausg. 241

Length: 381 words

Body

Palästinenser

Expertise: Jassir Arafat wurde nicht mit Polonium vergiftet

Russische Experten haben keine Spuren des radioaktiven Gifts Polonium 210 im Leichnam des 2004 gestorbenen Palästinenserführers Jassir Arafat gefunden. Arafat war am 27. November 2012 in Ramallah exhumiert worden. Die Palästinenser hatten behauptet, dass Israel ihren Präsidenten vergiftet hat. Außer russischen Experten hatten auch je ein Team aus der Schweiz und aus Frankreich bei der Öffnung von Arafats Grab Gewebeproben für eine Untersuchung entnommen. Deren Ergebnisse wurden jedoch noch nicht veröffentlicht.

Geheimdienste

NSA sammelt Millionen von Kontaktlisten im Internet

Der US-Geheimdienst NSA sammelt offenbar weltweit Hunderte Millionen von Kontaktlisten aus E-Mail- und Messaging-Diensten. Die Sammlung sei so umfangreich, dass gelegentlich eine Überlastung der Speicherkapazitäten gedroht habe, berichtet die „Washington Post“. An einem einzigen Tag habe die NSA rund 600.000 E-Mail-Adressbücher bei Yahoo, Hotmail und Facebook abgegriffen. Das gehe aus NSA-Angaben hervor. Hochgerechnet sind das mehr als 250 Millionen E-Mail-Adressbücher im Jahr.

Italien

Fast 400 Flüchtlinge im Mittelmeer gerettet

Bei drei nächtlichen Rettungsaktionen in der Straße von Sizilien sind rund 400 Bootsflüchtlinge aus dem Mittelmeer geborgen worden. Die drei Einsätze folgten auf den Beginn einer neuen Überwachungsmission, die tags zuvor von

Politik Kompakt Palästinenser: Expertise: Jassir Arafat wurde nicht mit Polonium vergiftet ++ Geheimdienste:
NSA sammelt Millionen von Kontaktlisten im Internet....

der italienischen Regierung beschlossen worden war: Dabei werden zusätzliche militärische und zivile Schiffe und Flugzeuge zur Überwachung des Mittelmeers eingesetzt, um - wie es offiziell heißt - in Seenot geratene Flüchtlinge zu retten und Menschenschmuggler abzuschrecken.

USA

Libyscher Terrorverdächtiger al-Libi in New York

Der in Libyen festgenommene mutmaßliche Al-Qaida-Terrorist Abu Anas al-Libi ist in den USA angekommen. Ein US-Kriegsschiff hat den 49-Jährigen nach New York gebracht, wo er angeklagt werden soll. Al-Libi wurde wegen der Anschläge auf die US-Botschaften in Kenia und Tansania 1998 mit 224 Todesopfern international gesucht. Der Computerexperte war einer der meistgesuchten Terroristen weltweit. US-Experten erhoffen sich von ihm Insider-Informationen über al-Qaida. US-Eliteeinheiten hatten ihn mitten in der Hauptstadt Tripolis gefasst und verschleppt.

Load-Date: October 16, 2013

End of Document

Politik Kompakt; Südsudan: Bundeswehr evakuiert Deutsche aus Krisenland
++ Europawahl: Juncker bietet sich als Spitzenkandidat an ++ Israel:
Fluggesellschaften dürfen wieder die Türkei ansteuern ++ USA: Haushälterin
soll indische Diplomatin erpresst haben ++ Syrien: Europarat-Kommissar
fordert mehr Hilfe für Flüchtlinge

Die Welt

Freitag 20. Dezember 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Kompakt; S. 6; Ausg. 297

Length: 648 words

Body

Südsudan

Bundeswehr evakuiert Deutsche aus Krisenland

Die Bundesregierung bringt deutsche Staatsbürger aus dem umkämpften Südsudan in Sicherheit. Die Bundeswehr werde zwei Flugzeuge in die Hauptstadt Juba schicken, teilte das Einsatzführungskommando mit. Auch Großbritannien und die USA haben eine Evakuierungsaktion begonnen. In dem erst seit zwei Jahren existierenden Staat kämpfen Soldaten gegeneinander, die einerseits loyal zu Präsident Salva Kiir stehen und auf der anderen Seite Anhänger des im Juli entlassenen Vizepräsidenten Riek Machar sind. Dahinter stecken auch ethnische Konflikte. Kiir gehört zur Volksgruppe der Dinka, Machar zu den Nuer. Diese hatten 1991 in der Stadt Bor ein Massaker an Dinka verübt. Genau dort kam es am Mittwoch zu Gefechten, bei denen die Truppen Kiirs nach offiziellen Angaben die Kontrolle über die Stadt verloren. Begonnen hatten die Kämpfe am Sonntag in Juba. Dabei wurden nach UN-Angaben bis zu 500 Menschen getötet. Außenminister ostafrikanischer Staaten sollen nach Juba reisen und sich um Vermittlung bemühen.

Europawahl

Juncker bietet sich als Spitzenkandidat an

Auch die konservative Europäische Volkspartei (EVP) will einen Spitzenkandidaten ins Rennen um den Posten des EU-Kommissionspräsidenten schicken. Das entschieden Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und andere Vertreter der konservativen Parteien bei einem Vortreffen zum EU-Gipfel in Brüssel, wie EVP-Vertreter sagten. Zu den Bewerbern gehört auch der langjährige luxemburgische Regierungschef und Vorsitzende der Eurogruppe, Jean-Claude Juncker. Der erst vor wenigen Wochen in seinem Land abgewählte Juncker hatte sich in der französischen

Politik Kompakt Südsudan: Bundeswehr evakuiert Deutsche aus Krisenland ++ Europawahl: Juncker bietet sich als Spitzenkandidat an ++ Israel: Fluggesellschaften d....

Zeitung „Le Monde“ bereit erklärt, als Spitzenkandidat bei der Europawahl im Mai anzutreten, „wenn ich gefragt werde“.

Israel

Fluggesellschaften dürfen wieder die Türkei ansteuern

Nach mehr als fünf Jahren Unterbrechung fliegen israelische Fluggesellschaften vom kommenden Sommer an wieder die Türkei an. Das israelische Transportministerium teilte mit, beide Länder hätten eine entsprechende Vereinbarung unterzeichnet. Die Flüge seien damals wegen Meinungsverschiedenheiten über Sicherheitsregelungen unterbrochen worden, hieß es. Die ehemals engen Beziehungen sind seit Jahren gespannt. Der türkische Regierungschef Recep Tayyip Erdogan hat Israel immer wieder scharf kritisiert, vor allem wegen der israelischen Militäreinsätze gegen radikale Palästinenser.

USA

Haushälterin soll indische Diplomatin erpresst haben

Nach dem Skandal um die Behandlung einer indischen Diplomatin durch die US-Polizei hat die Regierung in Neu-Delhi die Einstellung der Ermittlungen gegen die Frau gefordert. Sie arbeitet im Konsulat in New York und war vergangene Woche festgenommen worden. Die Diplomatin soll falsche Angaben darüber gemacht haben, wie viel sie ihrer indischen Haushälterin zahlt, um für diese ein Arbeitsvisum zu bekommen. In einer in indischen Medien am Mittwoch veröffentlichten E-Mail beklagte sich Khobragade, sie sei in den USA trotz ihres Diplomatensstatus wie eine „gewöhnliche Verbrecherin“ behandelt worden. Sie habe sich ausziehen müssen und sei an Körperöffnungen durchsucht worden. Mittlerweile wurde bekannt, dass Khobragade von der Haushälterin offenbar erpresst wurde, die den Angaben zufolge mehr Geld und eine Änderung ihres Visums forderte. Die Diplomatin soll ihr pro Stunde drei Dollar und damit wesentlich weniger als den Mindestlohn gezahlt haben.

Syrien

Europarat-Kommissar fordert mehr Hilfe für Flüchtlinge

Der Menschenrechtskommissar des Europarates, Nils Muiznieks, fordert von den Ländern Europas mehr Hilfe für syrische Flüchtlinge. „Das ist die größte Flüchtlingskrise seit über 20 Jahren“, sagte Muiznieks nach einem Besuch von Lagern in der Türkei, in Bulgarien und in Deutschland. Doch Europa verdränge den Konflikt. Kaum ein Land sei bereit für eine größere Anzahl syrischer Flüchtlinge. Eine Ausnahme sei jedoch Deutschland.

Load-Date: December 20, 2013

**Ausland Kompakt; Ägypten: Verhandlungen mit Muslimbrüdern
abgebrochen ++ Tunesien: Proteste gegen Regierung reißen nicht ab ++
Italien: Rom nimmt vor Malta gestrandete Flüchtlinge auf ++ Gibraltar: Rajoy
und Cameron greifen in Krise ein ++ Japan: Regierung erwägt neue
Abschottung von Fukushima ++ Großbritannien: Kritik an Kampagne gegen
illegale Einwanderer wächst**

Die Welt

Donnerstag 8. August 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Kompakt; S. 7; Ausg. 183

Length: 728 words

Body

Ägypten

Verhandlungen mit Muslimbrüdern abgebrochen

Nachdem die internationalen Vermittlungsbemühungen in Kairo gescheitert sind, droht Ägypten eine neue Welle der Gewalt. Die vom Militär eingesetzte Regierung erklärte die Verhandlungen mit den Muslimbrüdern für beendet und gab den Anhängern des gestürzten Präsidenten Mohammed Mursi die Verantwortung für die Konsequenzen. Die Muslimbrüder demonstrieren seit Wochen für Mursis Wiedereinsetzung. Tausende von ihnen harren in zwei Protestlagern in Kairo aus, die Regierung drohte bereits mehrfach mit deren Räumung. Ein Vertreter der Muslimbrüder erklärte, die Spitze der Organisation müsse zunächst beraten, wie sie auf die Ankündigung der Übergangsregierung reagieren solle.

Tunesien

Proteste gegen Regierung reißen nicht ab

Auch zwei Wochen nach der Ermordung des linken Oppositionspolitikers Mohammed Brahmi halten die Proteste gegen die Regierung in Tunesien weiter an. In der Nacht zum Mittwoch gingen wieder Zehntausende vor dem Parlament in Tunis auf die Straße. Sie geben der gemäßigt islamischen Regierungspartei Ennahda eine Mitschuld an der Ermordung Brahmis und des Oppositionellen Schokri Belaïd im Frühjahr. Beide waren nach Angaben der Regierung mit derselben Waffe von Islamisten erschossen worden.

Italien

Ausland Kompakt Ägypten: Verhandlungen mit Muslimbrüdern abgebrochen ++ Tunesien: Proteste gegen Regierung reißen nicht ab ++ Italien: Rom nimmt vor Malta gestr....

Rom nimmt vor Malta gestrandete Flüchtlinge auf

Nach intensiven diplomatischen Verhandlungen hat sich Italien entschlossen, 102 Flüchtlinge aufzunehmen, die auf einem Tanker vor der Küste von Malta gestrandet sind. Das griechische Tankschiff „Salamis“ wird den Hafen der sizilianischen Stadt Syrakus anlaufen, wo zunächst medizinisches Personal und Grenzschutzbeamte an Bord gehen werden. EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström dankte Italien für die Bereitschaft, die Flüchtlinge aufzunehmen. Dies sei „ein Weg, Solidarität in Europa zu zeigen“, teilte sie per Twitter mit. Der Kapitän der „Salamis“ hatte die hauptsächlich aus Eritrea stammenden Flüchtlinge aus einem Schlauchboot gerettet, aber keine Erlaubnis erhalten, Malta anzulaufen.

Gibraltar

Rajoy und Cameron greifen in Krise ein

Die eskalierenden Spannungen zwischen Spanien und Großbritannien um Gibraltar haben einen neuen Höhepunkt erreicht. Der britische Premierminister David Cameron rief den spanischen Ministerpräsidenten Mariano Rajoy an, um seine Sorge über spanische Maßnahmen an der Grenze zum britischen Territorium im Süden der Iberischen Halbinsel zu äußern. Auf dem Kurznachrichtendienst Twitter hatte Cameron betont, dass sich die britische Haltung in der Frage nicht verändern wird. Spanien wirft dem britischen Überseegebiet vor, Ende Juli 70 Betonblöcke mit Metallstacheln in spanische Gewässer geworfen zu haben, um so ein künstliches Riff zu schaffen und die Arbeit der spanischen Fischer zu behindern. Seitdem hatten die spanischen Behörden die Grenzkontrollen verschärft und bei hochsommerlichen Temperaturen stundenlange Verzögerungen verursacht. Die Regierung des britischen Territoriums sprach unter anderem von „Folter“.

Japan

Regierung erwägt neue Abschottung von Fukushima

Nach massiven Problemen mit auslaufendem radioaktivem Wasser am zerstörten Atomkraftwerk Fukushima will die japanische Regierung die Lösung des Problems selbst in die Hand nehmen. Dies kündigte Ministerpräsident Shinzo Abe an. Erwogen werde der mehrere Milliarden Euro teure Bau einer Abschottung rund um die Atomruine, um das auslaufende Wasser zu stoppen. Zuvor hatte die japanische Regierung bestätigt, dass seit gut zwei Jahren täglich etwa 300 Tonnen kontaminiertes Wasser in der Nähe des zerstörten Kraftwerks ins Meer strömen. Am Dienstag hatte der Betreiber Tepco erklärt, dass das Wasser auch unter oder über eine im Boden eingelassene Barriere in der Nähe des Kraftwerks fließt.

Großbritannien

Kritik an Kampagne gegen illegale Einwanderer wächst

Britische Menschenrechtsorganisationen kritisieren eine Kampagne des britischen Innenministeriums, die illegale Einwanderer zu einer Rückkehr in deren Heimat auffordert. Seit mehreren Tagen fahren im Auftrag der Regierung Lastwagen durch London, die sich per Plakat an die Einwanderer wenden: „Illegal in UK? Geh nach Hause oder dir droht die Verhaftung.“ Die Bürgerrechtsorganisation Liberty protestierte mit einem eigenen Großplakat vor dem Londoner Innenministerium gegen die nach ihrer Auffassung ausländerfeindliche Plakataktion. Sie forderte die Regierung auf, die Kampagne zu stoppen.

Load-Date: August 8, 2013

Deutschland Kompakt I; Innenministerkonferenz: Schünemann will Haftstrafe für Angriffe auf Polizisten ++ Psychiatrie-Affäre: Anwalt kündigt Vorstoß auf Wiederaufnahmeverfahren an ++ Syrien-Flüchtlinge: Räte fordern organisiertes Aufnahmeprogramm ++ Gewerkschaft: 3000 ++ Sachsen-Anhalt: FDP-Vorsitzender Wolpert schmeißt hin

Die Welt

Mittwoch 9. Januar 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK; Kompakt; S. 4; Ausg. 7

Length: 619 words

Body

Innenministerkonferenz

Schünemann will Haftstrafe für Angriffe auf Polizisten

Niedersachsen hat von Mecklenburg-Vorpommern offiziell den Vorsitz der Innenministerkonferenz (IMK) für das Jahr 2013 übernommen. Landesinnenminister Uwe Schünemann (CDU) kündigte an, die Entwicklung einer nationalen Anti-Terror-Strategie, wie sie bereits in anderen europäischen Ländern existiert, anzustoßen. Noch vor der Innenministerkonferenz in Frühjahr soll es dazu einen Sicherheitsgipfel in Hannover geben. Zudem will er einen eigenen Strafrechtsparagrafen für Angriffe auf Polizisten, Rettungskräfte und Feuerwehreute schaffen. Dieser soll eine Haftstrafe von bis zu fünf Jahren ermöglichen. „Angriffe auf Polizisten sind Angriffe auf das Herz unseres demokratischen Gemeinwesens“, sagte Schünemann der „Bild“-Zeitung. Der Staat könne nur mit einer „Null-Toleranz-Strategie“ antworten.

Psychiatrie-Affäre

Anwalt kündigt Vorstoß auf Wiederaufnahmeverfahren an

Der Anwalt des womöglich zu Unrecht seit 2006 in der Psychiatrie untergebrachten Gustl Mollath will bis Anfang Februar einen Antrag auf ein Wiederaufnahmeverfahren stellen. Er werde bis Ende Januar abwarten, zu welchem Ergebnis die Staatsanwaltschaft Regensburg gekommen sei und dann gegebenenfalls bei der zuständigen Strafkammer einen eigenen Antrag einreichen, sagte Gerhard Strate. Der Hamburger Anwalt bestätigte damit einen Bericht im „Münchner Merkur“. Darin heißt es weiter, er halte seinen Mandanten für einen „geradlinigen Charakter“ und für nicht verrückt. Der heute 56-jährige Kaufmann Mollath hatte Schwarzgeld-Geschäfte bei der Hypovereinsbank angeprangert, in die seine Ehefrau verwickelt gewesen sein soll. Das Gericht hatte diese

Deutschland Kompakt I Innenministerkonferenz: Schünemann will Haftstrafe für Angriffe auf Polizisten ++
Psychiatrie-Affäre: Anwalt kündigt Vorstoß auf Wiederauf....

Vorwürfe als paranoide Hirngespinnste abgetan, inzwischen stellten sie sich aber als wahr heraus. Die Staatsanwaltschaft befragt derzeit Personen und studiert Akten, rechnet aber im Januar nicht mit neuen Erkenntnissen.

Syrien-Flüchtlinge

Räte fordern organisiertes Aufnahmeprogramm

Angesichts der anhaltenden Gewalt in Syrien haben die Flüchtlingsräte in Niedersachsen und Schleswig-Holstein ein Aufnahmeprogramm für Flüchtlinge verlangt. Obwohl der Bürgerkrieg weiter eskaliere und ein Ende der Gewalt nicht absehbar sei, verweigerten die Bundesregierung und andere Staaten der EU einen solchen Schritt für diese Menschen, beklagten die Flüchtlingsräte. Nicht einmal bei der Erteilung von Visa gebe es Zugeständnisse, auch wenn Familienangehörige in Deutschland die Übernahme aller Kosten zusicherten. Die Politik dürfe sich nicht weiter vor der Not verschließen und müsse eine organisierte Rettung starten.

Gewerkschaft

3000

neue Mitglieder verzeichnete die Bildungsgewerkschaft GEW im vergangenen Jahr. Dies entspreche einem Plus von 1,3 Prozent, wie ein Sprecher in Berlin mitteilte. In den vergangenen fünf Jahren habe die Zahl der Mitglieder aus pädagogischen und wissenschaftlichen Berufen damit um knapp 20.000 auf gut 266.500 zugenommen.

Sachsen-Anhalt

FDP-Vorsitzender Wolpert schmeißt hin

Der Landeschef der FDP in Sachsen-Anhalt, Veit Wolpert, ist von seinem Amt zurückgetreten. Er ziehe damit nach seiner Niederlage als Spitzenkandidat für die Bundestagswahl die Konsequenzen, sagte ein Sprecher der Fraktion in Magdeburg. Auch an dem für Freitag geplanten traditionellen Neujahrsempfang des Landesverbandes, zu dem Außenminister Guido Westerwelle (FDP) erwartet wird, wird Wolpert nicht teilnehmen. Der 52-Jähriger hatte am 8. Dezember die Kampfkandidatur für die Bundestagswahl gegen die frühere Landeschefin Cornelia Pieper verloren. Pieper hatte zuvor 16 Jahre an der Spitze des Landesverbandes gestanden und sich nach der Niederlage der Liberalen nach der Landtagswahl 2011 (3,8 Prozent) nicht mehr aufstellen lassen.

Load-Date: January 26, 2013

Stufen des Elends; Der Anblick wahrer Armut auf der Welt kann unsere durch Wohlstand verschobenen Koordinaten zurechtrücken - und Verständnis für die zu uns drängenden Flüchtlinge wecken

Die Welt

Freitag 18. Oktober 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; Essay; S. 2; Ausg. 243

Length: 1044 words

Byline: Til Biermann

Body

Sieben Kinder planschen mit zu einem winzigen Kanu umfunktionierten Styropormüll in der braunen Brühe. An den Rändern des Pasig-Flusses von Manila türmen sich die Slums, ebenfalls hauptsächlich aus Müll gebaut, bis zu zehn Meter in die Höhe. Fischer versuchen, mit ihren Netzen Nahrung aus der Kloake zu ziehen. Denn Fische gibt es hier: Das sieht man an den etwa eineinhalb Meter langen, aufgeblähten silbernen Fischleichen, die an der Oberfläche dümpeln.

In der Hauptstadt der Philippinen leben - die Metropolregion eingeschlossen - etwa zwölf Millionen Menschen. Allein im Stadtkern drängen sich 500.000 in Slums, in Sichtweite der in tropischer Sonne glänzenden Wolkenkratzer des Finanzdistrikts Makati. Die Menschen in den Elendsvierteln leben mitunter von 20 Euro-Cent am Tag. Und dafür arbeiten sie sich den Rücken krumm. Auch auf den umliegenden kleineren Inseln sieht die Armut nicht anders aus. Dürre Hühner stelzen um Bambushütten herum. Als Familienkutschen fungieren marode Motorroller, auf denen die Filipinos mit bis zu fünf Leuten über die Inseln tuckern. Ich besuchte die Philippinen nach Abschluss meines Studiums, um nach den Prüfungen an der Südsee auszuspannen. Ein Hamburger Freund baute gerade für einen deutschen Reeder ein Hochhaus in dem Inselstaat, dessen Seeleute etwa die Hälfte aller Seefahrer weltweit ausmachen.

Diese Reise hat mir durch Wohlstand verschobene Koordinaten zurechtgerückt. Unsere Vorfahren in Europa haben vor ein paar Jahrhunderten zum größten Teil in ärmlichen Behausungen gelebt und mussten für ihre blaublütigen Herren und die Kirche schuften. Heute haben wir oft keine Vorstellung mehr davon, was wahre Armut bedeutet. Ich hatte gedacht, dass ich in meinem acht Quadratmeter großen Studentenzimmer in Hamburg mit dem Minibett und dem angeranzten Teppich zumindest ein bisschen „arm“ gewesen sei. Aber dieses massiv gebaute Zimmerchen wäre in Manila ein Schloss gewesen. In so einem Zimmerchen hätte unter Umständen eine philippinische Familie luxuriös Platz gefunden. Dort gibt es ganze Familien samt Babys, die auf Pappen neben Kreuzungen schlafen.

Stufen des Elends Der Anblick wahrer Armut auf der Welt kann unsere durch Wohlstand verschobenen Koordinaten zurechtrücken - und Verständnis für die zu uns drän....

Man kann also sagen: Jeder Hartz-IV-Empfänger aus Berlin-Neukölln wäre mit seinem Lebensstandard auf den Philippinen vielleicht kein Sonnenkönig, aber zumindest ein etwas heruntergewirtschafteter Baron. So müssten wir eigentlich jeden Tag vor Dankbarkeit zum Himmel schreien. Sogar ganz ohne Arbeit kriegen wir in der Regel ein Bett, ein Dach, Nahrung, hervorragende ärztliche Versorgung vom Staat geschenkt und können uns sogar Genussmittel wie Bier und Kaffee leisten. Den Filipinos geht es schlechter als uns, aber auf der makaberen Skala des Elends haben sie es noch relativ gut getroffen. Abgesehen von Konflikten mit aufständischen Islamisten auf der südlichen Insel Mindanao leben sie zumindest in Frieden und blasen meist weniger Trübsal als wir im Westen.

Wenn zu der Armut jedoch überbordende Gewalt kommt, wird der Leidensdruck so unerträglich, dass auch tödliche Gefahren nicht von dem Versuch abschrecken, ins gelobte Land - den Westen - zu entkommen. Das sieht man an den Flüchtlingsströmen, die nach Europa führen. Viele Flüchtlinge verdursten bereits in den nordafrikanischen Wüsten. Und jene, die es bis ans Meer schaffen, sehen sich einem nassen Grab gegenüber. Mindestens 20.000 sind schon ertrunken, die Dunkelziffer wird höher sein, das Meer schluckt viele der Toten. Wer sich, oft ohne schwimmen zu können, an Bord von Seelenverkäufern traut, wie die Menschenschlepper sie nutzen, muss Schlimmstes erlebt haben. Das ist etwa in Berlin sichtbar, wo in einer besetzten Schule Malier leben, die sich mit billigen Schlauchbooten in die Fluten vor Gibraltar geworfen hatten. Aus Libyen nach Mali herübergestreunte Islamisten hatten versucht, den moderat muslimischen dunkelhäutigen Bauern die Scharia einzubezugen. Die Bauern zogen die für viele ihrer Landsleute tödlich endende Flucht nach Europa vor. Sie sind froh, in Deutschland zu sein, und wollen arbeiten.

Auch im reichen Hamburg leben Tschetschenen, Afrikaner und Syrer, denen die Flucht gelungen ist - manche von ihnen wohnen in vom Stadtstaat aufgestellten Zelten in der Nähe des Flughafens. Viele Kleinkinder sind dabei. Sie wärmen sich am Wasserdampf, der durch Rohre aus einer Waschküche nach draußen geleitet wird, und strahlen. Auch ein 17-jähriger mittlerweile wohlgenährter Syrer lebt dort seit vier Monaten. Er erzählt, wie er mit seiner Familie vor Baschar al-Assads Schergen durch Wälder in die Südtürkei floh. Von dort fuhr ein Schlepper die Familie nach Hamburg. Er will Abitur machen und studieren. In den Augen des dem Tod entkommenen Teenagers und in den Gesichtern der Kinder blitzt jene Dankbarkeit auf, die wir reichen, friedensverwöhnten Westler vergessen haben. Der Anblick wahrer Armut kann Verständnis für die Massen von Flüchtlingen schaffen, die vor den Toren der Festung Europa stehen und Einlass begehren. Natürlich: Je besser es den Flüchtlingen in Europa gehen wird, desto mehr werden kommen wollen. Und es ist anzunehmen, dass manchem europäischem Politiker insgeheim die Abschreckung durch das oft tödliche Ende der Fluchten nicht ganz unrecht ist. Aber die Flüchtlingsströme werden so oder so nicht abreißen.

Was diese Menschen wollen, ist eigentlich ein universales Menschenrecht: arbeiten und ein Leben in Frieden. In den USA wird überlegt, den zwölf Millionen illegalen Einwanderern einen legalen Status zu verleihen. Sollte die Europäische Union nicht einen ähnlich rasanten Schritt wagen? Warum sollte man nicht den arbeitswilligen, meist jungen Menschen, die nach Europa kommen, - in einem geordneten Rahmen - die Möglichkeit geben, ihr Glück legal am Arbeitsmarkt zu versuchen, statt sie in lagerähnlichen Unterkünften vegetieren zu lassen? Denn von Flüchtlingen, die eine Chance bekommen, kann eine unwiderstehliche Erneuerungskraft ausgehen. Das sieht man an den von Religions- und Armutsflüchtlings aus Europa gegründeten USA. Und die Bevölkerung der meisten Industriestaaten sinkt rasant, wir brauchen Einwanderer.

Aber natürlich, das würde erst einmal kosten. Und Sonnenkönige wie auch Barone geben nicht gerne etwas vom Braten ab.

Jeder Hartz-IV-Empfänger aus Neukölln hätte auf den Philippinen den Lebensstandard eines heruntergewirtschafteten Barons

Graphic

Stufen des Elends Der Anblick wahrer Armut auf der Welt kann unsere durch Wohlstand verschobenen
Koordinaten zurechtrücken - und Verständnis für die zu uns drän....

AFP/ Getty Images/NOEL CELIS

Eine halbe Million Menschen lebt in den Slums von Manila

NOEL CELIS

Load-Date: October 18, 2013

End of Document

Snowdens letzte Chance: Er bittet Putin um Asyl; Ex-Geheimdienstmitarbeiter will in Russland bleiben. Offenbar nimmt er die Bedingungen des Kreml an und stellt seine Enthüllungen ein

Die Welt

Samstag 13. Juli 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: TITEL; S. 1; Ausg. 161

Length: 594 words

Body

Der flüchtige Computerspezialist und ehemalige US-Geheimdienstmitarbeiter Edward Snowden hat Asyl in Russland beantragt. Er unterschrieb einen Antrag auf dem Moskauer Flughafen Scheremetjewo. Das teilte der prominente russische Anwalt Anatoli Kutscherena nach einem Treffen mit dem 30-Jährigen mit. Grund sei, dass er nicht ausreisen könne, zitierte die Agentur Interfax Tanja Lokschina von der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch.

Snowden macht damit eine sensationelle Kehrtwende und ergreift wohl seine letzte Chance. Alle anderen Möglichkeiten haben sich offenbar zerschlagen. Der Antrag ist deshalb pikant, weil Kreml-Chef Wladimir Putin schon am 1. Juli Snowden Asyl angeboten hatte - allerdings unter der Bedingung, den USA keinen Schaden zuzufügen. „Wenn er hierbleiben möchte, gibt es eine Bedingung: Er sollte mit seiner Arbeit aufhören, die dagegen gerichtet ist, unseren amerikanischen Partnern Schaden zuzufügen - so merkwürdig sich das aus meinem Mund auch anhören mag“, hatte der Präsident damals gesagt.

Putins Sprecher erklärte aber schon am 2. Juli, dass Snowden das Angebot abgelehnt habe. Demnach wollte er sich nicht auf einen Handel mit dem Kreml einlassen. Aber jetzt wurde der Druck zu groß, Snowden darf seit dem 23. Juni den Transitbereich des Moskauer Flughafens Scheremetjewo nicht verlassen. Die US-Regierung hatte seinen Reisepass für ungültig erklärt. Der Parlamentsabgeordnete Wjatscheslaw Nikonow erklärte, Snowden wolle diesmal die Bedingungen annehmen. Bevor Snowden seinen Antrag unterschrieb, hatte er mit Menschenrechtsvertretern gesprochen. Ob sie ihm zu dem Antrag geraten hatten, wurde nicht bekannt. Das Treffen am Flughafen war nicht öffentlich, es tauchten lediglich Fotos auf.

Die Unterlagen von Snowden sorgen in den USA weiter für Aufregung. Der Softwarekonzern Microsoft soll eng mit den US-Geheimdiensten bei der Ausspähung von Kunden zusammengearbeitet haben. So sei es der NSA ermöglicht worden, die Verschlüsselung von E-Mails zu umgehen, berichtete die britische Zeitung „Guardian“ unter Berufung auf Snowden-Dokumente. Das Unternehmen habe dem Geheimdienst auch geholfen, Video- und Audiomaterial des Kommunikationsdienstes Skype zu sammeln. Microsoft hat stets bestritten, den US-

Snowdens letzte Chance: Er bittet Putin um Asyl Ex-Geheimdienstmitarbeiter will in Russland bleiben. Offenbar nimmt er die Bedingungen des Kreml an und stellt s....

Geheimdiensten Zugang zu gewähren. Kundendaten würden nur nach rechtlich einwandfreier Anforderung durch die Regierung freigegeben.

Verbraucherschutzministerin Ilse Aigner (CSU) hat dazu aufgerufen, die Abhängigkeit von amerikanischen Technologiekonzernen zu verringern. „Wir Europäer sollten den Abhörskandal als Warnschuss verstehen“, sagte sie der „Welt“. „Unsere Abhängigkeit zu US-Technologiekonzernen ist in den vergangenen Jahren dramatisch gewachsen. Wir müssen die IT-Entwicklung in Europa noch gezielter fördern, wollen wir künftig nicht allein auf Software und Hardware aus dem Ausland angewiesen sein.“ Aigner: „Microsoft, aber auch die anderen US-Konzerne müssen die Karten auf den Tisch legen, wollen sie nicht noch mehr Vertrauen verspielen.“

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) vereinbarte bei seinem Treffen mit US-Sicherheitsberaterin Lisa Monaco mehr Transparenz bei Geheimdienstfragen. Bei dem Gespräch im Weißen Haus sei zeitweilig auch Vizepräsident Joe Biden dabei gewesen, hieß es. Beide Seiten hätten die „Balance zwischen Sicherheit und Freiheit“ betont. Friedrich sagte, die Gesprächspartner, darunter auch Justizminister Eric Holder, hätten versichert, dass keine Wirtschaftsspionage betrieben werde. Es gehe nur um Terrorismus und organisierte Kriminalität.

Siehe Kommentar und Seiten 4/5

Graphic

dpa/Human Rights Watch; reto klar

Das erste Foto von Edward Snowden nach seinem Untertauchen. Er sitzt am Moskauer Flughafen zwischen Menschenrechtsaktivistinnen

Human Rights Watch

Load-Date: July 13, 2013

Assange kann seinen Punktsieg nicht feiern; Trotz Ecuador-Asyl: Er muss in der Londoner Botschaft bleiben

Die Welt

Freitag 17. August 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; S. 6; Ausg. 192

Length: 1161 words

Byline: Dietrich Alexander

Tina Kaiser

Tobias Käufer

Highlight: Der Wikileaks-Gründer rechnet mit seiner Festnahme, sobald er wieder britischen Boden betritt

Body

London/Quito

Wenn Julian Assange, der Gründer der Enthüllungsplattform Wikileaks, könnte, dann dürfte und würde er nun wohl nach Ecuador ausreisen, um dort politisches Asyl in Anspruch zu nehmen. Darum hatte er gebeten, als er am 19. Juni in die diplomatische Vertretung des mittelamerikanischen Landes in London geflohen war, um sich den britischen Behörden zu entziehen. Ecuadors Außenminister Ricardo Patiño jedenfalls erklärte in der Hauptstadt Quito, die Entscheidung zugunsten des Australiers sei getroffen worden, um sein Leben vor Verfolgungsrisiken in den USA zu schützen. „Asyl ist ein fundamentales Menschenrecht“, sagte Patiño. Der Australier bedankte sich nur Minuten später via Twitter in spanischer Sprache: „Danke an Ecuador, danke an alle.“ Dem Personal in der Londoner Vertretung Ecuadors sagte er, es sei ein Sieg „für mich selbst und meine Leute“. Allerdings würden die „Dinge jetzt wahrscheinlich stressiger“.

Da wird er wohl recht behalten, denn längst ist aus dem Fall Assange eine diplomatische Krise zwischen Ecuador und Großbritannien geworden. Ecuador interpretiert die britische Weigerung, Assange freies Geleit zuzusichern, als Angriff auf seine Souveränität und den exterritorialen Status seiner diplomatischen Vertretung in der britischen Hauptstadt. Christine Assange, Mutter des umstrittenen australischen Internetaktivisten, hatte bereits seit Tagen in Ecuador Gespräche geführt, „um das Leben meines Sohnes zu schützen“. Zuvor hatte sie ihrer Sorge vor einer Auslieferung ihres Sohnes in die USA mit dramatischen Worten Ausdruck verliehen: „Wenn sie so etwas mit einem US-Bürger machen, werden sie noch weniger Skrupel haben, es mit einem Ausländer zu tun“, berief sich Mutter Assange auf den Fall des angeblich gefolterten US-Bürgers Bradley Manning. Der ehemalige US-Soldat hatte

Assange kann seinen Punktsieg nicht feiern Trotz Ecuador -Asyl: Er muss in der Londoner Botschaft bleiben

Wikileaks vertrauliche Informationen zugespielt und war darauf von US-Sicherheitskräften unter verschärften Sicherheitsbedingungen in Isolationshaft verhört worden. Ihm wird der Prozess wegen Landesverrats gemacht. Ihm droht lebenslange Haft.

Assange beschäftigt nun also die Diplomaten, nachdem sich bislang Juristen um seinen Fall gekümmert haben. Er hatte mit der Wahl seines Anwalts bereits für ein breites Medienecho gesorgt. Der als „Tyrannenjäger“ bekannte spanische Jurist Baltasar Garzón sollte den Australier verteidigen. Der Spanier hatte unter anderem vor 14 Jahren den ehemaligen chilenischen Diktator Augusto Pinochet angeklagt. Garzón ließ keinen Zweifel an seiner Verteidigungslinie: „Wir sind sehr besorgt, was mit ihm passieren wird. Seine Situation wird zu einem politischen Zweck benutzt. Der Grund ist die hervorragende Arbeit, die er mit seiner Organisation geleistet hat, um korrupte Missbräuche an den Pranger zu stellen“, sagte der Spanier.

Ecuadors Präsident Rafael Correa präsentiert sich nun als Schutzpatron des Australiers. Das überwiegend links regierte Lateinamerika bietet Washington und London offen die Stirn. Das mangelnde Fingerspitzengefühl Washingtons im Umgang mit seinem „Hinterhof“ rächt sich nun. Auch Großbritannien hat in Südamerika kaum noch Freunde. Die harte Haltung im Konflikt mit Argentinien um die Falklandinseln hatte Correa zuletzt immer wieder kritisiert. Jüngst war er sogar dem Amerika-Gipfel im kolumbianischen Cartagena ferngeblieben, weil er die Weigerung der USA und Kanadas, über das Kuba-Embargo sowie über die Falklandinseln zu diskutieren, nicht akzeptieren wollte.

Julian Assange indes wird die Botschaft in London nicht verlassen können, denn sobald er britischen Boden beträte, würde ihn die britische Polizei wegen eines Auslieferungsgesuches aus Schweden festnehmen. Daran hat das britische Außenministerium keinen Zweifel gelassen. „Großbritannien wird Assange kein freies Geleit geben und an seiner Auslieferungsverpflichtung gegenüber Schweden festhalten“, sagte der britische Außenminister William Hague.

Nach Angaben Patiños hatte Großbritannien sogar damit gedroht, die Botschaft in London zu stürmen, was viele Beobachter für ausgeschlossen halten, weil Ecuador das als Kriegsgrund werten könnte. Nach britischer Lesart ist ein Eindringen in die Botschaft auf der Grundlage eines Gesetzes aus dem Jahr 1987 möglich. Rechtsexperten sehen darin hingegen einen Bruch der Wiener Konvention von 1961.

Die schwedische Justiz lastet Assange Sexualdelikte an und hat deswegen einen EU-weiten Haftbefehl erwirkt, dem London, wie es beteuert, Folge leisten müsse. Assange soll im August 2010 mit zwei Frauen Geschlechtsverkehr gehabt haben und dabei gegen deren Willen kein Kondom benutzt haben. Die schwedische Staatsanwaltschaft geht in einem der Fälle von Vergewaltigung aus. Eine Anklage dazu gibt es jedoch nicht.

Assange bestreitet die Vorwürfe. Er vermutet ein Komplott. Der 41-Jährige befürchtet, von Schweden in die USA abgeschoben zu werden. Mit seinen Wikileaks-Veröffentlichungen zu den Konflikten im Irak und in Afghanistan hatte er vor allem die US-Regierung massiv in Schwierigkeiten gebracht. Assange hatte in Großbritannien über anderthalb Jahre versucht, die Auslieferung gerichtlich zu verhindern. Nach erfolglosem Ausschöpfen des gesamten Instanzenweges hatte er sich in die ecuadorianische Botschaft geflüchtet. Mit Präsident Rafael Correa ist er persönlich befreundet.

Vor der Vertretung Ecuadors im Londoner Stadtteil Knightsbridge hatten sich etwa 200 Demonstranten versammelt; einige hatten die Nacht über vor dem Gebäude gecampt. An den Absperrgittern der Botschaft prangten Plakate mit Aufschriften wie: „Verteidigt Wikileaks“ oder „Verteidigt die Meinungsfreiheit“. Das Medieninteresse war groß: Rund 50 Kameralinsen waren auf die Botschaft gerichtet. Ein Dutzend Polizisten stand vor der Botschaft, drei Demonstranten wurden festgenommen.

Es war an Andy Higginbottom, die gute Nachricht zu überbringen. Um Punkt 13.30 Uhr Ortszeit nahm der Professor für Menschenrechte von der Kingston-Universität ein Megafon in die Hand und rief den Demonstranten zu: „Wir können bestätigen, dass Julian Assange Asyl in Ecuador erhalten wird.“ Freudenschreie und Applaus brachen aus. Die Menge skandierte „Julian Assange, freedom fighter“ und „Wir sind keine britische Kolonie“.

Assange kann seinen Punktsieg nicht feiern Trotz Ecuador -Asyl: Er muss in der Londoner Botschaft bleiben

Higginbottom sagte, dass die Ecuadorianer sehr schockiert waren, als London gedroht hatte, die Botschaft zu stürmen. Ecuador sei ein souveränes Land, die Drohung der Briten ein juristischer Skandal. Der Professor sagte, er hoffe, die Briten hätten nun ein Einsehen und würden Assange freilassen. „Die Anklage gegen Assange ist klar politisch motiviert, weil er geheime Daten der USA veröffentlicht hat.“ Assange sei ein Held und ein Kämpfer für die Demokratie. „Dank ihm wissen wir, dass sich die USA über 20 Jahre nicht an die Gesetze gehalten haben.“ Die Mehrzahl der Briten sei auf Assanges Seite. „Gerade nach den schönen Olympischen Spielen wäre es ein schrecklicher Fehler, sollten die Briten tatsächlich die Botschaft stürmen. Das würde unser internationales Ansehen auf einen Schlag zerstören.“

Graphic

Reuters/OLIVIA HARRIS

„Befreit Assange, keine Auslieferung“ steht auf dem Plakat eines Demonstranten vor der ecuadorianischen Botschaft in London, wo sich der Wikileaks-Gründer aufhält

Load-Date: December 14, 2012

End of Document

Riskante Urbanisierung; Chinas Städte wachsen rasant. Doch das von Peking so gefeierte Modell der Modernisierung hat schlimme Folgen: verschmutzte Luft, Korruption und ein Heer von Bauernarbeitern, die Bürger ohne Rechte sind

Die Welt

Dienstag 12. März 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; Leitartikel; S. 3; Ausg. 60

Length: 1067 words

Byline: Johnny Erling

Body

Premierminister Wen Jiabao, der nach zehn Jahren im Amt Ende dieser Woche in Ruhestand tritt, nannte zum Abschied die so rasant eingetretene Urbanisierung seines Landes einen Erfolg und „historischen Wendepunkt“. In nur fünf Jahren sei ein epochaler Wandel in der städtisch-bäuerlichen Bevölkerungsstruktur für 1,35 Milliarden Chinesen eingetreten, sagte der 70-Jährige vor dem Volkskongress. 2008 zu Beginn seiner zweiten Amtszeit hätten erst 45,9 Prozent der Bevölkerung in Städten gewohnt. Nun seien es 52,6 Prozent. Die größte **Migrationswelle** der Welt habe in dieser Zeit 84,6 Millionen ländliche Zuwanderer in die Zentren geschwemmt. Durch alle Dynastien hindurch sei China immer Bauernland gewesen, sagte Wen Jiabao. Heute lebte erstmals jeder zweite Chinese in einer Stadt.

Fast unbemerkt spielte sich Chinas folgenschwerste Reform ab, die durch die erlaubte freizügige Wahl des Arbeitsplatzes in den vergangenen 20 Jahren eine Viertel Milliarde Landbevölkerung in die Städte verschlug. Noch einmal so viele werden in den kommenden zwei Dekaden zuwandern, eine Milliarde Menschen wird dann in den Städten konzentriert. Wens Nachfolger als Premier, der an der Universität Peking promovierte Ökonom und Technokrat Li Keqiang, richtet sein künftiges Entwicklungsrezept für China darauf aus. Er nennt es die „vier neuen Modernisierungen“. Li will eine Politik systematischer Urbanisierung neben der technischen Erneuerung der Landwirtschaft, dem Umbau zur innovativen Industrie und der Informatisierung der Gesellschaft verfolgen. Expandierende Megastädte und urbane Landschaften würden eine ununterbrochene Nachfrage nach Wohnungen, Konsum, neuer Infrastruktur und Dienstleistungen erzeugen. Ihr Sog könnte für Jahrzehnte neues Wachstum und Wohlstand anziehen. Kritiker nennen das Chinas neuen Großen Sprung in die Urbanisierung. Aber viele zeigen sich euphorisch vom höchsten Wirtschaftsplaner Zhang Ping bis zu Losang Jamcan. Der neue Regierungschef Tibets nannte die Strategie, die für die nur drei Millionen Tibeter völlig sinnlos ist, ein wichtiges Ziel auch für das dünn besiedelte Dach der Welt.

Riskante Urbanisierung Chinas Städte wachsen rasant. Doch das von Peking so gefeierte Modell der Modernisierung hat schlimme Folgen: verschmutzte Luft, Korruption....

Der 57-jährige Li lehnt sich mit seinen vier neuen Modernisierungen begrifflich an die vom legendären Premier Zhou Enlai 1975 geforderten „Vier Modernisierungen“ an. Zhou wollte über die Erneuerung von Industrie, Landwirtschaft, Verteidigung sowie Wissenschaft und Technik das Land aus seiner desolaten Lage befreien. Aber erst nach 1978 wurde dieser Plan zum Startschuss für die Wirtschaftsreformen, die China abheben ließen. Drei Jahrzehnte sorgten Billiglohnarbeit, Exporte, Staatsinvestitionen, Umweltzerstörung und Energie- und Ressourcenvergeudung für jährlich zehnpromzentige Wachstumsraten. Die heute zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt erkannte zu spät, was sie sich damit auch einhandelte. Noch nie klappten Gerechtigkeitslücken so tief, waren Einkommensunterschiede so hoch wie heute. Noch nie musste die Bevölkerung so stark unter verschmutzter Luft, verpestetem Grundwasser, kontaminierten Böden leiden. Noch nie waren die Entscheidungsträger so korrupt. Als Peking zum ersten Mal die „Vier Modernisierungen“ auf seine Agenda setzte, forderte der Dissident Wei Jingsheng, die Demokratisierung als fünfte Modernisierung auf die Agenda zu setzen. Er wurde dafür schwer bestraft. Mehr als 30 Jahre später hat sich nichts geändert. Auch die neuen vier Modernisierungen sollen nach dem Willen der Partei ohne eine fünfte auskommen.

Das Ausland aber lässt sich vom Zauberwort Urbanisierung, dem scheinbar todsicheren Rezept für Wachstum, in den Bann ziehen. Dabei ist es Etikettenschwindel. Die 52,6 Prozent der Verstädterung, auf die Premier Wen so stolz ist, sind eine Selbsttäuschung. Die Rate lag Ende 2012 bei 35,3 Prozent, berichtete Vizeminister Huang Ming vom Ministerium für öffentliche Sicherheit, das die Melderegister von 670 Städten und 20.000 urbanen Siedlungszentren verwaltet. Der Grund für die unterschiedlichen Zahlen liegt in der sozialistischen Administration. Stadtbürger müssen mit einer Hukou-Einwohnerberechtigung angemeldet sein. Die Millionen Bauernarbeiter, die an den Rändern der Städte wohnen, sind nicht einmal Bürger zweiter Klasse, sondern nur Zugewanderte mit Bleiberechtigkeitspapieren. Sie haben keinen Anspruch auf 65 Stadtprivilegien, die vom Recht auf Schulbesuch bis zur Krankenversicherung reichen, sagt Sozialökonom Gu Shengzu, Mitglied des Parlamentspräsidiums. 250 Millionen Menschen leben so weder in der Stadt noch auf dem Land.

Staat und Provinzen müssen für die Gleichstellung mit normalen Stadtbürgern erst einmal zahlen, wenn sie eine Dividende aus der Verstädterung erzielen wollen. Gu geht davon aus, dass 100.000 Yuan pro Zuwanderer (12.000 Euro) nötig sind, um zum Stadtbürger zu werden. Die Investitionen sind unproduktive Sozialleistungen und in keinem Haushalt eingeplant. Chinas Gesellschaft, die mehr für ihre innere Sicherheit ausgibt als für ihr Militär, kann sich jedoch nicht leisten, untätig zu bleiben und Sozialkonflikte mit einem frustrierten Heer von Bauernarbeitern zu riskieren.

Die Urbanisierung, so wie China sie betreibt, birgt auch kurzfristige Gefahren. Der 72-jährige Reformökonom Li Yining, der einst Doktorvater für den heute designierten Premier Li war, warnte drastisch auf dem Volkskongress vor platzenden Finanzblasen, wenn sich die Lokalregionen für eine falsch verstandene Urbanisierungsstrategie verschulden, um überall in Stadtausbau zu investieren. Dann würden sie das ohnehin labile Finanzsystem schnell zum Einsturz bringen.

Chinas Regierung ist nicht nur in seine besondere Form von Urbanisierung blind hineingestolpert. Sie hat auch zu spät realisiert, wie rasch die Alterspyramide wegen der Einkindpolitik, besserer medizinischer Versorgung und Ernährung kippen würde. „Bei uns dauerte der Wandel zur Altengesellschaft nur 30 Jahre, die Hälfte der Zeit von Europa. Aber wir haben 20 Jahre das Problem verschlafen“, geben heute Pekinger Beamte der völlig überforderten Zivilämter ein. 2013 wird jeder sechste Chinese (mehr als 200 Millionen) über 60 Jahre alt sein. Längst heißt das Bonmot nicht mehr nur, dass China schneller alt als reich wird, sondern auch, dass es vorher in sein selbst gegrabene Sozialfalle stürzt, wenn alle Probleme auf einmal kommen. Das könnte schneller geschehen, als so mancher wahrhaben will.

Chinas folgenschwerste Reform bestand in der Erlaubnis, den Arbeitsplatz frei wählen zu können

Riskante Urbanisierung Chinas Städte wachsen rasant. Doch das von Peking so gefeierte Modell der Modernisierung hat schlimme Folgen: verschmutzte Luft, Korrupti....

End of Document

Kein Held, aber mutig; Der Kandidat fürs Amt des Bundespräsidenten ist im Volk beliebt. Doch die Linkspartei hasst ihn. Nun attackieren auch noch ehemalige DDR-Dissidenten den Kandidaten. Dahinter verbergen sich alte Konflikte

Die Welt

Freitag 24. Februar 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: FORUM; Leitartikel; S. 3; Ausg. 47

Length: 1021 words

Byline: Claus Christian Malzahn

Body

Ich bin kein Supermann und kein fehlerloser Mensch!,, sagte Joachim Gauck über sich, als er, eingerahmt von einer zerknirschten Kanzlerin und einem feixenden SPD-Chef, am Sonntagabend seine Kandidatur kommentierte. Manche hielten das für kokett. Aber vielleicht ahnte Gauck schon in diesem frühen Moment, dass die Schonzeit nun vorbei sein würde. Es besteht eben ein Unterschied, ob einer als "Präsident der Herzen,, durchs Land reist - oder Staatsoberhaupt werden soll. Nun wird es ernst. Auch für diejenigen, die Gauck nie mochten.

Seit Anfang der Woche arbeiten sich jedenfalls viele Gruppen an ihm ab. Dass die Linkspartei möglicherweise sogar eine veritable Gegenkandidatin auffahren würde, um ihre alte Feindschaft zum Herrn der Stasi-Akten zu bemänteln, wundert nicht. Und dass man unter türkischen **Migranten** dem Präsidenten nachtrauert, der öffentlich erklärte, der Islam gehöre zu Deutschland, kann man verstehen. Umso erstaunlicher erscheint es auf den ersten Blick, dass Joachim Gauck nun auch von ehemaligen Weggefährten und DDR-Dissidenten wie dem Bürgerrechtler Hans-Jochen Tschiche ins Visier genommen wird. Gauck sei die "falsche Person,, weil er gar kein echter Bürgerrechtler sei, sondern auf diesem Ticket bloß seit 20 Jahren durchs Land reise, schrieb der Theologe Tschiche in einem wütenden Aufsatz. Gauck sei "kein Vater der protestantischen Revolution, sondern er gehört zu denen, die sie beendet haben!,, heißt es weiter.

Wer die Details der friedlichen Revolution von 1989/90 und die internen Diskussionen der Oppositionsbewegung nicht genau verfolgt hat, den wird diese Attacke verstören. Gauck, ein Schwindler, der sich mit fremden Federn schmückt?

Wohl kaum. Tschiche, der wie Gauck ein führendes Mitglied des Neuen Forums war und die Organisation nach der ersten freien Volkskammerwahl am 18. März 1990 auch im DDR-Parlament repräsentierte - wärmt mit seiner Kritik an Gauck eine alte Debatte wieder auf. Während der gemäßigte Flügel des Neuen Forums, zu dem auch Gauck

Kein Held, aber mutig Der Kandidat fürs Amt des Bundespräsidenten ist im Volk beliebt. Doch die Linkspartei hasst ihn. Nun attackieren auch noch ehemalige DDR-D....

zählte, schnell erkannte, dass die deutsche Einheit vom Volk auf die Tagesordnung gesetzt worden war, hing der linke Flügel - darunter neben Tschiche auch Bärbel Bohley - an der Idee einer permanenten Revolution. Tatsächlich taten sich gerade diejenigen Dissidenten sehr schwer damit, von der DDR Abschied zu nehmen, die das SED-Regime in den Jahren zuvor noch mit offenem Visier bekämpft hatten. Ich bin in den Jahren 1987 bis 1990 als Journalist oft in der Ost-Berliner Dissidentenszene unterwegs gewesen und habe dort keinen einzigen Bürgerrechtler getroffen, der die DDR abwickeln wollte. Man kämpfte für Demokratie und Gerechtigkeit, aber nicht für einen Beitritt der DDR ins Bundesgebiet.

Als sich das Neue Forum im Herbst 1989 mit etwa 200 000 Anhängern zum organisatorischen Kraftzentrum der Opposition aufblähte, änderte sich ihr politischer Charakter. Eben noch eine verschworene Gemeinschaft, die bei Tee und Kerzenlicht vom Dritten Weg träumte, war man plötzlich eine Massenorganisation, die auf die Stimmungen und Belange im Volk und auf der Straße Rücksicht nehmen musste. Dort aber hieß es schon im Dezember 1989: Deutschland, einig Vaterland. Die Sache schien gelaufen. Und während viele Führungsmitglieder des Neuen Forums glaubten, an einem runden Tisch mit der Staatsmacht über die Zukunft der DDR verhandeln zu können, erkannten Aktivisten wie Gauck, dass die Frage der Einheit sich mit den ersten freien Wahlen schnell von selbst klären würde.

Die Bürger- und Protestbewegung der späten DDR war genauso wie die freie Gewerkschaft Solidarnosc in Polen politisch alles andere als homogen. Im Neuen Forum fanden sich ehemalige oder sogar noch aktive SED-Mitglieder, linke Dissidenten, Konservative. Sie verband ein Ziel: freie Wahlen in der DDR. Als das erreicht war, zersplitterte die Organisation wie ein Spiegel in 1000 Scherben. So wundert es nicht, dass die einst im Kampf gegen die Diktatur verbrüdersten Streiter sich wenig später plötzlich als Gegner gegenüberstanden. Hans-Jochen Tschiche, der heute Gauck verreibt, war beispielsweise der Vater des Magdeburger Tolerierungsmodells: Rot-Grün regierte damals mithilfe der PDS. Als Fraktionschef der Grünen im Landtag von Sachsen-Anhalt schlug Tschiche wenig später sogar gemeinsame Listenverbindungen von PDS und Grünen vor - eine Idee, die andere Bürgerrechtler wie beispielsweise Vera Lengsfeld, Werner Schulz und Gauck für völlig absurd hielten.

Manche politische Feindschaften vergehen offenbar nie - und bei manchen Bürgerrechtlern mag, ähnlich wie bei manchen 68ern oder früheren K-Gruppen-Mitgliedern, auch noch der Narzissmus des kleinen Unterschieds eine gewaltige Rolle spielen. Dass Gauck in der DDR ein Held des Widerstands war, hat er von sich selbst übrigens nie behauptet. Im Gegenteil, in seiner Biografie bezichtigt er sich der Feigheit. Trotzdem war der Rostocker Pfarrer, dessen Familie von der Stasi aufs Übelste bedrängt und bespitzelt wurde, mutiger als die allermeisten DDR-Bürger. Jemand, der in der inneren Emigration gelebt hat, ist noch lange kein Mitläufer. Gaucks öffentliche Stunden schlugen zwischen dem Herbst 1989 und dem Frühjahr 1990.

Vor allem ihm ist es zu verdanken, dass in den Wirren der Wendezeit und in den folgenden Jahren kein Schlussstrich unter das Kapitel von Verfolgung und Bespitzelung gezogen wurde. Gefordert haben das damals viele, übrigens nicht nur alte SED-Kader, auch manche West-Politiker. In vielen anderen ehemals sozialistischen Ländern warten Opfer der Geheimdienste noch immer vergebens darauf, schwarz auf weiß zu erfahren, wer sie in der Diktatur drangsalierte. Dank Gauck und vieler anderer aber wurden die Akten in Deutschland geöffnet, einsehbar und einklagbar für jedermann. Millionen Menschen haben bis heute von diesem Recht Gebrauch gemacht. Das sollten auch die Weggefährten honorieren, mit denen Gauck schon vor 22 Jahren über Kreuz lag. Ihnen möchte man zurufen: Der Krieg ist vorbei. Ihr habt übrigens gewonnen - und einer von euch wird jetzt Präsident.

"Liebe Bürgerrechtler: Der Krieg ist vorbei. Ihr habt gewonnen. Und einer von euch wird jetzt Präsident"

claus.christian.malzahn@welt.de

Load-Date: February 24, 2012

Kein Held, aber mutig Der Kandidat fürs Amt des Bundespräsidenten ist im Volk beliebt. Doch die Linkspartei hasst ihn. Nun attackieren auch noch ehemalige DDR-D....

End of Document

Ausland Kompakt II; Afghanistan: Winter bedroht Flüchtlinge in Kabul ++ Nigeria: Vergeltungsaktion der Armee gegen Islamisten ++ China: Demonstration für mehr Demokratie in Hongkong ++ USA: Gezielte Adoptionen nordkoreanische Kinder ++ Zentralafrikanische Republik: Rebellen bieten Verhandlungen an ++ Vereinigte Arabische Emirate: Festnahme ägyptischer Muslimbrüder

Die Welt

Donnerstag 3. Januar 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Kompakt; S. 7; Ausg. 2

Length: 930 words

Body

Afghanistan

Winter bedroht **Flüchtlinge** in Kabul

Der kalte Winter in Afghanistan macht vor allem den **Flüchtlingen** zu schaffen. In der Hauptstadt Kabul leben 35.000 Menschen in schneebedeckten notdürftigen **Flüchtlingslagern**, gegen die Kälte nur durch Plastikbahnen geschützt. Das UN-**Flüchtlingshilfswerk** UNHCR verteilte Decken, Holzkohle und warme Kleidung an Hunderte Familien. Im vergangenen Jahr starben im härtesten Winter in Afghanistan seit zwei Jahrzehnten mehr als 100 Kinder. Damit es nicht wieder zu einer solchen Tragödie kommt, arbeiten die afghanischen Behörden mit dem UNHCR zusammen. Armut, der Konflikt mit den Taliban und mangelnde Entwicklung führen laut UNHCR dazu, dass viele Menschen bedroht sind. Die hygienischen und sanitären Bedingungen und der Schutz vor der Kälte seien weiterhin schlecht. Kabul sähe es gern, wenn die Binnenflüchtlinge aus den 55 Lagern, die vor den Taliban geflohen sind, in ihre Heimatprovinzen zurückkehrten.

Nigeria

Vergeltungsaktion der Armee gegen Islamisten

Als Reaktion auf Anschläge an Weihnachten hat das nigerianische Militär nach eigener Darstellung 13 Mitglieder der Terrororganisation Boko Haram getötet. Wie der nigerianische Sender Channels Television unter Berufung auf einen Militärsprecher meldete, kam bei Aktionen der Joint Task Force am Neujahrstag in der nordostnigerianischen Stadt Maiduguri auch ein Soldat ums Leben. Zwei weitere seien verletzt worden. Die Sicherheitskräfte hätten drei Kalaschnikows, eine Panzerfaust und große Mengen Munition sowie Material zum Bombenbau beschlagnahmt. An

Ausland Kompakt II Afghanistan : Winter bedroht Flüchtlinge in Kabul ++ Nigeria : Vergeltungsaktion der Armee gegen Islamisten ++ China: Demonstration für mehr

Heiligabend hatten militante Islamisten zwei Kirchen angegriffen und zwölf Personen getötet. Eine der Kirchen wurde in Brand gesteckt. Sechs Tage später ermordeten mutmaßliche Boko-Haram-Mitglieder 15 weitere christliche Gottesdienstbesucher. Insgesamt kamen nach Presseberichten bei Attentaten in Nigeria seit Weihnachten 34 Menschen ums Leben.

China

Demonstration für mehr Demokratie in Hongkong

Zehntausende Demonstranten haben am Neujahrstag in Hongkong den Rücktritt des von China unterstützten Gouverneurs und mehr Demokratie gefordert. Regierungschef Leung Chunying wird vorgeworfen, falsche Angaben über illegale Renovierungsarbeiten an seinem Privathaus gemacht zu haben. Auf Transparenten der Protestler wurde der Politiker daher als Pinocchio dargestellt, ein Demonstrant trug ein Wolfskostüm und eine Uniform der kommunistischen Roten Garde - in Anlehnung an Leungs Spitznamen „Der Wolf“ und dessen Nähe zur chinesischen Führung. Nach Angaben der Polizei nahmen 26.000 Menschen an der Kundgebung teil, die Organisatoren sprachen hingegen von 130.000. Am Abend blockierten rund 2500 Mitglieder einer radikalen Splittergruppe für kurze Zeit etliche Straßen, nachdem sie an einem Protestmarsch zum Amtssitz des Gouverneurs gehindert worden waren. Gleichzeitig nahmen Tausende Menschen an einer Solidaritätskundgebung für Leung teil.

USA

Gezielte Adoptionen nordkoreanische Kinder

Die USA wollen den Weg freimachen für Adoptionen nordkoreanischer Kinder durch US-Bürger. Mit einem vom Kongress zum Jahresende 2012 gebilligten Gesetz wird das Außenministerium angewiesen, eine umfassende Strategie zu entwickeln, die solche Adoptionen möglich machen soll. Geprüft werden sollen nach Angaben der republikanischen Abgeordneten Ileana Ros-Lehtinen die diplomatischen und verwaltungstechnischen Herausforderungen. Das Gesetz wurde vergangene Woche vom Senat und bereits im September vom Repräsentantenhaus gebilligt. US-Präsident Barack Obama muss es noch unterzeichnen. Ziel sei es, „einigen der bedrohtesten Kinder der Welt liebende Familien zu geben“, sagte Ros-Lehtinen, Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Repräsentantenhaus. Unterstützern des Gesetzes zufolge werden nordkoreanische Kinder oft zu Waisen oder staatenlos, wenn ihre Familien nach China oder in andere Nachbarstaaten fliehen. Doch auch vielen Kindern, die in Nordkorea blieben, ergehe es oft nicht besser, sagte Ros-Lehtinen.

Zentralafrikanische Republik

Rebellen bieten Verhandlungen an

Die Rebellen in der Zentralafrikanischen Republik haben ihren Vormarsch auf die Hauptstadt Bangui gestoppt und sich zu Verhandlungen bereit erklärt. Das teilte der Sprecher der Rebellenallianz Seleka, Eric Massi, telefonisch von Paris aus mit. Eine Lösung wäre ein politischer Übergang, der Präsident François Bozize ausschließe. Nach Angaben aus Diplomatengruppen könnten die Gespräche in Gabuns Hauptstadt Libreville am 10. Januar beginnen. Bozize hatte unter dem Druck der anrückenden Rebellen deren Teilnahme an einer Koalitionsregierung angeboten und versprochen, nach Ablauf seiner Amtszeit 2016 nicht wieder anzutreten. Die Allianz aus drei bewaffneten Gruppen steht rund 75 Kilometer vor der Hauptstadt Bangui. Sie wirft Bozize vor, jenen Aufständischen, die ihre Waffen niederlegten, im Jahr 2007 Geld versprochen, aber nie gezahlt zu haben.

Vereinigte Arabische Emirate

Festnahme ägyptischer Muslimbrüder

Die Vereinigten Arabischen Emirate haben einem Zeitungsbericht zufolge eine Gruppe von ägyptischen Muslimbrüdern festgenommen. Die Zelle habe lokale Islamisten darin unterrichtet, wie arabische Regierungen zum Sturz gebracht werden könnten, meldete das Blatt „al-Khaleej“ unter Berufung auf Ermittlungskreise. Die Zelle, die aus mehr als zehn Personen bestehe, weise eine organisierte Struktur auf und habe Ägypter in den Vereinigten

Ausland Kompakt II Afghanistan : Winter bedroht Flüchtlinge in Kabul ++ Nigeria : Vergeltungsaktion der Armee gegen Islamisten ++ China: Demonstration für mehr

Arabischen Emiraten rekrutiert. Die Gruppe habe Unternehmen gegründet, um illegal Geld nach Ägypten zu senden. Die Regierung wie auch der Sprecher der Muslimbrüder in Ägypten waren zunächst für eine Stellung nicht erreichbar.

Load-Date: January 26, 2013

End of Document

**Migranten glücklicher als Ostdeutsche; Studie untersucht
Lebenszufriedenheit**

Die Welt

Mittwoch 6. November 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: TITEL; S. 1; Ausg. 259

Length: 192 words

Byline: Dr. Tobias Kaiser

Body

Berlin - Menschen mit **Migrationshintergrund** in Deutschland sind mit ihrem Leben offenbar zufriedener als häufig angenommen. Das ist das Ergebnis einer Studie der Universität Freiburg im Auftrag der Deutschen Post. Für den „Glücksatlas 2013“ wurden 3000 Personen befragt, um die wahrgenommene Lebenszufriedenheit in der Bevölkerung zu ermitteln. Das Ergebnis: Menschen, die selbst zugewandert sind, sind etwas unzufriedener mit ihrem Leben als Einheimische, die Kinder von Zuwanderern hingegen sind etwas zufriedener als der Bevölkerungsschnitt. Erstaunlich: Im Schnitt sind **Migranten** in Deutschland zufriedener als der Bevölkerungsdurchschnitt in Ostdeutschland.

Insgesamt scheinen sich die erheblichen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland zu verfestigen. Nachdem die Zufriedenheit der Bevölkerung in Ostdeutschland seit 2006 rasant gewachsen ist und sich dem westdeutschen Niveau angenähert hatte, sind die Unterschiede zuletzt wieder größer geworden. Am zufriedensten sind die Menschen offenbar in Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen. Am wenigsten zufrieden ist die Bevölkerung der ostdeutschen Länder. Kommentar Seite 3 und Seite 9

Load-Date: November 8, 2013

Jungs sind die Verlierer; Alle reden von Gleichstellung, aber in den Schulen wird für die Jungen nichts getan. Dabei geraten die immer mehr ins Hintertreffen - auch wegen der Lehrerinnen

Die Welt

Montag 2. Juli 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: FORUM; Essay; S. 2; Ausg. 152

Length: 1089 words

Byline: Birgitta Vom Lehn

Body

Bei der Präsentation des Bildungsberichts 2012 standen die üblichen Verdächtigen im Mittelpunkt: die Benachteiligten in Gestalt von Kindern aus **Migrantenfamilien** und/oder sozial schwachen Verhältnissen. Aber die größte benachteiligte Gruppe wurde gar nicht erwähnt: die Jungen. Dabei haben mehrere Studien in jüngster Vergangenheit gezeigt: Jungs werden in der Schule oft schlechter bewertet als Mädchen, bleiben öfters sitzen und machen seltener das Abitur. Die letzte Erhebung dieser Art stammt aus dem vergangenen November, als Bildungsforscher im Auftrag der Vodafone-Stiftung kundtaten: Mädchen erhalten im Schnitt bessere Noten als Jungen (2,58 versus 2,67), obwohl sie in standardisierten Leistungstests schlechter abschneiden.

Zwei Jahre zuvor meldete der Aktionsrat Bildung etwas Ähnliches: Beim Übergang auf das Gymnasium müssen Jungen eine deutlich höhere Leistung erbringen als Mädchen. Der Weg in die Berufsausbildung sei für Jungen erschwert, kritisierte der damalige Ratsvorsitzende Dieter Lenzen, inzwischen Vizepräsident der Hochschulrektorenkonferenz. Die einstige Bildungsbenachteiligung des katholischen Arbeitermädchens vom Lande ist also abgelöst worden durch die Jungen als neue Bildungsverlierer. Weil der Schulabschluss aber die gesamte Erwerbsbiografie beeinflusst, sind junge Männer auch deutlich häufiger arbeitslos als junge Frauen.

Diese Entwicklung spiegelt auch der jüngste Bildungsbericht: Zwischen 2001 und 2010 lag die Zahl männlicher Erwerbsloser durchgängig über der der Frauen. Und: Die Mehrzahl der oberen Segmente der Ausbildungsbereiche, für die eine bessere Vorbildung nötig ist und bei denen anschließend ein besseres Gehalt winkt (vor allem die kaufmännischen Berufe), haben Frauen erobert, während sich Männer in den unteren Segmenten tummeln. Jungen brauchen, wie der Bildungsbericht auch wieder zeigt, vor allem Unterstützung im sprachlichen Bereich. Aber wo bleiben die Sprachförderprogramme, Literatur- oder Theater-AGs speziell für Jungs?

Der Schulbetrieb - von der Kita-Landschaft ganz zu schweigen - ist wie kaum ein zweites Arbeitsfeld fest in weiblicher Hand. Dass der bundesweite Trend sich insgesamt sogar noch verstärkt hat, zeigt ein Blick auf die neuesten Zahlen: Gegenüber 2002 schrumpfte der damals schon magere Anteil männlicher Grundschullehrer von

Jungs sind die Verlierer Alle reden von Gleichstellung, aber in den Schulen wird für die Jungen nichts getan.
Dabei geraten die immer mehr ins Hintertreffen - a....

27.000 acht Jahre später auf knapp 26.000, während der damals schon sechsfach höhere weibliche Anteil von 161.000 auf 172.000 kletterte.

Waren die Grundschulen schon länger in Frauenhand, hat sich das Blatt nun auch in den Gymnasien gewendet: Gab es vor zehn Jahren noch 79.000 männliche und 76.000 weibliche Lehrkräfte, so unterrichteten dort 2010 bereits gut 100.000 Lehrerinnen und nur noch 80.000 Lehrer. Nur an den Berufsschulen liegen Männer noch vorn, allerdings mit sinkender Tendenz. In der Frühpädagogik zeichnet sich gerade ab, dass die Akademisierung der Kita-Kräfte zu einem weiteren Männerschwund führen wird. Erste Ergebnisse einer Studie am Institut für Hochschulforschung in Halle zeigen: Der ohnehin schon geringe Männeranteil mit Berufswunsch Erzieher hat sich mit Einführung entsprechender Studiengänge, die die Ausbildungsgänge an Fachschulen ersetzen, halbiert.

Der Trend ist also klar: Insgesamt unterrichteten an Deutschlands Schulen im Jahr 2010 gut 500.000 weibliche Lehrkräfte - fast doppelt so viele wie männliche. Vor allem im Osten ist die Lage extrem: Den bundesweiten Spitzenwert an weiblichen Lehrkräften von fast 79 Prozent erzielt Mecklenburg-Vorpommern. Das Saarland kommt mit „nur“ 59 Prozent einem ausgeglichenen Geschlechterverhältnis am nächsten.

Dass sich an dieser Geschlechterschieflage in naher Zukunft etwas ändern oder gar eine Männerquote für die Lehrerschaft gefordert wird, steht zu bezweifeln. Es ist nämlich die Frage, ob das politisch überhaupt gewollt ist. Denn vergleichbare Programme wie MINT, die Mädchen in Technik und Naturwissenschaften locken sollen, fehlen umgekehrt für Jungs. Dabei hatte bereits die erste Pisa-Studie 2000 Jungenleseförderung als größte bildungspolitische Herausforderung benannt. Geändert hat sich seitdem so gut wie nichts.

Das Nachsehen haben Jungen auch am sogenannten Boys' Day oder Zukunftstag, dem Analogen zum Girls' Day: Nur rund fünf bis zehn Prozent der Kitas und Schulen boten in diesem Jahr für Jungen Plätze an, damit sie sich einen Einblick in ihre Tätigkeitsbereiche verschaffen könnten. Hätte jede Bildungseinrichtung auch nur einen Boys'-Day-Platz zur Verfügung gestellt, hätte es 263.000 Plätze geben können, hat das Männernetzwerk Manndat e.V. berechnet. Dass sich viele Schulen und Kitas ignorant gegenüber Jungen zeigen, kritisiert das Netzwerk als Mangel in der Gleichstellungspraxis. Es lasse erkennen, „wie gering die Motivation der Schulen für Jungenförderung ist“. Die Netzwerker hegen sogar einen bösen Verdacht: „Diversity Management in Kitas und Schulen ist nicht gewollt. 'Männlich' assoziierte Verhaltensweisen werden in Schule und Kita abgelehnt.“

In den vielen Anhangtabellen zum jüngsten Bildungsbericht tauchen Jungen so gut wie gar nicht auf. Wenn nach Geschlechtern unterschieden wird, benennt man dort explizit meist nur den weiblichen Anteil. Den männlichen muss man sich im Kopf dazudenken.

Die vor einem Jahr aus dem Amt gedrängte Goslarer Gleichstellungsbeauftragte Monika Ebeling (SPD) weiß ein Lied davon zu singen, wie es ist, wenn man sich nicht nur gegen weibliche, sondern auch gegen männliche Diskriminierung stemmt. Ihre Parteigenossinnen, aber auch die Ratsfrauen der CDU und der Grünen haben sie dafür gehasst und gemobbt. „Gleichstellung“ ist hierzulande im Wesentlichen immer noch Einsatz von Frauen für Frauen. Das zeigt auch ein Blick auf die - fast durchweg weibliche - Besetzung von Stellen in diesem Bereich. In ihrem soeben bei Herder erschienenen Buch „Die Gleichberechtigungsfalle“ zitiert Ebeling einen Satz aus dem Hamburger SPD-Programm: „Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden.“ Den Satz empfindet Ebeling als „kränkend“, mit ihm möchte sie - auch als Genossin - „nichts zu tun haben“.

Kita und Schule sind jene Bereiche, in denen Gesellschaft früh erprobt und geformt wird. Die zahlreichen Mädchenförderprojekte, die längst zu höheren Frauenabitur- und -studierquoten geführt haben, sind dafür das beste Erfolgsbeispiel. Die Jungen derweil im Regen stehen zu lassen ist jedoch ein Skandal, den sich gerade ein Land mit Fachkräftemangel nicht leisten sollte.

Hamburgs SPD fordert sogar: „Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden“

Jungs sind die Verlierer Alle reden von Gleichstellung, aber in den Schulen wird für die Jungen nichts getan.
Dabei geraten die immer mehr ins Hintertreffen - a....

Getty Images

Das Fördern hat sich gelohnt: Mädchen sind inzwischen vorn. Wer aber hilft jetzt den Jungs?

Load-Date: September 12, 2012

End of Document

Deutschkurse schon im Kindergarten; Böhmer: Die Erzieher müssen sich weiterbilden

Die Welt

Dienstag 14. Mai 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: TITEL; S. 1; Ausg. 110

Length: 165 words

Body

Berlin - Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer (CDU), hat vor dem Demografieipfel am Dienstag die Sprachdefizite junger **Migranten** beklagt. Sie fordert deshalb, dass Deutsch als Zweitsprache zu einem verpflichtenden Teil in der Ausbildung von Pädagogen wird. „Alle Erzieher und alle Lehrer müssen im Rahmen ihrer Ausbildung besser auf Deutsch als Zweitsprache vorbereitet werden. Das Thema muss Pflichtprogramm an den Fachschulen, Akademien und Universitäten werden“, sagte Böhmer der „Welt“.

Laut Böhmer hat in manchen Regionen und Städten inzwischen fast die Hälfte der schulpflichtigen Kinder einen Sprachförderbedarf. Die Staatsministerin fordert darum die verantwortlichen Länder zu einem schnellen Handeln auf: „Sprachförderung muss am besten schon vor dem Kindergarten, mindestens aber mit dem Eintritt in den Kindergarten beginnen. Wir müssen noch mehr Migranten überzeugen, ihre Kinder auch in diese Einrichtungen zu schicken“.

Kommentar Seite 3 und Seite 4

Load-Date: May 14, 2013

Vorwurf gegen Deutsche

Die Welt

Montag 5. August 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; Leserbrief; S. 2; Ausg. 180

Length: 175 words

Body

Zu: „Rassistischer Antirassismus“ vom 31. Juli

Mir ist in Berlin auch schon aufgefallen, dass Rassismusvorwürfe immer nur in dieselbe Richtung gehen, nämlich gegen Deutsche ohne Migrationshintergrund. Kann man dagegen nicht irgendwie rechtlich vorgehen? Wie ist es sonst zu verstehen, dass eine Gruppe rumänischer Bauarbeiter überfallen wurde, die messerschwingenden Täter aber später freigelassen wurden, da kein Rassismus vorlag, weil die Täter also wohl selbst Migrationshintergrund hatten? Nein, Nichtdeutsche tun so etwas nicht. Oder nehmen wir die unsägliche „Gesicht zeigen“-Kampagne, die genau in dasselbe Horn stößt. Da gibt es keine Plakate mit Türken oder Arabern, die sagen: „Ich bin Deutscher/Schwuler, wenn Du was gegen Deutsche/Schwule hast.“ Und dann diese Kampagne des Bundesbildungsministeriums: Zuwanderung spaltet (durchgestrichen) - bereichert Deutschland. Die Macher haben offensichtlich nicht mitbekommen, dass das Wort „bereichert“ beim Thema Migration mittlerweile eine ironische Konnotation bekommen hat.

Claudia Bach, Berlin

Load-Date: August 5, 2013

Steigbügel für Aufsteiger

Die Welt

Samstag 23. März 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: FINANZEN; S. 21; Ausg. 70

Length: 180 words

Body

Eine Reihe von Organisationen helfen Kinder aus **Migranten**- und Arbeiterfamilien in Deutschland beim Aufstieg in eine höhere Gesellschaftsschicht. Seit zehn Jahren fördert zum Beispiel die Hertie-Stiftung speziell Schüler mit **Migrationshintergrund**. Außerdem setzt sie sich für angehende Lehrer und Erzieher mit ausländischen Wurzeln ein, die in Deutschland unterrichten wollen. Ebenfalls um Kinder von **Migranten** kümmert sich die Vodafone-Stiftung, die mit ihrem Chancen-Programm speziell Studien an Privathochschulen unterstützt.

Auch für Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern gibt es einige speziell ausgerichtete Programme: Rund 5000 ehrenamtliche Mentoren vom Web-Portal „Arbeiterkind.de“ geben jungen Leuten Rat, die als erste in ihrer Familie studieren. Sie leisten zum Beispiel Hilfestellung, wenn es darum geht, was für einen Bafög-Antrag benötigt wird oder wo es Stipendien gibt. Materielle und ideelle Förderung gibt unter anderem die gewerkschaftsnahe Hans Böckler Stiftung, die sich besonders um Jugendliche aus Zuwandererfamilien oder bildungsfernen Elternhäusern bemüht.

Load-Date: March 23, 2013

Leserbriefe

Die Welt

Samstag 12. Oktober 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; Leserbriefe; S. 2; Ausg. 238

Length: 599 words

Body

Es gab andere

Zu: „Ahnungsloser Gottesmann“ vom 11. Oktober

Ist die Besetzung mit einem solchen Geistlichen, der aus der Zeit gefallen scheint, eine Folge des Priestermangels, der natürlich die Auswahl für Führungspositionen begrenzt? Das Bistum war in der Nachkriegszeit mit einer liberalen Persönlichkeit wie Wilhelm Kempf im gesamten Katholizismus in Deutschland bekannt. In diese Reihe gehört besonders der noch lebende Nachfolger Kempfs und Vorgänger von Franz-Peter Tebartz-van Elst: Franz Kamphaus, ein bekannter Reformator, wird regelrecht leiden unter dem Kontrastprogramm, das sein Nachfolger bietet. Er zog einst aus der Bischofsresidenz aus und brachte dort zeitweise **Flüchtlinge** aus Eritrea unter. Er selbst nahm sich eine kleine Wohnung in einem Priesterseminar und benutzte demonstrativ nur selten den Dienstwagen. Eine Haltung, die mit Sicherheit nicht komfortabel war und im Profil des Nachfolgers eine Antwort des Vatikans fand. Ein Bischof Kamphaus wäre heute unter dem neuen Pontifex besser aufgehoben. Man wünschte ihn jetzt für eine Zeit lang zurück.

Peter Schmidt, Hamburg

Eine Schande

Zu: „Gang nach Lampedusa“ und „Falsche Humanisten“ vom 10. Oktober

Das Elend der Flüchtlinge, insbesondere das furchtbare Bootsunglück vor der Küste von Lampedusa, lässt keinen kalt. Der reflexartige Schuldspruch, daran sei Europa schuld, ist dumm und falsch. Wie will man denn die Überfahrt von Flüchtlingen auf nicht seetauglichen Booten verhindern? Empörung ist billig, konstruktive gute Vorschläge dagegen sind selten.

Prof. Dr. Hans-Peter Heilmann, Hamburg

Die Katastrophe von Lampedusa ist eine Schande für die ganze Welt. Wir sind alle Kinder Gottes, ganz gleich welcher Hautfarbe, Religion oder Nationalität. Es gibt nur eine Erde und nur ein Volk, das sich Menschheit nennt.

Leserbriefe

Deshalb muss Menschlichkeit immer an erster Stelle sein. Die Beseitigung der Ungleichheit in den Entwicklungsphasen der verschiedenen Länder und Nationen sollte das Ziel aller in den UN vereinten Länder sein, um Katastrophen wie Lampedusa zu vermeiden. Wenn unsere Welt Mittel und Wege hatte, in einem Jahrhundert zwei Weltkriege zu führen, dann sollte unsere Welt auch Mittel und Kraft haben, die Herausforderung Lampedusa zu meistern.

Michael Peuser, Staatspreisträger in Brasilien, São Paulo

Während Menschen vor Lampedusa ertrinken, verhungern woanders Kinder, werden Frauen verfolgt und vergewaltigt, werden Menschen wegen ihrer Gesinnung, ihres Glaubens umgebracht - und das nicht nur im Verborgenen, sondern vor aller Augen und immerzu. Doch keiner bemüht hier eine Kamera und schickt diese Bilder um die Welt. Warum ist das so? Es ist so, weil das Flüchtlingsschicksal vor Lampedusa medial einfach zu transportieren ist. Und zum Zweiten ist es billiger, sich für die wenigen vor Lampedusa politisch korrekt zu ereifern, als den Blick auf Gegenden dieser Erde zu werfen, wo Menschenleben und -rechte keine Bedeutung haben.

Joachim Krome, Hiddenhausen

Kopf, Herz, Hand

Zu: „Das Land der Dichter kann nicht richtig lesen“ vom 9. Oktober

Jammern und Stöhnen lohnen sich nicht. Statt über Defizite zu klagen, sollte man mal ernsthaft nach Ursachen frage. Vielleicht bringt es schon eine Menge Segen, weniger Stoff in die Schulen zu geben? Dafür mehr Zeit für Wesentliches lassen, das Begeistern, Üben und konkrete Erfassen. Schon unsere alten Pädagogen haben es gewusst. Das Lernen mit „Kopf, Herz und Hand“ ist eine Lust. Für Wissen und Bildung muss ich einiges tun und nicht zu lange fernsehend ruhen. Interessante Bücher und Zeitungen lesen, darüber sprechen mit geliebten Wesen.

Gabriele Gottbrath, Gladbeck

Load-Date: October 12, 2013

Feuilleton Kompakt; Kunst: Ingvild Goetz verkauft Teile ihrer Sammlung ++
Handschriften: Goethe-Schiller-Archiv erwirbt seltene Papiere ++
Kulturpolitik: Deutsch-französische Kooperation wird verstärkt

Die Welt

Mittwoch 23. Januar 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: KULTUR; Kompakt; S. 21; Ausg. 19

Length: 467 words

Body

Kunst

Ingvild Goetz verkauft Teile ihrer Sammlung

Die Münchner Sammlerin Ingvild Goetz wird 128 Kunstwerke aus ihrem Besitz im Auktionshaus Christie's verkaufen. Bei den Versteigerungen von zeitgenössischer Kunst am 13. und 14. Februar in London sollen unter anderem Arbeiten von Christopher Wool, Richard Prince, Urs Fischer oder Sherrie Levine aufgerufen werden. Der Erlös soll sozialen Projekten zugutekommen, für die sich die Sammlerin engagiert. Dazu gehören die Finanzierung von Schulen in Mali und Ghana, eine Tagesklinik für Menschen mit Essstörungen in Dresden und die Unterstützung von Asylbewerbern in München. „Der Fokus meines sozialen Engagements liegt bei denen, die über keine Lobby verfügen: Asylsuchende und an Magersucht Erkrankte. Ihrer Unterstützung gilt der Verkauf dieser Kunstwerke“, sagt Goetz. Es wird ein Erlös zwischen 3,6 und fünf Millionen Euro erwartet. Mit 834.000 bis 1,1 Millionen Euro ist Christopher Wools abstraktes Bild „Mad Cow“ am höchsten eingeschätzt. Insgesamt umfasst die Sammlung Goetz etwa 5000 Arbeiten. Die Sammlerin ist dafür bekannt, normalerweise keine Werke zu verkaufen.

Handschriften

Goethe-Schiller-Archiv erwirbt seltene Papiere

Das Goethe- und Schiller-Archiv der Klassik-Stiftung Weimar hat mehrere bislang unbekannte Handschriften aus dem Umfeld des Juristen Gottlieb Hufeland (1760 - 1817) erworben. Zu den Stücken gehören unter anderem ein unbekannter Brief Johann Wolfgang von Goethes sowie eigenhändige Briefe von Friedrich Schiller, August Wilhelm Schlegel und Ernst Moritz Arndt, wie die Stiftung am Dienstag mitteilte. Insgesamt umfasst das Konvolut 23 Handschriften. Die aus Privatbesitz erworbenen Stücke seien für die Forschung und dabei besonders die Editionsvorhaben des Archivs zu Goethe und Schiller von großer Bedeutung, hieß es. Der gebürtige Danziger Hufeland arbeitete von 1788 bis 1802 als Professor in Jena. Einblick in das Universitätsleben der Zeit in Jena gibt

Feuilleton Kompakt Kunst: Ingvild Goetz verkauft Teile ihrer Sammlung ++ Handschriften: Goethe-Schiller-Archiv erwirbt seltene Papiere ++ Kulturpolitik: Deutsch....

eine Beschwerde des Philosophen Wilhelm Joseph Schelling über Tabakrauch, der vom Diener in den Raum geblasen wurde. Daraufhin brach Schelling seine Vorlesung ab.

Kulturpolitik

Deutsch-französische Kooperation wird verstärkt

Deutschland und Frankreich wollen ihre Zusammenarbeit im Kulturbereich weiter ausbauen. Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) und seine französische Amtskollegin Aurélie Filippetti (Sozialistische Partei, PS) vereinbarten am Dienstag in Berlin, gemeinsam etwa für den Schutz des Urheberrechts im Internet einzutreten. Auch beim europäischen Kulturkanal Arte und im Bereich des Films soll die Zusammenarbeit erweitert werden. Deutschland und Frankreich seien gerade beim kulturellen Austausch die Vorreiter der europäischen Integration, erklärte Neumann. Die Kunsthalle Bonn etwa plant eine Ausstellung zu Napoleon, die im März in Paris beginnt.

Load-Date: January 26, 2013

End of Document

Europa soll mehr für Flüchtlinge tun; Flüchtlingskommissar lobt deutsches Asyl

Die Welt

Montag 28. Oktober 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: TITEL; S. 1; Ausg. 251

Length: 166 words

Body

Berlin - Der Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, António Guterres, hat die EU zu einem liberaleren Umgang mit Flüchtlingen aufgefordert. „Ein wichtiger Schritt wäre es, dass sich Flüchtlinge innerhalb der EU frei bewegen dürfen“, sagte er der „Welt“. Zugleich kritisierte der Portugiese die sogenannte Drittstaatenregelung, nach der Asyl nur in dem Land beantragt werden darf, in dem ein Flüchtling zuerst EU-Boden betritt. Guterres sagte, die Grundannahme für diese Regelung sei, dass es in jedem EU-Land einen guten Umgang mit Flüchtlingen gebe. Diese Grundannahme sei aber falsch. Wegen der überfüllten Flüchtlingsheime etwa in Griechenland und Bulgarien sollten „Asylverantwortlichkeiten“ besser unter den Europäern verteilt werden“. Faktisch wird die Drittstaatenregelung nur begrenzt angewendet, in Zentraleuropa werden mehr Asylanträge gestellt als in den EU-Randstaaten. Deutschlands Flüchtlingspolitik, insbesondere die Aufnahme von Syrern, lobte Guterres als beispielhaft.

Seite 6

Load-Date: October 28, 2013